Heft 5 Mai 1999 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

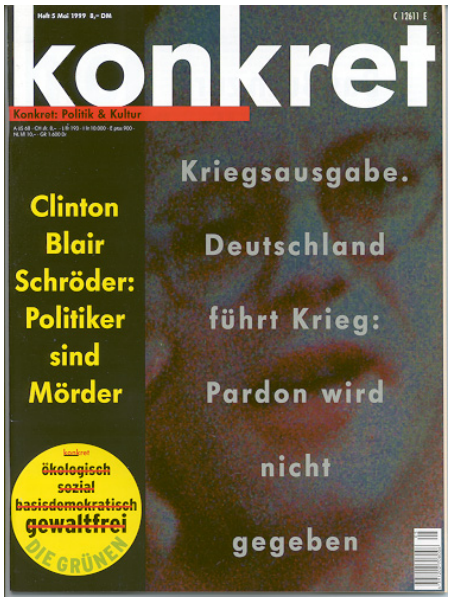
A US 68 · CH sfr 8,– · LIR 195 · FR 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

Clinton Blair Schröder: Politiker sind Mörder

Kriegsausgabe. Deutschland führt Krieg: Pardon wird nicht gegeben

konkret
ökologisch
sozial
basisdemokratisch
gewaltfrei
DIE GRÜNEN

in konkret Mai 1999



hier konkret von Georg Seeßlen
Das Irritierende am Krieg in Jugoslawien ist nicht, daß er geführt wird, sondern die fast einmütige Kriegsbejahung der Boulevard- und bürgerlichen Presse, der privaten und öffentlichen Kanäle. KONKRET fragte den Kulturkritiker Georg Seeßlen nach den Hintergründen dieser freiwilligen Selbstgleichschaltung

von konkret

an konkret

Nie wieder Frieden! von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Jetztzeit von Peter Hacks
Die Partei

Logical, radical, criminal von Klaus Theweleit
Der Krieg als letztes Mittel, erwachsen zu werden, oder:Warum die Alt-68er in der neuen Regierung ohne Zögern bereit waren, Völkerrecht und Grundgesetz zu brechen

Roosevelts verquere Enkel von Georg Fülberth
Wie ein Schulsprecher aus dem Westerwald und ein Streetfighter aus Bockenheim eine neue Monroe-Doktrin basteln

Salami am Ende von Heiner Möller
So opportunistisch die »Linken« in den Regierungsfraktionen, so ahnungslos die Antikriegsbewegung. Bilanz eines politischen Desasters

Zu Protokoll
Am 18. November, schon unter der Amtsführung von Joschka Fischer, gab das Auswärtige Amt einen »Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (Stand: November 1998)« ab. Der Bericht, mit »VS – Nur für den Dienstgebrauch« klassifiziert, beschreibt die Entwicklung im Kosovo bis zu jenem Zeitpunkt, an dem die »internationale Gemeinschaft« und ihr deutscher Außenminister begannen, mit der »activation order« für die Luftstreitkräfte, dem Vertrag von Rambouillet und der Bombardierung Jugoslawiens Menschenrechte zu schützen und Frieden zu schaffen

Dokument: Operation »Hufeisen«
oder wie Deutschlands höchster Militär über einen Krieg berichtete, von dem niemand etwas wissen wollte

Wir helfen Naumann aufs Pferd II von Karl-Heinz Hansen
Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Kriegstreiberin aus Überzeugung von Oliver Tolmein
Die selbsternannte Menschenrechtlerin als Schönschwätzerin eines Angriffskrieges: Angelika Beer bietet selbst in den Reihen der grünen Bundestagsfraktion ein rares Bild von Vergeßlichkeit, Dummheit und Opportunismus

Dokument: Angelika Beer vor dem Bundestag am 25.3.99:

Der Trottel als Kriegsgott von Karl Lorenz

Der Krieg gegen Jugoslawien war Rudolf Scharpings letzte Chance, als Politiker groß rauszukommen. Er hat sie ohne Zögern ergriffen

Deutscher Djihad von Joachim Rohloff
Der Revisionismus hat gesiegt:Die Bundesregierung erfindet Konzentrationslager im Kosovo, die freiwillig gleichgeschalteten Medien phantasieren vom Völkermord, und alle freuen sich, daß Hitler neuerdings in Belgrad haust

1968+1989=1999 von Günther Jacob
Von der Wehrmacht lernen heißt siegen lernen:Über die Wiederkehr des Dritten Reiches im Krieg gegen »Serbien«

Die Falle von Rambouillet von Jürgen Elsässer
Wie Deutschland die USA in den Kosovo-Krieg gezogen hat

Ethnischer Imperialismus von Hans-Rüdiger Minow
Das Ethno-Konzept der deutschen Außenpolitik setzt den Kontinent in Brand. Vorfeldorganisationen des Außenministeriums planen für Europa. Ihr moralisches Kostüm wurde bereits mehrfach erprobt

Gelebte Tradition von Otto Köhler
Die Nazi-Offiziere, die einst die Bundeswehr aufbauten, können stolz sein auf ihr Werk – endlich dürfen deutsche Soldaten wieder Serben töten

Dichter ran! von Rayk Wieland

Mobilmachung von Kay Sokolowsky
Wer hat den »gerechten Krieg« erfunden: das Kino oder die Nato? Ein Rückblick auf zehn Jahre Neue Weltordnung im Hollywoodfilm

Kunst & Gewerbe von Gerhard Henschel

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/99, S. 3

Georg Seeßlen

hier konkret

Das Irritierende am Krieg in Jugoslawien ist nicht, daß er geführt wird, sondern die fast einmütige Kriegsbejahung der Boulevard- und bürgerlichen Presse, der privaten und öffentlichen Kanäle. KONKRET fragte den Kulturkritiker Georg Seeßlen nach den Hintergründen dieser freiwilligen Selbstgleichschaltung

konkret: Nahezu alle deutsche Medien befürworten den nichterklärten, völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien. Auf welchem Einverständnis beruht ihr Einverständnis?

Seeßlen: Unter vielem anderen auf einem gesellschaftlichen Projekt, das man bislang nur in seiner taktischen, nicht aber in seiner strategischen Bedeutung erkannt hat, nämlich dem Pakt des moralischen mit dem wirtschaftlichen Flügel des neuen Kleinbürgertums. Die mythische Konstruktion der »Neuen Mitte« geht von einer moralischen Erzählung der Versöhnung von einstigen Widersprüchen aus, von der Integration der oppositionellen Ansätze in einer Gesellschaft, die die Impulse des Neoliberalismus (Kämpf dich nach oben, mache Profit, genieße deine Macht, zeig was du hast, bewundere Effizienz!) mit den Impulsen des radikalen Moralismus (Rettet die Wale, den Regenwald, die bedrohten Völker, die Menschenrechte!) vereint. Wohlweislich definiert diese Allianz nicht, was dabei Zweck und was Mittel ist. Die sozial- und psychohistorische Forschung des nächsten Jahrtausends wird vielleicht klären, ob die Neue Mitte in den mitteleuropäischen Gesellschaften diesen Krieg als recht eigentliche Initiation brauchte, ihn subjektiv sozusagen mitproduzierte oder ob sie ihn um des eigenen Erhalts nur hinnehmen und dann im eigenen Sinne interpretieren mußte. Eine Tatsache ist indes, daß die Akzeptanz ihrer Führung im Mainstream sprunghaft angestiegen ist und in der Selbstinszenierung der Führer der Neuen Mitte wenig Skrupel zu erkennen sind, sie zu benutzen.

Schröder, Scharping und Fischer geben nicht so sehr Antworten auf die Frage nach den Ursachen und Zwecken dieses Krieges, sie *sind* die Antworten. Das gesellschaftliche Umbauprojekt umfaßt nicht nur die individuellen politischen und sozialen Biographien, sondern die Identität einer informellen Klasse, zu der insbesondere auch die Insassen der Medienanstalten gehören. Wer aus der moralischen Erzählung dieses Krieges aussteigt, wird nicht nur manisch stigmatisiert – er oder sie kann nur wahnsinnig oder verräterisch sein – er oder sie stellt auch seine eigene Identität im Projekt dieser Neuen Mitte in Frage.

konkret: Die Fernsehbilder zeigen uns immer wieder das gleiche: das sprachlose und ikonographisch inszenierte Elend der Flüchtlinge sowie die Zerstörungen der jugoslawischen Infrastruktur. Die geringste Aufmerksamkeit erfahren die Opfer der jugoslawischen Zivilbevölkerung, die wie Späne betrachtet werden, die beim Hobeln angefallen sind.

Seeßlen: Dieser Krieg versteht sich in unserer Politik und in unseren Medien als Melodrama. Es ist eine Erzählung, die keine Transzendenz kennt, weder den göttlichen Auftrag noch den historischen Plan, weder Eroberung noch Verteidigung. In diesem Krieg träumt niemand davon, daß er – einzig verbliebene humanistische Legitimation – der letzte zu sein hat, wenigstens in einer Region. Er ist wie die, die ihn führen lassen: nicht rational, aber »authentisch«. Seine Moral beweist sich gerade darin, daß er wider die Vernunft geführt wird. Er ist vielleicht in seinem Meta-Text sogar selbst ein Krieg der Moral gegen die Vernunft.

Wir werden über alles Maß hinaus blind gegenüber dem Leiden der serbischen Bevölkerung, übrigens ein eklatanter Unterschied zwischen der deutschen Berichterstattung und der in benachbarten Ländern, weil es das melodramatische Erzählen stören würde. Das erste Opfer des Krieges, betonen unsere Medien, ist immer die Wahrheit. Das ist schon tausendmal gelogen. Wenn es in den Zeiten des Nicht-Krieges die Wahrheit gäbe, dürfte es zu keinem Krieg kommen. Oder irgendwas müßte mit der Wahrheit nicht stimmen. Die ersten und einzigen Opfer eines jeden Krieges sind immer konkrete Menschen. Ein Blickwechsel, das Sehen des anderen, die Ahnung des Widerspruchs, würde diese Erzählung zum Einsturz bringen, die ein großes Versprechen birgt: dazuzugehören. Nicht mehr außen zu sein, kein einzelner, nicht mehr heimatlos. Diese Wir-Sehnsucht, so scheint es, verbindet die hohlköpfigsten Menschen mit denen, denen wir vordem noch den einen oder anderen klaren Gedanken zugetraut haben. Wenn man aber einmal in dieser Erzählung ist, kann man ihren Text nur wahrhaft erbarmungslos zu Ende führen. Er ist eine Beziehungsfalle: Wird man auf der einen Seite aus Mitleid zum Kriegsbefürworter, so wird man auf der anderen Seite vom Kriegsgegner zum Unmenschen. Nicht einmal diese Perfidie der psychologischen Kriegführung, die zugleich ewigwährender Wahlkampf ist, konnte uns diese Neue Mitte ersparen.

konkret: Wer ist der Feind der Staatengemeinschaft? »Serbenführer Milosevic«, ein ähnlicher National-Populist wie Haider, Le Pen, Jelzin oder Schröder (»Deutsche Autos zuerst!«) kann es nicht sein, Slawentum und Kommunismus spielen wohl auch keine Rolle. Das Propagandaministerium (Scharping, Fischer) insistiert auf »Deportation eines Volkes«, »Völkermord«, ohne jedoch bislang ausreichende Belege oder Beweise dafür liefern zu können.

Seeßlen: Nie hat es im Bild des Feindes etwas anderes gegeben als den erschreckten und brutalisierten Blick in den Spiegel. Träumt etwa hier niemand von ethnischer Säuberung? Will hier niemand in der wärmenden Wolke der nationalen

Mythologie leben? Waren wir etwa die Alternative, jene menschliche Gesellschaft, deren Glück jenseits der Grenzen dazu verführt hätte, kulturelle Entwicklungen statt gegenseitige Massaker voranzutreiben? Milosevic ist die schreckliche Karikatur, die uns zur Kenntlichkeit entstellt. Schrecklich der Feind, der gar nicht verschweigt, nach welchen Bildern er sich formte. Und der schrecklichste aller Feinde ist der verschwindende Feind.

Müssen wir Serbien bombardieren, um mit einem humanen Sinn zu belegen, daß wir einst selbst als Mitglieder einer faschistischen Macht bombardiert worden sind? Bombardiert sich die Neue Mitte von der Vergangenheit frei? Sind wir endlich auf Seiten der »Guten«? Können wir endlich Hitler töten? Nichts wäre absurder! Denn der moralisierte Krieg, der Krieg der Gutmenschen, kann kein Ende sehen. Wenn er seine eigene Moral zu Ende denkt, kann er nur zum letzten, zum totalsten, zum endlosen Weltkrieg führen. Und zum Feind müßte dabei jeder werden, der sich außerhalb des Projektes der Versöhnung von Menschenrecht-Moral und Neoliberalismus befindet. Die nächsten Bomben fallen, um einen bescheidenen Swiftschen Vorschlag zu machen, auf Gesellschaften, in denen Klitorisbeschneidungen oder Tabakanbau geduldet werden.

konkret: Für Deutschlands Wiederauferstehung als Kriegsnation spielt anscheinend »Verantwortung« eine große Rolle: die Verantwortung vor der Staatengemeinschaft, die seit der Wiedervereinigung gewachsene Verantwortung vor der Geschichte, die Verantwortung der Soldaten – abgesehen, natürlich, von Milosevics Verantwortung für alles, was geschieht. Was verantworten die Deutschen eigentlich?

Seeßlen: Sich selbst. Und dies mit der gewohnten Impertinenz. Denn die Referenz dieser Verantwortung ist nirgends definiert, wurde nirgends debattiert, auch sie besteht nur in einem Zirkelschluß: Verantwortlich sein gegenüber den anderen Verantwortlichen, verantwortlich in der Geschichte der Verantwortlichkeit, verantwortlich beim Mitmachen und Drinnensein. Schon deshalb konnte Herrn Fischers Replik auf Gregor Gysi um keinen Preis der Welt etwa mit den Worten beginnen: »Ich respektiere Ihre Haltung«, sondern er muß ihn als »Weißwäscher der Faschisten« attackieren. Die Verantwortung der Neuen Deutschen Mitte besteht darin, daß sie sich als selber moralisch Leidende inszeniert und ansonsten keinen Widerspruch zuläßt. Es wird Einheit hergestellt, wir alle sollen diese Verantwortung teilen. Damit hinterher niemand verantwortlich gemacht werden kann.

Konkret 05/99, S. 4

von konkret

Deutschlands Wiederauferstehung als Kriegsnation am 24. März 99 hat die Redaktion nicht wirklich überrascht. Seit Jahren hat KONKRET dieses seit 1989 immer wieder reformulierte Ziel der deutschen Politik benannt und belegt. Freilich verschafft die Gewißheit, hier recht behalten zu haben, keine Befriedigung, vielmehr verdient die außergewöhnliche Demagogie, mit welcher die rotgrüne Regierung Bomber gen Belgrad beorderte, besondere Würdigung. Deshalb hat die Redaktion sich entschlossen, die für diese Ausgabe geplanten Texte, die nicht den deutschen Kriegseintritt, seine Voraussetzungen und Folgen zum Thema haben, zurückzustellen und insbesondere den Kulturteil ausfallen zu lassen – zugunsten einer erheblich erweiterten Dokumentation und Kommentierung der Höhepunkte einer zu jeder Eskalation fähigen Hetze in den deutschen Medien (s. vor allem »Herrschaftszeiten«, S. 10 bis 21).

»Lange hat es gedauert«, bis der Berliner »Tagesspiegel« (»Tsp«) Anfang April »die erste Großdiskussion zum Krieg« registrieren konnte: KONKRET hatte zu Podiumsveranstaltungen unter dem Motto »Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?« eingeladen. In Hamburg kamen am 8. April etwa 550 Besucher/innen in die Hochschule für Wirtschaft und Politik, in Berlin waren es tags zuvor in der Humboldt-Universität sogar 650 gewesen.

Während die Presse die Hamburger Veranstaltung ignorierte, mußte sie in Berlin reagieren, hatte doch dort »die sich links verstehende Zeitschrift KONKRET« (»Berliner Zeitung« – »BZ«) auch Personen aus dem bürgerlichen Spektrum für die Debatte gewonnen. Diese traf, sofern sie sich gegen die Nato-Angriffe äußerten, der gesammelte Sachverstand der Berichterstatter. Sibylle Tönnies etwa mußte sich vorwerfen lassen, sie vertrete »Verschwörungstheorien und allerlei sonderliche Thesen«, nur weil sie »den Krieg zu wesentlichen Teilen auf die sexuellen Probleme von Rudolf Scharping« (»Tsp«) zurückführte. Christian Ströbele nützten seine Ausführungen zum Diktat von Rambouillet wenig, da er »auf die von Fischer am gleichen Tag formulierten Einwände« zu wenig eingegangen sei (»BZ«). Den Kriegsbefürwortern erging es besser: »Taz«-Redakteur Rüdiger Rossig machte »den kompetentesten Eindruck« (»BZ«), bei Michel Friedman wurde gar »street credibility« (»Tsp.«) gesichtet.

Zwischen den Zeilen referierte die »BZ« immerhin auch einige Argumente des Abends: »Antiamerikanismus sei fehl am Platz, rief Elsässer, die Deutschen hätten Rambouillet ersonnen und die Nato konsequent in den Krieg getrieben.« Daraus machte die »FAZ«, Elsässer habe »den ›Taz‹-Autoren nachweisen (wollen), daß sie zuerst die Grünen, diese dann die Mitglieder der Bundesregierung und jene schließlich Amerika zu diesem desaströsen Feldzug verführt hätten«. Der Slogan »Kein Blut für Joschkas Karriere!« brachte Elsässer schließlich noch einen Ordnungsruf des »Spiegel« ein: »Berufszyniker« mit »altlinken Klischees«. Über den abwesenden KONKRET-Herausgeber hieß es, er vertrete »seit Menschengedenken ... die These, daß im Vergleich zu den skrupellos karrieristischen Grünen sogar die FDP eine prinzipienfeste Partei sei« (»Tsp«). Ist ein schöneres Kompliment vorstellbar?

Wer wissen will, was wirklich auf dieser Veranstaltung diskutiert wurde, und die beiden Ausstrahlungen einer Aufzeichnung dieser Veranstaltung durch den Fernsehsender Phoenix verpaßt hat, kann eine Ausschrift in Band 22 der Reihe konkret texte nachlesen, der bereits am 21. Mai erscheinen wird – Arbeitstitel: *Die Linke führt Krieg.* Herausgeber ist Jürgen Elsässer, der seit dieser Ausgabe der KONKRET-Redaktion angehört. Außer ihm haben die KONKRET-Autoren Becker, Jacob, Pankow, Rohloff, Spannbauer, Theweleit, Thörner, Tolmein sowie Hermann Gremliza Beiträge zugesagt. Bestellungen sind ab sofort möglich (22,80 Mark; im konkret-texte-Abo 15,80 Mark); für Wiederverkäufer gibt es ab 10 Exemplaren einen Rabatt von 40 Prozent. Die Buchpremiere findet am 27. Mai um 19.30 Uhr in Berlin, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Hörsaal 2002 statt.

KONKRET-Autoren auf Lesereisen: Am 4. Mai liest Joachim Rohloff aus seinem Buch *Ich bin das Volk. Martin Walser, Auschwitz und die Berliner Republik* (konkret texte 21) in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik: Von-Melle-Park 9, Raum S 27, 19 Uhr. Am 5. Mai liest Karl Heinz Roth aus seinem Buch *Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie* (konkret texte 19) in Hamburg: Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1, 19.30 Uhr. Jürgen Elsässer stellt am 12. Mai um 19.30 Uhr in der Volkshochschule Bremerhaven sein *Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde* (konkret texte 17) zur Diskussion; am 13. Mai liest er daraus in Bremen: Bürgerhaus Weserterrassen, Weserdeich, 19.30 Uhr (Infos über 0421-320666). Hermann L. Gremliza liest: am 21. Mai um 19.30 im »Mundschenk« c/o Jugendclub Bureau e.V., Hafnersraben 9, 92237 Sulzbach.

Konkret 05/99, S. 6

an konkret

Leitmotiv

KONKRET 3/99: »Bauen nach Auschwitz« von Rayk Wieland

Von Rayk Wieland in KONKRET hätte ich mir gewünscht, daß seine Kritik der Architektur des Jüdischen Museums von Daniel Libeskind zum Punkt kommt, sonst hätte er sie auch in der »Jungle World« veröffentlichen können. Leider verfehlt er den Punkt: Der Libeskind-Bau verdeckt die Rationalität von IG Farben und Deutscher Bank in Auschwitz. Diese Rationalität darzustellen, ist in Deutschland nicht möglich, weil nicht gewünscht. Und Libeskind wäre für diese Darstellung zudem der falsche Architekt. Libeskind zitiert »Das Kabinett des Dr. Caligari« bewußt – ein Künstler von seinem Format tut dies nicht ohne Bewußtsein – , und diese Suggestion ist schon am Eingang überwältigend, keine flüchtige Anspielung. Der Erinnerung an »diese Schauergeschichte im Geiste E. T. A. Hoffmanns« (Siegfried Kracauer in »Von Caligari zu Hitler«) setzt er noch den »E. T. A. Hoffmann Garten« zur Seite – welche intellektuelle Leistung ist nötig, um den Zusammenhang nicht zu sehen?

Durch das Zitat des Films von Robert Wiene, das den ganzen Bau bestimmt und somit vom Zitat zum Leitmotiv wird, stellt Libeskind die Shoa als Auswuchs der hypnotischen Fähigkeiten des Tyrannen dar, der mit Hilfe willfährig gemachter Werkzeuge aus dem Irrenhaus die unschuldige Bevölkerung terrorisiert (und dessen Existenz und Taten in dem Film schließlich selbst weitgehend als bloße Wahnvorstellung enttarnt werden). Der Architekt bewegt sich damit allenfalls innerhalb der konsensfähigen NS-Kritik, Marke Guido Knopp: Der Führer war schuld, seine Paladine halfen ihm, »es« kam über die Deutschen, einfach irre alles, und wohl ziemlich übertrieben erzählt. Passend sehen einige Konservative schon den Libeskind-Bau als das angemessene Mahnmal für die Ermordung der europäischen Juden.

Vor einiger Zeit sah ich mir eine öffentliche Veranstaltung der deutschen Bauindustrie in den Hackeschen Höfen in Berlin-Mitte an, die der Ehrenrettung des Betons dienen sollte, mit dem die Konzerne von Philipp Holzmann bis Hoch-Tief zur Zeit die Selbstdarstellungen der Berliner Republik gießen. Libeskinds Ehefrau präsentierte die Zeichnungen zum Museumsentwurf, der Künstler selbst war verhindert. Das Expressionistische seiner Architektur, so hieß es dort, lasse sich erst durch die besonderen Eigenschaften des Betons darstellen – Ideologie (oder »Nachtwache«), denn Beton verbirgt bekanntlich das rationale Konstruktionsprinzip, das den Bau erst aufrechterhält. Indem sich Libeskind den Konzernen als Werbeträger zur Verfügung stellte, ließ er jedoch unfreiwillig die Rationalität erkennen, die sein Bauwerk im Dunkeln zu lassen versucht. Der jüdische Architekt des deutschen Expressionismus – einer Kunstform, die schon in den zwanziger Jahren die Vorstandsetagen der Konzerne schmückte und beinahe zur genuin nationalsozialistischen erklärt worden wäre, hätte Goebbels sich durchgesetzt – geht lediglich von Hitler zu Caligari zurück. Das kann man schwerlich als »Bauen nach Auschwitz« im Sinne der Ideologiekritik Adornos werten, wie es Rayk Wieland tut.

Peter Kratz

Berlin

Glück

KONKRET 4/99: »Ossis, kauft nicht bei Wessis« von Stefan Wirner

Gerade rätsele ich, was es mit Antiamerikanismus zu tun habe, wenn man einerseits Augsteins antisemitischen Kommentar zur Walser-Affäre und andererseits die Bausch-und-Bogen-Behauptung einer »ND«-Redakteurin über den Antifaschismus der DDR kritisiert, da höre ich von weiteren US-und-BRD-»Phantom«-Einsätzen gegen Jugoslawien. Ob die Piloten praktizieren, was ihre Kameraden an der Seilbahn von Cavalese übten, frage ich besser nicht. Man kann ja mit seinem Antiamerikanismus nicht vorsichtig genug sein. Von Antibeerdismus ganz zu schweigen.

Hermann Kant

Prälank

So, so, jetzt wissen wir es: Ossis legen Wert auf Antimilitarismus und haben etwas gegen Aggressionsakte. Sind ja ein etwas zurückgebliebenes Völkchen und werden nie begreifen, wie geil es ist, mit Raketen Städte auszuradieren. Zum Glück bilden die Ossis ja hierzulande eine Minderheit, so daß wir dieses Schauspiel jetzt wieder täglich auf dem Bildschirm miterleben können.

Gerd Bedszent

Hetze

KONKRET 3/99: »Drogen und Deutschmark« von Jürgen Elsässer

Noch vor einigen Jahren war das rassistische Stereotyp vom »besonders brutalen Kosovo-Dealer« in allen deutschen Köpfen. Doch da es nun wieder gegen »Serbien« geht, wich dieses Bild dem von den »Befreiungskämpfern« gegen die serbische Unterdrückung. Anscheinend war dieses (natürlich ebenso rassistische) Konstrukt »der Albaner« Elsässer nicht recht, so daß er ihm das altbekannte gegenüberstellte: »albanische Mafia«, »Dealer albanischer Herkunft« (im Volksmund heißt das allerdings Abstammung) tauchen da auf und müssen dringend entlarvt werden. Dabei werden durchweg seriöse Quellen (»westliche Polizeiexperten und Drogenfahnder«, LKA Bayern, »Focus«) zu Hilfe gezogen. Statt die Motivationen und Ziele der UCK und ihrer breiten Unterstützerfront anzugreifen, werden Statistiken herausgekramt, die ansonsten die Hetze der deutschen Presse unterfüttern, und wird mit Wörtern wie »Drogen« und »Mafia« auf einen Abwehrreflex gezielt. Jetzt können wir uns also zwischen »Massaker-Serben« und »Kosovo-Dealern« entscheiden.

Marco Tullner

Marburg

Solidarität

KONKRET 4/99: »Brennen für Öcalan« von Udo Wolter

Daß Udo Wolter die »oft kulturalistischen Soliparolen« eines Teils der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD nerven, ihre Bezugnahme auf das (kurdische) »Volk« – das ist verständlich. Daß der Autor aber mit Hilfe einiger Zitate – teilweise aus Kleinstpublikationen deutscher Linker – gleich die ganze PKK (und die restliche kurdische Opposition?) und die ganze Kurdistan-Solidarität in der BRD als völkisch und ethnizistisch (und damit reaktionär) hinstellt, ist eine höchst fragwürdige Methode. Wolter unterstellt darüber hinaus in seinem Artikel, Kurdistan-Solidarität in der BRD ohne völkischen oder nationalistischen Bezug sei aufgrund der Strategie der traditionellen Soli-Gruppen nicht möglich. Das ist schlichtweg Unsinn. Ein kleines Beispiel: Die schleswig-holsteinische Delegation, die sich Mitte März zur Beobachtung der kurdischen Newroz-Demonstrationen in der türkischen Großstadt Adana aufgehalten hat und der ich angehört habe, macht seit ihrer Rückkehr hier Soli-Arbeit und engagiert sich gegen das türkische Regime und seine Unterstützer in EU und Nato ohne jede Bezugnahme auf »kurdische Identität« oder ähnliches. Und das geht tatsächlich, ohne daß eine kurdische Organisation oder eine deutsche Soli-Gruppe daran Anstoß nimmt.

Henning Hofmann

Kiel

Scherz

KONKRET 3/99: »Goethes Schuld« von Peter Hacks und Leserbriefe

Kein Scherz ist zufällig. Mich schockiert die in der witzigen oder doch witzig gemeinten Idee Hacks bloßliegende Kultur: »Wenn einer einen Beschluß erwirkte, zur Feier von Goethes 250. Geburtstag drei Männer in der Ilm zu ersäufen, käme, finde ich (Hacks; K.W.), neben Bernd Kauffmann und Günther Belitz auch W. Daniel Wilson sehr nett in Frage.« Sehr nett, sehr nett, das hätte Goethe so nicht mal den Anhängern der Newtonschen Farbenlehre gewünscht, oder?

Knud Wollenberger

Berlin

S. Moebius' Kritik an der Hack'schen Rezension von Wilsons Buch Das Goethe-Tabu wimmelt von Zuschreibungen – »Amilümmel«, »Nationalstolz«, »Nationaldichter« usw. – , die mit Peter Hacks rein gar nichts zu tun haben. Antiamerikanismus, z. B., ist nicht, wenn P. H. einen amerikanischen Germanistik-Professor als »Idiot« bezeichnet, sondern das, was die USA in Serbien treiben.

Im übrigen: »Jetztzeit« muß bleiben.

Werner Doerwald

Hamburg

Korrektur

KONKRET 4/99: Leserbrief zu »Der Mann, der zuviel wußte« von Hans-Rüdiger Minow (3/99)

Sie haben meinen Leserbrief an einer wichtigen Stelle verfälscht. In meinem Brief heißt es: »Ihr Autor nimmt den unlängst ermordeten früheren IRA-Mann Collins zum Kronzeugen.« Sie machen daraus den »unlängst verstorbenen IRA-Mann Collins«. Ihre Fälschung läßt den Eindruck zu, der Briefschreiber wolle behaupten, Collins sei in bestem Einvernehmen mit der IRA und völlig natürlich verschieden. Das Gegenteil ist, wie der wahre Text des Leserbriefes es auch ausdrückt, der Fall. *Conrad Schuhler*

München

Die Redaktion bedauert den Fehler bei der Texterfassung.

Konkret 05/99, S. 9

Hermann L. Gremliza

Nie wieder Frieden!

Glücklicher Lichtenberg! Seiner Frage, für wen die Taten getan würden, von denen es heißt, sie würden fürs Vaterland getan, ließ noch jeder, der nicht auf den Kopf gefallen ist, die geziemende Antwort auf dem Zinsfuß folgen. Mit der gleich berechtigten Frage, für wen die Taten getan werden, von denen man (und frau) sagt, sie würden für die Menschenrechte getan, verhält es sich so, daß nicht einmal die Täter die Antwort zu kennen scheinen. Warum nur, warum, fragt der Bundesaußenminister, der ihn zur Verteidigung der Menschenrechte angefangen hat, »müssen ausgerechnet wir Krieg führen?« Er dauert mich, und so will ich ‘s ihm erklären:

Ohne falsche Bescheidenheit kann dieser Joseph Fischer ja heute selber sagen, »daß dieses Europa mit Horrido auseinanderfliegt, wenn unser Land die europäische Führungsaufgabe nicht wahrnimmt«, und der Rest ist Dreisatz: Wer Europa führt, muß Weltmacht sein. Zu deren Insignien gehören das Recht und die Fähigkeit, ihre Interessen auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Das erste Ziel dieses ersten deutschen Nachkriegs-Kriegs also war: der Krieg (und hätte es im Kosovo nicht geklappt, wäre der nächstbeste Schauplatz der erste geworden).

Auch die Regierung Kohl hätte gerne ihr Recht auf Kriegführung realisiert, hatte sich jedoch durch den dargebotenen Ort des Geschehens gehemmt gefühlt. Noch Mitte der Neunziger war auch des Kanzlers damals dickster Freund ganz derselben Meinung gewesen: Man bedenke nur, hatte Fischer gemeint, »was es heißen würde, wenn deutsche Soldaten in Kampfhandlungen gegen Serben verwickelt würden! Dann hätten wir hier wirklich eine völlig andere Debatte.«

»Ach Quatsch, das glaub’ ich nicht«, hatte Cohn-Bendit geantwortet, der geahnt haben muß, wie seine Achtundsechziger für den Fall, man ließe sie regieren, ihre Legende, sie hätten den Aufstand gegen die Nazi-Eltern gewagt, zum Exportartikel entwickeln könnten: mit »Hitler« als feindlichem Ausländer, dessen Vorname je nachdem Saddam oder Slobodan heißen konnte, mit »Genoziden«, »KZs« und »Auschwitz« auf dem Balkan, im Mittleren Osten oder in Tibet. Kampfhandlungen deutscher Soldaten gegen Serben wären dann nichts anderes als die Fortsetzung des Antifaschismus mit anderen Mitteln. Er habe, sagte Fischer, als er schließlich auf der Hardthöhe der Zeit angekommen war, nicht nur »Nie wieder Krieg« gelernt, sondern auch »Nie wieder Auschwitz«, womit er aber nicht ankündigen wollte, daß er mit der zweiten Lehre morgen so verfahren werde wie heute mit der ersten, sondern bloß sechzig Jahre *post festum* den Beitritt Deutschlands zur Anti-Hitler-Koalition erklären.

Erläutert wäre damit, warum »ausgerechnet wir« Krieg führen können, noch nicht aber, warum »ausgerechnet wir« das müssen. Vielleicht hätten »ausgerechnet wir« ja wirklich nicht gemußt, wäre »uns« nicht jeder andere Gegenstand der Politik abhanden gekommen. Doch woran sie sich auch wagten, ob an die Erhöhung des Benzinpreises um zehn Pfennige, den Einstieg in den Ausstieg aus ein paar maroden Atomkraftwerken oder die Aufhebung des deutschen Blutrechts – nichts als blutige Nasen haben sie sich geholt, und so sahen sie sich geradenwegs auf jenes letzte Gebiet des Politischen abgedrängt, auf dem die Entscheidungen nicht unmittelbar vom Bundesverband der Deutschen Industrie getroffen und von der zugehörigen Pressestelle verkündet werden: das Auswärtige. »Der Krieg in Jugoslawien bewirkt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Innenpolitik«, bemerkte die »Frankfurter Allgemeine« und wollte damit sagen, daß das rotgrüne Regierungsprogramm dem Krieg zum Opfer gefallen sei. Richtig war natürlich das Gegenteil: Der Wechsel von der einen Politik, die man nicht durfte, zu der anderen, die man deshalb mußte, gehört zu den Dingen, welche zum Krieg gegen Jugoslawien geführt haben.

Was übrigens die Menschenrechte angeht, von denen es heißt, daß um ihretwillen Nacht für Nacht Jugoslawiens Fabriken, Kraftwerke, Brücken, Straßen, Bewohner in die Luft gejagt werden, sieht es so aus, als werde es dem vereinigten Kommando schließlich gelingen, die Lage herbeizubomben, die Clinton, Blair, Schröder und ihre Propagandastäbe herbeigelogen haben, um ihren Krieg anzufangen. Nach drei Wochen war es noch nicht geschafft, und woran es mangelte, hat der »Spiegel« am 12. April aufgeschrieben:

... allerdings braucht die Bundesregierung Fakten über Greuel, besser noch Bilder von Grausamkeiten, die Milosevics Schergen begangen haben ... Doch genau daran mangelt es im Moment. Verteidigungsminister Scharping beschwerte sich öffentlich, die Nato rücke nicht genügend Bilddokumente heraus. »Ich hoffe, sie ändert das bald«, so Scharping, denn »es ist auch eine Schlacht um Information und Propaganda« ... Für serbische KZ gibt es ebensowenig Beweise wie für Massenexekutionen.

Im Jahre 1998, als die Deutschen das Schlachtfeld ihres Krieges vorbereiteten, hatten sie 97,5 Prozent der Leute aus dem Kosovo, die jetzt »ethnische Albaner« heißen, im Alltag aber vorzugsweise »Kanaken«, politisches Asyl verweigert, und noch am 18. November, als die Bomber schon alarmiert waren, hatte das Auswärtige Amt des Ministers Fischer die zuständigen Gerichte mit der Expertise versorgt: »Die Wahrscheinlichkeit, daß Kosovo-Albaner im Falle ihrer Rückkehr in

ihre Heimat massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, ist insgesamt als gering einzuschätzen.« Das war, in offizieller Sicht, die menschenrechtliche Lage auf dem Weg nach Rambouillet, und man kann sagen, daß ihr inzwischen wirklich abgeholfen worden ist.

Derweil die nationale Linke dem Balkan-Hitler ihr »No pasaran!« mit Bomben einzutrichtern begann, begann die deutsche Rechte zu murren. Zwar schlossen ihre Parteien den seit 1914 in solchen Fällen üblichen Burgfrieden, ihre Dichter und Denker aber, die sich gerade noch bei Ovationen in der Paulskirche dicke Beine gestanden hatten, machten sich auf den Friedensmarsch. Peter Gauweiler geißelte den Bruch des Völkerrechts und zitierte zum Beweis, daß die Nation sich auf die regierenden Achtundsechziger auch im übrigen nicht verlassen könne, Joschka Fischers Einsicht von 1982: »Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen; dies zeigt unsere ganze Geschichte.« Rudolf Augstein meinte, die USA »schleppten die nicht sehr begeisterten Nato-Verbündeten hinter sich her«, und sah, wie Egon Bahr, das Vaterland einmal mehr von den Amerikanern um seinen Platz an der Sonne gebracht. Am tiefsten bohrte Walsers Preisredner, der »FAZ«-Herausgeber Frank Schirrmacher:

Es wäre einem sehr viel wohler zumute, wenn Deutschland aus moralischen Gründen an einem Einsatz teilnähme, ohne mit ihm zugleich auch wieder Hitler besiegen zu wollen. Milosevic ist nicht Hitler. Und der Kosovo ist nicht Auschwitz. »Auschwitz eignet sich nicht zur Instrumentalisierung«, hatte Martin Walser vor genau sechs Monaten in der Paulskirche gesagt ... Jetzt, kein halbes Jahr später, dient Auschwitz zur Begründung eines Krieges.

Es klang, als hätte er aus KONKRET abgeschrieben, allein, es klang nur so. Schirrmacher ist nicht zufällig Kollege jenes Johann Georg Reißmüller, der als publizistischer Vater aller Balkan-Kriege auch den ums »Amselfeld« als erster ausgerufen hatte, und so haßt er nicht den Krieg, sondern den Grund. Wenn nämlich Deutschland Hitler besiegen will, kämpft es immer noch und immer wieder gegen sich und seine nationale Geschichte. Diesen Kampf zu beenden, Geschichte endlich Geschichte sein, Auschwitz für nichts mehr zur Begründung dienen zu lassen, nicht für Schuld, nicht für Schulden, nicht für Scham und nicht für Krieg, das ist das Ziel. Auf daß Deutschland, seinen nationalen Interessen folgend, frank und frei wählen kann, wann es Bomben wirft und wohin, und nicht etwa genötigt werden kann, seinen besten Freunden mit Krieg zu kommen, nur weil ein paar Klugscheißer bei ihnen KZs und einen Führer entdeckt haben wollen.

Eine Weltmacht, die es mit der größeren anderen aufnehmen will, muß so souverän sein wie diese, ihre Geschäfte auch mit den Pinochets dieser Welt zu treiben, und erst recht, wenn sie Chatami heißen, und einen Feind auch dann mit Krieg zu überziehen, wenn nicht einmal ihrem Regierungspoeten Enzensberger auf ihn ein Reim mit Hitler gelingt. Deutschland muß Krieg führen können ohne die Rechtfertigung, daß er der antifaschistischen Sache dient. Das Recht, überhaupt einen Krieg zu führen, das ihm, ausgerechnet, Fischer und Co. errangen, war ein notwendiger halber Schritt. Die nächste Regierung kann den ganzen tun. Dann wird sich auch die jüngste deutsche Friedensbewegung wieder an die Front melden.

Konkret 05/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Prolog in der Hölle

Frühjahr 1941, Deutsche Wochenschau:

Unter uns die schweren Forts der Festung Belgrad. Gleich am ersten Tag der Feindseligkeiten griff die Deutsche Luftwaffe die militärischen Ziele der Festung vernichtend an und schickte Tod und Verderben über die Hauptstadt Jugoslawiens, den Sitz der Kriegsbrandstifter auf dem Balkan.

Kassandra

Juni 1991, Milovan Djilas, Titos Kampfgefährte und späterer Gegner:

Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien durch Deutschland, Österreich oder andere Staaten wird direkt zu einem Bürgerkrieg in Jugoslawien führen. Dieser Krieg würde von unvorhersehbarer Dauer sein und könnte, so fürchte ich, durch die Intervention internationaler Organisationen oder das Eingreifen der Großmächte nicht gestoppt werden.

Vorspiel in der Redaktion

Herbst 1991, »Frankfurter Allgemeine«:

Neben den Holländern bestehen (auf der Bewahrung Jugoslawiens) besonders ausdrücklich die Spanier und die Briten, teilweise auch Italiener und Franzosen. Die deutsche Politik hat sich allzulang einer aktiven Minderheit innerhalb der EG gebeugt. Jugo-Serbien ist eine gänzlich uneuropäische Macht. In der heutigen Staatenwelt ähnelt ihm am ehesten der Irak; die serbischen Führer haben zur Wahrheit ein orientalisches Verhältnis. Deshalb darf für Serbien auf alle absehbare Zeit kein Platz in der Europäischen Gemeinschaft sein.

Dein Eid ...

Sommer 1998, Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl:

Das globale Gewaltmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt ausschließlich bei den Vereinten Nationen. Die Nato ist und bleibt ein Verteidigungsbündnis.

... ist mein Eid

Sommer 1998, Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl:

Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab.

Activation order

13. Oktober 1998: Vereinbarung zwischen dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic und dem US-Diplomaten Richard Holbrooke, nach der die serbischen Truppen unter internationaler Kontrolle aus dem Kosovo zurückgezogen und dort 2.000 Inspektoren der OSZE stationiert werden sollen. Am gleichen Tag gibt der Nato-Rat die Activation order für Luftschläge.

Szenen

16. Oktober: Der deutsche Bundestag beschließt mit 500 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen und 18 Enthaltungen, der Nato 14 Tornados und 500 Mann Bodentruppen für militärische Einsätze zur Verfügung zu stellen.

12. Dezember: Sechs Serben werden bei einem Überfall Maskierter auf eine Bar in Pec erschossen.

17. Dezember: UCK-Männer entführen den stellvertretenden Bürgermeister von Polje. Tags darauf wird seine Leiche in einem Straßengraben entdeckt.

Letzte Ausfahrt Zürich

31. Dezember 1998, Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung, in der »Neuen Zürcher Zeitung«:

Eine faktische, wenn auch indirekte Unterstützung einer kosovo-albanischen Sezession von Jugoslawien hinter der Fassade eines ›peace-keeping‹ oder ›Wiederherstellung des Friedens‹ durch die Allianz würde der erklärten Politik der Nato- und EU-Partner zuwiderlaufen. Sie würde gegen das Völkerrecht verstoßen und die OSZE wie die Uno im kritischen Moment der Nato-Erweiterung desavouieren und lähmen. Sie würde außerdem das Verhältnis zu Rußland weiter belasten.

Letzte Wahrheit Rom

14. Januar 1999: Italiens Außenminister Dini erklärt vor dem Parlament, die Unterstützung der UCK durch die albanische Regierung unterlaufe alle diplomatischen Schritte zu einer friedlichen Lösung.

Menschen, Rechte

5. Februar, Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichts zur Zurückweisung der Klagen von Asylbewerbern gegen ihre Ablehnung:

Der beschließende Senat ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Kläger als albanische Volkszugehörige aus dem Kosovo weder im Zeitpunkt ihrer Ausreise noch im Falle ihrer jetzigen Rückkehr einer asylerheblichen Gruppenverfolgung ausgesetzt waren bzw. wären und daß ihnen auch keine politische Verfolgung aus individuellen Gründen drohte bzw. drohen würde ...

Die im Rahmen einer Gesamtbetrachtung gebotene Würdigung der zur Situation der albanischen Volkszugehörigen aus dem Kosovo getroffenen Feststellungen hat den Senat nicht hinreichend davon zu überzeugen vermocht, daß alle Kosovo-Albaner oder wenigstens ein sachlich oder persönlich begrenzter Kreis von ihnen als Zielgruppe eines – landes- oder kosovoweit oder begrenzt auf Teilgebiete des Kosovo angelegten – staatlichen Verfolgungsprogramms gruppenverfolgt sind. Denn die gewonnenen Erkenntnisse lassen für die Zeit von 1990 bis heute den Schluß auf das Bestehen eines entsprechenden staatlichen Verfolgungsprogramms ... nicht zu ...

Auch die asylrelevanten Übergriffe der serbischen Sicherheitskräfte im Verlaufe der bewaffneten Auseinandersetzungen seit Ende Februar/Anfang März 1998 stellen sich ... nicht als Ausdruck und begonnene Umsetzung eines Verfolgungsprogramms im vorgenannten Sinne dar, weil das auf die Abwehr von gewaltsamen Sezessionsbestrebungen der UCK gerichtete Vorgehen der serbischen Sicherheitsbehörden – in dessen Gefolge die fraglichen Übergriffe verübt worden sind – dem Grunde nach legitim ist und es zu den allein asylerheblichen überschießenden harten Maßnahmen weder generell gekommen ist, noch hinreichende Anzeichen dafür vorliegen, daß derartige Maßnahmen generell beabsichtigt (gewesen) sind ...

Versprecher

12. Februar, »Frankfurter Allgemeine« über Bob Dole, den ehemaligen republikanischen Präsidentschaftskandidaten:

Die UCK habe »Spielchen« mit dem Friedensvertrag von Rambouillet betrieben, er (Dole) sei davon »angewidert«.

Remember the Alamo

28. Februar, Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, in der »Welt am Sonntag« zum Vertrag von Rambouillet:

Von Jugoslawien, einem souveränen Staat, verlangt man die Übergabe der Kontrolle und Souveränität über eine Provinz mit etlichen nationalen Heiligtümern an ausländisches Militär. Analog dazu könnte man die Amerikaner auffordern, fremde Truppen in Alamo einmarschieren zu lassen, um die Stadt an Mexiko zurückzugeben, weil das ethnische Gleichgewicht sich verschoben hat ...

Ironischerweise erhöht das geplante Friedensabkommen die Wahrscheinlichkeit unterschiedlicher Eskalationen, die von Präsident Clinton zur Rechtfertigung eines amerikanischen Einsatzes genannt werden. Ein unabhängiges albanisches Kosovo wird mit Sicherheit danach trachten, die benachbarten albanischen Minderheiten – überwiegend in Mazedonien – zu vereinnahmen. Und am Ende vielleicht sogar das Mutterland Albanien selbst.... Wird die Nato zur Artillerie für ethnische Konflikte?

Die falschen Vertriebenen

5. März, »Kosovo update« des US-State Department:

Die Anzahl der Serben, die aus ihren Häusern geflohen sind, ist in diesem Zeitraum (seit Weihnachten 1998) dramatisch angestiegen, Schätzungen gehen von bis zu 30.000 aus. Sie haben 90 früher ethnisch gemischte Dörfer verlassen, und die meisten haben sich wieder in Zentralserbien niedergelassen. Offizielle Belgrader Statistiken geben an, daß 50.000 der 200.000 Kosovo-Serben die Provinz verlassen haben, seit die Kämpfe vor einem Jahr begonnen haben.

Stille Post

23. März, Brief von Slobodan Milosevic an die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Robin Cook und Hubert Védrine:

Meine Herren Minister,

auf die Botschaft, die Sie mir übermittelt haben, möchte ich wie folgt antworten: Die Gespräche in Paris, die Sie als beendet bezeichnen, haben gar nicht stattgefunden. Die Delegationen der Republik Serbien und der albanischen separatistischen und terroristischen Bewegungen haben nicht ein einziges Mal miteinander gesprochen ..., es gibt also kein gemeinsames Dokument, das akzeptiert oder abgelehnt werden könnte. Im übrigen ist der Text, den Sie als »Abkommen von Rambouillet« bezeichnen, schon vor den Gesprächen in Rambouillet in der kosovo-albanischen Presse, und zwar in der Zeitung »Koha Ditore«, veröffentlicht worden.

Belgrad ist tolerant, aber nicht dumm ... Wir haben gewiß nichts dagegen, daß vor den Gesprächen ein Vorschlag für die Diskussion vorbereitet wird. Aber wir wenden uns mit allem Nachdruck dagegen, daß die Gespräche gar nicht stattfinden und daß dann von uns verlangt wird, etwas, das eventuell ein Vorschlag für das Abkommen hätte sein können, als Abkommen zu unterzeichnen ...

Auf die guten alten Zeiten

23. März, »Tageszeitung« (Erich Rathfelder):

Die historische Dimension ist wie überall auf dem Balkan allgegenwärtig. Während des Zweiten Weltkrieges beherbergte Tetova schon einmal ein regionales Kommando der deutschen Truppen. Selbst die Versorgungswege waren die gleichen: Über den griechischen Hafen Thessaloniki wurden heute wie damals die Nachschubgüter in die Stadt gebracht. Die Albaner erinnern sich, daß der damals von Deutschland und Italien geschaffene albanische Staat bis hierhin reichte, daß es Schulen in albanischer Sprache gab.

Wir führen Frieden (1)

24. März, Erklärung des Bundeskanzlers:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute abend hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe verhindern ... Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Das Jahrhundertverbrechen, das da im Kosovo im Gange ist ...

Rudolf Scharping, SPD

Deutsche Waffen, deutsches Geld

25. März, Willy Wimmer, CDU, Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der OSZE, früher parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium:

Ich habe in den letzten Monaten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, vor allen Dingen nach dem Holbrooke/Milosevic-Abkommen vom Oktober und der anschließenden schändlichen Entwicklung, die es da gegeben hat, daß natürlich ein Riesenproblem dadurch entstanden ist, daß die UCK sich so bewaffnen konnte, wie sie sich bewaffnet hat. Und ich bin auch von den internationalen Organisationen, d. h. OSZE, immer wieder darauf angesprochen worden, daß die Gelder im wesentlichen aus Deutschland und der Schweiz gekommen sind ...

So geht es nicht

25. März, Ernst-Otto Czempiel, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung:

Zunächst einmal hätte unbedingt ein UN-Mandat eingeholt werden müssen. Denn nach der Charta der Vereinten Nationen, nach geltendem Völkerrecht und nach der geltenden Weltordnung darf niemand Gewalt zu politischen Zwecken anwenden, mit der einzigen Ausnahme des Genozid. Und Genozid liegt ja im Kosovo noch nicht vor. Die humanitären Gründe sind ein sehr beliebig verwendbares Argument. Und wenn Sie mal in das Kosovo hineingucken, dann muß man sagen, die Nato-Angriffe produzieren ja und schaffen ja überhaupt erst zusätzlich diesen Notstand.

Das Kosovo ist ein Bürgerkrieg. Es ist eine innere Angelegenheit eines Staates, und in die von außen sich einzumischen ist völkerrechtlich schlicht verboten, und daran sollten wir auch um Gottes willen nicht rühren, sonst könnten viele Staaten auf die Idee kommen, in anderen Fällen, die uns gar nicht so gut passen, ebenfalls zur Waffe zu greifen. Es gibt ja viele unruhige Staaten. Also es handelt sich hier um eine innere Angelegenheit, und Milosevic hat recht, wenn er sagt, ich habe einen souveränen Staat, und in diesem souveränen Staat besteht eine Rebellion. Es ist ein Aufruhr gegen die Souveränität von Belgrad, also von Serbien, und dagegen muß auch vorgegangen werden. Man sollte nicht übersehen, daß die UCK ja nun in der Tat seit anderthalb Jahren einen bewaffneten Kampf führt. Jeder würde einen solchen Kämpfer als Terroristen bezeichnen. Gucken Sie doch nur mal in den Nahen Osten, wo dieser Begriff ja sehr schnell bei der Hand ist. Nein, so geht es nicht.

Zwei Kater in Stimmung

25. März, Streitgespräch zwischen den außenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen von PDS und Grünen, veranstaltet von der Zeitung »Freitag«:

»Freitag«: Herr Gehrcke, Herr Lippelt, seit gestern abend fliegen deutsche Tornados Luftangriffe auf Serbien. Wie fühlen Sie sich »am Morgen danach«?

Gehrcke: Sorgenvoll, bedrückt und hilflos.

Lippelt: Ich bin Historiker und denke an den deutschen Kriegseintritt 1914 und 1939. Nur, daß der Begriff Krieg in diesem Fall ganz falsch ist ... Es ist ein militärisches Vorgehen am Ende eines langen, mühsamen und bisher leider vergeblichen diplomatischen Weges zur Beendigung einer humanitären Katastrophe.

Was Serben tun

25. März, »Bildzeitung«:

Die Serben töten Babys, vergewaltigen Frauen

Was Deutsche tun

25. März, »Bildzeitung«:

Die deutschen Offiziere – auf sie kommt es jetzt an

Hoch die Tassen

25. März, ADN-Terminübersicht:

19 Uhr: ÖkosteuerEinstiegsParty – Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion – mit IG-Bau-Chef Klaus Wiesehügel

Ich habe es nicht gewollt

26. März, Bundestag, Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

In dieser Woche hat Europa Handlungsfähigkeit beweisen müssen *... In der Nacht zum Donnerstag hat die Nato mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Das Bündnis war zu diesem Schritt* gezwungen*, um weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte im Kosovo zu unterbinden und um eine humanitäre Katastrophe dort zu verhindern ... Die Vertreter der Kosovo-Albaner haben dem Abkommen von Rambouillet schließlich zugestimmt. Einzig die Belgrader Delegation hat durch ihre Obstruktionspolitik alle, aber auch wirklich alle Vermittlungsversuche scheitern lassen. Sie allein trägt die Verantwortung für die entstandene Lage. Wir hatten deshalb* keine *andere* Wahl*, als gemeinsam mit unseren Verbündeten die Drohung der Nato wahrzumachen ...*

Ich möchte von dieser Stelle aus ein Wort des aufrichtig empfundenen Dankes an unsere Soldaten und ihre Familien richten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des Bündnisses 90/

Die Grünen und der Abg. Angela Marquardt (PDS))

Die Verantwortung für die entstandene Lage trägt allein *die extremistische Belgrader Führung. Es liegt in ihrer Hand, die Militäroperation unverzüglich zu beenden.*

Legal, illegal, scheißegal

26. März, Bundestag, Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion:

Wir unterstützen, Herr Bundeskanzler, das, was Sie zur Lage im Kosovo gesagt haben ... Wir fühlen uns in diesen Stunden mit den Soldaten, mit ihren Familien und auch mit den Streitkräften unserer Verbündeten verbunden ...

Ich bin dagegen, jetzt in eine verfassungsrechtliche Rabulistik einzutreten, die nicht weiterführt ...

Was so sein könnte

26. März, Bundestag, Wolfgang Gerhardt, Vorsitzender der FDP-Fraktion:

Herr Bundeskanzler, wir stimmen Ihnen – ich füge hinzu: wir danken ausdrücklich auch dem Verteidigungsminister – beim Thema Kosovo zu, was Engagement, Zielrichtung, Verhandlungsführung und Entscheidung anbelangt ...

Ich habe hier eine Meldung vor mir. Ob sie zutrifft, kann ich noch nicht einmal sagen. Aber wir spüren alle, daß sie zutreffen könnte. Diese Reuters-Meldung ist von 11.39 Uhr. Danach haben im Kosovo nach Informationen der albanischen Nachrichtenagentur jugoslawische Soldaten und serbische Polizisten 21 Lehrer albanischer Abstammung vor den Augen ihrer Schüler umgebracht. Man vermutet, daß das so sein könnte. Wenn ich so etwas lese, bin ich nicht mehr in der Lage, eine Diskussion darüber zu führen, ob man sich da heraushalten kann.

Ich bin nicht schuld

26. März, Bundestag, Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Bundesminister des Auswärtigen:

Die Bundesregierung hat gemeinsam mit unseren Partnern nun wirklich alles versucht, um Belgrad eine Brücke zu bauen ... Dick Holbrooke, der Sonderbotschafter der USA, den Ihre Partei, Herr Gysi, allzu gerne als Kriegstreiber hinstellt, hat Milosevic noch in der letzten Sekunde das Angebot gemacht: Stoppe deine Soldateska im Kosovo! Führe nicht eine abschließende Beschlußfassung des serbischen Parlaments herbei. Wenn du das befolgst, dann können wir weiterverhandeln. So sah das Angebot in der letzten Sekunde aus. Es ist ausgeschlagen worden, wissend, was dann passiert. Insofern trägt Milosevic an dem jetzigen Krieg die alleinige Schuld und eine schwere Verantwortung.

Im Rahmen der EU, der OSZE und im UN-Sicherheitsrat wurde alles versucht, um eine friedliche Lösung zu finden. Es kann doch nicht wahr sein, daß ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung und die Unterdrückung einer großen Minderheit im eigenen Land wieder zum europäischen Standard des 21. Jahrhunderts gehören ...

Deswegen möchte ich mit allem Nachdruck den Vorwurf zurückweisen, daß wir hier von deutschem Boden aus eine Politik des Krieges betreiben. Wir können nicht zulassen, daß sich in Europa eine Politik der Gewalt durchsetzt, eine Politik, die keine Skrupel hat, Gewalt einzusetzen, und die bereit ist, über Leichen zu gehen, auch wenn es Tausende, Zehntausende oder Hunderttausende Tote bedeutet. Das ist keine Theorie, sondern Praxis auf dem Balkan; sie ist als Ergebnis der Politik von Milosevic zu sehen.

Meine Damen und Herren, für mich ist ganz entscheidend, daß die Verantwortung bei Milosevic liegt.

Traurige Tatsachen

26. März, Bundestag, Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Fraktion:

Völkerrecht dann einzuhalten, wenn es mit den eigenen Zielen, mit dem, was man ohnehin tun will, übereinstimmt, das ist ja leicht. Das ist wie beim innerstaatlichen Recht. Aber es dann einzuhalten, wenn es einem politisch nicht paßt, das ist die eigentliche Schwierigkeit. Für genau solche Fälle schafft man Recht. Wenn man es verletzt, dann ist man nicht viel besser als andere Rechtsverletzer ...

Jugoslawien hat keinen der Staaten angegriffen, die jetzt Jugoslawien bombardieren. Deshalb ist es eben kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffskrieg. Und der ist völkerrechtlich verboten. Das ist eine Tatsache. ... Die Ordnung, die nach 1945 in der UN-Charta festgelegt worden ist, ist beseitigt. Wenn Sie das Vetorecht Rußlands und Chinas aushebeln, dann hat auch das von Frankreich und Großbritannien in anderen Situationen keinen Wert mehr.

Wie hat denn alles angefangen? Alles hat nach Dayton damit angefangen, daß Jugoslawien die Rechte der albanischen Minderheit in Jugoslawien bzw. der albanischen Mehrheit im Kosovo verletzt hat. Das ist wahr. Aber es gab damals keine Massaker, es gab eine Verletzung der Rechte. Das kennen wir von der Welt. Dann passiert irgendwann folgendes: Diese Bevölkerung fängt an, sich zu bewaffnen, um für Unabhängigkeit und Loslösung von dem Staat einzutreten. Jeder

Zentralstaat setzt dagegen Militär ein. Das war und ist im Baskenland so, das war und ist so in Nordirland, das ist vor allem im kurdischen Gebiet der Türkei so. Das war in Tschetschenien so und im Kaukasus.

Verantwortliche Verantwortung

26. März, Bundestag, Rudolf Scharping (SPD), Bundesminister der Verteidigung:

Ich weiß nicht, wie es anderen Mitgliedern in diesem Hause geht, aber ich erinnere mich sehr gut an Erfahrungen, die im Jahre 1968 begonnen haben ... Wenn man sich an das Gefühl der Ohnmacht bei der Besetzung der Tschechoslowakei, an das Gefühl der Ohnmacht bei der Unterdrückung der Charta 77, an das Gefühl der Ohnmacht bei der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen erinnert und das mit seinen ganz persönlichen Erinnerungen verknüpft – ich jedenfalls tue das – , muß man sagen: Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist für meine Begriffe das Gefühl des Skrupels und der Besorgnis angesichts der Handlungszwänge, in denen wir stehen, wesentlich besser zu tragen als dieses Gefühl der völlig hilflosen und wirklich verfluchten Ohnmacht, den Menschen nicht helfen zu können, denen die ganze Sympathie und die ganze politische Unterstützung galt.

Daß wir nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in Europa in der Lage sind, unsere Werte und unsere Ideale nicht nur zu reklamieren, sondern mehr für sie zu tun als in den Zeiten davor, finde ich, ist auch ein Teil der Verantwortung, die mit dem Kosovo verbunden ist ...

Wir müssen heute mit einem Völkerrecht umgehen, das ich nicht geringschätzen will. Ich weiß, welchen Mißverständnissen man sich aussetzt, wenn man das in diesem Zusammenhang diskutiert. Aber ist es wirklich zu rechtfertigen, an den Weltsicherheitsrat gebunden zu sein, wenn sich dort drei von fünfzehn Nationen – Rußland, China und Namibia – gegen das Vorgehen der Nato und der westlichen Staatengemeinschaft ausgesprochen haben und von den zwölf anderen zwei mindestens Verständnis und die übrigen Unterstützung bekundet haben? ... Ist es zu rechtfertigen, daß eine solch große Macht wie China wegen ihrer Belange – oder was sie dafür hält – in Tibet glaubt, sie müsse auf der ganzen Welt ethnisch begründeten Völkermord einfach deshalb akzeptieren, weil er in innerstaatlichen Grenzen stattfindet?

Die Menschen, die jetzt als Soldaten im Kosovo eingesetzt werden, brauchen zweierlei: Sie brauchen eine eigene innere Überzeugung, um dem, was sie dort tun, Sinn zu geben. Das ist Gott sei Dank so. Aber unsere Soldaten und ihre Familien brauchen noch etwas anderes, nämlich Rückhalt im Parlament und in der Öffentlichkeit. Dieser Rückhalt könnte durch Debatten geschmälert werden, die dafür nicht gut sind, die allenfalls gut für die eine oder andere Schlagzeile oder die eine oder andere kurzatmige Nachricht sind.

Memories

26. März, Erklärung von zwanzig ehemaligen Abgeordneten und Bundesvorstandsmitgliedern der Grünen:

Wir appellieren an die rot-grüne Koalition und insbesondere an die Bundestagsabgeordneten der Grünen: Vergeßt nicht, daß eure parlamentarische Geburtsurkunde vor zwanzig Jahren von der Friedensbewegung ausgestellt wurde. Stoppt diesen Krieg und holt die Bundeswehr aus dem Balkan zurück.

Regula Bott, Jutta Ditfurth, Gabriele Gottwald, Bettina Hoeltje, Ellen Olms, Dorothee Piermont, Jürgen Reents, Christian Schmidt, Manon Tuckfeld und andere

Lernprozeß

26. März, Wortwechsel im Bundestag:

Außenminister Fischer: Weil ich dabei war – was ich vorher dachte, war Theorie – , ist mir heute nacht zum erstenmal klargeworden – ich sage das als überzeugter Europäer; vielleicht kann es Dr. Kohl aus seinen vielen Erfahrungen bestätigen – , daß dieses Europa mit Horrido auseinanderfliegt, wenn unser Land die europäische Führungsaufgabe nicht wahrnimmt.

Dr. Helmut Kohl: Das habe ich euch sechzehn Jahre lang gesagt.

Schütze Arsch und seine Männer

26. März, »Bildzeitung«:

Scharping – er wird ein richtiger Soldatenvater ... Der ehemalige Schütze Scharping, der nach sechs Monaten beim Bund ausgemustert wurde (seine 6,25 Dioptrien-Gläser paßten nicht unter die Gasmaske) – er ist auf dem Weg zum »Soldatenvater« wie sein Vorbild Georg Leber. Noch in der Nacht telefoniert Scharping mit den Kommandeuren vor Ort, Oberst Jochen Roth in Piacenza, Brigade-General Helmut Harff in Tetovo. Voller Anteilnahme erkundigt er sich nach der

Stimmung in der Truppe: »Ist alles in Ordnung, sind die Männer wohlauf …?«

Rüstungskonversion

26. März, »Süddeutsche Zeitung« (Heribert Prantl), über die Pazifisten von gestern:

Und sie reden nun, als Bellizisten, oft mit derselben Häme von den »Friedfertigen« und »Tagträumern«, mit der sie früher über Spießer und Amerikaner geredet haben. Es fällt die Inbrunst auf, mit der sie das Gegenteil von dem predigen, was sie gestern gefordert haben – aber auch das wieder im Namen der Humanität: Aus »Frieden schaffen ohne Waffen« wird »Frieden schaffen – mit aller Gewalt«.

Freie Presse

26. März, »Bildzeitung«:

Die Milosevics – eine schreckliche Familie – Ihn nennen sie »Schlächter«, seine Frau »Hexe von Belgrad«.

Body count (1)

26. März, Zoran Jeremic, Botschafter Jugoslawiens in Bonn, in »Neues Deutschland«:

Die Rechtfertigung hat man in einer angeblichen humanitären Katastrophe gefunden – wobei es sich um manipulierte Zahlen handelt. Vorgestern erschien plötzlich die Zahl von 450.000 Flüchtlingen, nachdem es kurz zuvor noch 250.000 waren. Man hat einfach die Flüchtlinge aus dem vergangenen Jahr hinzugezählt, obwohl deren Rückkehr sogar von der OSZE bestätigt worden war.

Ein Dissident

26. März, Willy Wimmer, CDU, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, in der »jungen Welt«:

Wir sind in eine ziemlich hoffnungslose Mission (die Überwachung des Milosevic/Holbrooke-Abkommens) geschickt worden im Oktober und November des vergangenen Jahres. Und zwar deshalb, weil man unseren Erfolg vermutlich gar nicht wollte ... Zum Beispiel diejenigen, die hinter der UCK stehen und die Fäden ziehen. Die internationalen Beobachter, die OSZE-Beobachter, sie haben eindeutig erklärt – die Verantwortlichen, wohlgemerkt – , daß die jugoslawische Seite nach den Oktober-Vereinbarungen sich an diese auch gehalten hat. Und daß hingegen die UCK systematisch diese unterlaufen hat. Sie ist in die leeren Räume wieder eingedrungen, sie hat provoziert und und und. Das sind Dinge, vor denen ich doch meine Augen nicht verschließen kann.

Prophylaxe

26. März, »Bildzeitung«:

Welcher Serbe ist jetzt ein Feind? »Bild« fragte Professor Ulrich Beyerlin: » ... Die Zivilbevölkerung gilt als Nicht-Kombattant. Kombattanten müssen einen gewissen Organisationsgrad aufweisen und sich nach außen erkennbar machen, z.B. indem sie die Waffen offen tragen.« Also sind serbische Zivilisten in Deutschland in keinem Fall Kriegsteilnehmer!

Ein Parteigänger

27. März, »Hamburger Abendblatt«:

Bujar Bukoshi, der in Deutschland lebende Exil-Premier der international nicht anerkannten »Republik Kosovo«, hat die Luftangriffe der Nato auf serbische Stellungen begrüßt. Der Politiker forderte die Nato auf, die Angriffe so lange wie möglich fortzuset-

zen.

Milosevic handelt nicht anders als Hitler

Ludger Volmer, Grüne, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Als Sieger kehre heim

27. März, »Tageszeitung«, über Rudolf Scharping:

Der ewige Verlierer – nun auf der Siegesstraße

So einer ...

27. März, »B.Z.« (Springer), Berlin:

Serbenführer Milosevic – Der Feind intim – Alkoholiker, mißtraut jedem – Wie Psychologen ihn erklären

... ist zu allem fähig

28. März, »Bild am Sonntag« über serbische Flugabwehrraketen:

Bedrohung für deutsche Tornados – Die gefährlichste Waffe des Schlächters – Wann setzt Milosevic sie ein?

Ein Friedenspreisträger

28. März, dpa:

Der Schriftsteller Günter Grass hält den Nato-Einsatz in Serbien für gerechtfertigt. »Es war höchste Zeit, dort einzugreifen ... Es ist spät, hoffentlich nicht zu spät.« Es habe alles zu lange gedauert. Auch zeige die jetzige Entwicklung die Unmündigkeit Europas. »Wir sind offenbar nicht in der Lage, auf diesem Kontinent im Sinne von Demokratie und Menschenrechten etwas zu schaffen ohne die Amerikaner.« Die Frage sei, ob man sich der Konsequenzen bewußt gewesen sei, daß es ohne den Einsatz von Bodentruppen nicht zu schaffen sein werde. »Sonst hätte man die Finger davon lassen sollen.«

Seine Fratze

28. März, ARD, »Christiansen«:

Scharping: Wer jetzt kommt und sagt, durch das militärische Eingreifen sei die humanitäre Katastrophe erst ausgelöst worden, hat ein absolut zynisches Verständnis von dem, was dort wirklich los ist. Am letzten Wochenende waren 270.000 Menschen schon auf der Flucht, die Beobachter der OSZE sind beschossen worden von jugoslawischen Verbänden. Das war einer der Gründe, weshalb sie herausgeholt worden sind. Und vor diesem Hintergrund, das muß ich jetzt wirklich sagen, interessieren mich zur Zeit nicht so brennend die Einzelheiten des Völkerrechts, so wichtig sie sind, aber am Ende sind es Einzelheiten, in meinen Augen jedenfalls.

Viel wichtiger ist die Frage, was geschieht jetzt im Kosovo. Wenn ich höre, daß im Norden von Pristina ein Konzentrationslager eingerichtet wird, wenn ich höre, daß man die Eltern und die Lehrer von Kindern zusammentreibt und die Lehrer vor den Augen der Kinder erschießt, wenn ich höre, daß man in Pristina die serbische Bevölkerung auffordert, ein großes »S« auf die Türen zu malen, damit sie bei den Säuberungen nicht betroffen sind – dann ist da etwas im Gange, wo kein zivilisierter Europäer mehr die Augen zumachen darf, außer, er wollte in die Fratze der eigenen Geschichte schauen.

(Anmerkung: Die von Scharping genannte Flüchtlingszahl ist die Gesamtzahl der im Verlauf der Kämpfe im Kosovo seit Anfang 1998 Geflohenen. Fast alle dieser Flüchtlinge waren nach Abschluß des Holbrooke/Milosevic-Abkommens im Herbst 1998 in ihre Dörfer zurückgekehrt. Scharpings Geschichten von den Konzentrationslagern, den Lehrererschießungen und den »S«-Zeichen haben bis Redaktionsschluß keine Bestätigung gefunden.)

In Bosnien war eine von den Vereinten Nationen geführte Truppe. Da sind Soldaten, weil sie einen ganz eng begrenzten Auftrag hatten, am Ende angekettet worden. Sie mußten zusehen, wie in Srebrenica 30.000 Menschen umgebracht worden sind.

(Anmerkung: Die von den Vereinten Nationen und dem Roten Kreuz angegebene Zahl der im Zuge der Kämpfe um Srebreniva »Verschwundenen«, also möglicherweise Getöteten, ist 7.076. Die neuen 22.924 Leichen gehen allein auf Scharpings Konto.)

Der Völkermord beginnt gleich

29. März, »Berliner Morgenpost«:

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping warf Jugoslawien vor, im Kosovo einen Völkermord zu planen. Der SPD-Politiker sagte im ZDF, die Regierung habe rund 40.000 Soldaten, 700 Geschütze, ebensoviele schwer gepanzerte Fahrzeuge und 300 Panzer zusammengezogen. »Diese Präsenz von Militär und die vorliegenden Informationen

signalisieren, daß hier ein Völkermord beginnt«, sagte Scharping.

Body count (2)

29. März, »Tagesspiegel«, Berlin, Schlagzeile:

500.000 Kosovo-Albaner auf der Flucht

Volksaufklärung

29. März, »Berliner Zeitung«:

Milosevic nimmt immer stärker die Züge eines zweiten Hitler an.

Fälschung ...

29. März, »Der Spiegel«:

Peter Handke und die Serben – das ist die Geschichte einer unheilbaren Obsession. Mit heißem Herzen, aber betrüblich schwach bei Verstand hat der österreichische Dichter immer wieder das gelobte Land durchstreift ... Handke-Kritiker seien »debil« oder »durchgedreht«, und auf Widerspruch bei öffentlichen Diskussionen beschied er knapp: »Sie können sich Ihre Leichen in den Arsch stecken.«

... und Original

Wortwechsel zwischen Peter Handke und einem Zuhörer bei der angeführten Veranstaltung im Wiener Akademietheater am 18. März 1996:

Handke: Das haben Sie von Ihrem blöden »Spiegel« ...

Zuhörer: Vielleicht sind die Journalisten, die in den Lagern waren, etwas betroffener als Sie ...

Handke: »Betroffenheit!« Das kann ich schon überhaupt nicht hören. Gehen Sie nach Hause mit Ihrer Betroffenheit, stecken Sie sich die in den Arsch!

Basisdemokratie

29. März, Presseerklärung:

Rot-Grün setzt das in die Tat um, was alle Bundesregierungen vorher nicht gewagt haben: nach 54 Jahren den ersten völkerrechtswidrigen und durch das deutsche Grundgesetz untersagten Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat ... Die historische Aufgabe der Grünen ist erledigt. Den Verelendungsprozeß möchte ich nicht aufhalten ... Ich trete als Beisitzer im (Berliner) Landesvorstand zurück und aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus.

Tilman Heller

Ich kenne nur noch Deutsche

29. März, »Tageszeitung«, Interview mit dem CDU-Abgeordneten Heiner Geißler:

»Taz«: Gibt es denn in der Kosovo-Krise überhaupt noch Punkte, in denen Sie nicht hinter Rot-Grün stehen?

Geißler: Nein. Ich würde mir das auch nicht wünschen.

»Taz«: Rot und Grün, Schwarz und Gelb haben ein und dieselbe Position?

Geißler: So können sie das formulieren ... Das hat nichts mehr mit Parteipolitik zu tun.

E lucevan le stelle

29. März, Michael Wolffsohn, Professor der Bundeswehr:

Ein hell leuchtender Stern am politisch-militärischen Himmel unseres Landes ist dieser Vier-Sterne-General Klaus Naumann.

Fetzen Papier

29. März, Erhard Denninger, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Frankfurt am Main, im Interview mit dem »Spiegel«:

»Spiegel«: Im Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 ist zwingend vorgeschrieben, daß »das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen«. Hat Bonn den Vertrag gebrochen?

Denninger: So ist es.

»Spiegel«: Was hat das für Folgen?

Denninger: Vermutlich keine. Wahrscheinlich haben die Russen das noch nicht mal gemerkt.

Der Völkermord hat begonnen

30. März, »Berliner Kurier«:

Todesangst im Kosovo / Serben-Killer treiben Albaner in KZ-Zonen / Im Kosovo wüten die Killer-Kommandos der serbischen Truppen. Zu Tausenden werden Albaner in »konzentrierten Gebieten« zusammengetrieben. Ihr Schicksal in diesen KZ-Zonen ist ungewiß ... Bundesverteidigungsminister Scharping erklärte: »Der Völkermord hat begonnen.«

Drei Nachrichten

30. März, »B.Z.«, Berlin:

Schlimmster Blut-Tag im Kosovo / Friedliche Politiker hingerichtet / Anderen die Kehle durchgeschnitten / 500.000 auf der Flucht

Noch eine Nachricht

30. März, »B.Z.«, Berlin:

Gestern wurden zwei Spitzenpolitiker der Kosovo-Albaner hingerichtet: Fehmi Agani, 66, und Baton Haxhiu, 37. Der Spitzenvertreter der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, konnte untertauchen, sein Haus wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Details einer Recherche

30. März, »Bildzeitung«:

Hinterhalt auf Beerdigung: Milosevic läßt Oppositionelle erschießen. Serben-Diktator Milosevic – gnadenlos bringt er jetzt auch Oppositions-Politiker um. Der Zentralfriedhof in Pristina, gestern mittag. Beerdigung des prominenten serbischen Rechtsanwalts Kelmendi. Er galt als Sympathisant der Kosovo-Albaner, war vor zwei Tagen von Milosevics Schergen erschossen worden. Auf der Beerdigung dabei: fünf prominente albanische Oppositionelle, darunter auch Fehmi Agani (66), Soziologie-Professor, der wichtigste Berater des Führers der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova.

Unmittelbar nach der Beerdigung werden die Albaner von schwerbewaffneten serbischen Geheimpolizisten umstellt, abgeführt. Ein Nato-Sprecher teilte mit, daß die Oppositionellen unmittelbar danach ohne Verfahren oder Urteil exekutiert worden sind. Unter den Ermordeten befand sich auch der 37jährige albanische Journalist Baton Haxhiu ...

Ab durch die neue Mitte

30. März, Claudia Haydt, Stadträtin, Fraktionsvorsitzende der Grünen und Alternativen Liste, Tübingen:

Hiermit teile ich meinen Austritt aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen mit. Ein weiteres Verbleiben in dieser Partei ist für mich weder vertret- noch verantwortbar, denn Bündnis 90/Die Grünen hat sich nun vollständig von einer pazifistischen Partei zu einer Kriegstreiberpartei entwickelt, durch ehemalige pazifistische Identifikationsfiguren wurde die Kriegsrhetorik hoffähig gemacht ...

Es soll aus deutschen Kriegen nie wieder der Boden rausgehen

Dieter Hildebrandt, Kabarettist

Verläßliche Quellen

30. März, »Süddeutsche Zeitung«:

Serben exekutieren fünf Albaner-Führer – Ein Sprecher der Nato teilte mit, unter den Opfern seien die engsten Berater des Anführers der Kosovo-Albaner Ibrahim Rugova und der Chefredakteur der Zeitung »Koha Ditore«. Die Nato berief sich auf »verläßliche Quellen«.

(Anmerkung: Die Exekutierten meldeten sich in den nächsten Tagen im Leben zurück, zuletzt der Chefredakteur – siehe 6. April.)

Hut ab zum Gebet

30. März, »B.Z.«, Berlin (Herbert Kremp):

Im Blendlicht der Kriegsblitze steht unser Verteidigungsminister ausgezeichnet seinen Mann. Rudolf Scharping Superman, der Noske von heute (bei allem Unterschied). Mit Bart und ohne wirkt er bedächtig, sorgsam, ja, fast taubenfüßig. In der Partei nennen sie ihn »Sandmännchen«, unter den Erbarmunglosen heißt er »Trocken Brot« (was trügt). Scharping ist ein heller Kopf, Politologe aus gutem Professorenstall ... Er wurde, was er nie hatte werden wollen: Verteidigungsminister. Bei der Vereidigung war der Katholik Scharping der einzige, der die Eidesformel mit den Worten beschloß: »So wahr mir Gott helfe«. Daran wird er in diesen Tagen viel denken. Rudolf Scharping erweist sich als fähiger Chef, er ist ein Glücksfall. Es ziehe den Hut, wer noch einen trägt.

Leichen gesucht

30. März, »junge Welt«:

Jean-Christophe Rubin, ehemaliger Vizepräsident der »Ärzte ohne Grenzen«, schrieb in »Le Monde«: »Wir haben es mit einer militärischen, einsatzbereiten Allianz zu tun, die entwickelt wurde, um auf eine Bedrohung, d. h. auf einen Feind zu reagieren. Die Nato definiert einen Feind, droht ihm und schlägt letztlich zu und vernichtet ihn ... Um solch eine Maschinerie in Gang zu setzen, braucht es einen Zündmechanismus. Dieser hat heute nicht mehr militärischen oder politischen Charakter. Die aktuelle Situation belegt das: Der Hebel der Nato heute ist humanitär. Er benötigt Blut, ein Massaker, irgend etwas, das die öffentliche Meinung so sehr in Rage bringt, daß sie eine gewalttätige Reaktion willkommen heißt.« Die Konsequenz ist, so schlußfolgert Rubin, daß »die potentielle Bedrohung der Zivilbevölkerung niemals so groß gewesen ist wie heute im Kosovo. Warum? Opfer sind der Schlüssel zur internationalen Reaktion. Um es deutlich zu sagen: Der Westen braucht Leichen ... Im Kosovo warten wir auf sie, und wir werden sie bekommen.«

Bild dir eine Meinung

30. März, »Bildzeitung«:

Kosovo-Unterhändler hingerichtet – Entsetzliche Berichte über Massaker – Jede Stunde 4.000 Flüchtlinge mehr – Ist dieser Krieg richtig? 50 prominente Deutsche sagen ihre Meinung in »Bild«:

Gunda Niemann-Stirnemann, Eisschnellauf-Weltmeisterin: Krieg ist nie gut. Aber ...

Lothar Matthäus, Fußball-Profi: Das Schönste wäre sicherlich, wenn es diesen Krieg nicht gäbe. Aber ...

Gunther Emmerlich, Entertainer: Inwiefern der Krieg falsch oder richtig ist, ist schwer zu sagen. Aber ...

Ulrich Meyer, Moderator: Endlich handelt der Westen. Aber ...

Klaus Bresser, Chefredakteur des ZDF: Bombenangriffe sind schrecklich, schrecklicher wäre aber ...

Brigitta Mira, Schauspielerin: Es ist schrecklich. Aber ...

Michel Friedman, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland: Ein ganz klares, eindeutiges Ja! Genauso deutlich und klar ein Aber!

Jan Ullrich, Tour-de-France-Sieger 1997: Mein Sport ist nur auf friedlichen Straßen möglich. Aber ...

Oliver Bierhoff, Kapitän der Fußball-Nationalmannschaft: Es ist nie schön, wenn es Krieg gibt. Aber ...

Thomas Bach, deutsches IOC-Mitglied: Ein Krieg ist nie richtig, aber ...

Claude-Oliver Rudolph, Schauspieler: Grundsätzlich bin ich gegen jede kriegerische Auseinandersetzung. Aber ...

Bischöfin Maria Jepsen: Daß Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll – das gilt als unverrückbar. Die kriegerischen Aktionen sollen Menschenleben schützen und retten. Ein Dilem-

ma ...

Auferstehung (1)

31. März, »Frankfurter Rundschau«:

Es schien eine Methode erkennbar zu werden: Vertreibung der albanischen Mehrheit aus dem Kosovo, zugleich Vernichtung derjenigen, die kosovo-albanisches Bewußtsein formulieren und ... die kosovarische Gesellschaft neu aufbauen könnten. Doch nun räumt ein Sprecher der Nato ein, daß wenigstens eine der Schreckensnachrichten womöglich falsch ist: Fehmi Agani lebt vielleicht noch, der enge Berater des maßvollen Kosovaren-Politikers Ibrahim Rugova und Unterzeichner des Rambouillet-Abkommens ...

Ein Analyst

31. März, Ludger Volmer, Grüne, Staatssekretär im Auswärtigen Amt:

Es war und ist Milosevics Absicht, einen Teil seines Staatsvolkes zu vertreiben und auszurotten. Wer von dieser Analyse nicht ausgeht, ist für mich kein ernsthafter Gesprächspartner. Für mich steht fest: Das, was Milosevic betreibt, ist Völkermord. Und er bedient sich der gleichen Kategorien, derer Hitler sich bedient hat.

Body count (3)

31. März, »Frankfurter Allgemeine«:

Nach Angaben der Nato wurden seit Mitte vergangener Woche knapp 120.000 Menschen aus ihren Dörfern und Städten vertrieben.

Genossen zu Kameraden

31. März, »Die Zeit« (Jan Ross):

Schweigend führt Deutschland Krieg ... Eine merkwürdige Atmosphäre des Geschehenlassens liegt über dem Land ... Die Regierung Kohl hätte schwerlich so widerstandslos durchsetzen können, was ihre rot-grüne Nachfolgerin ohne viel Federlesens getan hat.

Volksaufklärung

1. April, »Bildzeitung«, Schlagzeile:

... sie treiben sie ins KZ

(Anmerkung: Das so betextete halbseitige Foto zeigt albanische Flüchtlinge auf dem Weg zur Grenze.)

In deutschem Namen (1)

1. April, »Bildzeitung«:

Nun wird der Alltag im Kosovo zur KZ-Wirklichkeit. Hitler und Stalin sind in Milosevic wiederauferstanden. Menschenfeinde, Menschenjäger, Menschenvernichter ... Serben feuern auf schutzlose Flüchtlinge ... Brutaler Völkermord – mitten in Europa – UCK-Führer Thaci: »Hier entstehen regelrechte KZs« ... Verteidigungsminister Scharping: »Es gibt Anzeichen für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in deutschem Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen.«

In deutschem Namen (2)

1. April, »Bildzeitung«, Leserbrief:

Das Leid der Flüchtlinge! So haben sich 1945-46 die Sudetendeutschen gefühlt. Vergeßt das nicht!

Liselotte Hülshoff, Bielefeld

Sag mir, wo die Männer sind (1)

1. April, »B.Z.«, Berlin

Scharping enthüllt: ER (Milosevic) baut KZs im Kosovo ...

Wo sind ihre Männer, Väter, Brüder? In den KZs von Milosevic, enthüllt Scharping.

Deutschstunde

1. April, Helmut Lippelt, grünes Gründungsmitglied:

Pazifismus ist die Eingrenzung des Militärischen. Der Pazifismus ist der angestrengte Versuch, daß das Militärische nicht zum Militaristischen wird.

Scheiße, ich habe immer gedacht, Milosevic unterschreibt in letzter Minute

---

Dietmar Schlee, CDU, Bosnien-Beauftragter der Regierung Kohl, über den Angriffsbefehl der Nato

Darf's etwas mehr sein?

1. April, »Hamburger Abendblatt«:

Der britische Außenminister Robin Cook sprach von »brutaler Unterdrückung«, sein deutscher Amtskollege Fischer von »Schlachthaus-Politik«. Bundesverteidigungsminister Scharping berichtete in Bonn, daß im Kosovo offenbar »Konzentrationslager« errichtet werden ... Zu Forderungen nach Einstellung der Luftangriffe während des Osterfestes sagte Fischer: »Wie können wir christliche Ostern feiern, wenn die Muslime weiter umgebracht und vertrieben werden?« Wenn sich auch nur ein Viertel der noch unbestätigten Berichte über das Vorgehen der Serben als zutreffend erweisen sollte, dann werde die Debatte über den Nato-Einsatz bei dessen Kritikern in den nächsten Wochen »in einem ganz anderen Licht zu führen« sein. Demzufolge werde von den Serben die Elite der Kosovo-Albaner »mit viehischen Mitteln abgeschlachtet«. Laut Bundesverteidigungsminister Scharping (werden) Ort für Ort mit Panzern und Scharfschützen umstellt, die erwachsenen Männer würden selektiert, ... entweder umgebracht oder interniert.

Ich dulde keine Miesmacher

1. April, »Bildzeitung«:

Kanzleramt, Kabinettssaal gestern morgen 9.40 Uhr – so gedrückt war die Stimmung noch nie! Dann ergreift der Kanzler das Wort. Schröders Appell: »Jetzt ist nicht die Zeit, in der die Mitglieder dieses Kabinetts Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Einsatzes stellen. Wir müssen Fragen beantworten! ... Wir haben uns zum Handeln entschlossen, dazu gibt es keine Alternative. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Wirklichkeit umgelogen wird.«

Ein Merker

1. April, »Tageszeitung«, Leitartikel:

Noch bis Sommer 1998 wurden Flüchtlinge aus dem Kosovo abgeschoben. Bis heute – bestätigt bei der Schaltkonferenz der Innenminister am Montag – gibt es keinen erklärten Abschiebestopp nach Jugoslawien. Noch heute erhalten Flüchtlinge aus dem Kosovo keinen Status als Bürgerkriegsflüchtlinge. Statt dessen werden sie ins Asylverfahren gelenkt. Keine zwei Prozent wurden 1998 anerkannt ... Wie kann die Mißachtung der Menschenrechte im Kosovo einerseits nicht ausreichend für einen Abschiebestopp sein – andererseits aber einen Luftkrieg rechtfertigen? Weil die Menschenrechte ein Vehikel für die Nato sind, aber nicht der Sinn der Aktion.

Sag mir, wo die Männer sind (2)

1. April, »Süddeutsche Zeitung«:

In langen Kolonnen fahren die Busse (der Flüchtlinge) die Straße hinunter, die in die 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Tirana führt. Doch schon nach 15 Kilometern werden alle Fahrzeuge an einer Straßensperre gestoppt. Hier hat die UCK das Kommando. Rund 30 Uniformierte mit Kalaschnikows kontrollieren jeden Wagen. Die Männer im kampffähigen Alter müssen aussteigen. »Wir erlauben ihnen nicht zu fliehen«, erklärt ein UCK-Offizier mit grauem Stoppelbart. »Sie müssen zurück in den Kosovo.« Eine junge Frau fleht die Kämpfer an, ihren Mann weiterfahren zu lassen. »Laßt ihn mit uns kommen«, bittet sie. »Mein Bruder ist schon getötet worden, und ich brauche ihn.« Doch der Mann muß mit. Auch die UCK kennt kein Erbarmen mit den Flüchtlingen.

Präzedenz

2. April, August Pradetto, Professor an der Universität der Bundeswehr, Hamburg:

Der einzige Akteur im internationalen System, der das »Recht auf humanitäre Intervention« praktisch in Anspruch nahm, war das nationalsozialistische Deutschland, und zwar bei seinem Überfall auf die Tschechoslowakei im März 1939 mit Hinweis auf sudetendeutsche Belange.

Ratgeber Recht

3. April, »Aktuelles Lexikon« in der »Süddeutschen Zeitung«:

Wer die humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln im Kosovo rechtfertigen will, kann auf die von Augustinus (354 bis 430) gegründete Lehre vom gerechten Krieg (bellum justum) zurückgreifen.

Rudis Völkerrecht

3. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Am Mittwoch waren erstmals seit Kriegbeginn unter bislang ungeklärten Umständen Soldaten der Nato in die Gewalt der jugoslawischen Armee geraten. Nach Angaben des Bündnisses wurden die drei amerikanischen Soldaten auf mazedonischem Gebiet entführt; die jugoslawische Armee teilte mit, die Soldaten seien in Jugoslawien gefangengenommen worden. Verteidigungsminister Scharping bezeichnete die »Entführung« als »glatten Bruch des Völkerrechts«.

Zwei Dissidenten

3. April, »Süddeutsche Zeitung«:

Scharfe Kritik am Vorgehen der Nato im Kosovo-Konflikt haben der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt und der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Jugoslawien, Jiri Dienstbier, geübt. Schmidt sagte, die Angriffe seien ein Verstoß gegen das Völkerrecht, und die Beteiligung Deutschlands sei nicht zu rechtfertigen. Deutschland trage eine Mitschuld am Chaos auf dem Balkan. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens durch die Bundesrepublik sei voreilig und falsch gewesen. Dienstbier nannte die Bombardierung »den größten Fehler seit dem Vietnam-Krieg«. Der UCK warf er vor, ihr Griff zu den Waffen sei »eine Tragödie für das Volk« gewesen.

Auferstehung (2)

3. April, »B.Z.«, Berlin:

Der als ermordet gemeldete Kosovo-Politiker Alush Gashi lebt. Über Telefon meldete er sich aus einem Versteck. Ihm sei die Flucht gelungen. Er berichtet, auch der für ermordet gehaltene albanische Friedenshändler (?) Fehmi Agani sei wohlauf.

Killing news

3. April, »Tageszeitung«:

So meldete das Bündnis am letzten Montag die »Hinrichtung« albanischer Intellektueller wie des Rambouillet-Unterhändlers Fehmi Agani und des Zeitungsverlegers Baton Haxhiu. Am Mittwoch mußten diese Informationen aus US- und Kosovo-Kreisen wieder dementiert werden. Eine Meldung vom selben Tag, wonach eine große albanische Flüchtlingsmenge im Westen des Kosovo durch schwere Waffen der Serben unter Beschuß geriet, blieb bis gestern unbestätigt ...

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch befragt individuell eine große Anzahl von Flüchtlingen aus dem Kosovo, wenn sie die Grenze überschritten haben. ... Danach schätzt die Menschenrechtsorganisation die Lage im Kosovo so ein: Es gibt eindeutig planmäßige ethnische Vertreibung. Ganze Landstriche und Städte werden entvölkert. .... Es kommt dabei zu einzelnen Morden, und es gibt auch Hinweise auf größere Mordaktionen. Sie reichten jedoch nicht aus, um von »Massakern« zu sprechen. ... Ein Völkermord sei zwar zu befürchten, man könne jedoch nach den vorliegenden Informationen bisher nicht von einem solchen sprechen.

Mit mir als Mensch bin ich völlig im reinen

Joschka Fischer, Grüne, Bundesaußenminister

Spielberg-Material

3. April, EU-Kommissarin Emma Bonino:

Wir stehen einer echten Deportation gegenüber. Es sind Bilder wie aus »Schindlers Liste«.

Gunman

3. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Schröders Zeit als »Automann« ist vorbei. Vorbei ist auch die Zeit seines Wahlmottos, er werde sich politisch daran messen lassen, ob es der rot-grünen Regierung gelinge, die Arbeitslosigkeit in Deutschland erkennbar abzubauen. Der Krieg in Jugoslawien bewirkt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Innenpolitik.

Atmosphäre liegt in der Luft

5. April, Hausmitteilung im »Spiegel«:

Die letzten Reporter sind geflohen oder mußten gehen. Eine war bis Mitte der Woche immer noch vor Ort in Pristina: »Spiegel«-Korrespondentin Renate Flottau, 54. »Deutschlands mutigste Reporterin« (»Bild«) liefert beklemmende Berichte aus der in Terror und Trümmern versinkenden Hauptstadt des Kosovo: »Albanische Geschäfte werden systematisch geplündert und zerstört, Lynchatmosphäre liegt in der Luft.«

Wenn – dann (1)

5. April, Roman Herzog, Bundespräsident:

Wenn Einsätze dazu führen, daß Massenmorde dadurch behindert oder unmöglich gemacht werden, dann ist eine gewisse Zweckmäßigkeit nicht zu bestreiten.

Wenn – dann (2)

5. April, Hermann Scheer, Mitglied des SPD-Bundesvorstands:

Wenn offensichtlich durch die Kriegführung das Gegenteil dessen erreicht wird, was bezweckt werden sollte, nämlich die Menschen im Kosovo vor Aggressionen zu schützen, ist diese sinnlos geworden.

Bombenerfolg

5. April, Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen: Flüchtlinge aus dem Kosovo vom 1. März bis zum Beginn der Nato-Angriffe am 24. März: nach Mazedonien 16.000, nach Albanien 18.500. Flüchtlinge aus dem Kosovo nach Beginn der Nato-Angriffe: nach Mazedonien 120.000, nach Albanien 226.000.

Ein Kritiker

6. April, »Tageszeitung« (Stefan Reinecke):

Die Bilanz der humanitären Nato-Intervention ist vernichtend: ein Diktator, der seelenruhig zuschaut, wie sein Land in Trümmer fällt und seine Macht wächst, ein blutig entvölkertes Kosovo, eine Flüchtlingswelle, die auch noch überforderte Nachbarländer zu destabilisieren droht, und ein ruiniertes Völkerrecht.

Ein Geprellter

6. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Es ist nur noch ein minimaler Unterschied festzustellen zwischen der tumben Propaganda des Staatsfernsehens und der nur wenig feineren Kritik der Luftangriffe durch die angeblich oppositionelle Szene. Selbst Mitarbeiter unabhängiger und regierungskritischer Wochenzeitungen schreiben umstandslos von der »amerikanischen Aggression« ... Sind all die Millionen Mark und Millionen Dollar nichts gewesen, die westliche Regierungen und Stiftungen in die zarten Strukturen der Demokratiebewegung Serbiens, in die unabhängigen Medien, die Memschenrechts- und Antikriegsorganisationen gepumpt haben?

Schlesien bleibt unser

6. März, Freimut Duve, SPD:

Während wieder einmal Völkermord durch Vertreibung begangen wird ...

Falsche Flüchtlinge (1)

6. April, »Berliner Zeitung«:

Militärs benutzen die Medien für ihre Zwecke

Die drei Kriegsparteien, also die Nato, das Milosevic-Regime und die albanische Untergrundarmee UCK steuern ihre Informationspolitik im Dienste ihrer Kriegsziele, zu denen sich die jeweilige Presse praktisch unkritisch verhält ...

Erfolgreich waren die Nato und die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten auch in der Evozierung einer »Einmaligkeit« der »Ausrottung« im Kosovo. Dabei brauchte man den Balkan gar nicht zu verlassen, um durchaus Vergleichbares zu finden: Von den ehemals 650.000 Serben in Kroatien wurden insgesamt 600.000 vertrieben, davon im August 1995 allein mehr als 250.000 in nur drei Tagen, als die kroatische Armee die Krajina leerfegte und mehr als eintausend Menschen massakriert zurückließ. Aus Zentralbosnien wurden ebenfalls 600.000 Serben vertrieben, und insgesamt 750.000 dieser Flüchtlinge leben seit Jahren unter menschenunwürdigen Umständen im von Sanktionen ohnehin darniederliegenden Jugoslawien.

Casus belli

6. April; die »Tageszeitung« veröffentlicht einige Artikel des Abkommens von Rambouillet, denen die jugoslawische Delegation die Unterschrift verweigert hatte:

Artikel 6: Die zur Nato gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität ... hinsichtlich sämtlicher verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

Artikel 8: Das Nato-Personal soll sich mitsamt seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können. Das schließt ein – ist aber nicht begrenzt auf – das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf Nutzung sämtli-

cher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden für Nachschub, Training und Feldoperationen ...

Ein Entdecker

6. April, Hermann Scheer, Mitglied des Bundesvorstands der SPD:

Diese Artikel des Vertragstextes von Rambouillet zeigen: Es war unrichtig von der Bundesregierung, zu glauben und dem Parlament und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dieser Vertrag hätte von Belgrad jemals unterschrieben werden können; selbst ein gemäßigter serbischer Politiker an der Stelle von Milosevic hätte diesen Text niemals unterzeichnet. Dies sind nicht Bestimmungen für eine internationale Truppe zur Implementierung eines Autonomieabkommens für den Kosovo, sondern für ein Nato-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien.

Eine Entdeckerin

6. April, »Tageszeitung« (Bettina Gaus):

In der westlichen Öffentlichkeit ist während der Kosovo-Verhandlungen der Eindruck entstanden, allein die Sturheit des serbischen Präsidenten Milosevic habe eine Einigung verhindert. Dieser Eindruck ist falsch. Ein Abkommen wie dieses kann kein Oberhaupt eines souveränen Staates unterschreiben ... Wenn die Verhandlungen wirklich eine Einigung zum Ziel hatten und nicht lediglich Skeptiker von der Unausweichlichkeit der Nato-Angriffe überzeugen sollten, dann ist dieser Vertragstext unbegreiflich ...

Der erste eindeutige Beweis?

6. April, »Bildzeitung«:

Video: Neuer Beweis für Massaker? Das Video des Grauens: Ein erschossener Albaner liegt in seinem Blut. Der Amateurfilm wurde unter Lebensgefahr aus dem Kosovo geschmuggelt. Das schockierende Video ist nur 3 1/2 Minuten lang – aber es könnte der erste eindeutige Beweis für Massenhinrichtungen der Serben an Kosovo-Albanern sein.

Auferstehung (3)

6. April, »Frankfurter Rundschau«:

Sie sind als Augenzeugen gekommen: Am Montag sind sechs namhafte kosovo-albanische Intellektuelle mit Hilfe der deutschen Botschaft in Mazedonien in einer Bundeswehr-Maschine nach Bonn geflogen, um Außenminister Joschka Fischer über ihre Vertreibung zu berichten. »Das war eine Deportation wie in ›Schindlers Liste‹«, schildert Midjen Kelmendi, Schriftsteller und Sänger aus dem Kosovo, seine eigene Vertreibung aus der Hauptstadt Pristina. Stockend, wie unter Schock, beschreiben die sechs Männer und Frauen immer wieder diese Szenen: wie sie sich nach Beginn der Nato-Bombardements tagelang versteckt gehalten hätten – aus Angst, serbische Militärs würden gerade sie, die als Journalisten oder Intellektuelle gearbeitet hatten, als erste herausgreifen.

Jede Nacht habe er woanders verbracht, schildert Baton Haxhiu, Chefredakteur der kosovo-albanischen Tageszeitung ›Koha Ditore‹, seine letzten Tage in Pristina. Schließlich traute er sich in den kilometerlangen Autokonvoi auf den Weg zur mazedonischen Grenze ...

Vom Himmler hoch

6. April, »Hamburger Abendblatt«:

Eine »Massendeportation dieses Ausmaßes« habe es nur unter Stalin und Hitler gegeben, sagte der britische Außenminister Robin Cook ... Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping nannte Milosevic »einen der größten Kriminellen dieses Jahrhunderts«.

War soap

6. April, »Bildzeitung«:

Das erste Vertriebenen-Baby – Die Eltern nennen es Sieg – Das traurige Vertriebenen-Baby von Skopje, neun Tage alt. Ihre Eltern, Merushe und Fehmi Delia, wurden von serbischen Soldaten aus ihrem Dorf im Kosovo brutal vertrieben. Hinter der Grenze wurden sie von Angehörigen bereits erwartet und nach Skopje gefahren. Nur einen Tag später brachte Merushe ihre Tochter Fitore (dt. »Sieg«) zur Welt – das erste Vertriebenen-Baby!

Echt echt

6. April 1999, »B.Z.«, Berlin:

Der Mörder ohne Erbarmen / Scharpings grausamer Video-Beweis / Selbst Tote noch mit Baseballschlägern zerschmettert / Scharping stellte die Echtheit der Aufnahmen nicht in Frage.

Gesicherte Erkenntnisse

6. April, Bundesminister Fischer vor der Presse:

Die aktuelle Lage zeichnet sich dadurch aus, daß Milosevic den Schritt zum ethnischen Krieg gemacht hat ... Die Behauptung, dies wäre eine Antwort, eine barbarische, aber eine Antwort auf die Nato-Luftschläge, ist schlicht falsch. Uns liegen mittlerweile gesicherte Erkenntnisse vor, daß diese Operationen unter dem Operationsnamen »Podgova« (Hufeisen) geplant war und daß sie am 26. Februar 1999 anlief. Sie wurde parallel zum Rambouillet-Prozeß geplant und noch während der Schlußphase der Verhandlungen ausgelöst.

Beruhigend für alle

6. April, Peter Boenisch, Ex-Regierungssprecher:

Zwei deutsche Politiker – eine Überraschung. Jetzt erweisen sich beide – Fischer wie Scharping – in kritischer Zeit als verläßliche Politiker, die Vertrauen verdienen. Beruhigend für alle. Auch und gerade für die, die Scharping und Fischer nicht gewählt haben.

Utilitarismus

6. April, »Süddeutsche Zeitung« (Josef Joffe):

Hatte nicht Bill Clinton am 24. März doziert: »Wir handeln, um Tausende unschuldiger Menschen vor einer sich steigernden militärischen Offensive zu schützen«? Heute, zwei Wochen später, könnte man unterstellen, daß das Bündnis, selbstverständlich im hehrsten aller Interessen, zumindest ausgelöst hat, was es zu verhindern suchte: Massenmord und -vertreibung.

Durchhalten!

6. April, Klaus Kinkel, FDP, Vorgänger von Joschka Fischer:

Man darf jetzt nicht die Nerven verlieren.

Der Sprecher

6. April, »Hamburger Abendblatt«:

Jeder moderne Krieg braucht außer Kanonen auch Sprachrohre, denn »wir können nur so lange kämpfen, wie unsere Öffentlichkeit mitmacht«, gibt ein Mitglied des Nato-Rats zu. Jamie Shea sei dafür der hochgeeignete Mann. Immer wieder hat der Nato-Sprecher Argumente für den Nato-Luftkrieg über Jugoslawien. Manche Formulierungen sind so eingängig, daß sie von den Medienmachern gleich übernommen werden.

Doch je länger die Schlacht dauert, desto stärker mehrt sich auch Kritik ... So mußte der 45 Jahre alte Ire kürzlich zum Beispiel zurückrudern, als sich drei von ihm als tot gemeldete Kosovo-Politiker lebend meldeten. Und die Pariser Tageszeitung »Le Monde« sieht eine »Inflation bedenklicher Formulierungen« aus Sheas Mund rinnen, wenn er den Kosovo-Waffengang mit dem Zweiten Weltkrieg vergleicht, der 40 Millionen Opfer forderte.

Druckt jemand diese Sätze und gibt es Empörung, dann – auch diese Kunst des nachträglichen Verschleierns beherrscht Shea – habe man ihn eben »falsch interpretiert«.

Wer Schröder gewählt hat, hat den Krieg gewählt

Peter Hacks

Der Lautsprecher

6. April, Martin Erdmann, Sprecher des Auswärtigen Amts:

Die perverse und menschenverachtende Vertreibungspolitik des Milosevic-Regimes läßt sich nicht mehr in angemessene Worte fassen. Sie hat apokalyptische Ausmaße erreicht.

Sag mir, wo die Männer sind (3)

6. April, ARD-»Tagesthemen«, Reportage vom serbisch-albanischen Grenzübergang in der Nähe von Kukes.

Ein Flüchtlingstreck kommt an. Noch bevor sich Vertreter der Hilfsorganisationen der meist Entkräfteten annehmen können, überprüfen Bewaffnete in UCK-Uniformen den Konvoi. Frauen, Kinder und Greise dürfen passieren, Männer in wehrfähigem Alter werden ausgesondert. Sie werden entweder sofort wieder nach Kosovo beordert oder in eines der UCK-Ausbildungslager im Norden Albaniens geschickt. Durch Zwangsrekrutierungen und den Zulauf von Freiwilligen aus Westeuropa soll die Zahl der UCK-Kämpfer täglich um 2.000 wachsen.

Von vorne

7. April, »Frankfurter Allgemeine«, Seite 1:

Zunehmende Sorgen macht sich die Nato offensichtlich um das Schicksal der männlichen Kosovo-Albaner im wehrfähigen Alter. Eine ganze Generation junger Männer, insgesamt mehr als 100.000, seien verschwunden, sagten ihre Sprecher in Brüssel. Sie seien systematisch von der übrigen Bevölkerung getrennt worden. Die Nato habe davon erfahren, daß in Peja (Pec) und Pristina die Sportstadien mit Männern gefüllt seien.

Bis hinten

7. April, »Frankfurter Allgemeine«, Seite 5, Beitrag von Gjeraqina Tuhina, Korrespondentin des Institute for War Peace Reporting:

Seit bei uns in Pristina die serbischen Angriffe begonnen haben, werden über alles und jedes Gerüchte verbreitet ... Man berichtete auch, Menschenmassen würden in der Sportarena der Stadt zusammengetrieben. Von meiner Wohnung aus konnte ich jedoch sehen, daß dort nichts dergleichen geschah.

Zum Beispiel Frau Grosse

7. April, »Tageszeitung«, Leserbrief von Susanne Grosse, Herzogenrath:

Man stelle sich vor, es wäre nicht das Jahr 1999, sondern 1944, und die Ereignisse fänden nicht im Kosovo statt, sondern in Polen, und der Ort hieße nicht Pristina, sondern Auschwitz – würde Herr Ströbele dann immer noch glauben, man könne verhandeln?

Ein Realo

7. April, Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Ein Krieg, der das Gegenteil dessen bewirkt, was er politisch bezwecken sollte, muß beendet werden.

So what

7. April, »Springer Auslands-Dienst«:

Der Kommandeur der Nato-Truppen in Europa, US-General Wesley Clark, hat zum ersten Mal zugegeben, daß die Nato-Luftangriffe auf Serbien nur sehr begrenzte Ergebnisse bringen. Auf die Frage, ob die Nato die Massaker im Kosovo verhindern könne, antwortete General Clark wörtlich: »Nein, dazu sind wir nicht fähig. Und wir haben niemals geglaubt, daß wir dazu fähig sein können.«

Veni, video, vici

7. April, »Frankfurter Rundschau«:

Da ist er wieder. Verteidigungsminister Rudolf Scharping zeigt vor dem Hintergrund der deutschen Fahne staatsmännisch Flagge. Martin Schulze, Leiter des Bonner ARD-Studios, kommentiert ebenso emotional wie emotionalisierend: »Sichtlich bewegt« füh-

re Scharping ein Video mit Greueltaten an Kosovo-Albanern vor. Von diesem müssen wir später, in den »Tagesthemen«, hören, die Herkunft sei nicht geklärt. Es handle sich um ungesicherte Quellen ...

500 massakriert

9. April, »Bildzeitung«, Seite 1:

Dossier des Grauens. Das Schock-Dokument eines grauenhaften Kriegsverbrechens! Erstmals hat die Nato in einem streng geheimen Dossier ein furchtbares Massaker von Serben an albanischen Zivilisten bestätigt. Demnach haben serbische Soldaten 500 albanische Männer nackt auf einem offenen Feld bei Krajiane zusammengetrieben, sie als »menschliche Schutzschilde« vor ihre Artillerie-Kanonen gestellt. Dann feuerten die Serben!

300 vertrieben

9. April, Text des von

der »Bildzeitung« abgebildeten, englischsprachigen Nato-Dokuments:

... zahlreiche Berichte scheinen einen Vorfall zu bestätigen, bei dem etwa 500 von den Serben am 2. April festgehaltene männliche Kosovo-Albaner auf ein Feld in der Nähe von Krajiane kommandiert wurden. Den Männern wurde dann befohlen, sich auszuziehen. Den Männern wurde alles, was sie besaßen, abgenommen, und sie mußten zwei Stunden mit dem Gesicht nach unten auf dem Boden liegen. Den Rest der Nacht verbrachten sie im Regen stehend, wobei Serben Gewehre auf sie gerichtet hielten.

Am nächsten Morgen, dem 3. April, brachten die Serben schwere Artillerie mit Granatwerfern zu einer Böschung zirka achtzehn Meter hinter den Männern und begannen, ein von der UCK gehaltenes Dorf zu beschießen, wobei sie die Männer als menschliche Schilde benutzten. Am Ende des Tages wurden die Männer erneut zusammengetrieben, ein Luftabwehrgeschütz wurde heruntergefahren und auf sie gerichtet.

Um Mitternacht am 4. April wurden zirka 300 der Männer in eine Stadt etwa fünf Kilometer vor der albanischen Grenze gebracht, von wo aus sie in etwa drei Stunden zur Grenze gingen. Das Schicksal der anderen 200 Männer ist nicht bekannt.

Da die Vermutung

9. April, »Hamburger Abendblatt«:

Zugleich übte Minister Scharping Kritik an der Informationspolitik der Nato. Wenn das Bündnis seine Informationspolitik ändere, könne präziser über die humanitäre Lage im Kosovo unterrichtet werden. Er habe die Vermutung, daß es ein ziemlich großes Erschrecken geben werde, wenn bekannt werde, was dort wirklich geschehe.

Hier der Beweis

9. April, »Springer Auslands Dienst«:

Die USA haben zum erstenmal klargemacht, daß sie jugoslawische Kommandeure, die Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag anklagen wollen ... Hauptankläger Graham Blewitt äußerte sich jedoch unzufrieden über die Zusammenarbeit mit der Nato sowie mit den USA und Großbritannien. Sie hätten bislang nur vollmundige Erklärungen über Beweise für Kriegsverbrechen gemacht. »Ich kann nicht sagen, daß wir keine Beweise bekommen haben, aber noch nicht das Material, das die Erklärungen der Nato, Amerikas oder Großbritanniens stützt«, sagte Blewitt.

Popkultur

9. April, »Bildzeitung«:

Der Kölner Rock-Sänger Wolfgang Niedecken (BAP) hat sich für weitere Luftangriffe auf Serbien ausgesprochen ... Der FDP-Politiker Jürgen Möllemann schlägt vor, auf Jugoslawiens Präsident Milosevic ein Kopfgeld in Höhe von 500 Millionen Mark auszusetzen.

Propaganda

9. April, »Hamburger Abendblatt«:

Die Nato setzte ihre Luftangriffe auf Jugoslawien am 15. Tag mit großer Härte fort. Zu den Zielen gehören nach Angaben der Allianz künftig auch jugoslawische Rundfunk- und Fernsehanlagen. Sie seien als Werkzeug der Propaganda und Unterdrückung verwendet worden, sagte der britische Luftwaffencommodore David Wilby. »Sie füllen die Wellen mit Haß und sind deswegen ein legitimes militärisches Ziel.« Sollte Milosevic sich jedoch bereit erklären, westliche Nachrichtensendungen unzensiert täglich sechs Stunden auszustrahlen, könnte die Nato von Angriffen absehen.

Allianz für den Frieden

10. April, »Hamburger Abendblatt«:

Frankreichs Verteidigungsminister Alain Richard hat bestätigt, daß die Nato von der Kosovo-Befreiungsarmee UCK mit Informationen über mögliche Angriffsziele versorgt wird.

Ich war's nicht

10. April, »Berliner Zeitung« (Jens Jessen):

Wahrscheinlich hätte man den Zerfall Jugoslawiens überhaupt verhindern müssen; aber dagegen sprach damals im Bewußtsein der meisten das heiliggehaltene Selbstbestimmungsrecht der Völker ...

(Anmerkung: Der Autor weiß, wovon er spricht. »Damals«, als im Bewußtsein der meisten das Selbstbestimmungsrecht sprach und der Herausgeber der »Frankfurter Allgemeinen« die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ausrief, war Jessen sein Redakteur.)

Laßt uns Serbien helfen, seinen rechtmäßigen Platz als große Nation in Europa wieder einzunehmen

---

Bill Clinton, Präsident der USA

Ein Gleiwitzbold

12. April, »Tageszeitung«, Seite 1:

Die Rambouillet-Lüge: Was wußte Joschka Fischer?

Die Abgeordneten des Bundestages und die Führung des Auswärtigen Amtes waren über wesentliche Bestimmungen des Abkommens von Rambouillet nicht informiert

Der Tote in der Ruine

12. April, »Der Spiegel« (»Renate Flottaus Tagebuch aus Pristina«):

Mittwoch, 31. März: Also noch einmal ein Besuch bei Rugova ... Zu Fuß hinauf in das Albaner-Viertel Velenja, um die Gerüchte zu überprüfen. Es ist kurz vor elf. Die Straße vor Rugovas weißgetünchter Residenz wirkt merkwürdig leer ... Erst nach langem Klingeln öffnet Rugova.

Educated guess

12. April, »Der Spiegel« (»Renate Flottaus Tagebuch aus Pristina«):

Donnerstag, 1. April: Tatsächlich, erzählt Rugova und will sich vor Empörung nicht einmal setzen, habe Milosevic geflucht wie ein »Scheunendrescher« – auf Clinton, die US-Vermittler Hill und Holbrooke, vor allem aber auf Bundeskanzler Schröder. Unter Helmut Kohl, so Milosevic, hätte die Nato niemals sein Land bombardiert.

Sein Kampf

12. April, dpa:

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat mit einem Pfand für Getränkedosen bis zu 50 Pfennig gedroht.

Wir führen Frieden (2)

12. April, »Bildzeitung«:

Nato-Diplomaten bezeichnen die Nachbarstaaten Jugoslawiens jetzt als Frontstaaten.

Gesicherte Erkenntnis

12. April, »Hamburger Abendblatt«:

Die Nato will dem Vorwurf nachgehen, daß die jugoslawische Armee im Kosovo bei Djacivica ein Lager unterhält, in dem systematisch albanischstämmige Frauen vergewaltigt werden. Der Vorwurf war zunächst vom Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Ken Bacon, erhoben worden. Nach Angaben Bacons gibt es für die berichteten Greuel nur eine einzige, aber als zuverlässig geltende Quelle.

Fischermanns Freunde

12. April, »Springer Auslands Dienst«:

Nach Ansicht der Nato ist die Kosovo-Armee UCK »militärisch geschlagen«, »zu keinen zusammenhängenden Operationen mehr in der Lage«. Doch diese Aussage hoher Militärs in Brüssel könnte die Wahrheit vernebeln ... Remy Ourdan von »Le Monde« traf nämlich im UCK-Hauptquartier in Rugova in den Bergen des Kosovo eine recht lebhafte Organisation an. Hauptmann Florin Kulaj befehligt dort 820 Männer der 138. UCK-Brigade ... Kulaj sieht seine Truppen durch die Luftangriffe gestärkt: »Die Nato hat jene Straßen verwüstet, die die Serben benutzen. Sie versuchen nun alle drei, vier Tage, sich Wege zu unseren Stellungen zu bahnen, aber sitzen fünf Kilometer von unserem Hauptquartier fest.«

Die UCK, deren grenznahe Einheiten rund 15.000 Kämpfer umfassen sollen, kontrolliere jetzt »45 bis 50 Prozent des Kosovo. Vor der serbischen Offensive waren es 60 Prozent« ...

Nach Ansicht des Fachdienstes »Janes Intelligence Review« herrscht die UCK in ihren Gebieten mit harter Hand. »Gezielte Angriffe auf jugoslawische Polizeiposten, Mordanschläge auf Serben im Kosovo und Hinrichtungen von kosovarischen Kollaborateuren« gehörten zum Repertoire der Milizen.

... einmal noch die Welt genesen

12. April, Rudolf Scharping auf dem Parteitag der SPD:

Haben wir nicht in die Verfassung geschrieben, die Würde des Menschen sei unantastbar? Das können wir nicht auf das Geltungsgebiet des Grundgesetzes beschränken.

Milosevic nach Den Haag

13. April, »Bildzeitung«:

Das umstrittene Zusatzprotokoll (des Rambouillet-Vertrags) im Wortlaut: »... 21. In Ausführung ihrer Vollmachten gemäß diesem Kapitel ist es der Nato erlaubt, Individuen festzuhalten und so schnell wie möglich den geeigneten Funktionsträgern zu übergeben ...« Sollte Milosevic ein Knebelvertrag aufgedrängt werden? Das Auswärtige Amt weist den Vorwurf zurück. Der Vertragstext sei bereits am 24. Februar dem Auswärtigen Ausschuß weitergeleitet worden, einen Tag bevor der Bundestag darüber abgestimmt habe – von »Geheimniskrämerei« könne keine Rede sein.

Übel, größeres

13. April, »Hamburger Abendblatt«:

Es sei eine »absurde Vorstellung«, die Nato wolle ganz Jugoslawien besetzen, sagte Fischer. Der »Annex B« sei eine »Vorstellung der Militärs, der nicht indossiert (in die Verhandlungen eingeführt – Red.) wurde«. Das aber ist falsch, da der 82seitige Text als Vertrag am 18. März von der kosovarischen Verhandlungsdelegation abgezeichnet worden war.

»Die Vorstellung, daß ich da irgendwas gefingert hätte, um die Nato in einen Krieg mit Milosevic zu bringen, ist übel«, sagte Fischer. Warum er aber nicht schon in Rambouillet für Uno und OSZE- statt Nato-geführte Truppen eingetreten sei, wollte er nicht sagen.

Wer war's?

13. April, »Hamburger Morgenpost«:

Es kommt nun allerdings hinzu, daß plötzlich Gründe auftauchen, die den (weiterhin widerlichen Blutsäufer, kein Zweifel) Milosevic objektiv berechtigten, die Unterschrift von Rambouillet zu verweigern: Welche hirnrissige Idee hat dazu geführt, im Annex festzulegen, daß Nato-Truppen nicht nur in den Kosovo, sondern in ganz Jugoslawien einrücken sollen? Ein Ober-Jugo, der das zuläßt, begeht (wohl nicht nur politischen) Selbstmord.

Die Wahrheit

15. April, »Bildzeitung«, Seite 1:

Schreckliche Berichte über Vergewaltigungen / Das Leid der Frauen – sie tragen die ganze Last des Krieges. Angst um die Kinder, die Männer verschollen. Und sie selber – Freiwild für eine entfesselte Soldateska.

Und nichts als die Wahrheit

15. April, »Hamburger Morgenpost«:

Heikle Suche nach den Tätern / Bundeswehr befragte Kosovo-Flüchtlinge in Mazedonien / Kehrtwende auf der Hardthöhe: Nachdem Verteidigungsminister Rudolf Scharping noch vor Ostern von »Konzentrationslagern« im Kosovo gesprochen hatte, sind seine Militärs auf einmal vorsichtiger geworden. In einer Auswertung der Gespräche, die im mazedonischen Flüchtlingslager Neprosteno geführt wurden, äußern die Offiziere den Verdacht, »daß eine größere Anzahl von Befragten überzeugt ist, den Druck auf die Nato für den gewünschten Einsatz von Nato-Bodentruppen durch einzelne Übertreibungen erhöhen zu müssen«.

Zwar gehen die Befrager, die in zwei Teams die Flüchtlinge angehört haben, davon aus, daß angesichts übereinstimmender Berichte »fast überall maskierte und bewaffnete Uniformierte oder Zivilisten in den Ortschaften auftauchten und die Bewohner aufforderten, ihre Unterkünfte innerhalb von fünf bis maximal 30 Minuten zu verlassen«. Anschließend seien die Häuser auch geplündert und angezündet worden. Doch: »Zu Vergewaltigungen gibt es bislang keine verwertbaren Aussagen.«

Die Befragten, so der Bericht, haben zwar Paramilitärs mit den Zeichen der »Arkan-Tiger« gesehen. Doch: »Nur wenige Vertriebene berichten von einer direkten Beteiligung jugoslawischer Soldaten an den Vertreibungen. Es liegen etliche Hinweise vor, daß jugoslawische Armee-Einheiten Paramilitärs sogar von Flüchtlingstrecks ferngehalten haben sollen.«

Die Befrager haben auch eine Erklärung dafür, daß meist nur Frauen, Kinder und alte Männer geflohen sind: »In den Flüchtlingslagern befinden sich kaum junge Männer. Sie sind nach Aussage der Befragten größtenteils untergetaucht und haben sich der UCK angeschlossen.«

Konkret 05/99, S. 17

Peter Hacks

Jetztzeit

Die Partei

Von zwei Millionen blieben
Kaum eine Handvoll grad.
Es hat sie aufgerieben
Gorbatschows Verrat.

Sie haben keine Traute.
Ihr Busen ist verwirrt.
Und wer je auf sie baute,
Hat sich verdammt geirrt.

Ach, Volk, du obermieses,
Auf dich ist kein Verlaß.
Heute willst du dieses.
Morgen willst du das.

Doch wenn sich die Dinge ändern,
Die Dinge und das Glück,
Von ihren Grabesrändern
Humpeln sie kichernd zurück.

Und lassen das Gekränkel
Und zeigen und kichern dabei
Auf ihrer Kinder und Enkel
Viermillionenpartei.

Konkret 05/99, S. 22

Klaus Theweleit

Logical, radical, criminal

Der Krieg als letztes Mittel, erwachsen zu werden, oder:Warum die Alt-68er in der neuen Regierung ohne Zögern bereit waren, Völkerrecht und Grundgesetz zu brechen

Ja, natürlich hätte es sein können, theoretisch wunschgemäß, Mr. Milosevic hätte das Handtuch geworfen nach drei Tagen, die grüne Friedensstifterwelt wäre glänzend bestätigt worden, die alliierte West-Welt hätte das glatte 3:0 der Human-Konföderation mit deutschen Flügelstürmern über Jugoslawien enthusiastisch bejubelt, die Friedenskommissare wären einmarschiert, Frau Beer, der gequälte Engel, hätte wieder schlafen können, und auch ich wäre, mit weichgeklopfter Birne, übergetreten in den Günter-Grass-Fischer-Chor der »Leicht fällt es mir nicht, aber nötig war es«-Sänger – der Troubadore der Marktneuheit *Humanes* Bomben. Die Verfallsdaten von Reden zu Kriegen sind äußerst kurz. Was weiß ich, wo das Rad stehen wird bei Erscheinen dieses Artikels. Dennoch gebe ich folgende Antworten ohne Vorbehalt.

Auf die Frage: *Warum* sind bei Beginn der Nato-Bombardierung »Serbiens« Ende März 99 so viele Alt-68er und Ex-Pazifisten für Krieg?, fällt mir als erstes ein: »Das ist möglicherweise ihre Art, sich endlich erwachsen zu fühlen.« Als zweite Antwort: »Für Krieg war ein Teil von 68 immer, wenn ein *gerechter* Krieg zur Hand war, Vietnam, Angola, Startbahn West, Black Panthers, RAF, Kuba usw. Immer wenn die Underdogs der Welt, die sog. ›Verdammten dieser Erde‹, uns nicht so allein ließen mit unserer ultra-tiefen Deutsch-Pein der Nazibewältigung, und stellvertretend und uns Mut machend zu- und *zurück*schlugen gegen die geballten Imperialismen der Welt.«

Zum Komplex *Wachsen* ist kurz zu sagen: Der Zustand eines gesellschaftlichen Erwachsenseins ist »unserer Generation« nie zugestanden worden. Generallinie: Um unsere Nazigeschichte wirklich verstehen zu können, seid ihr zu klein (zu übersetzen in: Wir lassen uns nicht von unseren Kindern richten. Basta) – eine Haltung, die die Jungen mit der bekannten »Verweigerung« als politischer Grundhaltung konterten (Verweigerung u. a. auch des Erwachsenwerdens). Der Komplex läßt sich als anhaltende Dauerentmündigung unter trotziger Zustimmung beschreiben. Zugestanden wurde ein Verbleib in einer Art avancierter Kluges-Kind-Rolle. Diese halb verordnete aber auch halb gewollte und gepflegte Kleinbleibrolle versuchen besonders jene Linke seit Jahren zu überspielen, die Berufspolitiker geworden sind. Bei ihnen ist eine Art Einfluß-Aufblasballon daraus geworden. In diesem, fürchte ich, haben sie zum ersten Mal in ihrem Leben das sichere Gefühl – jetzt durch Kriegführung – , erwachsen zu sein und als Erwachsene zu handeln.

Antwort 3: Vermutlich und leider spielt es eine Rolle, daß das angegriffene Land des Nato-Märzkriegs 1999 (das bei CNN und n-tv korrekt Federal Republic of Yugoslavia heißt), auf deutsch sich schlicht »SERBIEN« spricht. Ich weiß nicht, warum der/die/das Deutsche, ob links, rechts, grün, gelb, braun, schwarz, rot, oliv oder tarnfarben seine 20.-Jh.-Notdurft zielsicher auf dem »Balkan« verrichten muß: Es ist aber so. Daß ein Teil von Alt-68 keine Ausnahme machen will hiervon, weist die Leute immerhin als Doch-Irgendwie-Deutsche aus. So wie die Nicht-Anbindung Rußlands an die Nato kein Kohl-Kabinett besser hätte betreiben können als Fisherman's Grüne.

Obladi Oblada, war goes on, yeah, lalalalalalala.

Das war für mich immer ein *Hauptproblem*, daß die Leute, die für Krieg und Gerechtigkeit sind, die *beschissenen* Popstücke unfehlbar immer am besten finden. *Cold War* goes on: Wenn das alles einen »ökonomischen Sinn« haben soll, dann den, daß der Westen, Frankreich, GB, BRD, Italia usw. ein zerstörtes »Serbien« bräuchten, um an den Großen Wiederaufbau, Titel: »Neues Wirtschaftswunder Balkan«, ganz in eigener Humanitär-Regie gehen zu können.

Antwort 4: Mit Karl Kraus' »Mir fällt zu Hitler nichts« konnten die Linken noch nie was anfangen. Sie sehen Hitler an jeder Ecke, und Einfälle haben sie auch. Sie fallen auch militärisch ein, wenn ihnen Flugzeuge zur Verfügung stehn und ein »Balkan«, auf dem die sog. Menschenrechte anders buchstabiert werden. Diesmal ist es Milosevic, der in den Denk-Einfällen des Links-wie-Rechts-Westens den Hitler-Saddam-Part abgeben muß, so wie die Albaner aus dem Kosovo den Körperstoff für die zugehörige Rolle der Opfer eines Genozids. Für diese militärisch Partei zu ergreifen, ist automatisch ein Akt nachträglichen Hitler-Tötens. Einen Hitler töten – ein alter linker Wunschtraum sowie pazifistisches Trauma: Diesmal sind wir die Alliierten, die das Hitler-Monster wegbomben, die Inkarnation neuer Humanität.

Antwort 5: Im Mittelpunkt aller Strategien steht die Beseitigung von Diktatoren und steht außerdem der Mensch (im Frieden im Mittelpunkt ausbleibender Lohnerhöhungen, im Krieg im Mittelpunkt von Bombenfeuer und Humanitär-Strategien). Unter den verschärften Bedingungen einer *Neuen* Mitte ergibt sich zwingend der Primat des Strategischen über alle anderen Wirklichkeitssorten; d. i. im Mitte-Links-Klartext die Verwechslung des Lebens mit einem Gesellschaftsspiel oder Videogame. Nicht die geschmähte nachwachsende Schülergeneration macht sich dieser Verwechslung schuldig, sondern ihre Eltern: die natürlich-genuinen Kritiker der elektronischen Kinderverderbnis. Die Grünen sind *nicht* die Typen, »vor denen unsere Eltern uns immer warnten«, sie sind selber das Unglück, vor dem *sie* unentwegt warnen: dehumanisierte Regierungs-Technokraten mit Humanitär-Sticker am Polit-Revers. Das Feld »humanitärer Katastrophen« ist eins der

wenigen, auf dem alt-linkes »strategisches Welt-Spiel-Denken« noch erfolgreiche Anwendung verspricht. Anders: Die Zauberlehrlinge absolvieren ein Praktikum beim Meister *Kapital*.

Antwort 6: Die Rückkehr der vertriebenen Kosovo-Albaner in ihre Wohngebiete setzt die vollständige Niederlage von Milosevic' Jugoslawien voraus. Wie diese in entsprechend kurzer Zeit zu bewerkstelligen sei, weiß niemand, d. h.: wissen erfahrungsgemäß nur geübte Alternativ-Strategen. Als ihr größter zeigt sich J. Außen-Fischer abends im Fernsehn. Er stellt fest, mit Autoritätsblick über Hängebrille, daß das, was Milosevic heute wieder gemacht habe, »nicht hinnehmbar sei«. Unwiederbringliche Gelegenheiten, sich als Erich-Böhme-Darsteller zu beweisen (der bekam Preise.) Inhaltlich wird dabei die Verkehrung antiautoritärer Politik in das Abspulen professioneller Autoritätsgestik besiegelt. Der Krieg verleiht das fehlende Autoritätssiegel, das Schröderfischers Gebaren – bar aller diplomatischen Fähigkeiten – so bitter nötig hat. Die Karikatur jeder üblen Geste des Erwachsenseins als Zugehörigkeitsausweis zur Welt des Seriösen ist dabei notwendig und gewollt. Diese Feststellung gilt auch für den Fall, daß Fischer den Krieg morgen »gewonnen« haben sollte.

Antwort 7: Immer allein und un-alliiert, das war Scheiße. Und immer verlieren auch. Das hält der humanste Linke nicht aus. Deshalb Koalitionen, deshalb Umarmungen, Mehrheitsbildungen, Siegerpodeste: Kann ich die Unteren nicht bewegen, muß ich es von oben versuchen. Können wir die Nato nicht abschaffen, müssen wir sie wenigstens selber kommandieren: also Bomben ins Herz der Finsternis. Der Tag wird kommen, da wird Spielberg es verfilmt haben. Dem Mann entgeht keine gerechte Tat der Geschichte.

Antwort 8 (heimlich, beiseite): »Und wenn es schon keine gerechten Gesellschaften gibt, brauchen wir wenigstens ne ordentliche Polizei.«

Antwort 9: In diesem *Fake* von Erwachsen-Sein, Mode-Anzügen und ausgesuchtem Sortiment aufgesetzter Profi-Gesten führen die Protagonisten dieser Entwicklung genau den Quark, den sie bei anderen Erwachsenen gesehen haben, als eine Art Identitätsstiftung für durchhängende Alt-Linke vor: Verantwortung tragen, Konsequenzen demonstrieren, durchgreifen, Standhaftigkeit zeigen, sich nicht verarschen lassen, usw.: Größe, mit einem Wort.

Antwort 10: Zum Erwachsensein gehört das Recht auf »Unmoral«. Von politischer Ehrenhaftigkeit allein kann sich auf Dauer kein erwachsenes Denken ernähren. Eine gut berechnete Dosis Schwein-Sein-Dürfens ist unverbrüchliches westliches Menschenrecht. Immer *honest* sein ist furchtbar. Die Rocker durften böse werden und hatten ihren Punk und ihr Techtelmechtel mit den Nazisymbolen, die Feministinnen durften gleichberechtigt normal, d. h. normal fies sein, sie nahmen sich dies Recht; die Jugendlichen kriegten Horrorglatzen, Baseball- und Stiefel-Techno-Freiheit eingeräumt, jeder Arsch, der mit Sorge um die Erde das Gift der Welt entschlossen bekämpfte, bekam seinen ökologischen Priesterorden mit angeschlossenen Trennschärfe-Horden – waren jetzt nicht endlich wir dran? Wir haben am längsten durchgehalten mit Peace & Love im Fußballpark; wer nimmt uns noch ernst, wenn wir nicht nachziehn. Bestes Mittel dazu ist, wie überall, die geteilte Transgression ins erlaubte Kriminelle. Was könnte unverdächtiger sein dafür als der gerechte Krieg.

Grün grün grün sind alle meine Kleider

Grün grün grün ist alles was ich hab

Darum lieb ich alles was so grün ist

Weil mein Schatz ein Jäger ist.

Ja, in einer F 117 Stealth – schöner Name für diese grüne (Un)-Heimlichkeit.

Antwort 11: Wo es keine »Alternativen« mehr gibt im Politischen, muß reingehauen werden. Zu übersetzen als: Wo es keine Alternativen mehr gibt im erlahmten Leben – wenn man nicht mehr weiß, wie man das eigene Leben organisieren soll und welche Lüste noch Lust haben, auf einen zu warten – , ist auch der Tod (der der andern vor allem) ein gern gesehener Gast am Gabentisch des unerfüllten Lebens. Erwachsenwerden will nur der, der selbst *nicht mehr wächst.* Jeder dieser Bon-Vivanten führt seine dritte bis sechste Frau im Geschirr; wir sollen das nehmen als genuinen Ausdruck elementarster Steigerungsprozesse im Elan vital dieser Herrn, denen das vorhandene feminine Material einfach nicht standhält oder genügt, jedenfalls nicht in einem einzelnen seiner Exemplare. Sehen Sie sich das jetzige Exemplar an der Seite der jeweiligen Herrn an, und entscheiden Sie selbst über seine historische Notwendigkeit: Die einzige Alternative lautet da wohl *Krieg.*

Insgesamt eine Spät-Variante zu Stanley Kubricks *Dr. Strangelove,* die Kubrick nicht mehr sehen wollte. Er starb pünktlich zum Einsatz des Nato-Balkan-Kriegs, entnervt. Kubricks Film endet mit dem Abwurf einer Atombombe, auf der ein Nato-Krieger herunterreitet zur Konfliktbereinigung ins Irdische; man hört dazu den Song einer Countrysängerin (Vera Lynn) mit dem globalen Versprechen *We'll meet again*.

Antwort 12: *Machs noch mal, Sam*, aber diesmal mit uns als Bogey oder Bombenreiter. Schröder & Fischer mit Paul Breitners Havanna im Verantwortungs-Maul schließen gewisse 68er-Regelkreise: Der Primat des Politischen vor dem Militärischen ist zu beweisen; 1999 leider mit dem Mittel *des Krieges*.

Antwort 13: Wo *wirklich* verantwortet wird, fallen Späne. Hauptsache: humanitär. Hauptsache: durchgerungen. Hauptsache: ganze Nacht nicht geschlafen. Hauptsache: gordischer Knoten. Hauptsache: aufs Haupt des Diktators. Doppel-Hauptsache: Die Null muß stehn, d. h. die Verantwortung verdient kein Gegentor. »Wir stehen randvoll in der Verantwortung, ohne Wenn und Abel«, sagt Frau Beer, mit der man nicht anders kann als das vollste Mitleid haben, weil sie die ganze Nacht (zum wiederholten Mal) nicht geschlafen hat. Vor lauter Verantwortungs-Wörtern kriegt sie den Mund nicht zu; das hat zur Folge, daß einige Leute im sog. Serbien den Mund nie mehr aufkriegen. Aber wir *verantworten* das. Zwar weiß jeder, daß niemand von ihnen sich wird verantworten müssen, für das, was sie da tun (vor welchem Gericht denn?), aber das ist ja das Schöne: Wer die volle Verantwortung trägt, darf sich schon einiges rausnehmen im Leben (s. Clinton, dem wir hier auch gern die abhanden gekommene Frau Lewinsky ersetzen).

Antwort 14: »Wir hassen den Krieg, deshalb Bomben.« Fragen Sie dazu Cohn-Bendit; der erklärt Ihnen *jeden* Widerspruch. Wie man das macht, ist ein Alt-68er- Berufsgeheimnis. Was Recht ist, muß Recht bleiben, die Gerechtigkeit ist unteilbar, obwohl auch die Antagonismen zu berücksichtigen sind, aber: »Ich habe das Gebiet bereist, persönlich, und das Elend gesehen. Dort wird gelitten! Haben Sie schon mal Menschen weinen sehen? Da wird Ihnen ganz anders! Und halten Sie dies aus? Doch wohl nicht!« Die Bomben ergeben sich so aus der Macht des Mitleidens. Man hat so wenig Gelegenheit sonst, sein Mitleiden (vor allem das mit sich selbst: Wie kann es uns so *gut* gehen, wo es anderen so *schlecht* geht!) wirklich wirksam zu gestalten. Got it? Der Pimpf, der aus meinem und deinem Kragen rausschaut, muß auch zu seinem Recht kommen – bevor es hundert schlägt im Endlos-Jugend-Leben. Und Recht bekommt der Pimpf nirgendwo (zu Hause), nur auf dem Balkan, in Polen, in der Ukraine. Im Fernsehn heißt der Pimpf Fischer und spricht: Nie wieder Krieg! Wir haben aber auch gesagt: Nie wieder Auschwitz. Wir sind die Generation, die die Eltern gefragt hat, wieso habt ihr das zugelassen – Worte, zu denen er mit erhobenem Schreibstift sechs, sieben Mal die umgebende Luft durchstochert. Got it? Wenn *wir* Bomben werfen, *ist* es Auschwitz-Verhinderung.

Antwort 15: Ein Krieg ist immer auch ein Betätigungsfeld für allerlei analytischen Scharfsinn. Als neo-linker Nato-Sympathisant durchschaut man z. B. exakt, wie von hiesigen Medien die serbische Frau gezielt als Hexe ideologisch in den Milosevic'schen Schuld-Zusammenhang involviert wird. In Bildern des jugoslawischen *Staats*fernsehns sieht man die serbische Staatshexe z. B. herumtanzen auf runtergefallenen Flugzeugflügeln; sie hat den Nato-Piloten gegessen vorher. Sowas glaubt der nicht mehr rotierende grüne Vollzeitabgeordnete aber nicht; seinem zwar nicht mehr pazifistischen, aber immer noch super-frauenfreundlichen Scharfblick entgeht nicht, daß er hier reingelegt werden soll. Er schützt entschlossen die serbische Frau vor ihrem drohenden Mißbrauch durch den Propaganda-Macho Milosevic. Nato-Bomben auf serbische Paläste zum Schutz der serbischen Frauen sind ein linkes Minimal-Erfordernis zur Durchsetzung der Parole *Make love not war* auch in der momentan entmenschten Balkan-Region.

Antwort 16: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehn. Die Geltungsdauer dieses Satzes entscheidend begrenzt zu haben, sichert dem neo-humanitären Alt-68er mit Sicherheit den Platz in den Geschichtsbüchern, den ihm sonst vielleicht ein putschender Bundeswehrgeneral streitig gemacht hätte. Ich hab gesehn, wie sich bei Ludger Volmer, dem Ex-Ober-Pazifisten-Generallissimo der Basilikums-Fraktion die Brillengläser biegen bei seinen Kriegsbegründungen.

Antwort 17 dahinter könnte lauten: Nur Bomben auf Serbien halten uns länger als ein Jahr in diesem Schröder-Schrott-Kabinett. *Carpe diem!* Es gibt nicht mehr viele (Tage) in der Staatssekretär- und Ministerposition.

Antwort 18: In all ihren langen Kämpferjahren ist es allen Altlinken ganz selbstverständlich geworden, ihr eigenes Tun und Blasen automatisch als die Durchsetzung einer ›höheren Gerechtigkeit‹ aufzufassen. Ihre unfehlbar treffenden Polit-Analysen, ihre unschuldsvolle mörderische Selbstgerechtigkeit, immer dem Wahren, Guten und Schönen auf der Pelle und nie ganz faktenlos, garantieren den Output des eigenen Denkens auf der Seite der fundierten *Humanitaria*. Dem Schönen dabei vielleicht weniger verpflichtet, da tut es auch die »Lindenstraße«; die ästhetische Liga, in der Schröder spielt, heißt Dieter Bohlen, merkt W. Droste an. Auf einer Tanzfläche sah ich neulich, daß die ästhetische Liga von Links-Alternativen so um die fünfzig zu einem guten Teil Boney M. heißt, »Bridges of Babylon«, – was soll man da erwarten. Man lernt, dies Wort als Baby-lon zu schreiben, und registriert, wie die Baby-Loners endlich und erfolgreich dabei sind, neben dem ästhetischen Unheil, das sie schon immer über die Welt ausstreuten, einem nun auch noch das Rest-Hirn wegzubomben. Die Ultima ratio des selbstgewissen Entsorgungsdenkens heißt u. U. auch Krieg.

Solange es sie gibt, haben dominante Teile der Grünen kritische Grundeinsichten oppositioneller Kräfte der BRD bekämpft, z. B. die, daß sich durch Wahlen allein nicht viel Wesentliches ändern lassen werde an Zustand und Lage des Lands. Mit den Grünen an der Schwelle zum Regierungseintritt sind solche Einsichten immer stärker marginalisiert worden; die Grüne Partei hat das – nach dem Kippen der Magdeburger Beschlüsse durch Fischer und die Fraktion – mit ihrer kompletten Entmachtung bezahlt. Das letzte vernünftige Wort aus den Reihen der Grünen war die 5-Mark-Forderung für den Liter Benzin. Ihre Zurücknahme war der Beginn des Nato-Angriffs auf Jugoslawien. Lachen Sie nur.

Es gab aber immer mehrere Sorten Grüne (und 68er-Alt-Linke). Bei den einen war 1998 deutlich sichtbar, daß sie schon mit der Option auf die Bombardierung Jugoslawiens in die Wahl gegangen sind. Von Fischer und Cohn-Bendit kann kein

Wähler sagen, er sei getäuscht worden (wie es Walter Boehlich voll Wut im Hessischen Rundfunk vortrug): Die waren schon vor der Wahl für den Krieg. Weshalb ich sie auch nicht mehr gewählt habe.

Ob man, um das Leben in einem Land zu verändern, in der Regierung sitzen muß, ist ein alter Streitpunkt. Eine Linie der Grünen hat immer die institutionellen Machtpositionen im Visier gehabt. Andere Richtungen haben eher befürchtet, daß unter Regierungssachzwängen alle Bewegungsfreiheit schnell dahin ist. Beim Atomausstieg konnte man sehen, wie die Grünen jeden Tag einen Kosten-Zwang mehr zur Kenntnis nehmen mußten, bis von den Ausstiegsplänen fast nichts übrig blieb; wie es jetzt aussieht, ist die Sache in jeder Hinsicht völlig unentschieden. Die Grünenspitze ist blind, aber gläubig in die Fallen der Machtausübung gelaufen. Glaubend, in Griffweite der Hebel hätte man auch die Freiheit, sie zu bedienen. Sie kriegen aber bloß ein *Trugbild* davon zu sehen, den Joystick für Zauberlehrlingspraktikanten. Während die wesentlichen Veränderungen im Zivilverhalten dieser Gesellschaft nicht von Regierungen ausgegangen sind, sondern von allen möglichen Kleinformen des Politischen. Die Kriegsbetreiber jetzt unterliegen eher politischen Allmachtsphantasien als strategischen Kalkülen; dieser alten linken Meise, die aus Fernanalysen die richtige Politik für alle Weltteile ableiten zu können glaubt, ein purer Wahnsinn, den sie aber, die Fingerspitzen am Trugbild des Machthebels, für *Rationalität* halten. So hat mich die Zeitungsmeldung von der Absicht Joschka Fischers, den alten Einschätzungsstrategen Joscha Schmierer in seinen außenpolitischen Beraterstab zu beordern, nicht überrascht. Schmierer, dem es in den letzten Jahren mit glücklicher Hand gelungen ist, in Fragen der Europapolitik die Positionen Helmut Kohls mit den Erleuchtungen Mao Tse Tungs einleuchtend zu kombinieren; solche Talente vom Strategenflügel des Linksregenbogens können nicht ohne Arbeit bleiben in Zeiten linker Machthebelnähe.

Wenn es in den hyperrationalen Spielszenarien dieser Gilde stocknüchterner Süchtiger nicht weitergeht, wird logisch die Wahl der Mittel verschärft, wird eine Stufe höher geschaltet, das walte sowohl Lenin wie die Kommandozentrale des Raumschiffs Enterprise. Manchmal kommt da ganz zwingend Krieg raus aus den Schaltungen. Ihre Betreiber erstrahlen dann im Charme jenes ausgewachsenen Infantilismus, mit dem man 100 wird, wenn man Jüngers Spiele betreibt. *Joshua fit the battle of Kosovo / And the walls came tumbling down.*

Das Argument mit Hitler und den Alliierten stößt Alt-68er Peter Schneider gerade wieder aus, Talkshow Buchmesse Leipzig. Er sitzt dort und fährt Nenad Popovic über den Mund. Popovic hat in Leipzig einen Preis bekommen für kluge Verlagspolitik eines nicht-rechten Kleinverlegers in Tudjmans Zagreb, kein leichter Job. Ich kenne Nenad Popovic. Er war der Verleger der *Männerphantasien* in serbokroatischer Übersetzung, Anfang der 80er. Ein taktierender Redner von grimmigem Witz, der irgendwie schon sagt, was er denkt, aber es ist nicht immer ganz leicht, das genau mitzubekommen. Hier sagt er, nach einigem Hin und Her, jetzt, nach den Bomben, seien 90 Prozent der Serben für Milosevic.

Peter Schneider fährt hoch aus seinem Sitzgerät: »Da bin ich aber anderer Meinung!« Sein berüchtigter Denkschwengel schwillt gefährlich an auf der Ballonstirn. »Wenn die Alliierten früher vorgegangen wären gegen die Nazis, wäre alles ganz anders gekommen mit der Hitlerei.« Ah – »die Hitlerei« heißt das heute bei talkshowenden deutschen Intellektualoffizieren. Es hat tatsächlich Schneid, wie er dem Popovic die knappe Redezeit wegnimmt, er selber war schon vorher dran. Aber die Alliierten-Maulbombe muß noch abgeworfen werden auf den vorsichtigen Popovic (und auf uns), Nato-Schneider, schneidig. Ich kenne auch *den,* netter Mensch, wenn er nicht schreibt oder spricht, spielt Gitarre, wenn man ihn läßt, oder allein zu Haus. Mit Kollegen Biermann und Cohn-Bendit teilt er das Alliierten-Trauma. Sie können es irgendwie nicht verknusen, daß die Alliierten sie vor Hitler gerettet haben in der Kindheit, und sie sich nie richtig dafür *persönlich* haben bedanken können. Das ist sehr wichtig für sie. Diese Geschichte der unabgestatteten Dankesschuld zerfrißt ihnen die ganze Psyche. Natürlich ist auch jemand wie ich von den Alliierten gerettet worden, aber nicht so persönlich, sondern eher unabsichtlich, nebenbei, deshalb trage ich nicht ganz so schwer an dieser Bürde. Ich muß z. B. keine Bomben werfen auf Feinde Amerikas und der Menschheit, um mich endlich frei zu fühlen von dieser Abstattungslast.

Dabei ist das gar kein so gutes Beispiel für sicheres angewandtes Menschenrechtlertum. Hätten die Amerikaner z. B. etwas früher eingegriffen in den Weltkrieg, Hitler hätte den Angriff auf die SU womöglich vorverlegt. Zwei Monate früher und die deutsche Wehrmacht wäre nicht in den russischen Winter geraten, Hitler hätte seinen Ostkrieg gewonnen und die USA hätten Frieden geschlossen mit dem großen Besieger des Bolschewismus. Dann hätten die deutschen Umsiedlungspläne gegriffen. Hunderte solcher Szenarien sind ausdenkbar, reines Hazard, heiße Luft aus halbgewitzten akademischen Hirnen. Politik ist mit sowas nicht zu machen. Es gibt keine vernünftig politisch umsetzbaren Hitler-Milosevic-Vergleiche. Ob jemand Saddam Hussein oder Milosevic für mehr oder weniger Hitler hält, ist strukturell keine andere Betrachtung als die, ob ein Bundestrainer Rehhagel ein ebensolcher Esel wäre wie Berti oder Sir Erich oder auch nicht; kein halbwegs vernünftiger Mensch stellt nach so etwas Mannschaften oder Heere auf. Befund auch hier: Ein hochinfantilisierter Erwachsenendarsteller bietet sich an als Offizierskandidat fürs strategische Deutsch-Südost-Korps, ein humanitärer 68er-Veteran, der sich, endlich ausgewachsen, als entschlossener Slawenbändiger profiliert.

Das Osterradio spielt *The Logical Song* von Supertramp und *Good Vibrations* von den Beach Boys, dazwischen Kriegsmeldungen: 25 amerikanische Apache-Hubschrauber sollen aus dem Hessischen her die Ost-Comanchen im Kosovo

zivilisatorisches Verhalten lehren. Der *Logical Song* hat im Text genau die Wortfolge, um die es im Verhalten der alten Pazifisten geht: radical – liberal – cynical. *Then they taught me how to be acceptable, respectable ...*

... die Lehre, die der Rocksong unausgesprochen enthält: Akzeptiert und respektiert in dieser Gesellschaft ist, wer letztlich den Krieg annimmt und sich vor den Kriegsherrn beugt, bzw. ihr Agent wird: akzeptiert, respektiert. Das Stück beginnt *When I was young* und handelt von den Qualen des Erwachsenwerdens: dem Einstieg des Kinds in die Begriffswelt. Wörter wie »sensible« und »natural« werden überdeckt von langen Wörterketten der Reihe logical, practical, philosophical, cynical, radical, criminal, fanatical, das Altsaxophon spielt die Rolle der Stimme des Kindes, es geht am Ende in Schreie und Stöhnen über, bedrängt von der Gewalt der Begriffssysteme.

Kann es einem entgehen, daß Peter Handkes »Mars attacks« kein Begriff, sondern ein Entsetzensruf ist, der bewußt aus einer Kindheits-, Phantasie- und Kunstwelt kommt, Orson Welles *Krieg der Welten*-Hörspiel von 1938 zitierend, vor dessen inszeniertem Marsangriff Teile der Bevölkerung New Yorks zu flüchten begannen: Der *Planet Erde* reagierte (bald darauf mit WW II), »Berlin wird der Planet sein«, Paris, London, New York, Rom werden der Planet sein, schreibt Handke, *natürlich* ist es *das* Militär, das uns im Nacken sitzt wie der Mars der Kindheitsschrecken und Science-Fiction-Visionen. Handke ist »still young«, seine Nachrichten kommen, wenigstens teilweise, aus dem Kinderzimmer des *Logical Song,* während die Neo-Erwachsenen um Bomben-Fischer und Strategy-Dany und Nato-Schneider und Bloody Schmierer, uns die Begriffswelt »des Mars« unter den Erhabenheitswörtern Humanität und Verantwortung in den Körper zu brennen suchen, assistiert von einem Scharping-Samurai, der aussieht und spricht wie unter einer Total-Dosis Valium: Sedativ-Rudi, umquirlt von Ecstasy-Schröder, dem *chief in residence* der Designer-Drogisten. Der ganze Club ist voll bedröhnt in seinem geballten Infantil-Wahn der Kontrolle des Weltgeschehens, nur Frau Beer kann noch nicht schlafen, der Engel, sie sieht sich *all night long* auf Tarnkappenflügeln über Höllenschlünde reiten: »Ist es denn alles richtig, was wir da machen? Im Schlepptau dieser anti-diplomatischen Lall-Bande bemühter männlicher Großen-Darsteller?« Nicht daß die Bande um Kohl was anderes gewesen wäre: Aber sie *wußte* um ihr Theater, wie die Äußerungen von Volker Rühe bestens belegen.

Ich stelle oft in den letzten Jahren mit Erstaunen fest, wie viele der politisch nicht ganz unbeleckten Leute, die man kennt (und die man liest), die klarsten Evidenzen nicht wahrnehmen können (oder wollen) und sich in die merkwürdigsten Konstellationen verhaken. Peter Handkes Anfang der 90er Jahre in *Das Neunte Land* eher melancholisch vorgetragenes Plädoyer für den Verbleib Sloweniens in der jugoslawischen Konföderation fand ich dagegen nicht nur nachvollziehbar, sondern politisch richtig. Nur der Erhalt des Bundesstaates Jugoslawien erschien mir als eine Barriere gegen sonst drohende Balkan-Kriege. Fast niemand um mich herum, fast niemand in den Zeitungen war der gleichen Ansicht. Ich weiß bis heute nicht, warum. Und frage mich natürlich, ob nicht *ich* es bin, der spinnt.

Mir liegt sehr wenig am Rechthaben in diesen Dingen, und ich befasse mich mit ihnen prinzipiell unfreiwillig, unterm Druck der Ereignisse. Viel lieber hätte ich mich geirrt, Jugoslawien wäre auseinandergefallen in 10 bis 15 Einzelstaaten, sie wären an einen friedlichen Neuaufbau ihrer Beziehungen gegangen, unter weitgehendem Abbau ihrer Militärapparate; das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« hätte glücklich gegriffen und damit WW II endlich beendet auch in dieser europäischen Geographie, und man hätte sich nie mehr befassen müssen mit dem »Balkan als Pulverfaß«, außer mit der Umgebung des heutigen Belgrad als Ort der alten Vinca-Kultur (Schriftentstehung! Große Göttin!).

Wo stand denn eigentlich geschrieben, daß jede sog. »Ethnie« oder auch sog. »Religionsgemeinschaft« ihren eigenen politischen Staat haben muß? Haben die Bayern doch auch nicht. War das nicht ein Gedanke, den das *vernünftigere* Europa grade zu den Akten zu legen im Begriff war nach dem Ende von WW II? Und jetzt sollte diese Ethno-Zerschnipselung Jugoslawiens der Weisheit letzter Schuß sein? Wollte mir nicht in den Kopf, wollte nie und will noch nicht.

Handke lag ganz richtig 1991 – heute kommt dieselbe Argumentation aus der SPD-Spitze: Hermann Scheer, Mitglied des Bundesvorstands der SPD seit 1993, erscheint in der »Taz« vom 30.3.99 mit der Feststellung, daß die westliche Politik der Zerstückelung Jugoslawiens total gescheitert sei. Er stellt fest, »daß nie ernsthaft versucht wurde, die Aufsplitterung des von Tito geschaffenen jugoslawischen Bundes zu verhindern. Die Bedenkenlosigkeit, mit der dessen Zerschlagung unterstützt wurde, ist nur erklärbar mit der außenpolitischen Wendeatmosphäre der frühen 90er. Alles hätte versucht werden müssen, Jugoslawien zusammenzuhalten ... in einer Konföderation, die den auseinanderstrebenden Bundesstaaten mehr Kompetenz gegeben hätte ... Niemals hätte man dem sich radikalisierenden ethnischen Geist in Jugoslawien international anerkannte eigene Staatsräume geben dürfen – doch davon wollten unsere historisch unkundigen Anerkennungspolitiker nichts wissen. Man dürfe, so hieß es, den jugoslawischen Teilstaaten nicht das Selbstbestimmungsrecht verweigern ... Dabei wurde übersehen, daß es einen fundamentalen Gegensatz gibt zwischen einer nur ethnisch begründeten Selbstbestimmung und jenem Selbstbestimmungsprinzip, das Demokratie für die in einem Staatsgebiet lebenden Menschen vor ethnische Autonomie stellt ... Kroatien wurde sogar auf der Basis einer Verfassung anerkannt, die den serbischen Minderheiten das volle Bürgerrecht verweigerte.«

Sieh an, und warum erst jetzt diese *Einsicht*, wo die Bomben fliegen, SPD-gelenkt, wo das Kind wirklich im sprichwörtlichen Brunnen liegt und ersäuft?

Handke war *nicht* verrückt Anfang der 90er; wenn er es jetzt sein sollte, ist er verrückt gemacht worden durch eine westliche Idiotenpolitik und zugehörige Presse. Auch liegt seine momentane »Verrücktheit« für mich nicht darin, daß er für Serbien spricht – warum soll unter 10.000 deutschen Schreibern nicht einer *für* die Serben reden dürfen; wie totalitär muß es denn sein im Meinungskrieg der Pen-Soldaten? – , sie liegt für mich darin, daß er sich für einen regierenden Staatschef ausspricht, für den Kopf einer Militärmaschine. Die militärischen Hantierer sind aber sämtlich Gangster, ob Milosevic ein größerer als Schröder, Clinton, Blair & Fischer, wäre eine andere Diskussion. Die Zahl der von der jugoslawischen Armee und von Milizen im Kosovo ermordeten Albaner ist hier noch nicht bekannt. Die hohe Zahl der Vertriebenen legt aber andere Wörter nahe als Genozid. Die Vertreibung einiger hunderttausend nominell jugoslawischer Staatsbürger – Menschen aus dem Staatsteil Kosovo, die erklärterweise keine Jugoslawen mehr sein und sich abtrennen wollen – kann man nicht so nennen. Auch wenn Fischer acht Mal stochert und dabei »Auschwitz« aus dem Ärmel pokert. Liegt nicht vielmehr der ziemlich geniale Coup der jugolawischen Regierung vor, der Nato als Ergebnis ihrer Angriffe die genaue Erfüllung von Milosevic' Wunschpolitik zu präsentieren, die Entleerung des Kosovo von albanisch-separatistischer Bevölkerung, und dem Westen das zu bescheren, was er am allerwenigsten mag: Flüchtlingsströme? Ein Genozid könnte draus werden, wenn die Nato-Länder, die den Willen dieser Menschen nach anderem Staat tatkräftig mit Bomben gegen Jugoslawien unterstützen, sich standhaft weigern, diejenigen, die zu vertreiben sie so erfolgreich mitgeholfen haben, auch aufzunehmen, sie zu verpflegen und ihnen Unterkunft und Arbeit zu geben. Ich mache das Fernsehn an und höre Otto Schily: Wenn wir die Flüchtlinge aufnehmen, gestehen wir ein, daß wir nicht mit ihrer Rückkehr in den Kosovo rechnen, das nützt nur Milosevic. Humanitäre Hilfe, die eine wäre, ist nicht angesagt, ist unerwachsen. Also: Grenzen dicht.

Am schlimmsten bei diesem eröffneten Krieg ist es aber, daß die Grünen den Hemmpunkt beseitigt haben, der Militärmächte in Europa daran hinderte, sich gegen andere Länder in Bewegung zu setzen unter Berufung auf »humanitäre Absichten«. Die Nato ist als militärische Eingriffskraft damit freigesetzt, und die Bundeswehr aus ihrer bisherigen Verfassungsfessel befreit. Das haben die Grünen gemacht. Deshalb sind sie auch in die Regierung gelassen worden. Weil man genau das von ihnen wollte. Man läßt das die alten Pazifisten machen. Und wenn die ein paar Dinge gelockert haben, dann fliegen sie wieder raus, dann braucht man sie nicht mehr. Ob sie den Dank für den kriminellen Akt, die Fessel von Nato und Bundeswehr sehenden Auges heruntergenommen zu haben, je einheimsen können, ist dabei zweifelhaft. Nicht wissend, ob sie in einem Jahr überhaupt noch in der Regierung sind und wer von dem Mittel Bundeswehr und Eingriffskraft Gebrauch machen wird oder kann oder will. Eine Umfrage unter Parteimitgliedern aller Parteien Ende März 99 ergibt, daß die Grünen bei der Befürwortung des Militärschlags mit 73 Prozent die höchste Zustimmung ihrer Mitglieder haben. Das ist wirklich irrsinnig.

Aber welch Selbstvertrauen in den Kabinen! Lautete nicht dagegen ein Mao-Satz, daß man den Gegner nicht unterschätzen dürfe? Schon zum Doppel-Paß-Gesetzentwurf konnte Norbert Seitz anmerken, Schilys Kasten sei offen gewesen »wie ein Scheunentor«. Man hatte, allmachts-phantastisch, die CDU für tot erklärt, aber Rollstuhl-Schäuble und Bierhumpen-Stoiber knallten ihnen die Dinger rein, daß es nur so schepperte, und 6:1 geschlagen schlich die Koalition aus dem Waldstadion. Daß Milosevic sich rühren könnte und mitspielen, hatte offenbar keiner auf der Rechnung hier, außer kritischen Kommentatoren, die es ja durchaus gab und gibt. Wir erleben den seltenen Fall, daß die sog. schreibende Zunft die regierende *nicht* automatisch an geballtem Einsatz erhabener Infantilismen übertrifft. Was angesichts des Dauer-Gekichers der Polit-Backfische Röstel & Radtke vor den Kameras des Landes, das diese Ereignisse präludierte, auch nicht ganz leicht gewesen wäre, wenn nicht unmöglich. Gickelnder Unernst ist das Herz der grünen Idiotie; bei Männern äußert der sich in Posen des Seriösen. Dessen non plus ultra hieß aber immer schon Krieg.

Droste, »Taz«, 31.3.99: »Wenn man vor einem Jahr erklärte: ›Wer Schröder wählt, wählt Krieg‹, galt man als Alarmist oder direkt als Verrückter.« Damit habe ich einige Erfahrungen. Seit der übers Knie gebrochenen deutschen Einigung und verstärkt nach der Selbstauflösung der Sowjetunion habe ich nicht aufgehört zu behaupten, mündlich wie schriftlich, das bedeute in absehbarer Zeit Krieg »im Osten«. Zu Genschers Husarenritt mit der Anerkennung Sloweniens fiel mir nichts anderes ein als: »Das bedeutet Krieg auf dem Balkan, und zwar richtigen Krieg. Warum seht ihr das nicht, ihr Idioten!« Ich gelte seither nicht mehr viel als »Mann für Politprognosen«, obwohl die Trefferquote meiner Befürchtungen nicht die schlechteste ist. Auch darin, was die letzte deutsche Wahl angeht. Da fielen mir immer die letzten Jahre der Regierung Schmidt ein. Jeden Tag eine »Bild«-Schlagzeile, »FAZ« usw. mit dem »neuesten geplanten Juso-Unfug«, mit der »Unfähigkeit der SPD, mit Geld umzugehn«, mit der »Unfähigkeit der SPD, dem Terrorismus zu begegnen«, der Unfähigkeit, »die Wirtschaft anzukurbeln«, die Banken jagten die Zinssätze hoch auf über zehn Prozent, die »Seriosität« der SPD als Regierungspartei kriegte jeden Tag in die Fresse, bis der ganze Laden so weich geschossen war, daß Genscher ohne Gesichtsverlust »die Seiten wechseln konnte« und so »das Land retten« vor den sicheren Abgründen von Sozi-Unfähigkeiten. Und was hatte die SPD faktisch dabei getan: eine Innen- und Außenpolitik betrieben, die immer ein wenig rechts von der Linie lag, die die CDU einklagte. Um dem Vorwurf, man sei nicht staats-, man sei nicht regierungsfähig, zu begegnen, wurde die SPD in der Regierung unter Schmidt die rechtere CDU. Was ihr nicht half. Die Partei mußte die Sessel dennoch räumen. Das ist das Schicksal sozialdemokratischer Bundesregierungen in der BRD. Sie machen das Land insgesamt rechter als eine CDU-Bundesregierung das kann.

Die CDU an der Bundes-Macht hat ein potentielles Korrektiv in einer sozialdemokratischen wie auch grünen wie auch PDS-Opposition, es gibt gewissen Widerstand der Gewerkschaften, die nicht aus Parteiloyalität zur SPD stillhalten müssen, etc. Bei einer SPD-Bundesregierung, zumal bei Rot-Grün, fallen diese Reste »linker« Opposition weitgehend unter den Tisch. Das war absehbar *vor* der Wahl. Aus der ganzen Latte der bestehenden »Sachzwänge« würde Rot-Grün die meisten Züge der CDU-Politik weiter betreiben, nun aber mit ständigem oppositionellem Druck von *rechts*. Was bedeutet: Die gesamte öffentliche Sphäre macht notwendig einen massiven Rechtsruck, auch wenn das in der ersten Euphorie von Wahlsiegs-Nächten ganz anders aussieht. Man sieht in so einem Moment wieder genau, wem die (meisten) Zeitungen gehören im Land: Unternehmern bzw. Leuten, die dem Verband dt. Unternehmer nahestehen. Die Hetze setzt fast augenblicklich ein: Das erste Opfer wurde Lafontaine; er konterte persönlich mit einem eher großartigen Rücktritt. (Fischer grinste cool, wies überlegen alle Vorwürfe ungenügenden Mannschaftsspiels zurück und ging zur Tagesordnung über). Der nächste an der Reihe ist Trittin; der hat jetzt Schonfrist wegen Nato-Bombern, kann sich freuen.

Vernünftigerweise muß man sagen, es ist besser für das zivile Leben der BRD, eine CDU-Regierung zu haben in Bonn, bundesratsmäßig in Schach gehalten von rot-grünen, rot-roten oder auch rot-gelben Länderregierungen. So etwa habe ich geredet vor der Wahl; und fühle die schrägen Blicke noch auf mir liegen, mit der abtastenden Frage, ob ich denn – obwohl ja einiges für meine Argumente spräche – nicht doch im Grunde verrückt geworden sei. Meinetwegen. Verrückt genug, die Konsequenz daraus zu ziehen und die blubbernde Kohl-Visage wirklich zu wählen, war ich dann wieder nicht. Aber ich habe jedenfalls nicht Rot-Grün in den Kriegssattel geholfen. – Die ganze »oppositionelle Politik« in der BRD muß wohl neu überdacht werden.

»Joseph, laß das, dafür bist du noch zu klein«, sagte die Mama. – »Bin ich gar nicht«, sagte Joseph. »Das verstehst du noch nicht. Warte, bis du groß bist«, sagte der Lehrer. »Ich will aber nicht warten«, sagte Joseph. »Außerdem bin ich groß. Größer als ihr denkt. Groß genug, Großes zu tun. Aber es läßt mich ja niemand ...« – »Halt den Mund, Joseph«, sagte der Chef. »So kannst du reden, wenn du mal erwachsen bist und selbständig.« Und so ging es weiter. Und da man in diesem Land erwiesenermaßen nichts machen kann, und zwar überhaupt nichts, ehe man nicht Außenminister ist, und zwar selber, mit der eigenen Haut und den eigenen Haaren und ganz und gar, beschloß Joseph, der es leid hatte, immer der Lehrling Joseph zu sein und den sie daher nur Joschka nannten... na, den Rest kennen Sie. »Fischer hält die EU zusammen«, schreibt heute das Käsblatt. Und Fischer sagt im Fernsehn: »Wir dürfen uns nicht wegdrehen.« Nein, dürfen wir nicht. Fischer: »Die Verantwortung liegt allein bei Milosevic.«

P.S.: Die Formel von der »humanitären Katastrophe«, die im Kosovo zu verhindern sei, macht semantisch keinen Sinn. *Humanitäre Katastrophen* gibt es nicht, humanitär kann eine Hilfe sein, nicht eine Katastrophe. Die ist immer anti-human bzw. nicht-humanitär. Eine »Katastrophe des Humanitären zu vermeiden«, wäre die Formel gewesen; aber da die handelnden Herrn genau das nicht vorhaben, ist ihnen auch die Sprache nicht gefügig und spricht (wahr) gegen sie.

Der Begründungsgestus dieser Haltung – »humanitäre Notwendigkeit« – ist dabei aus der Nato-Zentrale selber sogleich dementiert worden: »Der Erfolg der Luftangriffe ist vor allem in humanitärer Hinsicht umstritten. ... Nato-Generalsekretär Javier Solana betont unablässig, die serbischen Vertreibungen der Kosovo-Albaner hätten schon vor langem begonnen. Ein Nato-Diplomat räumte gestern gegenüber FAP ein, es sei ein ›großes Kommunikationsproblem‹, daß die Nato als Ziel ihrer Angriffe die Verhinderung einer ›humanitären Katastrophe‹ genannt habe. Die deprimierende Entwicklung im Kosovo offenbare die ›Lächerlichkeit‹ dieser Darstellung. Eine menschliche Tragödie konnte nicht nur nicht verhindert werden, im Gegenteil: Seit die Beobachter der OSZE und die westlichen Diplomaten aus dem Kosovo abgezogen wurden, können die jugoslawischen Sicherheitskräfte praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit brandschatzen, vertreiben und morden« (»Taz«, 31.3.99).

Bei Bomben-Fischer kommt mir langsam auch die Idee, man sollte doch mal kucken, ob da nicht eine Dose Bastian-Kompatibles in einer vorvergangenen Gegenwart liegt – angeklopft hat der Verfassungsschutz bei jeder/jedem, soviel weiß ich. Und politisch traue ich keinem über zehn.

»Keine Alternative zum Bombardement«: Die zivilen Folgen dieser Erklärung sind unabsehbar. Wenn die politisch, wirtschaftlich und militärisch stärkste Koalition der Welt, die USA und die Nato-Staaten, angesichts des im Weltmaßstab *relativ geringfügigen* Kosovo-Problems erklären, es gäbe keine *Alternative* zum gröbsten aller Mittel: dem kriegerischen Überfall auf ein anderes Land unter Bruch geltender Gesetze, dann ist jeder Schlag in die Fresse bei einem Kneipenstreit, in der Ehe, zwischen Fan-Gruppen, zwischen politischen Meinungsgegnern, unter Schülern und wo immer man will das erlaubte Mittel, zu dem es »keine Alternative« gibt, wenn der Verhandlungswille, wenn der Redewille bei einer der beteiligten Parteien versiegt. Wo jemand vom Tisch aufsteht und die Rede einstellt, kann künftig von dem, der sich »verletzt fühlt« oder der weitere Verletzungen fürchtet, nach Nato-Logik zugeschlagen werden. Wenn Rambouillet-Rambo Fischer uns weismachen will, daß damit das Repertoire aller diplomatischen Mittel erschöpft war, dann Gnade uns Gott vor den weiteren Zügen dieses Ober-Diplomaten. Die Zeitungen vermelden, die führenden Militärs der beteiligten Nato-Länder hätten die Politiker vor der eingeschlagenen Strategie gewarnt: Luftkrieg reiche nicht, wenn man hier gewinnen wolle. Wehe uns, wenn am »Gewinnen« festgehalten wird.

Klaus Theweleit antwortete in KONKRET 10/97 auf die Frage »Was ist heute noch links?«

Konkret 05/99, S. 30

Georg Fülberth

Roosevelts verquere Enkel

Wie ein Schulsprecher aus dem Westerwald und ein Streetfighter aus Bockenheim eine neue Monroe-Doktrin basteln

Wem zu einer neuen Situation nicht genügend einfällt, erzählt statt dessen gern von früher. Zum Beispiel liest man jetzt immer wieder, einige Anführer im gegenwärtigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien seien früher einmal irgend etwas Linkes gewesen: Vietnam-Kriegs-Gegner (Clinton), Trotzki-Bewunderer (Blair), antirevisionistischer Juso (Schröder), revolutionärer Straßenkämpfer (Fischer), Funktionär der Italienischen Kommunistischen Partei (D'Alema), Schulsprecher im Westerwald (Scharping).

Diese Mitteilungen aus der Intimsphäre haben aber mit dem, was heute zu verhandeln ist, nichts zu tun: weder im Sinne der Kausalität noch in dem eines bemerkenswerten Paradoxons. Die früheren Gesinnungen der genannten Herren fallen in das Fach der Jugendpsychologie, und ihre Erwähnung ist ebenso aufschlußreich wie die sensationelle Nachricht, daß die heutigen Insassen gutgeschneiderter Anzüge vorher einmal Föten und Säuglinge waren. Jetzt sind sie Politiker führender kapitalistischer Staaten und erfüllen die Aufgaben, die in ihren jeweiligen Ämtern für sie vorgesehen sind. Für den Träger eines Demonstrations-Plakats, auf dem ein Bundesminister als »Fischer, Du karrieregeile Sau« angesprochen wird, empfinde ich wenig Bewunderung. Er wird wohl vor allem neidisch sein.

Eine zweite Interpretation der Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit bedient sich der allerdings unverkennbaren Tatsache, daß der Staat, welcher in Anspruch nimmt, im völkerrechtlichen Sinne mit dem Bismarck-Reich und dem Deutschland Adolf Hitlers identisch zu sein, jetzt ein weiteres Mal einen Angriffskrieg auf Jugoslawien führt und damit eine Feindschaft pflegt, welche bereits 1914 mit dem Reim »Serbien muß sterbien« nicht nur literarischen, sondern auch militärischen Ausdruck fand.

Wer mit diesem Verweis auf die Vergangenheit die Gegenwart erklären will, muß annehmen, daß bestimmte Unterschiede zwischen Gestern und Heute belanglos seien: Anders als Hitler-Deutschland ist die Bundesrepublik keine faschistische Diktatur, sondern eine parlamentarische Republik. Im Unterschied zu 1941 greift sie nicht im Alleingang (genauer: im Bündnis mit schwächeren Vasallen) an, sondern als Teil einer Allianz, in der sie nicht führt. Die Bundeswehr ist gegenwärtig zwar ebenso wie früher die Wehrmacht an einem Angriffskrieg beteiligt, nicht aber – anders als diese – an einem Völkermord.

Um Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Einst und Jetzt, zwischen nationalsozialistischem und demokratischem Imperialismus, zu bemerken, kann Kenntnis der Geschichte durchaus hilfreich sein. Man muß das aber anders machen. Versuchen wir es.

Roosevelts Verkehrung

Jede künftige Geschichtsschreibung über das zwanzigste Jahrhundert wird an dem Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1933-1945) ebenso hängenbleiben wie die Historiker des Römischen Reiches an Julius Caesar. In beiden Fällen handelt es sich um Politiker, die nicht in erster Linie durch ihre zweifellos vorhandene, aber nicht konkurrenzlose Begabung, sondern durch die Konstellation, in welcher sie diese in Anwendung zu bringen vermochten, über die Dimensionen ihrer eigenen Zeit, jene ihrer Vorgeschichte, ja sogar ihrer Nachwelt hinauswuchsen. Unter geringeren Umständen wäre der eine ein intriganter römischer Advokat geblieben, der es, weil er aus bester Familie kam, zum Konsul brachte, und der andere ein politisierender Millionär mit einer halbwegs ordentlich verwalteten Zeit im wichtigsten Amt der USA.

Franklin D. Roosevelt ist in seiner Jugend, was das Verhältnis zu Lateinamerika anging, ein ähnlich scharfer Imperialist gewesen wie sein Onkel Theodore, der andere Präsident dieses Nachnamens. Im ersten Weltkrieg war er dann Unterstaatssekretär und verfocht die Interventionspolitik Wilsons. Damals kam jene naturrechtliche Rhetorik in die US-amerikanische Außenpolitik, die wir auch heute noch gut kennen. Unter anderem proklamierte der Präsident Wilson, welcher übrigens der Demokratischen Partei angehörte, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Daß der Kriegseintritt der USA 1917 insbesondere das Deutsche Kaiserreich und die k.u.k. Monarchie hart traf, darf uns nicht bekümmern, wird uns aber auch nicht von dem Befund ablenken, daß dies eine Variante imperialistischer Politik unter anderen war.

Wilsons Schüler Roosevelt wurde 1933 Präsident, nachdem er sich im Wahlkampf als »The Fighter for the Forgotten Man« profiliert hatte: als Gesellschaftsreformer. Seine Förderung der Gewerkschaften und staatlicher Investitionen vermochte jedoch die hohe Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen. Das änderte sich erst, nachdem die Vereinigten Staaten zum Rüstungs-Keynesianismus übergegangen waren und schließlich in den Zweiten Weltkrieg eintraten.

Wir müssen nicht annehmen, daß sich die Triebkräfte US-amerikanischer Politik, wie sie seit Anfang des 20. Jahrhunderts wirksam geworden waren, dadurch geändert hätten. Und doch vollbrachte Roosevelt zusammen mit Stalin und den anderen

Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition damit eine Leistung, die einer ganz anderen Wertung standhält: die Beendigung der vom deutschen Faschismus betriebenen Verbrechen gegen die Menschheit. Hier deckte sich die offizielle Begründung einer Politik mit ihren Resultaten. Sprechen wir versuchsweise von der Vision eines Imperialismus mit menschlichem Antlitz.

Sie wurde beibehalten, als im Kalten Krieg nicht faschistische Verbrechen gegen die Menschheit bekämpft wurden, sondern der Kommunismus der Gegner war. Die gleiche Selbstdarstellung finden wir heute in Regierungsverlautbarungen und Medienäußerungen während des Jugoslawien-Krieges.

Zu den Innovationen Roosevelts gehört, daß er die erste Administration einer »Linken Mitte« – die etwas anderes ist als die zu seiner Zeit aufkommenden »Volksfronten« und die späteren Großen Koalitionen – leitete. Es fällt auf, daß die mit Menschenrechtskampagnen verbundenen Kriege, welche die USA nach 1945 führten, mehrheitlich unter Präsidenten der Demokratischen Partei forciert wurden: Truman (Korea), Kennedy (Vietnam), Clinton. Eine Ausnahme war der Golfkrieg von 1991 (Bush). Das letzte Wettrüsten des Kalten Krieges, welches dann mit zum Zusammenbruch der UdSSR führte, wurde nicht erst von Reagan, sondern von Carter ausgelöst. Diese Offensiven sind offensichtlich Projekte der Linken Mitte. Der Rüstungs-Keynesianismus dagegen ist auch von den Republikanern beibehalten worden – völlig unabhängig von ihrer neoliberalen Wirtschaftsideologie. Die Kennedy-Carter-Clinton-Variante US-amerikanischer Außenpolitik wird häufig als Idealismus oder Internationalismus bezeichnet. Dagegen gelten die Konservativen als Realisten: Sie nennen das egoistische nationale Interesse offen beim Namen und vermeiden zuweilen – wenngleich nicht immer – die menschheitliche Begründung. Die eine Denkschule wird eher mit der Demokratischen Partei in Verbindung gebracht, die andere mit der Republikanischen, doch ist diese Sortierung nicht scharf.

Linke Mitte, Imperialismus, Menschenrechtspropaganda, jetzt getrennt von den Aufgaben, welche sich 1941 bis 1945 stellten und damals ja auch tatsächlich gelöst wurden: Das war die Konstellation »westlicher« Politik, die sich im Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, danach aber mit einer Verkehrung der eigentümlichen Leistung Roosevelts verbunden war.

Hilflose Propaganda-Kompanie?

Das rotgrüne Personal ist gegenwärtig offensichtlich in der Bredouille. Deshalb behandeln wir es hier großzügig und rechnen ihm die gleichen Motive zu, welche in den USA die Kriegführung der Linken Mitte bestimmen. Dies ist wohl keine Manipulation, denn von Brandt, der im Wahlkampf 1961 Kennedy nachahmte, und Schröder, der sich besonders gern mit Clinton fotografieren läßt, wurde und wird diese Übereinstimmung selbst betont.

Der rotgrüne Schulterschluß mit der US-amerikanischen Führung im Zeichen des imperialistischen Internationalismus und »Idealismus« läßt Rühe und Stoiber gegenwärtig relativ besonnen aussehen. Das Fernsehpublikum bemerkt, daß insbesondere die Minister Fischer und Scharping nicht gerade souverän wirken. Der Sozialdemokrat sagt mit steinerner Miene die Sprüche auf, die ihm seine Presseoffiziere aufgeschrieben haben und die er in der Zwischenzeit auswendig lernen mußte. Liefert ihm die Nato-Zentrale einmal nicht genug Bilder und Behauptungen, ist er sauer, denn was soll er jetzt sagen? Tritt Fischer vor der Bundespressekonferenz auf, hampelt er wie Cohn-Bendit und giftet, als befinde er sich auf einem Parteitag der Grünen in einer völlig neuen Situation: als habe er dort die Mehrheit verloren und müsse sich mit Gegnern auseinandersetzen, die ihn durchschaut haben. Selbst dem Kanzler scheinen die beiden ein wenig peinlich zu sein. Er agitiert weniger als sie. Da er schon lange klargestellt hat, daß seine linkere Vergangenheit keine Bedeutung mehr für die Gegenwart hat, ist seine Glaubwürdigkeits-Lücke kleiner.

Fischer und Scharping aber sind darum so bemüht und zugleich unsicher, weil ihr Verhalten im Gegensatz steht zu früheren pazifistischen Bekundungen (teilweise sogar programmatischen Festlegungen) noch jüngeren Datums. Die Rechtfertigung eines Bruchs des Völkerrechts wird wohl aus diesem Grund immer wieder von ihnen vorgetragen – im Unterschied zu ihren Kollegen in anderen Nato-Ländern, die sich objektiv ja desselben Delikts schuldig machen.

Die Tatsache, daß Deutschland nicht zum ersten Mal als Angreifer auf dem Balkan agiert, stört die beiden dagegen weniger. Im Gegenteil. Hier hilft ihnen nämlich die Nach-Rooseveltsche Verkehrung, indem sie ihr gegenwärtiges Treiben durch den Hinweis auf Auschwitz zu rechtfertigen suchen. Während die Wehrmacht 1941 bis 1945 in massenmörderischer Mission aufgetreten sei, solle die Bundeswehr jetzt Genozid verhindern. Vor dem Überfall auf Jugoslawien hat Scharping mit einer Gruppe von Soldaten Auschwitz besucht. Diese waren in Kursen geschult worden, damit sie vor den Mikrofonen nichts Falsches sagen, sondern das Richtige. Einer von ihnen erklärte, er habe gelernt, daß man den Anfängen wehren müsse, zum Beispiel im Kosovo.

Die Umfragewerte für Fischer und Scharping sind gut. Ihre linkische Vorstellung wird offensichtlich vom Publikum goutiert. Einige Beobachter äußern Mitleid. Dem entspricht die gefühlige Interview-Frage: »Haben die Ereignisse der letzten Wochen Sie verändert?« So werden die rotgrünen Kriegsbefürworter wohl wieder Tritt fassen. Ihr Selbstbewußtsein wird wachsen, wenn sie spüren, daß ein tiefgestaffeltes Projekt begonnen hat, für dessen Initiierung sie durchaus geeignet sind. Um sich vorzustellen, was das sein könnte, lohnt es sich, nicht sie, sondern ihre Kritiker anzusehen.

Da ist ja eine erstaunliche Mischung zustande gekommen: von den sozialliberalen Professoren Czempiel und Denninger über Helmut Schmidt bis zu Rudolf Augstein und Alfred Dregger. Deren Einwände gehören teilweise in einen etwas älteren Kontext, dessen Stichworte in den vergangenen Jahren schon vorgetragen wurden, angesichts der aktuellen völkerrechtlichen Argumentation allerdings etwas in den Hintergrund getreten sind. Sobald politische Überlegungen für die Zukunft angestellt werden, wird er wieder deutlicher werden.

Im Kern handelt es sich um Zweifel an der gegenwärtigen Konstruktion der Nato und hier vor allem am sogenannten »Overstretchment« der USA: Die Vereinigten Staaten übernähmen sich. Trauten sie ihren »Partners in Leaderhip« etwas zu, dann hätten sie auf dem Balkan eigentlich nichts zu suchen.

Die positive Schlußfolgerung könnte eine Art europäischer Monroe-Doktrin sein: Europa den Europäern, und zwar unter Dominanz der EU. Zu diesem Zweck müßte sich diese allerdings erst einmal jene »verteidigungspolitische Identität« – eine eigene integrierte Streitmacht einschließlich Eingreiftruppe – zulegen, deren Fehlen schon oft beklagt wurde. Sie wäre dann auch der Ordnungsfaktor auf dem Balkan. Klar ist, daß Deutschland in einem solchen Kontext eine größere Rolle spielen würde als jetzt in der Nato.

Es kann auch sein, daß dieses Projekt einer gegenüber den USA weitgehend verselbständigten europäischen Balkan-Politik scheitert. Dann hätte Deutschland eine noch größere Chance zur Dominanz in dieser Region.

Siehe da: Fischer und Scharping sind also doch die richtigen Leute am rechten Platz. Unter Vorantritt solcher Figuren – ehemalige Linke! – , nicht selbständig fordernd, sondern menschheitlich gestikulierend, konnte Deutschland vor dem Hintergrund seiner Vergangenheit leichter erneuten Zutritt zum Balkan erhalten. Das funktioniert jedenfalls besser, als wenn es irgendwelche alten Stahlhelmer – die es in der jetzt politisch aktiven Generation ohnehin kaum noch gibt – aufgeboten hätte. Hat die BRD sich in ihrer scheinbar nur dienenden Rolle bewährt und scheitern die Nato-, die OSZE- oder vielleicht auch die EU-Lösungen (von der Uno reden wir vorerst nicht mehr): dann fällt Deutschland unter veränderten Bedingungen jene Führungsrolle zu, die es vorher nicht beanspruchen darf.

So gesehen, war es vielleicht doch nicht völlig für die Katz, daß der Außenminister ein Streetfighter in Frankfurt/Main und der Verteidigungsminister ein jungsozialistischer Schulsprecher im Westerwald gewesen ist.

Georg Fülberth rezensierte in KONKRET 4/99 eine soziologische Untersuchung über die Entstehung der Gesellschaft

Konkret 05/99, S. 33

Heiner Möller

Salami am Ende

So opportunistisch die »Linken« in den Regierungsfraktionen, so ahnungslos die Antikriegsbewegung. Bilanz eines politischen Desasters

Als Kriegsparteien verwirklichen SPD und Grüne, was als vermeintliches Reformprojekt angetreten war. Die Proteste dagegen sind schwach. Die linken Flügel beider Parteien äußerten sich nur lauwarm ablehnend. Anders als ich, der nur protestieren, demonstrieren, aufklären kann, hätten sie es in der Hand, die Kriegsregierung zu stürzen – wenigstens in eine Krise. Statt dessen bereiten sie Parteitage vor, um ihre Pöstchen und Karriere-Sprungbretter zu retten oder sogar – wie sie hoffen – ihre Einflußbereiche zu erweitern.

Natürlich will ich nicht noch nachträglich das jahrelange Kompromisseschließen der sogenannten linken Grünen, ihr schon unheimliches Ausharren in der Partei loben. Als linke Integrationisten haben sie dazu beigetragen, daß Rotgrün eine ausreichende Wählermehrheit für den jetzigen Kriegskurs bekam, der sich schließlich nicht heimlich, sondern zuletzt mit großer Parteitagsmehrheit angekündigt hatte. Sie haben dazu beigetragen, daß die derzeitige Antikriegs-Opposition so schwach ist. Mehr als nur »Nein, so nicht« zu sagen, sondern jeglicher Regierungsbeteiligung die Unterstützung zu verweigern, das wäre ein Dienst an einer Antikriegspolitik.

Es ist geradezu perfide, wie Schröder/Fischer/Scharping ihren Angriffskrieg mit der Verantwortung aus der deutschen Geschichte begründen. Mit von tiefem Ernst triefender Miene projizieren sie die Synonyme für Nationalsozialismus und deutsche Vernichtungspolitik – »Völkermord«, »Konzentrationslager«, »Deportationen« – auf Serbien, weil man – so Scharping – es nicht dulden könne, »in die Fratze unserer eigenen Vergangenheit zu blicken«. Dieselben Leute, die in der Walser-Debatte zur Normalisierung des alltäglichen Antisemitismus geschwiegen (Fischer) oder dem Nationaldichter sogar zugestimmt (Schröder) haben und die in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft dem alltäglichen Rassismus ihre Referenz erwiesen, mobilisieren jetzt deutsche Geschichtsbewältigung als Mordwaffe, um andere – Nichtdeutsche, verhaßte Serben zumal – zu lehren, was ihnen blüht, wenn sie nicht botmäßig sind. Nazis und »Wiedergänger Hitlers«, das wissen wir seit dem Golfkrieg und Enzensbergers Beschreibung Saddam Husseins, sind immer die anderen. Und gerade die so unschuldig Nachgeborenen von Rotgrün bemühen schamlos die deutsche Geschichte zum Zweck einer Erziehung anderer Länder mit kriegerischen Mitteln. Imperialismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz – das ist das Credo der Neuen Mitte, das Credo der Berliner Republik.

Doch meine Kriegsgegnerschaft gründet sich nicht nur, nicht einmal hauptsächlich auf die deutschen Mordexzesse der Vergangenheit. Maßgeblicher erscheinen mir die folgenden Argumente:

1. Der aktuelle Krieg ist Höhepunkt und Fortsetzung einer kontinuierlich seit der deutschen Vereinigung betriebenen Zerschlagung von Staaten, die deutschen Interessen im Wege stehen. Unter den Parolen »Selbstbestimmung« und »Menschenrechte« ist Jugoslawien Stück für Stück entlang seiner ethnischen Grenzlinien parzelliert worden. So sollte der »widernatürliche Kunststaat« (Rupert Scholz, CDU) von der Landkarte verschwinden. Der frühen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens folgte die Anerkennung von und damit zwangsläufig der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina, was unter anderem die hierzulande freudig begrüßte Vertreibung hunderttausender Serben mit sich brachte. Die Unterschriften unter dem Dayton-Abkommen waren noch nicht trocken, da visierte Außenminister Kinkel schon das nächste Ziel an: »Jetzt müssen wir das Schweinwerferlicht auf den Kosovo richten.« Doch auch dabei wird es nicht bleiben, auffällig penetrant wird seit einiger Zeit über die serbische Unterdrückung Montenegros geklagt.

Immer hat deutsche Politik die ökonomischen und gesellschaftlichen Erosionen im Inneren der jugoslawischen Regionen, die daraus resultierenden und von den jeweiligen Nationalisten und künftigen Herrschern aufgepeitschte Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte zum Anlaß genommen, jede andere Lösung als die ethnisch-staatliche Sezession zu torpedieren. Die deutsche Ostpolitik steht in der Tradition jener deutschnationalen und NS-Geopolitiker, die bei der Ordnung Europas nach deutschen Vorstellungen die »überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse« (Karl Haushofer) in anderen Ländern zur Voraussetzung der geographischen und politischen Neuordnung machten.

2. Das Abkommen von Rambouillet ist ein Besatzungsdiktat, das kein Regierender in Jugoslawien unterschreiben konnte. Milosevic' Ablehnung war einkalkuliert, um den Krieg beginnen zu können. Es enthält mindestens drei Zumutungen: Die Besetzung des Landes mit 28.000 Soldaten des Nato-Kriegsbündnisses. Die Besetzung nicht nur des Kosovo, sondern ganz Jugoslawiens (also auch Serbiens und Montenegros); die KFOR (Kosovo-Forces) sollten sich auf dem gesamten jugoslawischen Staatsgebiet »völlig uneingeschränkt bewegen« dürfen, »völlige Immunität« genießen, die jugoslawische Infrastruktur »ungehindert und kostenlos« benutzen dürfen, wie es in den Artikeln 6, 8 und 10 im militärischen Annex B des Abkommens heißt. Und drittens die Abhaltung von Wahlen bzw. einer Volksabstimmung über das Kosovo nach drei

Jahren. Angesichts der Ethnisierung der kosovarischen Bevölkerung wären damit die Weichen für eine Lostrennung des Kosovo von Jugoslawien bereits gestellt gewesen.

3. In diesem Krieg darf man nicht Partei sein, man würde unweigerlich auf Seiten eines ethnischen Nationalismus stehen. Die völkische Staatsgründung bestimmte die Konflikte zwischen Kroaten und Serben, zwischen Muslimen, Serben und Kroaten in Bosnien, zwischen Albanern und Serben im Kosovo. So richtig der Einsatz für den Erhalt Jugoslawiens als Staat gegen speziell deutsche Interventionen ist, so wenig können wir übersehen, daß die Ethnisierung nahezu flächendeckend gelungen ist. Die albanische UCK ist so mörderisch wie ihre Gegner. Daß sie Serben umbringt, wird hier verschwiegen, weil die UCK maßgeblich über deutsche Kanäle und für deutsche Interessen gepäppelt wurde und wird. In der Nacht der ersten Nato-Bombardierungen Jugoslawiens erklärte die UCK Jugoslawien den Krieg, indem sie jugoslawische Einheiten angriff – als wäre sie eine Nato-Bodentruppe. Nicht Autonomie, nicht Rechte für Menschen, sondern Sezession, ein eigener Staat, am liebsten ein ethnisch reines Großalbanien – das ist ihr Ziel.

4. Unsere Parteilichkeit in diesem Krieg ist die einer Anti-Partei – Partei gegen die deutsche Osteuropapolitik und gegen den Menschenrechtsimperialismus der Nato. Der lohnt sich auch materiell wieder: Die Aufrüstung und Waffenmodernisierung bekommt einen neuen Schub, aktuell boomen in der allgemeinen Aktienhausse vor allem die Werte der Rüstungsproduzenten. Seit dem Zerfall des alten Machtbereichs der Sowjetunion hat der westliche Imperialismus die Parole ausgegeben, überall auf der Welt für »Demokratie«, »Menschenrechte« und »Marktwirtschaft« einzutreten. Je nach Bedarf und Interesse wird die Verletzung eines dieser Grundsätze geahndet oder auch nicht. Wenn es um Öl und andere Ressourcen oder strategische Interessen geht, taugen »Menschenrechte« mal als Vorwand, mal sind sie völlig egal. Exemplarisch dafür sind die Türkei und ihre Politik gegenüber den Kurden. Die Türkei wird auch unter Rotgrün weiter mit Waffen beliefert und darf im Jugoslawienkrieg auf der Seite der Guten mit einigen Bombern mitschießen. Entscheidend ist, daß mit der Formel »Menschenrechte« das alte Uno-Recht auf staatlich-territoriale Integrität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ausgehebelt wird. Die imperialistischen Staaten maßen sich an, das bisherige Recht unter Berufung auf »Nothilfe« für Minderheiten durch ein neues, »humanitäres Interventionsrecht« zu ersetzen, und Heiner Geissler verkündet mit leuchtenden Augen eine Ära, in der es »keine souveränen Nationalstaaten mehr« gibt.

Im Kosovo ist im Vorfeld alles dafür getan worden, diese moralisch begründete »Nothilfe« herbeizuführen. Daß der Nato-Krieg jenes Elend, das ihn legitimieren soll, geradezu hervorgebombt hat, ist offensichtlich. Jetzt wird das Entsetzen der Fernsehkriegsteilnehmer auch noch humanitär ausgeschlachtet: Hilfs- und Spendenbereitschaft allerorten, bei denselben Leuten, die bislang Albaner für »schmutzige Zigeuner« und »Drogendealer« hielten und die sich angesichts von Flucht und Vertreibung an das deutsche Schicksal erinnern: Hat nicht der Zweite Weltkrieg uns ähnlich zugesetzt, waren wir nicht auch die Opfer? Und unsere im Oderbruch bewährten Jungs dürfen nun oben bomben und unten helfen.

Rotgrün bringt fertig, was der Union kaum gelungen wäre: mit der Moral der Guten Krieg nicht Krieg, sondern »humanitäre Intervention« zu nennen. Die hat einen der rotgrünen Kriegspropagandisten, den Stoiber-Biedenkopf-Freund Ulrich Beck, zu einer an Wahnsinn grenzenden Übersteigerung hingerissen: Der »militärische Humanismus der Nato« lasse den Nordatlantikpakt »sozusagen als militärischen Arm von amnesty international« handeln, erklärte er in der Osterausgabe der »Süddeutschen Zeitung«.

Am Elend der schwachen Antikriegsbewegung 1999 ist im übrigen KONKRET nicht schuldlos. Das Agieren im Golfkrieg 1991 an der Seite der Bellizisten beruhte auf einer eklatanten Fehleinschätzung. Mit der Kritik eines Autors, daß die deutschen »Schwächlinge« davor kniffen, Saddam zu bombardieren, wurde dem BRD-Imperialismus Feigheit vorgeworfen. Mit der Prognose, »Deutsche mieten immer nur Cops« (statt selber zuzuschlagen), lag KONKRET weit daneben. All dies war fatal angesichts einer sowieso immer schon national und nicht antiimperialistisch eingestellten Friedensbewegung, die damals am meisten Angst davor hatte, Bomben, Terror oder ökologische Krisen könnten auf »unser eigenes Land« zurückschlagen.

Und die Grünen? Ihr Außenminister ist einer der härtesten Kriegstreiber, aber nicht der einzige. Führende Funktionäre tummeln sich auf Kundgebungen der Kosovo-Albaner und hetzen zum Krieg auf. Routiniert aber erklärt ihr Fraktionsvorsitzender Rezzo Schlauch: »Es zerreißt einen jeden von uns.« Poetischer drückt es ihre kriegspolitische Sprecherin Beer aus: »Die Seele brennt.« So sind die Grünen auch beim Bombardieren: mit Herz und Seele dabei.

Wenn der Mitinitiator des grünen Anti-Kriegsappells der innerparteilichen Opposition, Uli Cremer, nichtsdestotrotz die »friedenspolitische Substanz« in der Partei lobt, dann klingt das wie ein Ruf aus der Gruft. Ich habe seine Hamburger Mitstreiter gegen den Krieg auf Sitzungen für den Ostermarsch erlebt, wie sie in flammender Empörung gegen serbischen Nationalismus zu Felde zogen und sich vor jugoslawischen Fahnen auf Demos fürchteten. Seltsam blaß bleibt dagegen ihre Beschäftigung mit den Liebesdiensten der grünen Regierungspartei für den *deutschen* Nationalismus. Mit Fischer/Schlauch/Beer oder gar dem Oberkriegshetzer Martin Schmidt aus Hamburg sitzen dieselben Kritiker vereint in einer Partei und streiten mal mehr, meist aber weniger über Gemeinsamkeiten.

Der linke grüne Antikriegsaufruf, von 700 Mitgliedern unterschrieben, spricht immerhin deutlich von einem deutschen Angriffskrieg. Doch dann stoßen sie mit dem Arsch ihre eigene Argumentation wieder um: Weil sie wie alle parlamentarischen Linken in diesem Land nur in herrschenden Institutionen denken können, sollen jetzt OSZE und Uno friedlich richten, was die Nato noch nicht in den Griff bekommen hat. »An solchen internationalen Einheiten soll sich Deutschland in angemessener Form beteiligen«, liest man verblüfft. Schließlich fordern sie milliardenschwere Investitionen in den wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo, hierfür sei »der politische Wille und die Entschlossenheit der reichen westlichen Industriestaaten gefragt«.

Da wird das ganze Elend überdeutlich, das eine »Linke« prägt, die nicht links, sondern alternativ staatstragend ist. Einen Konflikt mit den softeren Mitteln derjenigen lösen zu wollen, deren Weltordnung solche Konflikte ununterbrochen aufs neue produziert, zeugt von null Ahnung und Reflexion dessen, was Kapitalismus und Imperialismus, was Armut und Reichtum hervorbringt, was Ethnien konstruiert, was eine Wurzel von Rassismus und Antisemitismus ist. Wer von den Grundlagen ausgeht, die zu diesem Krieg geführt haben, dem können nur imperialistische Lösungen einfallen, worin Institutionen wie etwa die Uno stets Spielball machtstrategischer Interessen sind – mal nützlich, mal hinderlich. Geradezu absurd ist es, den kapitalistischen (Wieder-)

Aufbau für das Kosovo gegen Jugoslawien zu fordern und Deutschland zu einer friedlichen Intervention auf dem Balkan einzuladen, statt zu sagen: Die haben da nichts, gar nichts verloren.

Das linksgrüne Dilemma liegt natürlich tiefer: Wer Deutschland regieren will, wer Staat sein will, muß an dem teilhaben, was dieses Land als Großmacht ausmacht. Er wird es müssen, oder er regiert nicht. Die Partei-Exlinken wie Ludger Volmer und Angelika Beer haben dies vorgemacht: Über Jahre haben sie die Institutionen der Welt auf dem Papier reformiert; jetzt, als realpolitisch Regierende, sind sie beim Krieg dabei, weil in ihrer Konformität nichts anderes geht und weil er für Deutschland das Beste ist. Wer so denkt, und anderes Denken gibt es bei den Grünen nicht, ist nicht links, sondern günstigstenfalls sucht er nach einer anderen Handhabung staatlicher Herrschafts- und Unterdrückungsinstrumente, im konkreten Fall muß er seine vermeintlichen Ideale zugunsten der Machtausübung zurückstellen.

Mit der Kriegsentscheidung, schreiben die Linksgrünen in ihrer Erklärung, »ist die Salami am Ende«. Gemeint ist damit die scheibchenweise Demontage der Antikriegsposition. In der Tat, das ist der Preis der Regierungsfähigkeit. Auf ihrem Erfurter Parteitag, zweieinhalb Wochen vor Kriegsbeginn, haben die Grünen mit übergroßer Mehrheit, also auch erhebliche Teile der »Linken«, ihrem bewunderten Außenminister Fischer grünes Licht für den Nato-Krieg gegeben, nicht ohne den gemeinen Wunsch hinzuzufügen, er möge sich für die Beteiligung Rußlands an diesem Verbrechen einsetzen. »Der Rubikon ist überschritten«, schreiben sie weiter. Der Rubikon, das war der Grenzfluß zwischen Rom und Gallien. Als Caesar ihn überschritt, begann der Bürgerkrieg. Den verlangt ja niemand von den Linksgrünen. Aber daß sie den Partei- und Regierungsfrieden aufkündigen, nicht mehr mitmachen, das ist das Wenigste. Oder ist ihnen Kriegführung letztlich doch nur ein Kavaliersdelikt?

Links aber, das wäre viel mehr. Das wäre der Abschied von Politik in und mit diesem Staat, in und mit Deutschland als Großmacht, ob militärisch oder scheinbar friedlich. Das wäre der Verzicht auf eine vermeintliche Bedeutsamkeit, die darin besteht, daß man im staatspolitischen Geschäft mitmischen will. Ich fürchte dagegen, daß die Mehrheit der Parteiopposition mit der heldenhaften Ankündigung, nicht kampflos das Feld räumen zu wollen, auf Teufel komm raus in der Partei bleiben will. Andere schielen gleich zur nächsten bedeutenden Partei, der PDS. Da kann das Spiel dann noch einmal von vorne losgehen, denn deren Realos Gysi, Brie oder Holter kennen kaum noch ein anderes Ziel, als selber zu regieren. Oder lockt vielleicht Hans Modrows Hoffnung, daß nach dem Rücktritt Lafontaines mit einer PDS-Entscheidung für Johannes Rau als Bundespräsident wieder ein Signal für »die Linke« in diesem Lande gegeben wäre?

Soll aus dem Kriegsdesaster für eine autonome Linke – nicht zu verwechseln mit linken Autonomen – hierzulande etwas Positives entstehen, dann reichen das Nein zum Krieg, das Nein zu jeglicher Intervention nicht aus. Hinzukommen muß das Ja zur Verweigerung gegenüber Deutschland und seinen Machtinstitutionen.

Überarbeitete Fassung eines Beitrags, den Heiner Möller am 8.4. auf einer Veranstaltung von KONKRET und dem AStA der HWP Hamburg vorstellte

---

Heiner Möller schrieb in KONKRET 5/98 über den Weg der Grünen zur Regierungsfähigkeit

Konkret 05/99, S. 36

Zu Protokoll

Am 18. November, schon unter der Amtsführung von Joschka Fischer, gab das Auswärtige Amt einen »Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (Stand: November 1998)« ab. Der Bericht, mit »VS – Nur für den Dienstgebrauch« klassifiziert, beschreibt die Entwicklung im Kosovo bis zu jenem Zeitpunkt, an dem die »internationale Gemeinschaft« und ihr deutscher Außenminister begannen, mit der »activation order« für die Luftstreitkräfte, dem Vertrag von Rambouillet und der Bombardierung Jugoslawiens Menschenrechte zu schützen und Frieden zu schaffen

Verfolgung

Seit der Abschaffung der Autonomie des Kosovo, spätestens aber seit dem Zerfall des alten jugoslawischen Staates, ist nach Ansicht der meisten albanischen politischen Organisationen die Grundlage für den Verbleib des Kosovo im serbischen bzw. jugoslawischen Staatsverband entfallen. Daher wird von ihnen seither konsequent die Errichtung eines unabhängigen Staates »Kosova« mit eigenen Staats- und Verwaltungsstrukturen betrieben. In diesem Sinne politisch aktive albanische Volkszugehörige werden nicht wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit sondern als »Separatisten« verfolgt ...

Zu einer Verstärkung der Spannungen kam es ab August 1995 durch die Unterbringung von ca. 10.000 serbischen Krajina-Flüchtlingen im Kosovo. Dies wurde von Seiten der Kosovo-Albaner als erneuter Versuch der »Kolonisierung des Kosovo« gewertet und medienwirksam genutzt. Eine nüchterne Analyse der Aufteilung der Flüchtlinge auf die BRJ zeigt aber, daß dort (auch wegen der Weigerung der meisten Flüchtlinge, in den Kosovo zu gehen und/oder dort zu bleiben) letztlich proportional weit weniger Flüchtlinge untergebracht wurden, als in anderen Teilen der BRJ, in der seit 1991 über eine halbe Million (nach jugoslawischen Angaben ca. 700.000) Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien und Herzegowina Aufnahme gefunden haben ...

Der Konflikt zwischen den serbischen Behörden und den Albanern im Kosovo hat zu einer starken Polarisierung geführt. So gut wie jeder Handlung der jeweils anderen Seite wird – sowohl von Serben als auch von Albanern – ein politischer Bezug unterstellt. Unverhältnismäßige staatliche Gewalt gegenüber ethnischen Albanern v. a. bei polizeilichen Festnahmen sowie in Untersuchungshaft (weniger bei Strafhaft), kann immer wieder festgestellt werden ...

Nach den Angaben des CDHRF (Council for the Defence of Human Rights and Freedoms, Pristina, von Kosovo-Albanern geleitete Menschenrechtsorganisation, verfügt über ein Netzwerk von Büros und Mitarbeitern, umfangreiche Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, in letzter Zeit zunehmend unter politischem Einfluß), der die ihm berichteten Repressionen auch statistisch erfaßt, waren 1997 ca. 5.600 Personen, also ca. 0,29 Prozent der albanischen Bevölkerung (1997 geschätzt ca. 2 Mio.), von staatlichen Repressionsmaßnahmen betroffen. 1996 hatte die »Betroffenheitsquote« ebenfalls bei 0,29 Prozent, 1995 bei 0,58 Prozent und 1994 bei ca. 0,6 Prozent gelegen. Nicht berücksichtigt wurde allerdings auf der einen Seite die Vielzahl der sonstigen »kleinen« staatlichen Willkürmaßnahmen, auf der anderen Seite aber auch die Möglichkeit, daß die Verhöre, Hausdurchsuchungen und Festnahmen auch im Rahmen »ganz normaler« polizeilicher Ermittlungstätigkeit und ohne den Hintergrund politisch motivierter Repressionsabsicht stattgefunden haben können.

Nach den Schauprozessen gegen ehemalige Offiziere und ehemalige Polizisten albanischer Volkszugehörigkeit ... richtete sich Anfang 1997 das Augenmerk der Sicherheitsbehörden auf die Mitglieder der Kosovo-Befreiungsbewegung (LKCK) und Befreiungsarmee (UCK). Die UCK hatte sich u. a. zu zahlreichen Anschlägen auf Polizisten und Polizeieinrichtungen bekannt. Es kam zu über 100 Festnahmen. In der Untersuchungshaft kam es nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen zu massiven Menschrechtsverletzungen, u. a. in Form von Folter, die der Erpressung von Geständnissen diente. Zwei Angeschuldigte sind unter ungeklärten Umständen in der Haft verstorben. Rechtsanwälten und Angehörigen wurde der Zugang zu den Gefangenen teilweise verwehrt.

Im Verfahren gegen die LKCK sind 20 Angeklagte zu Freiheitsstrafen zwischen 2 und 10 Jahren, in Verfahren gegen die UCK 34 Angeklagte zu Freiheitsstrafen zwischen 4 und 20 Jahren verurteilt worden, zwei wurden freigesprochen.

Seit Ausbruch offener Kämpfe in Teilen des Kosovo wurden zahlreiche Albaner im Zuge dieser Gefechte festgenommen (UCK-Kämpfer, aber auch aktiv an den Kämpfen beteiligte »Zivilisten«). Gegen diese Personen wurden an den zuständigen Landgerichten im Kosovo Strafverfahren eingeleitet ... Die Unklarheit über mögliche rechtliche Konsequenzen für ihr Verhalten während der Auseinandersetzungen zwischen der UCK und den serbischen Sicherheitskräften und die Furcht vor neuen Übergriffen der serbischen Sichheitskräfte stellten für die albanischen Flüchtlinge lange ein Hindernis für die Rückkehr in ihre Orte dar.

Bei den Polizeiaktionen im Drenica-Gebiet Ende Februar/Anfang März 1998 gingen Spezialeinheiten der Polizei offenbar gezielt gegen teilweise festungsartig ausgebaute Anwesen von Kosovo-Albanern vor, die von der Polizei als Terroristen angesehen wurden. Bei diesen Polizeiaktionen wurden 80 Personen getötet, darunter auch Frauen, Kinder und ältere

Personen. Nach der Polizeiaktion wurden Journalisten zahlreiche Waffen vorgeführt, die von der Polizei bei den angeblichen Terroristen gefunden wurden ...

Ethnische Albaner im übrigen Jugoslawien

Aus Kreisen mit starkem albanischem Bevölkerungsanteil außerhalb des Kosovo (Gemeindegebiet Presevo, Bujanovac und Medvedja in Südserbien) wurden – trotz gelegentlicher Meldungen über eine politische und wirtschaftliche Schlechterstellung, allgemeine Benachteiligungen, Einschüchterungen und Wahlmanipulationen zuungunsten der Albaner – keine Berichte über Menschenrechtsverletzungen bekannt, die den Verhältnissen im Kosovo vergleichbar wären.

In nahezu allen Städten in Serbien befinden sich größere oder kleinere Kolonien von Kosovo-Albanern, die dort zumeist bestimmten für sie traditionellen Berufen nachgehen (allein in Belgrad leben mehrere zehntausend ethnische Albaner). Offene Ablehnung durch die Bevölkerung oder staatliche Schlechterstellung konnte in diesem Zusammenhang nur in seltenen Fällen festgestellt werden. Zweifellos gibt es aber in Teilen der serbischen Gesellschaft zahlreiche Vorurteile gegen Kosovo-Albaner ...

Mittelbare staatliche Verfolgung

Übergriffe gegen die albanische Bevölkerungsgruppe fanden in der Vergangenheit auch durch Privatmilizen und Banden statt, ohne daß die serbischen bzw. jugoslawischen Sicherheitskräfte dagegen eingeschritten wären. Seit 1994 sind solche Fälle praktisch nicht mehr zu verzeichnen. Allerdings kam es nach Ausbruch der Kämpfe im Kosovo im März 1998 wiederholt zu bislang nicht bestätigten Berichten über das Auftreten paramilitärischer Gruppen im Kosovo.

Die LDK hatte seit Beginn der 90er Jahre in weiten Teilen des Kosovo lokale Strukturen aufgebaut, die in Teilbereichen in peripheren Gebieten auch quasistaatliche Ordnungsfunktion wahrgenommen haben. Das Erstarken der UCK hat dazu geführt, daß diese sich verstärkt in von ihr kontrollierten Gebieten hoheitliche Befugnisse anmaßt und dabei auch vor Gewalttaten nicht zurückschreckt. Albaner, die für einen Dialog und für ein Zusammenleben mit Serben eintreten, laufen Gefahr, als Kollaborateure ausgegrenzt zu werden.

Die UCK geht im Kosovo auch gegen ethnische Albaner vor, soweit sie sich dem serbischen Staat gegenüber loyal erklären. So wurden Anfang April 1998 bei Orahovac sechs Kosovo-Albaner umgebracht, die in einem offenen Brief an den serbischen Präsidenten ihre Loyalität gegenüber Staat und Regierung zum Ausdruck gebracht hatten. Ferner übt die UCK in verschiedenen Regionen starken Druck auf die wenigen dort ansässigen Serben, Montenegriner usw. aus (Straßenkontrollen, Drohungen, Übergriffe, Entführungen von Zivilisten), der zu einer ethnischen Säuberung dieses Gebiets führen soll bzw. geführt hat. Im Gegenzug haben sich vertriebene ethnische Serben zu »Bürgerwehren« zusammengeschlossen, die ihrerseits in noch von Serben besiedelten Dörfern Druck auf die ansässigen Albaner ausüben ...

Kampfhandlungen

Im Kosovo kam es nach den Polizeiaktionen von Ende Februar/Anfang März 1998 zu einer erheblichen Eskalation und Militarisierung des Konflikts. Seit April 1998 war ein starker Anstieg der Zahl der Anschläge auf Polizisten und Polizeieinrichtungen zu verzeichnen, die Polizei mußte sich in der Folge aus zahlreichen betroffenen Gebieten zurückziehen, die Gebiete wurden ausschließlich von der UCK kontrolliert.

In den »befreiten Gebieten«, die sich von Srbica im Norden bis nach Orahovac im Süden sowie von Glogovac im Osten bis Klina bzw. Decani im Westen (allerdings unter Ausklammerung der genannten Ortschaften) erstrecken, kam es zum völligen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung. Staatliche Stellen (Polizeistationen, Post, Standesämter usw.) stellten ihre Arbeit ein.

Die UCK versuchte in mehreren Offensiven, das von ihr kontrollierte Gebiet auch auf die o. a. Ortschaften sowie auf die Bergwerke im Westen Pristinas (Belacevac) und bei Kosovska Mitrovica (Stari Trg) auszudehnen, allerdings ohne dauerhaften Erfolg.

Im Grenzbereich zu Albanien (Region um Ponosevac, Lunic, Morina) kam es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen der grenzsichernden jugoslawischen Armee und bewaffneten Gruppen, die Nachschub an Waffen und Kämpfern aus Albanien in den Kosovo zu liefern versuchten. Bei einzelnen Zwischenfällen sollen Gruppen bis zu tausend Mann versucht haben, durch die Grenze in den Kosovo durchzubrechen. Im Zuge dieser Gefechte wurden durch die jugoslawische Armee Tonnen von Waffen und Material sichergestellt. Die UCK versuchte immer wieder, die »befreiten Gebiete« mit der Grenze zu Albanien zu verbinden, um die Nachschubwege sicherzustellen.

In diesen Gefechten haben sich UCK-Einheiten immer wieder auch in Ortschaften zurückgezogen und aus deren Deckung, teilweise auch mit Unterstützung der Zivilbevölkerung, weitere Kampfhandlungen durchgeführt.

Seit dem 24.07.1998 hatten Polizei und Armee begonnen, die Kontrolle über die »befreiten Gebiete« wiederherzustellen. In einer ersten Aktion wurde die zur Versorgung der Stadt Pec unverzichtbare Straße Pristina-Pec geräumt. In einer zweiten Aktion wurde die Kontrolle über die Ortschaft Malisevo, einer angeblichen »Hochburg der UCK«, wiederhergestellt und (wurden) die bislang zusammenhängenden »befreiten Gebiete« in mehrere Teilgebiete gespalten.

Bis Ende August 1998 sollen in den Kämpfen laut CDHRF ca. 600 Albaner umgekommen sein, eine Unterscheidung zwischen UCK-Kämpfern und Zivilisten wurde bei dieser Angabe nicht getroffen.

Im Anschluß an weiträumige Operationen war es den serbischen Sicherheitskräften bis Ende August 1998 gelungen, die UCK-Kämpfer aus allen größeren Ortschaften zu vertreiben und alle wichtigen Landtransversalen des Kosovo wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei wurden sie durch Einheiten der Jugoslawischen Armee (VJ) unterstützt.

Ziel der serbischen Sicherheitskräfte ist es seitdem, die in die Wälder geflüchteten UCK-Kämpfer von Überfällen auf die Straßenverbindungen abzuhalten und ein Wiedereinsickern in die zurückeroberten Ortschaften zu verhindern.

In einem weiteren Schritt zur Konsolidierung der Lage wurde die Grenzsicherung gegenüber den Nachbarstaaten Albanien und Mazedonien verstärkt. Eine Ausweitung des Grenzstreifens und verstärkte Kontrollen sollen den UCK-Kämpfern die logistischen Wege abschneiden.

Ein klares Bild über die weitere Entwicklung läßt sich zur Zeit nur schwer gewinnen. Nach dem durch das Milosevic-Holbrooke-Übereinkommen erforderlich gewordenen Rückzug der Sicherheitskräfte aus dem Konfliktgebiet ist es vielerorts zu einer Rückkehr der UCK in kosovo-albanische Dörfer gekommen.

Auswirkungen auf die Bevölkerung

Die Kampfhandlungen wiesen ein typisch militärisches Gepräge auf und waren darauf ausgerichtet, die Kontrolle über die von der UCK besetzten Gebiete zurückzuerlangen. Dabei nahmen die serbischen Sicherheitskräfte Opfer unter den albanischen Zivilisten in Kauf und richteten – häufig auch lange nach bereits erfolgter Eroberung der Dörfer und Vertreibung der Bevölkerung – gezielt Schäden an Gebäuden an.

Die UCK hatte in den »befreiten Gebieten« breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch nach albanischer Darstellung hat sich die Bevölkerung teilweise aktiv an den bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt. Auf UCK-Seite sollen auch Frauen mitgekämpft haben, auch ein 15jähriger UCK-Angehöriger wurde schon von internationalen Beobachtern angetroffen. Insofern ist die Abgrenzung zwischen UCK-Kämpfern, mitkämpfenden Einwohnern und reinen Zivilisten sowohl für die Sicherheitskräfte als auch für die objektive Bewertung der Sachlage schwierig.

Im Zuge der Gegenoffensive zogen sich die UCK-Einheiten zurück. Mit ihnen flüchtete jedoch auch nahezu die gesamte Zivilbevölkerung aus den betroffenen Ortschaften, so daß weite Teile des Konfliktgebiets kurz nach Auseinandersetzungen fast menschenleer waren. UCK-Kämpfer und Bevölkerung zogen sich z. T. in unzugängliche Berg- und Waldgebiete in der Nähe ihrer alten Wohnstätten zurück. Beobachter trafen in der kampflos in die Hand der Sicherheitskräfte gefallenen Ortschaft Malisevo (ehemals fast 20.000 Einwohner) nur noch einen einzigen (!) Einwohner an. Die serbischen Sicherheitskräfte verhinderten den Exodus der Bevölkerung nicht. Hierauf sind auch die im Vergleich zu Bosnien und Herzegowina geringen Verluste auf Seiten der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung zurückzuführen.

Die Kampfhandlungen im Kosovo wurden von beiden Seiten mit militärischen Mitteln geführt, wobei auf serbisch-jugoslawischer Seite die Sicherheitskräfte bei der Einnahme von Ortschaften auch mit schweren Waffen vorgingen. Beim Einzug der serbischen Sicherheitskräfte in zurückeroberte Ortschaften kam es zu Übergriffen gegen dort verbliebene Bewohner. Die durch die Presse wiederholt gemeldeten »Massaker« und Meldungen über »Massengräber« trugen zur Beunruhigung der Flüchtlinge bei, konnten jedoch durch internationale Beobachter bislang nicht bestätigt werden. Serbische Regierungsmedien behaupten ihrerseits, Teile der Zivilbevölkerung seien durch Gewaltandrohung der UCK an der Rückkehr in ihre Dörfer gehindert worden.

Mittlerweile ist ein Teil der Bewohner wieder in einige der betroffenen Ortschaften zurückgekehrt. Nach Rückzug der Sicherheitskräfte ist der Rückkehrprozeß offenbar in größerem Umfang in Gang gekommen.

Der Konflikt wirkt sich *nicht* auf den gesamten Kosovo aus. So verläuft das öffentliche Leben in Städten wie Pristina, Gnjilan und Urosevac in relativ normalen Bahnen ... Die Wahrscheinlichkeit, daß Kosovo-Albaner im Falle ihrer Rückkehr in ihre Heimat massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, ist insgesamt als gering einzuschätzen.

PS: Am 31. März dieses Jahres, eine Woche nach Beginn der Nato-Angriffe, tönte das Ministerium plötzlich ganz anders: Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic sei es im Kosovo bereits seit 1990 »um die Etablierung eines Apartheidsystems« gegangen. Im März 1998 hätten Milosevics Sicherheitskräfte eine »gezielte Vertreibungsstrategie« und »Politik der verbrannten Erde« (»Der Spiegel«) begonnen ...

Konkret 05/99, S. 39

Dokument: Operation »Hufeisen«

oder wie Deutschlands höchster Militär über einen Krieg berichtete, von dem niemand etwas wissen wollte

Auf Rudolf Scharpings täglicher Pressekonferenz erstattete Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach, der »Held vom Oderbruch«, am 8. April einen Lagebericht, dessen Quintessenz besagt, daß die jugoslawischen Streitkräfte im Kosovo mit der Bekämpfung der UCK und nicht mit einem von langer Hand geplanten Völkermord beschäftigt sind. Auf Nachfragen weigerte sich das Ministerium, KONKRET eine Ausschrift des Berichts zur Verfügung zu stellen (wörtlich: »Das werden wir doch nicht noch schriftlich verbreiten«). Dafür gab es gute Gründe. Hier der vollständige Wortlaut, überliefert in einer MAZ des Fernsehsenders Phoenix:*

Die gegenwärtige Lage im Kosovo stellt sich nach unseren Erkenntnissen weitgehend auch als Ergebnis eines Operationsplans dar – nach mehreren Hinweisen übrigens – , der offenbar bereits im letzten Jahr im Umfeld von Milosevic erarbeitet wurde. Ein strategischer Plan, der die Bezeichnung »Hufeisen« trägt, serbisch »Potgova« – ob ich's richtig ausgesprochen hab, weiß ich nicht. Die Elemente dieses Plans, der in seinen Details nicht bekannt ist – in seinen Grundzügen: ja – , dürfte teilweise wie jeder Operationsplan an sich ändernde Vorgaben und militärische Lageentwicklungen angepaßt worden sein oder mag es auch von vornherein verschiedene Optionen gegeben haben. Dislozierung und Stoßrichtung der serbisch-jugoslawischen Kräfte im Kosovo in den letzten Monaten bieten jedoch genug Indizien, die auf ein im Prinzip hufeisenförmiges Vorgehen im Kosovo hindeuten.

Hauptziel der »Operation Hufeisen« war/ist aus unserer Sicht die Zerschlagung beziehungsweise Neutralisierung der UCK im Kosovo. Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung mit dem Ziel gewaltsamer regionaler demographischer Veränderungen ist offensichtlich ein Bestandteil des Plans. So wurde eindeutig eine gezielte Vertreibung von Kosovo-Albanern aus ihren Dörfern und Siedlungen entlang eines breiten Streifens der Hauptverbindungsstraße im Kosovo erkannt. Vor allem in den UCK-Hochburgen in (unverständlich), in der Drinica-Region wurden mit Vertreibungen der Kosovo-Albaner der UCK ihre Basis und ihr Rückhalt genommen. Dies war für Belgrad sehr wahrscheinlich die Umsetzung einer Lehre – in Anführungszeichen – , die sie aus ihrem Vorgehen gegen die UCK im Sommer und Herbst letzten Jahres gezogen hat. Damals war es Belgrad gelungen, mit massiven Operationen die UCK aus dem von ihr kontrollierten, etwa vierzigprozentigen Flächenanteil des Kosovo zurückzudrängen. Dies ist damals aber nur für kurze Zeit gelungen.

Zur Erinnerung: Auf dem Höhepunkt dieser Operation belief sich die Zahl der aus ihren Häusern vertriebenen oder geflohenen Menschen auf etwa 300.000 Menschen, bis zu 50.000 kampierten zeitweilig unter freiem Himmel. Nachdem im Oktober auf Druck der internationalen Gemeinschaft Belgrad zunächst einlenkte, die OSZE-Verifikationsmission akzeptierte und Verpflichtungen hinsichtlich Stärke und Dislozierung der Kräfte im Kosovo einging, kehrten zumindestens viele Binnenvertriebene in ihre Heimatwohnorte zurück – mit ihnen aber auch die UCK, für Belgrad offensichtlich ein unangenehmer, unannehmbarer Zustand. Mit dem »Hufeisen«-Plan sollte die Wiederholung dieser Abläufe offensichtlich verhindert werden. Selbst während der Rambouillet-Gespräche vom 6. bis 20. Februar 1999 war unverkennbar, daß Belgrad sich nicht mit der Existenz der UCK im Kosovo abfinden wollte. Für Belgrad war und ist die UCK Instrument des Terrors und des Separatismus – so die Sicht der Dinge in Belgrad – , gegen das jedes Mittel eingesetzt werden muß.

Während die serbische Delegation in Rambouillet und Paris vom 15. bis 19. März den Eindruck erweckte, zu verhandeln, führten die serbischen Kräfte ihre Operation gegen die UCK und auch gegen die Zivilbevölkerung fort. Eine ernsthafte Beteiligung der Serben an den Verhandlungen war von Milosevic offensichtlich nicht beabsichtigt.

Ich zeige Ihnen jetzt den Ablauf der Dinge in der zwoten Folie: Bereits im Januar nahm die Bekämpfung der UCK durch Streit- und Sicherheitskräfte zunächst insbesondere im Norden, im Raum Podujevo und Mitrovica zu. Gleichzeitig wurde nördlich Podujevo außerhalb des Kosovo ein starker gepanzerter Eingreifverband bereitgestellt.

In der nächsten Folie: Im Februar drängten die serbischen Kräfte die UCK aus der Fläche von beiden Seiten in die West- und Osthänge der Cicavica-Berge ab, gingen gegen die UCK vom Osten her im Raum Stimlic vor und bekämpften diese erstmals im Süden des Kosovo im Raum Kacanik in Grenznähe zu Makedonien.

Und die Folie vier: Im März befand sich die Operation in vollem Gange, nachdem zuvor Verstärkung der Landstreitkräfte in den Kosovo erfolgt war. Die Kämpfe wurden in die Drinica-Region, in der der Kampf der UCK im Frühjahr 98 nach dem Massaker serbischer Kräfte seinen Ausgangspunkt hatte, ausgeweitet. Die UCK geriet in allen Operationszonen in die Defensive, die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge stieg dramatisch an. Derzeit liegt der Schwerpunkt des Vorgehens der serbischen Kräfte im Westen im Raum Pec und Djacovica.

Es könnte eine zeitliche Verbindung zwischen der Erstellung des Plans für die »Operation Hufeisen« und der November letzten Jahres erfolgten Ablösung des als pragmatisch-gemäßigt geltenden Generalstabschefs Perisic bestehen. Dieser war

damals strikt gegen einen Einsatz jugoslawischer Streitkräfte im Innern des Landes. Umsetzung von »Hufeisen« setzte aber zwingend eine im Sommer 98 kaum erfolgte Unterstützung der Sicherheitskräfte durch jugoslawische Landstreitkräfte voraus. Der Nachfolger von Perisic, General Ojdanic, scheint hier weniger Skrupel zu zeigen.

Noch mal zur Erläuterung, was wir getan haben: Wir haben die Grundzüge dieses Plans erfahren und haben die Grundzüge dieses Plans mit dem tatsächlichen Ablauf dessen, was im Kosovo geschehen ist, übereinandergelegt, und es ergibt sich da offensichtlich eine Übereinstimmung. Soweit mein Beitrag, Herr Minister.

Konkret 05/99, S. 40

Karl-Heinz Hansen

Wir helfen Naumann aufs Pferd II

Schröders Kulturbeauftragter hat geschworen, die 35 nach Hitleroffizieren benannten Kasernen umzutaufen. KONKRET hilft nach

Unter frenetischem Beifall seiner Genossinnen und Genossen Abgeordneten trompetete Willy Brandt anläßlich seiner ersten Regierungserklärung in den Bundestag: »Die Schule der Nation ist die Schule!« Ob sein Redenschreiber mit dem hämischen Gelächter gerechnet hat, das Brandts gegen die Kasernen gerichtetes Diktum in den Kasinos und an den Stammtischen seiner Parteifreunde »draußen im Lande« auslöste? Nicht nur im tiefsten Bayern, sondern auch im Lande Niedersachsen, wo verhinderte CSU-Anhänger und die verschiedenen Soldaten-, Krieger- und Traditionsverbände sich unter dem Pseudonym SPD vereint haben und dem Volk ein wahrer Glogowski erwuchs? Vor allem in den Garnisonsstädten rund um die Lüneburger Heide, kitschumkränzt, Hermann-Löns-besungen und seit 1815 mit einer signifikant hohen Dichte an Kriegerdenkmälern und Kriegsgedenkstätten versehen, ist die nationale Hingebung an das Sinnlose unübersehbar. So findet der Besucher mitten in der »Heide-Metropole Lüneburg« (Eigenprosa) einen Adlerbekrönten Obelisken, der des Schlachtens und der Schlachten von Nazifliegern auf allen »Schauplätzen des Luftkrieges von Norwegen bis Afrika und von Frankreich bis Rußland« gedenkt und vom SPD-Bürgermeister, der die Bundeswehr gelegentlich um Besetzung seiner Stadt zum Zweck eines Öffentlichen Gelöbnisses bittet, liebevoll gepflegt wird. An diesem »Ehrenmal« für das »Löwengeschwader« werfen alljährlich CDU und DVU gemeinsam ihre Kränze ab.

Das Löwengeschwader bestand im wesentlichen aus Fliegern der »Legion Condor«, die in Spanien nicht nur Guernica, sondern auch Durango, Elorrio, Ermua und andere Städte und Dörfer in Schutt und Asche verwandelt und Tausende von Zivilisten ermordet hatten. Aus »Waffenstolz«, dem alten »Zusammengehörigkeitsmotiv der Soldaten« (General a. D. Werner v. Scheven), übernahm die 1. Staffel des Jabogeschwaders 36 der Bundesluftwaffe (Rheine/Hopsten) 1976 unter Bundeskanzler Helmut Schmidt das Wappen und die »Pflege« dieser glorreichen Tradition. Ein solcher »Pflegefall« ist auch der erste unserer Nazi-Kasernenpatrone des Monats.

Werner Mölders (1913-1941)

Nach ihm wurde eine Kaserne in Braunschweig benannt. Eine zweite taufte der ehemalige Flak-Oberleutnant und Willy Brandts Verteidigungsminister Helmut Schmidt 1972 auf den Namen des berühmten Nazihelden in Visselhövede, Landkreis Rotenburg ob der Wümme. Ebenso durfte ein Lenkwaffenzerstörer der Marine die Erinnerung an Hitlers Flieger-As pflegen. Vor allem aber wollte das Jagdgeschwader 74 in Neunburg an der Donau Mölders' »Vermächtnis fortführen« als »zeitloses Vorbild an Geist, Haltung und soldatischer Pflichterfüllung« (Geschwaderbroschüre).

Die erste Übung in Pflichterfüllung beging Werner Mölders in Spanien. Einzelheiten schildert ein Söldner-Kamerad, der neben dem Steuerknüppel mit Maschinengewehrknopf auch den Schreibgriffel betätigte: »Unterhalb von Sevilla entdecke ich ein Nebenflüßchen des Guadalquivir, ballere los und kann im Wasser die Einschläge gut beobachten. Dabei habe ich freilich nicht mit den Bauern gerechnet ... Obwohl sie erkennen, daß ich kein Roter bin, stürzen sie in panischem Schrecken davon ...« (Oberleutnant Johannes Trautloft, Tagebuch, 11.8.36. In der Bundeswehrmacht war Trautloft Chef des Stabes der Luftwaffe).

Als Mölders, der tüchtigste der Pflichterfüller (14 Abschüsse), mit den Kameraden der Legion Condor 1939 auf schneeweißem KdF-Dampfer im Hamburger Hafen einlief, fuhr ihnen Hermann Göring auf einer Barkasse entgegen. Es gab Orden, üppige Geldgeschenke und am 6. Juni eine große Siegesparade vor dem »Führer« im Lustgarten von Berlin. In den nächsten beiden Jahren jagte der Jagdflieger weiter von Luftsieg zu Luftsieg, von Beförderung zu Beförderung und von Orden zu Orden. Am 16. Juli 1941 verlieh der »Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht« anläßlich des 115. Abschusses »diesem heldenhaften Vorbild der Luftwaffe und erfolgreichsten Jagdflieger der Welt als erstem Offizier der deutschen Wehrmacht die höchste deutsche Tapferkeitsauszeichnung, das Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes«. Als »Inspekteur der Jagdflieger« hat Mölders auf dem Weg zu General Udets Staatsbegräbnis am 22. November 1941 mit einer He 111 bei Breslau einen Fabrikschornstein gerammt und ist gestorben.

Nach der »Wende« spielte an der renovierten Mölders-Gruft in Berlin eine Bundeswehrkapelle vor einer Ehrenwache aus Matrosen des Zerstörers »Mölders« und Soldaten des Jagdgeschwaders »Mölders« die deutsche und spanische Nationalhymne. Und Generalmajor Friedrich Busch verkündete: »Werner Mölders' Haltung und Leistung machten ihn zum Leitbild für seine Männer und für die deutsche Jugend.« Eine Meinung, die in Kiel, dem Heimathafen der »Mölders«, auch der SPD-Oberbürgermeister, Leutnant zur See d. R. Norbert Gansel teilt, der Grußbotschaften der Landeshauptstadt an ihre Partnerstadt Brest (früher Atlantik-Wall) durch das »Mölders«-Kriegsschiff zustellen läßt (Dezember 1997).

Hans-Joachim Marseille (1919-1942)

Auch die Namensgebung der »Marseille-Kaserne« in Appen-Uetersen ist ein Produkt der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung (24.10.1975). Was dem Mölders seine Legion Condor, war dem Hans-Joachim Marseille sein Afrika-Korps. Er war das Urbild eines in verkitschter Kriegslyrik besungenen Fliegerhelden. Ein Film-Typ wie von Goebbels erfunden. Noch heute schwärmen seine Fans vom 1. September 1942, als er in neun Stunden 17 britische Flugzeuge abschoß und dafür vom Führer mit den »Brillanten zum Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes« dekoriert wurde. Vier Wochen später, nach seinem 158. »Luftsieg«, war er tot. Ganz normal also, daß Alfred Weidenmann, der schon Goebbels seine Kompetenz zur Verklärung von Nazi-Helden nachgewiesen hatte (»Junge Adler«, 1944), mit dem Film »Der Stern von Afrika« (1956) über den »erfolgreichsten deutschen Jagdflieger« Marseille nicht nur einen politisch »wertvollen« Beitrag zur Propaganda für die »Wiederbewaffnung« der Bundesrepublik, sondern auch einen herausragenden Beleg für die ungebrochene großdeutsche Kontinuität im (UFA-)Film ablieferte.

Zwischen den vielen Siegen durfte Hans-Joachim Marseille auf Promotion-Tour durchs Reich ziehen. Im Kriegsjahr 1942 saß ich unter den zweihundert in der Aula des Johann-Konrad-Schlaun-Gymnasiums zu Münster versammelten Schülern, die der Ordensblech-behängte Marseille mit seinen pathetischen Dumm-Schneidigkeiten zu infizieren suchte: Leben heißt sterben – die Krönung des Lebens aber ist, im Luftkampf für den Führer das Leben zu lassen. Leider mit erheblichem Erfolg. 1989 wurde bei El Alamein eine Gedenkpyramide eingeweiht: »Hier starb unbesiegt Hauptmann Hans-Joachim Marseille am 30. September 1942«.

Nur noch 21 Monate, Herr Nauman, und noch kein Drache gekillt, aber einige Fragen offen: Warum hält SPD-Kriegsminister Scharping die seit 1990 vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erarbeiteten Studien zu den Namenspatronen der Bundeswehr geheim? Schiebt Scharping den Kommunen die Initiative für Namensänderungen zu, weil er weiß, daß aus den militaristisch verseuchten Garnisonen mit Widerstand gegen jede Dekontaminationsmaßnahme zu rechnen ist?

Unser Tip: Machen Sie mit dem nächsten Wehrbeauftragten ein paar Blitzbesuche bei den Blitzkriegs-Altären in Kasernen, Fliegerhorsten und Marinehorten. Blitzartig muß sein, weil sonst die schönsten Hakenkreuz-Devotionalien vorübergehend »verschwinden«.

Karl-Heinz Hansen schrieb in KONKRET 4/99 über die Kammhuber-Kaserne in Karlsruhe

Konkret 05/99, S. 41

Oliver Tolmein

Kriegstreiberin aus Überzeugung

Die selbsternannte Menschenrechtlerin als Schönschwätzerin eines Angriffskrieges: Angelika Beer bietet selbst in den Reihen der grünen Bundestagsfraktion ein rares Bild von Vergeßlichkeit, Dummheit und Opportunismus

»Wir wissen, daß der Krieg auch nicht als ultima ratio vertretbar ist, sondern nur, wenn wir keinen anderen Ausweg mehr wissen.«
Angelika Beer, friedenspolitische Sprecherin der Grünen

Die Weltpolitik hat sie schon lange im Visier, und Pressemeldungen sind ihre schärfsten Waffen. Die Nato wird gezittert und die Bundeswehr gebebt haben, als »Angelika Beer, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen«, am 1. Oktober 1992 »zur Ankündigung Volker Rühes, deutsche Soldaten ab 1993 an Uno- Blauhelm -Einsätzen zu beteiligen«, im Pressedienst ihrer Partei (Nr. 225/92) unnachgiebig forderte: »Keine schnelle Eingreiftruppe in Ostwestfalen-Lippe und anderswo.« Angelika Beer ist eben überall – und stets geht es ihr ums Ganze. Presseerklärungen in ihrem Namen kennen weder Scherz, Satire noch Ironie. Wo Beer draufsteht, ist garantiert auch keine tiefere Bedeutung, sondern stets nur das Gute drin: »Grüne fordern Offenlegung aller Menschenrechtsverletzung und absolute Unparteilichkeit von Uno und Bundesregierung«, »Grüne verurteilen völkerrechtswidrige Einmischung in Jugoslawien«, »Demokratie kommt nicht aus Gewehrläufen«, »Krieg dem Krieg?«, »Waffenstillstand sofort!«

Die Frau mit der programmatischen Berufsangabe »Notariatsgehilfin. Referentin für Menschenrechtsfragen« (Bundestagshandbuch) hat sich dem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit verschrieben. Sie plädiert dafür, das »Morden und Hassen« zu beenden, ist »entsetzt über die Verharmlosungen« und engagiert sich immer und immer wieder dafür, »Beihilfe zu Unterdrückung und Mord sofort einzustellen«. Sie fordert »statt Waffenlieferungen die Wiederaufbauprogramme« – was will man von dieser treuen Parteigängerin der linken Sache angesichts dieses Übermaßes an Pflichterfüllung noch eigene Gedanken verlangen. Das Arsenal an Phrasen, aus dem sich die Wohlmeinenden bedienen können, ist ausreichend groß. Und so erklärt die Grüne über Jahre sich und ihren friedfertigen Freundinnen und Freunden die Welt: »Mit dem Gedanken, den Krieg mit einem Militäreinsatz beenden zu wollen, hat sich die EG endgültig als Friedensfaktor für Jugoslawien disqualifiziert«; »die Kriegsbemalung der WEU ist kontraproduktiv und wird unübersehbare menschliche Folgen nach sich ziehen«. Zum Golfkrieg fallen ihr »verantwortungsloses Morden und ökologische Zerstörung« ein, wer danach »erneut daran denkt, Kriege als Mittel der Politik zu definieren, muß seines Amtes und seines politischen Einflusses enthoben werden«.

Das klingt markig und ist doch ganz unsinnig: Wer alle paar Wochen nach der Amtsenthebung des Verteidigungsministers ruft, ihm Bruch der Verfassung vorwirft oder sogar einen Putschversuch, weil er »die Armee umstrukturiert und auf out of area -Einsätze ausrichtet«, zeigt damit nicht nur das Fehlen von Ideen für originellere politische Initiativen, sondern vor allem das eigene Unverständnis politischer Prozesse. Die Aufrüstung Deutschlands, die Vorbereitung für die Beendigung der Nachkriegszeit war auch Anfang der neunziger Jahre nicht das Werk eines »verfassungsfeindlichen Ministers« (Beer über Rühe), sondern ein notwendiger Schritt, um die Großmachtrolle einnehmen zu können, die die deutschen Eliten sich für Vaterland und Volkswirtschaft vorstellen. Deswegen machte es auch im September 1992 wenig Sinn, mit Blick auf die deutsche Anti-Serbien-Propaganda zu fordern, daß »die Bundesregierung, die europäischen Staaten und die Uno jede Einseitigkeit der Bewertung (im Jugoslawienkrieg) unterlassen«. Durch die Adressierung dieser Botschaft an Deutschland, die europäischen Staaten und die Uno wurde zum einen der unzutreffende Eindruck erweckt, die deutsche Politik sei nur ebenso anti-serbisch wie die anderer Völkerrechts-Subjekte auch, zum anderen wurde ausgeblendet, was denn Ursache für die einseitige Parteinahme sein könnte. Ein paar Jahre später ist Angelika Beer, die Parteilinke, die die Trennung von Amt und Mandat konsequent befolgt, also seit vielen Jahren vom Bundestag in den Parteivorstand rotiert und von dort wieder in den Bundestag zurück, mal wieder Abgeordnete, und ihr dämmert etwas.

In einer Rede zum drohenden Einsatz von Bundeswehrtruppen auf dem Balkan sagt sie: »Es geht um die Umsetzung der seit langem geplanten Militarisierung der Außenpolitik«, und schon schweift sie ab, auf einen anderen, auch spannenden Schau- und Spielplatz. Nicht deutsche Machtpolitiker, nein, »Machos machen die deutsche Außenpolitik seit Ende des Ost-West-Konflikts« – so leicht ist der Gedanke daran fortgeweht, was es heißt, daß die Militarisierung der Außenpolitik sich nicht ereignet, sondern von langer Hand geplant ist, und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sein könnten. Statt dessen denken wir wehmütig an Softie Manfred Wörner, der damals, vor dem Ende des Ost-West-Konflikts, noch nicht so martialisch konnte, wie er wollte, und Angelika Beer nutzt ihre letzten Worte, um ein anderes wichtiges Problem zu streifen: »Verehrte Kollegen und Kolleginnen, vier Minuten sind nicht genug, um dieses ernste Thema zu behandeln. Aber die Dominanz des Militärischen unterläuft den Primat der Politik.« Das ist knapp, klingt gut, gelehrt und kritisch. Und letztlich kommt es für die paar Minuten Redezeit, die die Opposition alle paar Tage zugewiesen bekommt, auch wirklich

nicht drauf an, daß die Vorbereitung eines Militäreinsatzes keineswegs zwangsläufig zur Voraussetzung oder zur Folge hat, daß die Politiker von Kriegstreibern zu Kriegsgetriebenen werden. Das Beispiel der deutschen Vorbereitung des Truppeneinsatzes auf den Kriegsschauplätzen im ehemaligen Jugoslawien illustriert vielmehr anschaulich, wie der Militäreinsatz die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist und sich gerade nicht verselbständigt. Was soll's – Angelika Beer hat ihre Stimme gegen die Macht erhoben, das Protokoll verzeichnet Beifall bei den Grünen und Unmutsäußerungen bei den Regierungsparteien, alles im Lot also. So hätte es noch viele Jahre weitergehen können. Irgendwann wäre Angelika Beer dann in den Ältestenrat der Partei aufgerückt oder hätte sich als Parteilinke nicht in die Toskana, sondern vielleicht ins Wendland zurückgezogen, wäre in Vergessenheit geraten und hätte die Pension genossen. Niemand hätte die alten Reden und Presseerklärungen mehr anfordern und lesen müssen – eine paradiesische Vorstellung.

Allein, der Souverän erlaubte sich einen Jux, und plötzlich wurde es ernst. »In der Opposition konnten wir kritisieren und das Wünschenswerte fordern,« buchstabiert die zur »verteidgungspolitischen Sprecherin« avancierte Bündnisgrüne nun das kleine Einmaleins aus dem Gemeinschaftskundeunterricht, um ihre Zustimmung zu den »Nato-Luftangriffen in der Bundesrepublik Jugoslawien« zu erklären: »Im neuen Rahmen der Verantwortung als Regierungspartei« »müssen wir uns jetzt unter den gegebenen Bedingungen und angesichts der möglichen Alternativen entscheiden. Neben die Frage nach den politischen Grundsätzen und Zielen unserer Politik tritt nun unausweichlich die nach ihren Konsequenzen.« Und wenn die Frage aller Fragen erst mal danebengetreten ist, rücken die Grundsätze und Ziele schnell in den Hintergrund. »Wir müssen erkennen, daß die Entscheidung zur Kriegsdienstverweigerung, die sehr viele von uns getroffen haben, eine wichtige persönliche Entscheidung ist, die nicht einfach auf die Regierungsebene zu übertragen ist.« Wichtige persönliche Entscheidungen haben dort, wo es keine Höhen und Tiefen gibt, sondern nur die eine, unendlich weite Regierungsebene, nichts zu suchen. Dort gibt es nur das eine, das ganz andere, das nicht persönliche Entscheidungen verlangt, sondern nationales Mitläufertum: »Verantwortung tragen«. – »In einer Regierung muß man hier und heute handeln, kann Verantwortung nicht delegieren. Wir sind, ich bin in der Verantwortung – jede Stunde unseres Handelns. Wir werden auch die Folgen unseres Handelns, die Verantwortung zu übernehmen haben.« Drei Zeilen aus dem Brief von Angelika Beer an ihre »Freundinnen und Freunde«.

Von Helmut Schmidt lernen heißt siegen lernen? Es ist wohl schlimmer: Das Bekenntnis der grünen Politikerin zu Verantwortungsethik und Konsequenz-Utilitarismus hat sie wahrscheinlich ganz ohne einen Gedanken an den Held des Krisenstabes 1977 formuliert, wahrscheinlich hat es überhaupt keines eigenen Gedankens bedurft, um die alten Phrasen aus der Opposition gegen die neuen Phrasen der Regierungsarbeit auszutauschen. Es hat sich wohl einfach so ergeben. Dafür spricht auch, daß Beer zwar mit ernster Miene darauf beharrt, sie müsse heute zuallererst an die Konsequenz ihres Handelns denken, das auch heute kaum mehr umfaßt als Presseerklärungen abzeichnen und vorgeschriebene Reden halten, daß sie die Konsequenzen ihrer Kriegspolitik aber für wenig beachtlich hält. Statt dessen suhlt sie sich im Grauen des Hier und Jetzt – oder weiß gar nicht, wohin des Wegs: »Vor dem Hintergrund völkerrechtlich schwerwiegender Bedenken möchte ich Euch an dieser Stelle ganz klar mitteilen, daß diese Probleme für mich im Moment nicht ausschlaggebend waren. Denn im Kosovo finden jetzt im Moment grausame Morde statt, und wir müssen jetzt versuchen zu helfen«, schreibt sie ihren »Freundinnen und Freunden« und überrascht wenige Zeilen später mit dem Eingeständnis: »Wir haben einen Pfad eingeschlagen, von dem wir nicht wissen, wohin er uns führen wird – das will ich Euch ganz ehrlich sagen.«

Man kann sich vorstellen, wie die Politikerin mit sich gerungen hat – wahrscheinlich in einer schlaflosen Nacht: Soll sie es ganz ehrlich sagen, oder soll sie's nicht? Und dann hat doch die ganze Ehrlichkeit gesiegt. Denn auf ihrem kurzen Weg von der Bündnis-90-Grünen zur Jäger-90-Grünen ist Angelika Beer sich, rein menschlich gesehen, doch auch treu geblieben. Sie will stets das Gute und das Beste – und sie will es mit Gefühl. Deswegen hat sie die Entscheidung für den Kriegseinsatz in einen »tiefen inneren Konflikt« gestürzt, deswegen herrschte bei ihr »am Ende von Rambouillet Fassungslosigkeit«, und sie warnt die, die den Nato-Krieg sofort beenden wollen, vor den verheerenden Folgen solcher Forderungen: Diese könnten nämlich, entsetzliche Vorstellung, »die Soldaten, die darauf warten, einen Friedensvertrag abzusichern, verunsichern«. Um ihrer selbst willen bittet sie die Freundinnen und Freunde: »Laßt uns eine gewisse Hilflosigkeit untereinander anerkennen.« Natürlich hat sie auch Verständnis für die »Verzweiflung und auch die Wut, die einige von Euch in sich tragen«. Gut, daß wir drüber reden.

Nein, sie hat keinen Kriegskrediten zugestimmt und sie ist auch nicht mit den Sozialdemokraten in einen Topf zu werfen, die Deutschland in den Ersten Weltkrieg geführt haben. Vor allem ist Angelika Beer keine Nationalistin. Sie weiß den Unterschied zwischen CDU und SPD und Grünen noch zu benennen: »Wir wollen einer generellen Klausel zur Selbstmandatierung der Nato nicht das Wort reden, wie Sie, Herr Rühe, sondern versuchen, diese Umorientierung der Nato anders zu bewegen.« – Anders, das heißt für sie, mit »Peacekeeping, Peacebuilding und Friedensfachdienste zu schaffen ... □Schüler helfen leben□ fördern, um eben, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, zu zeigen, daß wir aufmerksam sind«

Angelika Beer ist die idealtypische Politikerin der 5-vor-12-Generation: Egal wo sie sich befindet, egal was sie macht und erlebt, immer ist sie wichtig und geschäftig, sie mobilisiert die Moral so lange fürs letzte Gefecht, daß sie nicht merkt, wann tatsächlich die Stunde schlägt. Und so sagt sie allen Ernstes am 11. November letzten Jahres im Deutschen

Bundestag, als die Zeichen längst auf Krieg stehen und die Nato die Bombardierung Jugoslawiens vorbereitet: »Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verteidigungsminister Scharping hat vorhin in einer sehr umfassenden Rede vergessen, den letzten Satz zu sagen. Man könnte ihn bezeichnend zusammenfassen: Deutsche Politik ist Friedenspolitik.«

PS: Am 11.4.99 hat Frau Beer, wieder einmal, ihre Meinung geändert. In einem Brief an die Fraktionskollegen, aus dem zuerst die »Süddeutsche Zeitung« ausführlich zitierte, jammert die Spitzenpolitikerin darüber, daß die Bundesregierung und zumal Außenminister Fischer ihr vorenthalten hätten, was seit dem 23. Februar jeder nachlesen konnte, der es nur wollte: Die Zusatzartikel zum Rambouillet-Vertrag nämlich, welche die Beseitigung der Souveränität Jugoslawiens vorsahen. Beer, die bis dahin »keine Alternative« zu den Nato-Bomben kannte, klagt nun – nachdem sie z. B. zwei Wochen zuvor in einer Talkshow (freilich von einem Serben) auf eben jene Paragraphen hingewiesen worden war (s. »Zu Protokoll« in diesem Heft) – es seien vor dem Krieg »nicht alle diplomatischen Möglichkeiten bis zum Schluß genutzt« worden. Hätte Fischer ihr gesagt, was, wie sie fälschlich behauptet, niemals geheim war, »hätte ich mich gegen die Umsetzung von Act Ord – also dem Beginn des Luftkrieges – ausgesprochen«. Überdies bedeute Fischers Vergleich von jugoslawischen Truppen mit der Waffen-SS »faktisch, bis in den letzten Winkel der Republik Jugoslawien vorzudringen« und die Eliminierung Milosevic' »zum Kriegsziel zu erklären«. Daher sei es richtig, festzustellen, daß ein »Bodentruppen-Kampfeinsatz ... nicht ausbleiben wird, wenn die Nato faktisch die Kapitulation Milosevic' erwartet und er mit einer weiteren Eskalation antwortet«. Die halbwegs korrekte Einschätzung der Nato-Strategie und der Demagogie des Außenministers sollte angesichts des nahen Sonderparteitags von Bündnis 90/Die Grünen und der ausgeprägten Wendigkeit Frau Beers allerdings weniger einem reanimierten kritischen Bewußtsein als vielmehr der Furcht vor einer geprellten Basis zugeschrieben werden, die sich von der hauseigenen Fachfrau für Kriegsangelegenheiten evtl. mehr erwartet hat als gelegentliches Betrachten des »RTL-Nachtjournals« und ansonsten braves Erwarten des aktuellen Tagesbefehls. Doch hält das vormalige Blitzmädel sich alle Optionen offen. Im NDR gab sie am 12.4. bekannt: »Ich stütze nach wie vor die jetzige Regierung und auch den Kurs.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 4/99 über den taktischen Umgang der deutschen Politik mit dem »Selbstbestimmungsrecht der Völker«

Konkret 05/99, S. 42

Dokument: Angelika Beer vor dem Bundestag am 25.3.99:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, für alle Mitglieder meiner Fraktion sagen zu können, daß die Entscheidungen der letzten Stunden für uns schwierig waren, daß aber die Mehrheit meiner Fraktion nach vielen Diskussionen dem Bundeskanzler, seiner gestrigen Erklärung und der Erklärung des Bundesverteidigungsministers heute die volle Unterstützung gewährt. Damit positionieren wir uns in voller Verantwortung in dieser Regierungskoalition.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will eine gewisse Hilflosigkeit gerade bei den Grünen, die aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung kommen, nicht verhehlen. Ich glaube aber, daß wir uns in Wahrnehmung der Verantwortung – damals in der Diskussion über das Vorgehen in Bosnien und in den letzten Wochen und Monaten über das Vorgehen im Kosovo – bewußt vor die Alternative haben stellen lassen und darüber entschieden haben. Die Alternative war, ob eine grüne Partei sagen kann: »Zehn Jahre lang wurde alles versäumt, und daraus leiten wir das Recht ab, der sich zuspitzenden humanitären Katastrophe im Kosovo einfach zuzusehen«, oder aber, ob man versucht – wie es insbesondere unser Außenminister getan hat – , die diplomatischen Möglichkeiten bis zur letzten Sekunde auszunutzen, um Milosevic klarzumachen, daß er derjenige ist, der als einziger den Knoten der Gewalt lösen kann, indem er ein Friedensabkommen unterschreibt und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung unterläßt; oder daß, wenn er dies nicht tut – so wie gestern – , die Konsequenz lautet, dem Vorgehen der Nato zuzustimmen, mit dem Ziel, eine sich anbahnende humanitäre Tragödie im Kosovo zu verhindern. Vor dieser Alternative haben wir uns klar positioniert. Ich hoffe, daß diejenigen, die uns oder mich persönlich, wie in den letzten Tagen geschehen, als Kriegstreiber bezeichnen, endlich die Antwort auf die Frage geben, was denn die Alternative zu dieser schwierigen Entscheidung gewesen wäre.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte für meine Fraktion unterstreichen, daß wir natürlich die Hoffnung haben, daß Milosevic spätestens jetzt einlenkt. Es gibt keine Alternative zu der Unterschrift unter den Friedensvertrag.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es gibt keine neuen Verhandlungen, sondern nur die Abkehr von Krieg und Mord im Kosovo. Wir hoffen in der gleichen Verantwortung, daß die deutschen Soldaten mit ihren Tornados, die im Rahmen des Nato-Einsatzes eingesetzt werden, und jene Soldaten, die im Moment in einer sehr schwierigen Situation in Tetovo stationiert sind, um die Umsetzung eines Friedensvertrags und ein politisches Konzept auf dem Balkan zu gewährleisten, die Solidarität für ihre schwere Aufgabe finden; denn auch dann wird es schwieriger sein, als es vor wenigen Jahren in Bosnien war. Ich wünsche insofern den Soldaten, die heute diese schwere Aufgabe zu tragen haben, daß sie gesund zurückkommen. Ich hoffe, daß sich unsere Partei in dem Dialog, dem wir uns auch nachträglich noch stellen werden, in Fragen des Völkerrechts wie auch der Glaubwürdigkeit des zukünftigen Handelns, wenn es darum geht, frühzeitig nichtmilitärisch zu intervenieren, wenn Menschenrechte verletzt werden, der Verantwortung stellt. Ich hoffe, daß wir auch danach noch sagen können, daß es das Richtige war, dem wir gestern und heute zugestimmt haben. Vielen Dank.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Konkret 05/99, S. 44

Karl Lorenz

Der Trottel als Kriegsgott

Der Krieg gegen Jugoslawien war Rudolf Scharpings letzte Chance, als Politiker groß rauszukommen. Er hat sie ohne Zögern ergriffen

»Es ist Samstag, und es ist Krieg. Und Rudolf Scharping ist ein zufriedener Mann. Denn endlich ist er in einem Leben angekommen, das auf ihn gewartet hat. Nach vielen Fehlversuchen hat ihn das Schicksal ... nun an einen Ort gespült, an dem auch er einmal der richtige Mann zur rechten Zeit sein darf.«
»stern« 15/99

Die Sozialdemokraten haben ihre Lektion aus der Geschichte gelernt. Nie wieder wollen sie sich als vaterlandslose Gesellen beschimpfen lassen. Jetzt dürfen sie sogar selber von den Kommandohöhen der Regierung aus einen Krieg führen. Was bei der SPD allerdings 120 Jahre brauchte, das absolvieren die Grünen im Schnelldurchlauf. Seit dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens 1991 sind es gerade Intellektuelle aus dem Umfeld der Alternativ-Partei und der ihr nahestehenden »Taz«, die vehement einer Logik der kriegerischen Eskalation und des militärischen Eingreifens im ehemaligen Jugoslawien das Wort geredet haben. »Anstatt die neue Rolle Deutschlands zu beklagen, muß die Linke lernen, sie als Tatsache zu begreifen und mit ihr umzugehen«, forderte schon 1992 der »Taz«-Redakteur Erich Rathfelder. Die deutsche Großmachtrolle als Vehikel für die Durchsetzung der Ziele der deutschen Linken - angesichts des Nato-Krieges um den Kosovo erlebt man da ein unheimliches Déjà vu. Schon einmal, im Ersten Weltkrieg, hatten die Sozialdemokraten ihre Kriegszustimmung mit allerlei links klingender Rhetorik unterfüttert. Schließlich ging es um den Kampf gegen den »russischen Zarismus – die Hauptkraft der Reaktion in Europa«. Beim Einsatz für die »neue Rolle Deutschlands« haben Ex-68er und Grünen-Politiker nun einen Urenkel jener wackeren Kämpfer für den »Frieden und gegen den russischen Zarismus« ganz besonders ins Herz geschlossen, dessen biedere Unbeholfenheit bisher als das genaue Gegenteil der grünen Fähigkeit galt, Politik als Show zu inszenieren: Rudolf Scharping.

Es wird wohl den meisten Akteuren selbst nicht aufgefallen sein, daß sich die Pfade der Grünen und Scharpings Marschroute bereits vor fünf Jahren gekreuzt haben. Scharping, der das »Ringen gegen weitere Rüstung in Deutschland« als Beginn seiner politischen Sozialisation bezeichnet hat, trat 1994 als einer der ersten Sozialdemokraten für ein Engagement der Bundeswehr in Bosnien ein. Erst der Nato-Überfall auf Jugoslawien aber hat »zusammenwachsen lassen, was zusammengehört«, zwei Kriegsgewinnler ganz eigener Art. Die Grünen halten sich zugute, mit Hilfe der Bewegten von 68 und ihrer eigenen Partei die endgültige Demokratisierung Deutschlands durchgesetzt zu haben. Seit dem ersten Auftreten der Realpolitiker Anfang der 80er Jahre meinen ihre Parteiführer, daß ihnen deshalb auch die Aufgabe zugefallen sei, diesen Staat zu regieren. Die von den Grünen und der »Taz« seit 1991 entfachte Interventionsdiskussion hatte so auch den erwünschten Nebeneffekt, endlich mit Hilfe einer aggressiven Außenpolitik die Überlegenheit der Grünen über die »Altparteien«, die noch den bundesrepublikanischen »Kalte-Kriegs-Konsens« repräsentierten, demonstrieren und zeigen zu können, was es heißt, das wiedervereinigte Deutschland unter veränderten internationalen Bedingungen zu regieren. Bereits in der Kritik an der Wiedervereinigungspolitik der Kohl-Regierung wurde dieses Grundmotiv deutlich. Kohl, so der Tenor der linksliberalen Kritik, tue so, als wäre innenpolitisch nichts geschehen, und bewege sich weiter in den ausgelatschten Bahnen der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft. Statt dessen müsse der Bevölkerung reiner Wein eingeschenkt und deutlich gemacht werden, daß ohne Verzichtsbereitschaft im Westen die »innere Einheit« nicht gelingen könne.

Im Schröderschen Kriegskabinett werden die von den Grünen propagierten zivilgesellschaftlichen Vorstellungen jetzt endlich vom Kopf auf die Füße gestellt und zeigen dabei ihr eigentliches Wesen. Hier stoßen sie auf jene deutschen Sekundärtugenden wie Aufrichtigkeit und Pflichterfüllung, mit denen man nach den Worten eines ehemaligen SPD-Kanzlerkandidaten auch ein KZ betreiben könne und die von keinem anderen so perfekt verkörpert werden wie von Rudolf Scharping. Für den farblosen Scharping bietet der Krieg nun die Chance, sich als »der ewige Verlierer nun auf der Siegerstraße« (»Taz«) bewegen zu können. »Er, der oft Belächelte hat in den Tagen der Krise und des Krieges in einem kaum erwarteten Maß an Statur gewonnen« (»SZ«, 1.4.99). Und für alle zusammen, für Schröder, Fischer und Scharping, ist der Krieg ein Glücksfall, läßt er doch die desaströsen ersten fünf Monate der rot-grünen Regierung vergessen. »Der Kosovo-Krieg hat den Bonner Alltag verändert. Das Kanzleramt ist ins Zentrum des Geschehens gerückt – und zwar nicht wie in den vergangenen fünf Monaten als Heimstatt der Verwirrung und Ort der kleinen Koalitionskrisen« (ebd.). Der Krieg in Jugoslawien ist das einzige übriggebliebene rot-grüne Reformprojekt und Rudolf Scharping seine Inkarnation.

Nicht nur in der scheinbar linken Begründung, die vom ehemals oppositionellen Lager zugunsten eines Angriffskrieges vorgetragen wird, sind die Parallelen zur Zeit vor und während des Ersten Weltkriegs unübersehbar. Bevor der Bundestag die Entsendung deutscher Soldaten nach Mazedonien beschloß, wurden die Abgeordneten entsprechend darauf

eingestimmt. Alles werde nur ein Spaziergang. In 14 Tagen sei die Bundeswehr wieder zurück. Mit diesen und anderen Argumenten hat die Regierung im Vorfeld des Krieges den letzten Rest kritischen Verstandes, der sich unter den Abgeordneten noch befunden haben mochte, eingenebelt. Ganz ähnlich hieß es 1914: »Weihnachten sind wir wieder zurück.« Und abermals war es Scharping, der am 27. März in geradezu grün-alternativer Weise in einem Interview der »Frankfurter Rundschau« erklärte: »Ich habe große Probleme mit dem Wort Krieg in diesem Zusammenhang.«

So wenig wie 1914 Weihnachten alle wieder zu Hause waren, so wenig ist auch dieser Krieg nach 14 Tagen vorbei. Die Nato hat sich selbst in eine ausweglose Lage manövriert und zur Geisel einer Hysterie gemacht, die von ihr selbst produziert worden ist. Ursache dieser Lage sind die Rivalitäten und Widersprüche innerhalb des Militärbündnisses, die von Anfang an den Krieg um den Kosovo geprägt haben. Wie vor dem Ersten Weltkrieg belauern sich die Staaten, die heute die Nato bilden, gegenseitig. Deutschland, so schreibt die »Neue Zürcher Zeitung« am 31. März, führe diesen Krieg auch deshalb, weil es neben Frankreich und England eine gleichwertige Rolle unter den europäischen Nato-Staaten einnehmen wolle. Deutschland ist auch bis dato kein unbeteiligter Zuschauer des jugoslawischen Krieges gewesen, der jetzt endlich seine moralische Pflicht wahrnimmt und wehrlosen Menschen hilft, wie dies Fischer und Scharping behaupten. Seit 1991 hat Deutschland alles in seiner Macht Stehende dafür getan, daß die Auflösung Jugoslawiens in jenem Desaster endet, das sich heute im Kosovo zeigt. Angetrieben von der Wiedervereinigungseuphorie erklärte Helmut Kohl, daß »wir« den Kroaten und Slowenen nicht verweigern könnten, was »wir« gerade selbst bekommen hätten, das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Tudjman und Izetbegovic wurden, wie heute die UCK-Truppen, hierzulande als romantische Freiheitskämpfer gefeiert. Bis heute stellt ein ganzes Land sich kollektiv dumm und will nicht wahrhaben, daß es Genschers Erpressung der anderen EU-Staaten war, Kroatien und Slowenien einseitig anzuerkennen, die dafür gesorgt hat, daß der Weg in den kriegerischen Abgrund unausweichlich wurde. Jeder Vorschlag eines Kompromißfriedens im ehemaligen Jugoslawien wurde vom Wutgeheul kriegsgeiler Ex-68er begleitet. Heute nun geht es nicht mehr um Jugoslawien als vielmehr um die Zukunft der Nato, um ein Militärbündnis, dessen Funktion angesichts der gewachsenen innerimperialistischen Interessengegensätze immer unklarer wird und dessen wichtigste Klammer, die Existenz des Ostblocks, verschwunden ist.

»Wir lassen uns auf die dämmernde Vernunft nicht mehr ein, weil das Heft nicht mehr in der Hand der Vernünftigen ist. Das Fatum schreitet voran.« Dies schrieb der Außenamts-Staatssekretär des NS-Regimes, Ernst von Weizsäcker, in den Morgenstunden des 6. April 1941 in sein Tagebuch. An diesem Tag hatte die Nazi-Luftwaffe Jugoslawien überfallen und Belgrad bombardiert. Heute gibt die »FAZ« (1.4.) der rot-grünen Regierung den Rat mit auf dem Weg: »Unverschuldet hat (Schröder) zu verantworten, daß das Nato-Bündnis sich auf eine Militärstrategie im Kosovo verständigte, die aus heutiger Sicht nicht zu Ende gedacht ist, die aber nicht von Bonn aus, sondern nur vom Bündnis zu ändern ist. Nicht einmal die Richtung dieser Änderungen steht fest. Der Kanzler und sein Außenminister haben eine Politik zu betreiben, wie sie auch die alte Bundesregierung betrieben hätte. Es ist ihr Los, daß sie daran nicht einmal mehr zweifeln dürfen, wollen sie die Zweifler überzeugen.« Ausdruck dieser imperialistischen Irrationalität ist die Antwort Clintons auf die Frage eines Reporters, was die Nato zu tun gedenke, wenn Milosevic trotz der Bombenangriffe nicht einlenke: »Dann bomben wir weiter!«

Für Rudolf Scharping ist dieses Los Schicksal und Chance zugleich. Die Eskalation des Kriegs auf dem Balkan verlangt nicht länger mehr nach grünen »Humanisten«, sondern nach Polit-Repräsentanten, die allein durch ihr Auftreten symbolisieren, daß die monotone Wiederholung des Immergleichen schon immer ihrem Wesen mehr entsprach als rationale Analyse. Was Scharping im Wahlkampf 1995 noch zum Nachteil gereichte – der Versuch Siegesgewißheit auszustrahlen, als jedem längst klar war, daß die SPD nur noch verlieren konnte – , das wird jetzt für die kriegführende Nation zum unschätzbaren Wert. Daß die Nato einen Krieg führt, in dem das militärische Kalkül die Politik ins Abseits gedrängt hat und keinerlei Verhandlungsoption mehr offenläßt, stört den sozialdemokratischen Verteidigungsminister wenig, der noch vor einigen Monaten erklärte, daß Soldaten nicht »von einem Hilfsmittel der Politik zu einem Ersatz für fehlende Politik« werden dürften. Daß der schlimmste Exzeß, an dem er je teilgenommen hat, eine Skatrunde war, deren Verlierer eine Flasche Asbach Uralt ausgeben mußte, darauf hat Henryk Broder im »Spiegel« hingewiesen, als 1995 der SPD-Kanzlerkandidat Scharping scheiterte. Jetzt darf der Versager sich ordentlich als »Kriegsherr« (»BZ«) an einem staatlich sanktionierten Exzeß beteiligen, und schon ist er mit ganzer Seele dabei. Im Kreis der Nato-Verteidigungsminister kommen – ganz in der Tradition der deutschen Jugoslawienpolitik – die dreistesten Unwahrheiten, die demagogischsten Tiraden von ihm, wenn es um den Krieg gegen Jugoslawien geht. Während Tony Blair ins Stottern gerät, wenn ihn Journalisten darauf ansprechen, daß die Vertreibungen im Kosovo in Folge der Luftschläge eskalierten, erklärt Scharping diese offensichtliche Tatsache einfach zur Lüge.

Auf daß der Stammtisch endgültig zur offiziellen Politik erhoben wird, will der Sozialdemokrat »mit der sorgenvollen Miene« mit Milosevic nicht mehr verhandeln. Er, Scharping, sähe den jugoslawischen Präsidenten lieber vor dem Kriegsverbrechertribunal als am Verhandlungstisch. Wer aber mit Milosevic nicht mehr verhandeln will, will den Krieg um jeden Preis. Dabei ist im Einzelfall gar nicht mehr zu unterscheiden, ob der Wille zur Propaganda oder schlicht Dummheit den Mann antreibt. Als die jugoslawischen Streitkräfte drei amerikanische Soldaten im mazedonisch-jugoslawischen

Grenzgebiet gefangen nahmen, sah Scharping, Führer eines völkerrechtswidrigen Krieges, darin einen »Bruch des Völkerrechts«. Er behauptete, die drei Soldaten stünden gar nicht unter dem Nato-Kommando, sondern seien Blauhelme der Uno. Was dem forschen Minister im Eifer des Gefechtes entgangen war: Die Uno-Blauhelme hatten am 1. März in Skopje die Fahnen eingezogen und ihre Arbeit in Mazedonien beendet. Als die Amerikaner gefangengesetzt wurden, gab es also seit vier Wochen dort gar keine Soldaten mehr unter UN-Kommando. Bei soviel Pflichterfüllung macht sich die »Süddeutsche Zeitung« denn doch Sorgen: »Rudolf Scharping wird aufpassen müssen, daß sich der Krieg im Kosovo nicht in seinem Gesicht verewigt.«

Karl Lorenz ist Zeithistoriker und lebt in München

Konkret 05/99, S. 46

Joachim Rohloff

Deutscher Djihad

Der Revisionismus hat gesiegt:Die Bundesregierung erfindet Konzentrationslager im Kosovo, die freiwillig gleichgeschalteten Medien phantasieren vom Völkermord, und alle freuen sich, daß Hitler neuerdings in Belgrad haust

In einer Situation, da Deutschland und die Nato zwar, wie der Bundeskanzler versicherte, keinen Krieg führten, da aber dennoch auf Belgrad täglich etwas niederging, das man für Bomben halten mußte, »in einer solchen Situation«, meinte Walther Stützle, Oberleutnant der Reserve, unter den Verteidigungsministern Schmidt, Leber und Scharping zuständig für verantwortliche Politik und zeitweilig als Chefredakteur des »Tagesspiegel« zuständig für verantwortlichen Journalismus, sollten »verantwortliche Politik und verantwortlicher Journalismus, jeder in seinem Verantwortungsbereich, nicht zusammen gehen, aber in die gleiche Richtung operieren«. Die Presse, hieß das, folge der Regierung, wahre dabei aber, um nicht den Verdacht entstehen zu lassen, sie treibe Propaganda, einen gewissen Diskretionsabstand. Dem ARD-Journalisten Metzger gab Stützle ein praktisches Beispiel: »Es geht nicht um militärische Einsätze, sondern es geht in der Tat um den politischen Versuch, das Morden im Kosovo zu beenden. Wissen Sie, Herr Metzger, mir mißfällt, wie Sie das Wort ›Nato-Bombardierung‹ gebrauchen. Und deshalb würde ich Sie herzlich darum bitten, übrigens auch im Interesse der Soldaten, die diese gefahrvolle Aufgabe auf sich nehmen, nicht von Nato-Bombardierungen zu sprechen, weil mir das ein Schlagwort zu sein scheint, das der Situation gar nicht angemessen ist.« Stützle empfahl, nicht von den Wirkungen zu sprechen, ohne von der Ursache gesprochen zu haben, die Ursache aber einen Völkermord zu nennen und die Wirkungen »das, was wir jetzt erleben an Einsatz durch Nato-Soldaten«.

Zu Beginn des Jugoslawien-Kriegs, als die Strategen der Nato noch glaubten, sie könnten Milosevic mit Hilfe nachdrücklicher pädagogischer Maßnahmen innerhalb weniger Tage zwingen, war der Krieg kein Krieg und Bombardements waren keine »Bombardierungen«. Die Nato firmierte als »internationale Staatengemeinschaft«, und die Verantwortung für alles, was geschah und noch geschehen würde, trugen wahlweise der serbische Diktator oder die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Da »den UN die Kraft fehlte« und »das stärkste Militärbündnis der Welt zur Geisel in der Hand des Serbenführers degradiert« worden war (»FAZ«), mußte der Außenminister Fischer sowohl den »überzeugten Pazifistinnen und Pazifisten« in der eigenen Partei wie auch den »Zweckpazifisten der PDS, die Kriegsgewinn in Form von Stimmen machen« wollten, endlich widersprechen. Seine Politik war folglich Notwehr oder, analog zum längst »alleingelassenen Gesinnungspazifismus« (»Welt«) traditioneller Bauart, tätiger Verantwortungspazifismus.

Die Zeit der Euphemismen verging sehr schnell. Was die Luftangriffe der Nato abwenden sollten, geschah doch, und es mußte nun, um diese Angriffe zu rechtfertigen, besonders blutig ausfallen. Ein veritabler Krieg begann, und Deutschland durfte zum ersten Mal mitmachen. »Die Sonderrolle, die das geteilte Deutschland«, also die BRD und die DDR, »als Frontstaat der westlichen Welt spielen durfte, die es auch ertragen mußte«, schrieb die »Frankfurter Allgemeine«, »ist definitiv beendet«. Noch deutlicher formulierte es die »Frankfurter Rundschau«: »Am 6. April 1941 bombardierten Hitlers Kampfflugzeuge Belgrad und brachten den Serben Tod und Zerstörung. Jetzt sind 14 deutsche Tornados über Serbien im Einsatz, um die Luftabwehr der jugoslawischen Volksarmee auszuschalten. Dieser Einsatz ist, auch wenn es aus Belgrad betrachtet anders aussehen muß, ein himmelweiter Unterschied. Mit ihm schließt sich auch jener historische Kreis, der Deutschland wieder vom Paria der internationalen Ordnung zum vollen Bündnispartner der Nato werden ließ.« Damit aber der Kreis rund und der Partner voll werden konnte, mußte der Zweite Weltkrieg noch einmal ausgefochten werden, und Deutschland mußte diesmal auf der richtigen Seite kämpfen. Dazu brauchte es einen weiteren Hitler.

An seiner Geburt arbeiteten die zuständigen Ministerien und die verantwortliche Presse. Milosevic hatte bereits vor Jahren in Kroatien und Bosnien einen »Vernichtungskrieg« geführt, nun führte er im Kosovo einen »Vernichtungsfeldzug« (»FAZ«). Einen »Völkermord« beging er sowieso, und er mußte zweifellos auch über ein Reichssicherheitshauptamt und einen Eichmann verfügen, sonst hätte Bundeskanzler Schröder die Vertreibung der Albaner nicht »planmäßig vorbereitete Deportationen« genannt. Für die unvermeidlichen KZ sorgte der Minister Scharping: »Die Männer werden selektiert – ich verwende das Wort bewußt« – und in »Internierungs- und Konzentrationslager« gesteckt. Zusätzlich wurden »ganze Täler abgesperrt, um dort Menschen festzuhalten und sie verhungern zu lassen«. Was die Zahl der Opfer serbischer Vernichtungswut betraf, zeigte Scharping sich großzügig. Von Augenzeugen und aus geheimdienstlichen Quellen meinte er zu wissen, daß »tausende und abertausende Menschen abgeschlachtet« bzw. »im Kosovo zigtausende Menschen hingemordet« wurden. Zum Beweis zeigte er gelegentlich ein Video, dessen Ausstrahlung die öffentlichen Fernsehanstalten wegen allzu obskurer Herkunft abgelehnt hatten. Ferner ging aufs serbische Konto eine »millionenfache Vertreibung, muß man ja fast schon sagen«.

Nicht nur unsere vollkommene historische Rehabilitation verdanken wir dem Krieg in Jugoslawien, sondern auch einen tadellosen militärischen Führer, der in der ersten Bombennacht zum »echten Soldatenvater« reifte: »Man spürt die Bürde

der Verantwortung, die auf ihm lastet. Zwei bange Stunden voller Gerüchte: Angeblich soll ein Bundeswehr-Tornado abgeschossen worden sein ... Dann, kurz vor Mitternacht, die erlösenden Worte des Ministers: ›Alle vier deutschen Tornados sind glücklich in Piacenza gelandet.‹ Seine ersten Worte gelten den Familien der Soldaten zu Hause am Fernseher: ›Ich weiß, welche enormen Belastungen sie zu tragen haben.‹ Noch in der Nacht telefoniert Scharping mit den Kommandeuren vor Ort, Oberst Jochen Both in Piacenza, Brigade-General Helmut Harff in Tetovo. Voller Anteilnahme erkundigt er sich nach der Stimmung in der Truppe: ›Ist alles in Ordnung, sind die Männer wohlauf ...‹« (»Bild«). Und weil Deutschland inzwischen zu den Westalliierten zählt, werden die Veteranen des Jugoslawien-Krieges ihrem Rudolf »Bomber« Scharping, dessen Brille unter keine Gasmaske paßte, wohl dereinst ein Standbild erbauen.

Bedauerlich nur, daß die Bundeswehr nicht schon vor einem halben Jahrhundert gegen den ersten Hitler kämpfen durfte. Vielleicht hätte sich der verlustreiche Bodenkrieg vermeiden lassen, die Engländer jedenfalls hätten ihren Verbündeten den Respekt kaum verweigern können. »Luftkampf: 3 Serben-MIGs abgeschossen. Engländer begeistert über deutsche Kriegs-Piloten«, meldete die »BZ« und benutzte den Erfolg, um die gute deutsche Fliegertradition der Richthofen, Udet und Galland zu beschwören. »Jetzt glauben wir wirklich, daß aus Europa etwas wird. Wenn England, der Inbegriff der Mut-ohne-Tadel-Nation, deutsche Soldaten akzeptiert, dann ist das ein Triumph der europäischen Idee«, und es gibt keinen Grund mehr, daß »die englische Presse unsere Politiker, Fußballspieler als Nazis oder grüne Spinner verteufelt«.

Die Deutschen seien aus historischer Befangenheit besonders vorsichtig, wenn es darum gehe, ein Konzentrationslager, das sie nicht selbst errichtet haben, bei seinem Namen zu nennen, behauptete während des Krieges in Bosnien ein Kommentator des ZDF. Richtig ist natürlich das Gegenteil: Die Deutschen sind dankbar für jedes KZ, mit dem sie ausnahmsweise nichts zu schaffen haben. Und weil die Luftaufklärung der Nato die Existenz serbischer KZ partout nicht dokumentieren konnte, druckte »Bild« kurzerhand ein Foto albanischer Flüchtlinge, um es mit der Überschrift zu versehen: »Sie treiben sie ins KZ« – obwohl jeder wußte, daß die abgebildeten Menschen in kein Konzentrationslager gingen, sondern nach Mazedonien oder Albanien. »Schon vor 400 Jahren waren Serben die grausamsten Soldaten Europas« (»Bild«), trotzdem wurden im Jahr 1999 die »Serben immer grausamer: Sie schießen mit Panzern auf Flüchtlinge« und »nehmen Kindern sogar ihr Spielzeug weg« (»Berliner Kurier«). Da bot Sibylle Tönnies sich an, Milosevic »notfalls« zu erschießen, doch der Völkerrechtler und ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz hielt sie zurück: »So sehr dies mancher bedauern mag, der Tyrannenmord ist rechtsstaatlich ausgeschlossen.«

In den ersten Tagen des April hatten es endlich auch Hans Christoph Buch, André Glucksmann, Richard Herzinger, Steffen Noack, Rüdiger Safranski, Richard Wagner und Jürg Altwegg begriffen, Männer des Wortes allesamt. In einem offenen Brief forderten sie die Anti-Hitler-Koalition zum Durchhalten auf: »Der jugoslawische Präsident Milosevic ist der Hauptverantwortliche für den Ausrottungs- und Vertreibungskrieg in Bosnien, der furchtbares Elend über die Menschen brachte. 1995 konnte die großserbische Raserei vorläufig gebremst werden. Das Belgrader Regime ging nun an die endgültige Lösung der Kosovofrage. Seit März letzten Jahres wird die kosovoalbanische Bevölkerung vertrieben, tausende Menschen ermordet und zehntausende Gebäude zerstört. Eine Politik der verbrannten Erde machte bis zu einer Million Menschen zu Flüchtlingen. Im Kosovo herrscht blanker Terror: Vertreter der Eliten werden selektiert und getötet, die Männer – wie in Srebrenica – in großer Zahl von ihren Familien getrennt und viele erschossen, die Bevölkerung in Teilen zu Geiseln genommen oder aus dem Land getrieben. Kosovo ist in ein Schlachthaus verwandelt worden. Die Zeit drängt. Um einen Völkermord an den Kosovoalbanern zu verhindern, müssen die Luftangriffe der Nato auf serbische Militäreinrichtungen weitergeführt werden, wobei der Einsatz von Bodentruppen nicht prinzipiell auszuschließen ist. Wir warnen davor, der serbischen Kriegspropaganda Glauben zu schenken und die Politik von Milosevic zu verharmlosen, wie es derzeit in Teilen der Öffentlichkeit geschieht. Wir appellieren an die westlichen Regierungen, fest zu bleiben und der Erpressung durch das serbische Regime nicht nachzugeben. Es gibt keinen anderen Weg.« Ob aber, da sich doch längst erwiesen hatte, daß die Endlösung der Kosovarenfrage mit Luftangriffen allein nicht zu verhindern war, einer der Herren zum Gewehr griff und selbst in Jugoslawien einmarschierte, ist nicht überliefert.

Wenn Milosevic ein anderer Hitler war, dann stand nicht weniger bevor als ein weiteres Auschwitz. Hans Koschnick sprach es aus: »Soll Auschwitz sich wiederholen? Wir können nicht akzeptieren, daß so etwas wiederkommt, was wir mit Auschwitz bezeichnen.« Zum zweiten Holocaust fehlten allerdings noch die Juden, und die wollte ausgerechnet Andrei S. Markowits beisteuern: »Plötzlich stehen in meinen Augen die Serben gleich SS-Schergen und Nazimördern da, die jede Art von Greuel an ihren kosovarischen Opfern anscheinend mit Gusto begehen. ... Joschka Fischer sagte es in seiner Pressekonferenz mit Gerhard Schröder und Rudolf Scharping: Es handelt sich nicht um Flüchtlinge, die da nach Makedonien, Albanien und Montenegro zu Hunderttausenden wider ihren Willen wandern. Hier handelt es sich um eine systematische Vertreibung eines ganzen Volkes. Und plötzlich tauchen dann die Züge auf unseren Bildschirmen auf, mit ihren offenen Fenstern, aus denen tausende Arme und Köpfe verzweifelt herausragen, und die Bilder der Nazizüge, die die Juden Europas in die Vernichtungslager brachten, kehren ins Bewußtsein zurück.« Zwar waren serbische Deportationszüge auf keinem Bildschirm zu sehen, und die Kosovaren, die in solchen Zügen saßen, wurden in keine Gaskammer geschickt. Die systematische Vertreibung eines ganzen Volkes ist wohl das einzige Verbrechen, das die Nazis nicht begangen haben. Wenn aber alles eins ist, dann ist Milosevic Hitler, Vertreibung ist Völkermord resp. Holocaust, und am Ende behalten jene

Leser der »FAZ« recht, die behaupteten, »ethnische Säuberungen« seien bereits am Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführt und auf der Potsdamer Konferenz sanktioniert worden. Dann wurde 1945 ein Völkermord an Deutschen begangen.

Nun könnte man das alles für gewöhnliche Kriegspropaganda halten, die aus jedem Feind den denkbar übelsten Unmenschen macht, oder für gewöhnliche Kriegswirren, die keinen Geist unbeschädigt lassen, hätte nicht der Außenminister Fischer in einem ZDF-Interview nachdrücklich auf den historischen Sinn des ideologischen Unternehmens hingewiesen. »Ich bin ein Kind von Heimatvertriebenen«, begründete er sein Mitgefühl für die vertriebenen Kosovaren. Wenn aber diese nicht zurückkehren dürften, würden unvermeidlich »die jungen Generationen das Schicksal der Palästinenser teilen und den palästinensischen Weg gehen«. Die Deutschen seien durchaus bereit, eine begrenzte Zahl von Flüchtlingen für eine begrenzte Zeit zu ertragen, denn »die Bundesrepublik hat eine großartige Solidaritätsgeschichte. Dieses Land hier hat seit 1944 Millionen von Flüchtlingen aufgenommen.« Zwar hatte es auch einen deutschen Milosevic gegeben, hieß das in der Logik jener Tage, aber erstens waren die Deutschen selbst einem Völkermord zum Opfer gefallen, zweitens hatten sie Millionen vorm Völkermord gerettet, und drittens retteten sie nun wieder Millionen, »muß man ja fast schon sagen«, vorm Völkermord. Und die professionellen Schlesier halten sich mit einigem Recht für die Palästinenser Europas, verübten doch die Israelis einen Völkermord an den Deutschen Palästinas. Wen aber haben eigentlich die Juden gerettet?

Im »Schlachthaus Kosovo« tobte nichts anderes als »der verbrecherische Nationalismus, den wir ja auch aus unserer Geschichte kennen«, mit einer »Brutalität, die meine Generation nur aus den Geschichtsbüchern, aus der Zeit des Nationalsozialismus kennt«. Und die »serbische Sonderpolizei, gewissermaßen die SS von Herrn Milosevic«, beging »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Angesichts eines »barbarischen Faschismus« mußten die Kosovaren glauben, »sie seien plötzlich im Film ›Schindlers Liste‹ aufgewacht im Jahre 1999«. Auf die Frage, ob ihnen eine Heimkehr nach Jugoslawien überhaupt zuzumuten sei, antwortete Fischer: »Hätten Sie sich vorstellen können, daß Juden in Deutschland jemals wieder leben, daß wir blühende jüdische Gemeinden haben?«

Daß aber die ersten Flüchtlinge, die Deutschland aufnahm, in keiner anderen Stadt als ausgerechnet Nürnberg landeten, war wirklich nur ein Zufall.

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 2/99 über Martin Walsers Roman »Ein springender Brunnen«

Konkret 05/99, S. 49

Günther Jacob

1968+1989=1999

Von der Wehrmacht lernen heißt siegen lernen:Über die Wiederkehr des Dritten Reiches im Krieg gegen »Serbien«

In der abendländischen Geschichte gibt es viele Beispiele, in denen Verbrechen erst begangen, dann gebeichtet und schließlich wiederholt wurden. Wie in der Psychoanalyse verdeckt das Schuldbekenntnis oft die wahre Schuld und schafft neue Rahmenbedingungen des Vergessens. Das Gedächtnis ist kein Speicher, sondern ein soziales Verhältnis. Selbst die noch so privaten Erinnerungen des Einzelnen bilden sich in der Interaktion mit der öffentlichen Gedenkpolitik. Und die bewahrt in Deutschland, trotz aller Bemühungen der überlebenden Deportierten, möglichst nur das, was dem »nationalen Interesse« in der jeweiligen Situation nützlich ist.

Man verfährt dabei rekonstruktiv – durch neue Sinnstiftung und dadurch, daß bestimmte Erinnerungen in den Vordergrund geschoben werden und andere beziehungslos, d. h. vergessen werden. Wie solche Erzählungen die deutsche Vergangenheit in einer Weise rekonfigurieren, daß sich die deutsche Geschichte in die deutsche Gegenwart integrieren läßt, hat kürzlich erst (unter beifälligem Schweigen von Schröder, Fischer und Scharping) Martin Walser vorgeführt. Mit solchen Strategien wird auch das Erinnern der Opfer in neue Beziehungsmuster eingerückt und dient dann als Deckerinnerung für die Tätergeneration und ihre Nachkommen. So kann schließlich der unerklärte Angriffskrieg gegen die Föderative Republik Jugoslawien zur »Lehre aus Auschwitz« werden. Im Namen der Ermordeten und im Namen der Überlebenden.

Den Schwur hat Rudolf Scharping vier Wochen vor seinem Angriffsbefehl in Auschwitz selbst geleistet – begleitet vom voll uniformierten Panzerbataillon 393. Es ginge heute, so Scharping, nicht mehr nur darum, »daß sich ähnliches in Deutschland nicht wiederholt«, Auschwitz verlange vielmehr, daß auch »Soldaten des demokratischen Deutschlands bei dem Versuch mithelfen, im Kosovo das Schlimmste notfalls mit der Waffe zu verhindern«. Das deutsche »Nie wieder!« sei demnach nicht im Sinn von außenpolitischer Zurückhaltung zu verstehen, sondern bedeute, internationale Verantwortung zu übernehmen. Scharping sagte das, als in Brandenburg gerade der 28jährige Algerier Omar von Nazis zu Tode gehetzt wurde, er sagte es in der Woche, in der neue Daten über das systematische Verhungernlassen sowjetischer Kriegsgefangener bekannt wurden und in der ehemalige Zwangsarbeiter aus Osteuropa abermals eine Entschädigung einklagten.

Doch die neue Regierung hat nun eine Antwort auf die lange diskutierte Frage nach der Identität eines deutschen Staates nach Auschwitz gefunden: Nation heißt sich erinnern, die eigene Geschichte kennen. Die »Lehre aus Auschwitz« geht dabei in die nationale Selbstdefinition ein. Gefordert ist reflexives Identitätsbewußtsein unter Vermeidung eines »negativen Nationalgefühls«. Weder Leugnung, noch »Fixierung« auf »kollektive Schuld und Scham«. »Die anhaltende Kontroverse über die Rolle des ›Nie Wieder‹ hat für eine gewisse Balance gesorgt.« (»Die Zeit«, 31.3.) Man setzt auf die kulturellen Gedächtnismedien, auf ein medial vermitteltes, kanonisiertes und darüber kontrollierbares Gruppengedächtnis. Weil dabei konkrete Anklagen von konkreten Personen und Institutionen möglichst nicht vorkommen sollen, legt man in guter deutscher Tradition vor allem Wert auf Gesten des Tragischen.

Nach all dem kann niemand darüber verwundert sein, daß nach den Debatten um Goldhagen, die »Wehrmachtsausstellung«, das Holocaust-Mahnmal und die Walser-Rede ein völlig bruchloser Übergang zum Angriff der Deutschen Luftwaffe auf Belgrad möglich war. Y. Michal Bodemann hat bereits vor drei Jahren in seinem Buch *Gedächtnistheater. Die Jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung* gefragt: »Wie konnte das Gedenken einhergehen mit soviel Vergessen auf der andern Seite? Ich möchte behaupten, daß die gesamte Gedenkkultur sehr wenig mit dem real existierenden Judentum zu tun hat, daß dieses Gedenken vielmehr als ein wichtiges Element in der deutschen Identitätspolitik fungiert.«

Ohne konkrete Anklage ist »Auschwitz« eine beliebig besetzbare symbolische Chiffre: »Das Wegsehen der politischen Linken war mitleidslos gegenüber den Menschen, die ohne Schuld Opfer von Gewalterfahrungen wurden«, schrieb vor einiger Zeit die »Taz« und meinte damit Dresden, neun Millionen deutsche Flüchtlinge und vier Millionen deutsche Kriegsinvaliden, Witwen, Waisen, Evakuierte und Ausgebombte. Eine so verstandene »Lehre aus Auschwitz« erlaubt Deutschland den Seitenwechsel vom Angeklagten zum Ankläger. Man muß nur auf das geradezu fanatische Eiferertum achten, das Kinkel oder Fischer befällt, wenn sie ihren Feinden mit »Den Haag« drohen, um zu verstehen, welchen Genugtuung sie daraus ziehen, in die Rolle der Ankläger von Nürnberg zu schlüpfen. »Wer immer als Mittäter oder Anstifter an Kriegsverbrechen, Massenmord oder Hinrichtung schuldig ist, ... wir werden jeden Schuldigen bis in den letzten Winkel der Erde verfolgen und vor seinen Ankläger bringen, auf daß Gerechtigkeit geschehe.« Diesen Wortlaut der 1944 veröffentlichten »Moskauer Erklärung« der Allierten haben sich deutsche Politiker heute zu eigen gemacht, wenn sie über »die Serben« zu Gericht sitzen. Die deutsche Wehrmacht hat im ersten Jahr ihres Vernichtungskrieges in Serbien alle Juden (17.000) ermordet und danach noch weitere 1,7 Millionen Einwohner. Dafür wurde in Deutschland bis heute kein

einziger Täter verurteilt. Und Scharpings Piloten betonen: »Für die Geschichte Hitlers und seine Greuel gegen die Serben jedenfalls fühlt sich keiner in der Truppe verantwortlich« (»Stern«, 31.3.).

Dennoch konnte schon im Februar 1997 ein Novum in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte verzeichnet werden: Zwei Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien standen wegen Kriegsverbrechen vor einem Münchner bzw. einem Düsseldorfer Gericht. Wenn Fischer und andere ankündigen, serbische Kriegsverbrecher vor das 1993 vom UN-Sicherheitsrat in Den Haag eingerichtete Internationale Tribunal für Verbrechen im früheren Jugoslawien (ITCY) bringen zu wollen, dann wird nicht nur deutlich, daß sie »die Serben« zu den Nazis von heute machen wollen, sondern daß das Land mit der völkischen Staatsbürgerschafts-Gesetzgebung, das sich nicht nur in Jugoslawien als Motor des Ethnisierungsprozesses betätigte, sich zum international agierenden Ankläger berufen fühlt.

Wie sich zeigt, kommt es offenbar nicht nur darauf an, auf die deutschen Parolen (»Angriff, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern«) zu achten, sondern auch auf die dabei aufscheinenden Affekte. Mehr noch als offizielle Statements, sagen die Emotionen der Verantwortlichen und der Mitläufer darüber aus, was »wirklich geschieht«. Hier sind biographisch bedingte, psychische Beweggründe im Spiel, deren Wahrnehmung die »sachlichen« Handlungsbegründungen erst verständlich macht. Denn nicht nur Fischer oder Scharping haben von diesem Krieg geträumt, sondern auch ihre Basis, deren Zustimmung den Umfragen zufolge (»Dienen die Luftangriffe humanitären Zielen?«) noch zwischen vier Prozent (SPD) und achtzehn Prozent (Grüne) über dem »Ja« der Wohnbevölkerung liegen. Zu sagen, daß sie davon geträumt haben, meint nicht, daß sie ihn genau so und unter diesen Umständen gewollt haben. Wie immer müssen die Umstände erst einmal zu dem Modell passen, das man sich von der Welt gemacht hat. Wie immer setzt erst der politische Wille die Fakten in Gang, auf die es dann ankommt. Aber seit dem Januar 1991, dem Tag als die ersten Alpha-Jets wegen des Golfkriegs in die Türkei verlegt wurden, war der Mehrheit in der Bundesrepublik klar, daß das neue Deutschland über kurz oder lang in jeder Hinsicht ein ganz normales Land werden muß.

Daß es dann ein verwirrendes Verfahren wurde – »Kontaktgruppe«, »Abkommen von Rambouillet« – , welches schließlich zum »Ausbruch« des Krieges führen sollte (sollte!), spielte deshalb am Ende für die Zustimmung keine Rolle mehr. Jede andere »Begründung« hätte zum gleichen Resultat geführt. Entscheidend war in Deutschland, daß endlich der Bann gebrochen war, den alle gebrochen sehen wollten. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer war die emotionale Disposition in dieser Frage jener Stimmung nicht unähnlich, die im September 1938 herrschte, nachdem Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien das »Münchner Abkommen« unterzeichneten. Die Zeit der Demütigung war endlich vorbei. Und: Irgendwann mußte es ohnehin so kommen. Man hätte auch schon 1993 für die Freiheit von Bosnien-Herzegowina gebombt, und man war ohnehin schon im Juni 1995 am Luftschlag gegen die bosnischen Serben beteiligt. Wen interessierte da der Wortlaut des Abkommens von Rambouillet?

Gerade weil der Wille zum Heraustreten aus der »Phase der Unentschiedenheit« (Arnulf Baring) schon existierte, als die Gelegenheit dazu noch fehlte, war man sprachlos, als sie dann plötzlich da war. Das viel beklagte Schweigen der ersten Tage war nichts anders als die Überraschung darüber, daß die Erfüllung eines lang gehegten Begehrens trotz aller Vorarbeit (Zulassung der Teilnahme an UN-Missionen) mit dem Bruch von gleich drei Normen einher ging – Grundgesetz, Nato-Statut, UN-Charta – , in deren Namen man bislang Politik gemacht hatte. Man konnte es noch nicht aussprechen, aber man tat es schon. Das Begehren war den Techniken der Rationalisierung ungewöhnlich weit vorausgeeilt. Daher die stereotype Wiederholung der Formel »humanitäre Katastrophe«, vor allem in den ersten Tagen. Diese eintönige Litanei der Sprachregelungen, Metaphern und Stilmittel der neuen Erzählgemeinschaft, kann als Hinweis auf ein zynisches Einverständnis gelesen werden, als Hinweis auf die latenten, motivationalen Hintergründe und Antriebsstrukturen dieser Kriegerklärung.

Bei Fischer, Scharping, Beer, aber auch bei ihren Mitläufern, fällt auf, welche große emotionale Energie sie mobilisieren müssen, um den Bruch so vieler selbstauferlegter Tabus vor sich und anderen in halbwegs politisch klingende Argumente zu verwandeln. Aber die teils versteckten, teils »verdrängten« und teils unbewußten Bestrebungen kamen um so ungebremster zum Durchbruch, desto mehr das Pathos gesteigert wurde. Besonders Fischer berauschte sich an seiner »Mission«. Scharping steigerte sich zwecks Rechtfertigung seiner »Luftschläge« in einen unbändigen Haß auf Milosevic, den er sich nun als neuen Hitler vorstellte, um sich selbst als antifaschistischen Kommandeur imaginieren zu können, der die Zufahrtswege nach Auschwitz bombardieren läßt. Dieses Phantasma produziert geradezu im Selbstlauf eine Relativierung des Holocaust und eine Beschönigung des Nationalsozialismus.

Daß die deutschen »68er an der Macht« ausgerechnet einen Militäreinsatz befehlen und gutheißen, der als humanitäre Solidaritätsaktion definiert wurde, ist kein Zufall. Der Humanismus hatte mit der Aufklärung auch das »souveräne Individuum« hervorgebracht. Einige argumentieren deshalb, daß der Humanismus der Motor war, der das gesamte System der Moderne in Bewegung setzte. Indem er ein Selbst konstruierte, dem die Machtbeziehungen äußerlich sind, schien es nun vor allem darum zu gehen – gestützt auf die anthropologische, kulturübergreifende Konstante »Drang nach Freiheit« – , diese äußeren Machtbarrieren zu durchbrechen und so das »eigentliche« Selbst wieder freizulegen. Wenn definiert wird, was der »Mensch« ist, wird gleichzeitig (per Moral und Rassismus) definiert, wie man sein muß, »um Mensch zu sein«.

Aber dieses »Menschliche« hat sich als nicht naturgegeben, sondern als Diskurs herausgestellt. Ein Humanismus, sei es ein bürgerlicher oder linker, der das bestreitet, will das »Menschenrecht« mit Gewalt durchsetzen. Daß Fischer heute mit Kampfbombern realisiert, was er damals mit Pflastersteinen versuchte, macht ihn in der Logik des Humanismus nicht zum Verräter. Der Humanismus war schon damals (nicht nur) seine persönliche Lebens- und Bewußtseinsform. Auch die Machtträume wurden schon damals (nicht nur von ihm) geträumt. Nur daß Fischer diese Träume heute in und mit dem deutschen Staat verwirklicht, wo Linksradikale sie als Gegen(staats)macht gedacht hatten.

Im Kampf um »Humanität« schmücken sich ehemalige Linke heute mit Kriegsfedern. Man muß nur lesen, wie die »Taz« zu »humanitären Lufteinsätzen« gegen die »serbische Luftabwehr« mobilisiert, um zu erkennen, daß hier alte Utopien mit der deutschen Staatsmacht aufgerüstet wurden. Joschka Fischer, so ein »Taz«-Kriegsreporter, sei der wahre Erbe des ausgehöhlten Begriffs der internationalen Solidarität. Wer die Apartheid in Südafrika bekämpft habe, könne sie heute nicht in Europa zulassen. Während jedoch die damalige Gegnerschaft (die sich übrigens gegen deutsche Interessen in Südafrika richten mußte) wenig erfolgreich war, hat man nun die Power im Rücken, an der es damals fehlte. Die Utopie der gerechten Welt, die man nie erreicht hat, wird nun wahr.

Der damit einhergehende Vorwand, dem Elend eines anderen beizuwohnen, ist hier allerdings eine projektive Phantasie, die Elemente von Aggression verbirgt. Das Mitleid mit den einen geht einher mit der narzißtischen Wut auf die anderen, dem unbewußten Wunsch nach Vergeltung. »Die Serben« sollen es büßen. Und was? Nürnberg, die Mauer, die Kränkung, daß sie nicht Nicaraguaner sind oder daß man selbst so lange brauchte, um eine Verbindung mit der Macht einzugehen? Die berufsmäßigen Mitleiderreger sind auf jeden Fall selbst die Urheber der Leiden, die sie bejammern. Hier trifft Oscar Wildes berühmte Definition der Sentimentalität: »Ein Empfindsamer ist jemand, der im Genuß eines Gefühls zu schwelgen wünscht, ohne dafür zu bezahlen.« Der Angriff auf »Serbien« entschädigt für alle früher erlebten schlechten Erfahrungen mit der »internationalen Solidarität«.

Mit diesem Krieg ist auch ein Vorgang auf die Spitze getrieben worden, der in Westdeutschland der Linken seit dem Deutschen Herbst zusetzt, der aber bereits durch die Ereignisse im Jahr 1990 eine neue Qualität erhielt: Die völlige Umwertung nahezu aller »progressiven Kategorien«, wie etwa »Antifaschismus«, »Friedensmission«, »Asyl«. Selbst Losungen wie »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« sprechen offenbar nicht mehr für sich. Um sie zu begründen, muß man immer weiter ausholen und sie neu kontextualisieren.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, wie hilflos Argumentationsmuster wirken, die der Nato logische Inkonsequenz nachweisen wollen, etwa Hinweise auf Abschiebepraxis, auf die Vertreibung in Kurdistan, auf die Massaker in Indonesien und Ruanda, auf die Vertreibung von Serben aus Krajina, auf die Unterstützung prowestlicher Diktatoren und die Überfälle auf Panama, Grenada und Libyen, auf umweltschädliche Zerstörung chemischer Anlagen in Jugoslawien oder die Vertreibung von albanischen Flüchtlingen aus Italien oder auf die Verantwortlichkeit der USA für 93 Prozent der rund 200.000 in Guatemala im Bürgerkrieg begangenen Morde. Denn die Logik der Macht ist stärker als die Logik der Kritik. Die Nato ist wahr, weil sie allmächtig ist. Den Vertrag von Rambouillet kann man nicht widerlegen.

Günther Jacob schrieb in KONKRET 4/99 über neue deutsche Traumaforschung

Konkret 05/99, S. 52

Jürgen Elsässer

Die Falle von Rambouillet

Wie Deutschland die USA in den Kosovo-Krieg gezogen hat

Der Kontrast hätte nicht krasser sein können: Während in Deutschland die Söhne und Enkel von Wehrmachtssoldaten in Serbien »die Fratze unserer eigenen Vergangenheit« (Scharping) erblickt haben wollten und deshalb der UCK ihre Luftwaffe zur Verfügung stellten, zog einer, der diese Vergangenheit besser kennt, ganz andere Schlußfolgerungen. Der israelische Außenminister Scharon machte aus seiner Ablehnung der Nato-Angriffe keinen Hehl. Die Unterstützung der albanischen Separatisten könne zur Entstehung eines »gefährlichen islamischen Blocks« in der Region führen, meinte Scharon Anfang April – und reiste nach diesem Statement gleich zum Staatsbesuch nach Moskau weiter, wo man die Dinge ähnlich sieht.

Bevor man jetzt darüber rätselt, warum die zionistischen Falken – nicht zum ersten Mal in der Geschichte – klüger sind als die Tauben von Meretz und Co. (die, wie ihre grünen Freunde hierzulande, auf Seiten der UCK stehen), soll auf eine andere, noch brisantere Aussage Scharons hingewiesen werden: Der Minister klagte, die USA hätten sich auf dem Balkan von den europäischen Staaten in eine »entsetzliche Operation ... hineinziehen« lassen. Vieles spricht dafür, daß Scharon Recht hat.

Bukoshi contra Rugova

Im Kosovo hat sich das Szenario wiederholt, das Anfang der neunziger Jahre zur Zerschlagung des titoistischen Jugoslawien geführt hatte: Auf der einen Seite die Westmächte in verdeckter Kooperation mit Rußland, die die territoriale Integrität des jugoslawischen Staates erhalten wollten; auf der anderen Seite Deutschland, das grundsätzlich Sezessionisten nach Kräften förderte.

Die gegensätzlichen Optionen verkörperten sich im Kosovo-Konflikt zunächst in zwei Personen: zum einen in Ibrahim Rugova, dem Untergrund-«Präsidenten« der Kosovo-Albaner, zum anderen in Bujor Bukoshi, ihrem »Premier«. Im Unterschied zu Rugova, der immer die Gewaltfreiheit betonte, gab Bukoshi von Anfang an den Hardliner. Trotzdem – oder deswegen? – wurde er von der Bundesregierung großzügig gefördert: Er residierte seit seiner Wahl 1992 in Bonn und wurde jahrelang vom damaligen Außenminister Kinkel von Konferenz zu Konferenz geschleppt. Bukoshi gab sich 1998 als offener Unterstützer der UCK zu erkennen, soll aber bereits in den Jahren zuvor eine Vorläuferorganisation der UCK finanziert haben.

Besonders deutlich wurde die provokatorische Rolle von Bukoshi und seinen deutschen Gastgebern, als die Serben im Jahre 1995 im Kosovo-Konflikt eine »konziliantere Haltung« einzunehmen begannen und Milosevic der Provinz sogar »eine Autonomie nach den Richtlinien der Verfassung von 1974 einzuräumen« ins Auge faßte – so die damalige Einschätzung eines »Background Papers« der UNHCR. In dieser Situation, in der die dominante Albanerpartei LDK gespalten war »zwischen denen, die die Autonomie mittelfristig für das beste hielten, und jenen, die auf Unabhängigkeit bestanden« (UNHCR), unterstützte Rugova erstere, Bukoshi letztere. Bei den Dayton-Verhandlungen im Oktober desselben Jahres drängte Deutschland auf eine Einbeziehung der Kosovo-Frage (Kinkel: »Jetzt müssen wir die Scheinwerfer auf das Kosovo richten!«), doch die US-Administration hielt nichts von diesem Junktim, ihr war das Agreement mit Milosevic wichtiger.

Gegen diese auf Ausgleich bedachte Realpolitik der USA formierte sich daraufhin »eine Übereinkunft unter den Albanern und ihrer großen Diaspora, wonach, da der Kosovo von der Dayton-Agenda ausgeschlossen worden war, nun die Kosovo-Albaner selbst zur Tat schreiten mußten« (UNHCR). Das war der Startschuß für die UCK. Daß aus diesem marodierenden Freischärlerhaufen konkurrierender maoistischer Sekten innerhalb von zwei Jahren eine schlagkräftige Terrorarmee werden konnte, ist ohne deutsche Unterstützung undenkbar. Auch hier steuerten die USA lange Zeit dagegen – mindestens bis zum Herbst 98.

Dies betraf zum einen die Finanzierung der Terroristen. Für den von Bukoshi aus Bonn verwalteten »Fonds der Republik Kosovo« waren seit 1992 in der Bundesrepublik jährlich mehr als zehn Millionen Mark gesammelt worden. Die »Demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland« (DVAD) hatte vor fünf Jahren eine weitere Bankverbindung eingerichtet, auf die allein im April 1998 sieben Millionen Mark überwiesen wurden. DVAD-Chef Kelmendi gibt zu, daß »ein großer Teil« davon für die UCK bestimmt gewesen sei, schließlich seien deren Waffenkäufe auch eine Form »humanitärer Hilfe«. Kelmendi und alle übrigen DVAD-Vorständler sind gleichzeitig auch Mitglieder der »Volksbewegung für das Kosovo« (LPK) – und dieser wurden im Verfassungsschutzbericht 1997 »sicherheitsgefährdende Bestrebungen« zur Last gelegt. Gleichwohl konnte Kelmendi der Bundesregierung noch im letzten Jahr ausdrücklich dafür danken, »daß sie seine Arbeit bisher nicht behindert habe«.

Als US-Emissär Holbrooke im Juli 1998 in Erfahrung brachte, »wie wichtig Gelder aus Deutschland, Dänemark und der Schweiz für die UCK« seien, zog er die Notbremse: Er kritisierte das Laisser-faire der Bundesregierung nicht diplomatisch-diskret, sondern öffentlich in einem Zeitungsinterview. Die Mitgliedstaaten der Kontaktgruppe forderte er auf, diese Form von Terror-Finanzierung zu unterbinden. Die deutschen Innenminister haben die Beschwerde wohl ad acta gelegt: Noch im April 1999 wurden allein in Berlin 100.000 Mark von den Kosovo-Albanern gesammelt, zumindest teilweise offen für die UCK (»Taz«-Berlin, 9.4.99).

Noch tiefer waren die deutsch-amerikanischen Differenzen in der Frage der Aufrüstung der Terroristen. »How Germany backed KLA« (KLA – Kosovo Liberation Army – wird in den englischsprachigen Medien synonym für UCK verwendet) überschrieb das englische Wochenblatt »The European« Ende September 1998 eine Recherche. Dort wurde behauptet, daß »der deutsche zivile und militärische Geheimdienst in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt ist, um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken«. Deswegen sei es zu »einem ernsthaften Bruch zwischen dem BND und der CIA gekommen« (s. »Drogen und Deutschmark«, KONKRET 3/99).

Holbrooke contra Rühe

Wie sehr die Deutschen den Krieg forcierten und wie stark die US-Amerikaner lange Zeit bremsten, zeigen vor allem die Ereignisse im Sommer 1998. Rühe behauptete Mitte Juni im Stile eines Nato-Oberbefehlshabers, »noch diese Woche« werde das Bündnis Interventionspläne bekanntgeben, die »das ganze Spektrum militärischer Operationen verfügbar« machen – ein impliziter Hinweis auch auf Bodentruppen. Erstmals attackierte Rühe außerdem den politischen Konsens der Nato ganz offen: Er »gab ... zu erkennen, daß er es für nicht sicher hält, ob das Ziel der Nato, ... Kosovo ... die Unabhängigkeit vorzuenthalten, nicht schon von der Entwicklung überholt sei«, zitierte ihn die »FAZ«. »Rühes forsches Verlangen sorgte für erhebliche außenpolitische Verwirrung ... Ausgerechnet die Deutschen preschen in dieser heiklen Frage vor, monierten mehrere Amtskollegen Kinkels in der Außenministerrunde beim EU-Gipfel in Cardiff,« berichtete der »Spiegel« (26/98).

Dann kam die kalte Dusche: Am 22. Juli beschloß der Nato-Rat, nichts zu beschließen, und vertagte sich in die Sommerpause. Gleichzeitig stellte das Gremium klar, daß es sich auch künftig nur unter äußerst restriktiven Bedingungen zu einer Intervention durchringen würde. Entscheidend für Rühes Niederlage in den Nato-Gremien waren die Erkenntnisse von Richard Holbrooke gewesen. Der hatte am 26. Juni, knapp zwei Wochen nach Rühes starken Worten, mit einer Erkundung der Situation vor Ort begonnen. Tagelang tourte er mit Panzerweste und Begleitschutz durch das Kosovo und traf dabei auch mit UCK-Rebellen zusammen, deren Auftreten ihn ziemlich beeindruckt haben muß. Jedenfalls forcierte Holbrooke, kaum vom Kriegsschauplatz zurück, die Distanzierung von den Scharfmachern im Bündnis: Ab Anfang Juli ließ das State Department die Forderung an Belgrad nach einseitigem Abzug von Militär und Polizeisondereinheiten aus dem Kosovo fallen – mit deren Präsenz hatte Rühe bei seiner Brandrede am 17. Juni die Notwendigkeit eines Militärschlages begründet. Statt dessen verlangten die USA in der Folge von beiden Seiten einen sofortigen Waffenstillstand.

Die von Holbrooke gegen Rühe durchgesetzte Deeskalation vergrößerte Milosevic' Spielraum bei der Bekämpfung der UCK. Bis Ende September wurden die »national befreiten Zonen« der UCK weitgehend zurückerobert, viele der Guerilleros über die Grenze nach Albanien getrieben. Sofort tauchten wieder Berichte über serbische Massaker auf, State Department und Pentagon reagierten mit scharfen Drohungen gegenüber Belgrad. Doch de facto setzten die USA weiter auf ein Agreement: »Die verschärfte Rhetorik am Potomac bedeutet allerdings nicht, daß es zwangsläufig zu Militärschlägen kommt. ... Mehrere Beamte gaben hinter vorgehaltener Hand zu erkennen, daß sie nicht an einen baldigen Militäreinsatz glauben«, berichtete die »Neue Zürcher Zeitung« am 3. Oktober. So kam es dann auch: Für Holbrooke lag zunächst kein Risiko darin, am 13. Oktober von Milosevic einen weitergehenden Truppenrückzug zu verlangen und diese Vereinbarung nicht nur durch 2.000 OSZE-Verifikatoren, sondern auch durch die Drohung mit Nato-Luftschlägen abzusichern. Angesichts der militärisch stabilen Lage auf dem Kosovo nach der weitgehenden Zerschlagung der UCK schien keine Situation vorstellbar, in der Milosevic mit Verstößen gegen diese Abmachung Luftschläge der Nato auslösen könnte. Andererseits schuf allein schon die Tatsache, daß die »Activation Order« der Nato in Kraft blieb, eine ausgesprochen labile Situation – jede Zuspitzung vor Ort würde nun auch ein Test auf die Validität der Nato-Drohungen sein.

Fischer contra Albright

Der Zeitpunkt war bald gekommen: Im Dezember verschärfte sich die Lage in der Provinz wieder. Selbst der grüne Staatssekretär Ludger Volmer, gewiß kein Freund der Serben, sieht die Verantwortung dafür vor allem auf der albanischen Seite: »Den ganzen Winter über hatte die UCK gegen den Waffenstillstand verstoßen und mit selektiven Morden die serbische Ordnungsmacht, die sich auch nicht vollständig an den Waffenstillstand hielt, systematisch provoziert. Die Serben reagierten mit unvorstellbarer Brutalität. Ziel der UCK war es, Fernsehbilder zu provozieren, die vermittelt über die

Empörung in der Bevölkerung der westlichen Welt die Nato zum Eingreifen auf kosovarischer Seite verleiten sollten. Im CNN-Krieg sollte die Nato zur Luftwaffe der UCK werden.«

Volmer weiter: »Doch dann kam das Massaker von Racak. Das Hinschlachten von Zivilisten durch die Serben erforderte eine deutliche Reaktion des Westens.« Aber wie sollte diese Reaktion aussehen? Erneut brachen die Widersprüche im Nato-Bündnis auf, und wiederum standen sich vor allem die deutsche und die US-amerikanische Linie gegenüber. Was Volmer, voll spätpubertärem Stolz über die eigene Rolle, via Internet über diese Differenzen preisgab, ist ein zeitgeschichtliches Dokument ersten Ranges – und könnte seinen Parteifreund Fischer dereinst vor ein Kriegsgericht bringen. Volmer schreibt zur Situation nach den Ereignissen von Racak: »Auf westlicher Seite standen zwei Optionen nebeneinander. Die Amerikaner wollten sofort auf der Basis des noch gültigen ›act ord‹ mit Bombardierung der Volksrepublik (Fehler im Original, J. E.) Jugoslawien beginnen. Dabei erwarteten sie die Beteiligung der anderen Nato-Staaten, auch Deutschlands. Ein politisches Ziel außer dem der Bestrafung war nicht erkennbar. Die zweite Option, die sich faktisch durchsetzte, war in der Führung des Auswärtigen Amtes entstanden: Auf einer Friedenskonferenz sollte unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft erst ein Waffenstillstand erreicht, dann der endgültige Status des Kosovo als autonome Region innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien durchgesetzt und in einem dritten Schritt eine umfassende Balkankonferenz geplant werden. Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des AA, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozeß von Rambouillet zu organisieren! Aus praktischen und diplomatischen Gründen wurde aber darauf verzichtet, diese Initiative als deutsche und grüne herauszustellen. ... Das war grüne Friedenspolitik, die sich aus Effizienzgründen aber nicht öffentlich darstellte.«

Der Inhalt dieser »grünen Friedenspolitik« wurde Ende März, knapp acht Wochen nach Beginn der Rambouillet-Konferenz und zwei Wochen nach Beginn der Nato-Bombenangriffe, bekannt: Was der serbischen Delegation mit dem Annex B zur Unterschrift vorgelegt wurde, hätte die Liquidierung ihrer politischen und militärischen Souveränität nicht nur im Kosovo, sondern im gesamten jugoslawischen Staatsgebiet bedeutet (vgl. in diesem Heft Seite 18) – ein Besatzungsstatut, das für keinen Staatsmann irgendeines Landes dieser Welt annehmbar gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund verkehrt sich Volmers Bewertung in ihr Gegenteil: Nicht das State Department, sondern das AA vertrat nach dem Massaker von Racak die aggressivere Strategie. Die US-Option beinhaltete »kein politisches Ziel außer dem der Bestrafung«: Wie bei ähnlichen Bestrafungsaktionen gegen die bosnischen Serben 1994/95 und gegen den Sudan 1998 hätte die Air Force einen Vormittag lang gebombt, und damit wäre Uncle Sam's archaisches Ritual zur Erziehung unbotmäßiger Kinder der »internationalen Staatengemeinschaft« vorbei gewesen. Doch »mit großem persönlichen Einsatz« erreichte Fischer, daß Albright und Cohen zurückstecken mußten – ein in den atlantischen Gremien außergewöhnlicher Vorgang. Indem damit aber Rambouillet zur »letzten Chance« für die Lösung des Konflikts hochstilisiert wurde – »nun steht die Glaubwürdigkeit der Nato auf dem Spiel«, sagte US-Kriegsminister Cohen Ende Januar – , verstärkte sich der Handlungsdruck auf die Nato noch: Wenn diese »letzte Chance« scheiterte, mußte das Militärbündnis handeln – und zwar nicht nur zwecks Bestrafung, sondern zwecks Durchsetzung des gesamten Rambouillet-Pakets. Da gleichzeitig das Scheitern durch den ominösen militärischen Annex des Vertrages vorprogrammiert war, mußte der Rambouillet-Prozeß zwangsläufig zu dem langdauernden und verheerenden Krieg führen, der dann am 24. März beginnen sollte.

Als der deutsche Außenminister Mitte April von seiner Fraktionskollegin Angelika Beer auf diese Erpressung der serbischen Delegation angesprochen wurde – »Die Rambouillet-Lüge: Was wußte Joschka Fischer?« titelte am 12.4.99 sogar die »Taz« – , redete er sich damit heraus, daß der fragliche Annex B des Vertrages in den Verhandlungen »nicht eine Millionstel Sekunde eine Rolle gespielt« habe. Der serbische Delegationsleiter, Präsident Milutinovic, hatte hingegen schon am 24. Februar, am letzten Verhandlungstag von Rambouillet, kritisiert, »man habe versucht, den Serben ein Abkommen nach den Vorstellungen der Terroristen und Separatisten aufzudrängen. Nur 18 Stunden vor dem Schlußtermin habe man überraschend ein einseitiges Dokument von 81 Seiten vorgelegt, wovon 56 Seiten völlig unbekannter Text war, über den nie verhandelt worden sei und der den serbischen Standpunkt in keiner Weise berücksichtigt hat.« Fischer hat also auf paradoxe Weise recht: Der Annex B wurde tatsächlich nicht verhandelt. Milutinovic sollte ihn lediglich unterschreiben, so als sei er Schuschnigg und Rambouillet der Obersalzberg.

Wer für diese erneute Zuspitzung in den letzten Stunden der Konferenz verantwortlich ist, bleibt bis dato offen. Fischer reagierte jedenfalls wie ein ertappter Sünder auf die Vorhaltungen Beers: »Die Vorstellung, daß ich da was durchgefingert hätte, um die Nato in einen Krieg mit Milosevic zu bringen, finde ich übel«, sagte er dem »Hamburger Abendblatt«. Auch was Volmer auf einer Klausurtagung der grüner Spitzenfunktionäre am 8. April gesagt haben soll, spricht nicht gerade für die Deutschen: »Wir mußten Annex B ändern, um wenigstens die Unterschrift der UCK zu bekommen.« Aber vielleicht ist Volmer schon größenwahnsinnig geworden und überschätzt die Rolle der Fischermen? Dafür spricht die von der »NZZ« (24.2.99) zitierte Aussage von Milutinovic: »Wer die Betrüger waren, sagte er nicht ausdrücklich; er ließ aber durchblicken, daß er in erster Linie die Amerikaner meinte.« Andererseits wiederum hatte in den Tagen zuvor, als Albright erstmals angesichts der Starrköpfigkeit der UCK ein einseitiges Vorgehen gegen Belgrad in Zweifel zog, Fischer bei seinem gleichzeitigen Besuch in Moskau den Einpeitscher gegeben. »Im Kosovo könne es zum Krieg kommen, falls sich die jugoslawische Staatsführung nicht einsichtig zeige«, zitierte ihn die »FAZ« am 20. Februar. Und auch die letzte

Vermittlungsmission Holbrookes, nach Ablauf des zweiten Ultimatums am 15. März, muß gegen deutschen Widerstand zustande gekommen sein, denn Fischer wird an diesem Tag in der »FAZ« mit den Worten wiedergegeben, er sei gegen eine Fristverlängerung, und seien es auch nur »drei bis vier Tage«. Dies kontrastiert mit der amerikanischen Haltung, die die »NZZ« noch am 19. März so wiedergab: »... auffallenderweise ist nicht einmal mehr von einem Ultimatum die Rede ...; der amerikanische Außenamtssprecher Rubin verstieg sich gar zur Bemerkung, ein Militäreinsatz gegen die Serben könne nicht das Ziel der Staatenwelt sein.«

Der dritte Weltkrieg

Unabhängig von der Klärung dieser Details steht fest: Die Führung des Krieges obliegt den Amerikanern, vorbereitet aber haben ihn die Deutschen. Sie waren es, die die Kosovo-Krise durch Unterstützung der UCK scharf gemacht haben. Die Amerikaner dagegen zogen ab einem Zeitpunkt X – frühestens beim Erlaß von »act ord« im Oktober 1998, spätestens in der Endphase von Rambouillet – die Initiative wieder an sich und verwiesen dadurch die Deutschen auf einen Platz in der zweiten Reihe. Es ist das immergleiche Muster: If you can´t beat them, join them. Die USA versuchen über einen gewissen Zeitraum, die deutschen Zündeleien zu verhindern – die Nato-Osterweiterung, die Achsenbildung mit Kroatien, die Destabilisierung des Kosovo. Gelingt das nicht, müssen sie selbst einsteigen, wollen sie Deutschland nicht das Feld überlassen. Da sie die Deutschen aber nicht ökonomisch schlagen können – aktuell erwägt Montenegro, nach dem Vorbild von Bosnien die Deutschmark als offizielle Landeswährung einzuführen – , ziehen sie ihren einzigen Trumpf, der wirklich sticht: die militärische Überlegenheit.

Doch ein direktes militärisches Vorgehen der Amerikaner gegen Deutschland und seine Marionetten – Tudjman statt Karadzic von der Militärpolizei jagen lassen, Tirana statt Belgrad bombardieren – würde den Zerfall der Nato und damit die Konstellation provozieren, die zu 1914 geführt hat. Ein gemeinsamer Krieg hingegen zwingt den europäischen Emporkömmling unter den Oberbefehl des Pentagon. Der böse Nebeneffekt aber ist: Ein Bruch mit Deutschland kann nur um den Preis verhindert werden, gleichzeitig einen Bruch mit Rußland zu forcieren. Als sich in der zweiten Kriegswoche im Westen die Stimmen für den Einsatz von Bodentruppen mehrten, wurde selbst Jelzin deutlich. »Ich habe die Nato, die Amerikaner und die Deutschen gewarnt: Zwingt uns nicht zu militärischen Maßnahmen, denn dies wird mit Sicherheit zu einem europäischen Krieg oder sogar zu einem Weltkrieg führen.«

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 4/99 über Klaus Theweleits Thesen zur Massenpsychologie des hilflosen Antifaschismus

Konkret 05/99, S. 55

Hans-Rüdiger Minow

Ethnischer Imperialismus

Das Ethno-Konzept der deutschen Außenpolitik setzt den Kontinent in Brand. Vorfeldorganisationen des Außenministeriums planen für Europa. Ihr moralisches Kostüm wurde bereits mehrfach erprobt

Im Kriegsfrühjahr 1918, Deutschlands Heimatfront begann zu wanken, drohten die Arbeiter der Hanseatischen Flugzeugwerke mit Streik. Auch in den Rüstungsbetrieben des benachbarten Fuhlsbüttel wurden Proteste laut. Sie griffen nach Kiel über und riefen die Gewerkschaftsspitze auf den Plan. Um der deutschen Heeresleitung unter die Arme zu greifen und die Strategie des »Burgfriedens« durchzusetzen, entsandte man Redner in die Betriebe. Der Gewerkschaftsauftrag lautete, die Kriegsmüdigkeit in Rechnung zu stellen, den Widerstand zu brechen und mit neuen Argumenten zu den Waffen zu rufen.

In den bestreikten Betrieben traten die Redner als Friedensfreunde, ja als Internationalisten auf. Sie beschworen nicht nur das Leid der deutschen, sondern auch das der russischen Soldaten: Von zaristischen Offizieren ins Feuer geschickt, würde ein düsteres Schicksal auf sie warten – statt des in Deutschland erkämpften Acht-Stunden-Tags russische Fronarbeit, statt Bismarckscher Sozialversicherung zaristisches Arbeiterelend, statt des demokratischen Streikrechts asiatische Rechtlosigkeit. Der Vergleich schloß mit einem Kampfaufruf: Beistand den russischen Klassenbrüdern, Vernichtung der slawischen Barbarei! Krieg dem Herrscher der Reußen, Friede dem russischen Volk – in einer durch Deutschlands Waffen befreiten, menschengerechten Welt!

»Menschheitsziele«

Diesen Ansatz zu systematisieren, machte sich Prinz Max von Baden zur Aufgabe. Im März 1918, unmittelbar vor Beginn einer neuen militärischen Offensive der deutschen Heeresleitung, verfaßte der spätere Kriegskanzler eine Denkschrift für den Kaiser. Durchdrungen von dem Wunsch, für »Deutschland ... die Grundlagen seines Imperialismus ... zu legen« und dabei unter dem Vorwand des Rechts aufzutreten, sprach der Prinz Klartext: »Bisher wurde unser Anspruch auf Macht immer nur begründet mit der Sicherung des Daseins und der Lebensinteressen Deutschlands. Hierbei wurde vorausgesetzt, daß die Welt an diesen Lebensinteressen und an diesem Dasein besonderes Wohlgefallen hätte. Das war ein Fehlschluß. Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Krieg entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unseren nationalen Willen aufnehmen.« (Dieses und die folgenden Zitate nach Reinhard Opitz (Hg.): *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945*. Bonn 1994, S. 419ff.).

Weil »gut sein nützlich ist«, wußte Max von Baden praktischen Rat. Seine »Menschheitsziele« projizierte er nach Osten. Für die »ethische Fundamentierung unserer äußeren Politik« seien besonders die europäischen »Randvölker« geeignet: »Eine Reihe von Programmpunkten sind hier unentbehrlich. Sie müssen so formuliert werden, daß der Vorwurf der Hinterhältigkeit und Unaufrichtigkeit nicht mehr erhoben werden kann: a: Unsere Befreiersendung im Osten muß ... umrissen werden. Jedes einzelne Fremdvolk muß erwähnt werden ... Wir müssen es deutlich machen, daß wir ehrlich als Rechtsschützer an allen Randvölkern handeln wollen.«

Wie der Rechtsschutz gemeint war, hatte die Sowjetunion gerade erfahren. Das Diktat von Brest-Litowsk raubte ihr eine Million Quadratkilometer Land und annektierte 54 Prozent der Industrie. Vor allem aber wurden 46 Millionen Menschen expatriiert: jene »Rand- und Fremdvölker«, die zu den nationalen Minderheiten gehörten und deren Auszug aus dem gemeinsamen Staatsverband das Territorium des russischen Gegners schrumpfen ließ. Die Abtrennung der »Rand- und Fremdvölker« sollte zur Gründung neuer Staaten führen – kleinflächig, durch Deutschland beherrschbar.

»Recht auf einen eigenen Staat«

Unbeeindruckt von der Niederlage im Ersten Weltkrieg arbeitete das deutsche Außenministerium auch während der zwanziger Jahre am moralischen Kostüm imperialer Bestrebungen. Wegen der fehlenden militärischen Potentiale waren die Vorarbeiten des Prinzen von Baden hochwillkommen;sie wurden vervollständigt: zivile Forcierung der Minderheitenprobleme in Ost- und Südosteuropa, Dienstbarmachung nationalistischer Widersprüche, Schutzanspruch im Augenblick innerer Zersetzung. Die Territorien des künftigen Imperiums sollten ohne gesteigerten Aufwand, als faule Früchte und sittlich einwandfrei, in die Hände der deutschen Beherrscher fallen.

In Anbetracht ethnischer Minderheiten, die mit der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung im Streit lagen, empfahlen Vorfeldorganisationen des deutschen Außenamtes eine rassisch begründete Desintegration der ost- und südosteuropäischen Nationalstaaten. Dazu müsse die »heute in Europa herrschende Staatsauffassung« gekippt werden (Zitate nach Opitz, S.

544ff.): »Sie ist zumeist – selbst in den Vielvölkerstaaten Ost- und Südosteuropas – nationalstaatlich. Diese Staatsauffassung und die ihr entsprechenden Verfassungstypen sind unter anderen Umständen und an anderen Orten entstanden. Sie wurden nur ›übernommen‹ und sind daher den Tatsachen der Völkermischung und Schichtung schlecht angepaßt. Sie tragen der geschichtlichen Entwicklung nicht Rechnung ..., da das staatsverwaltende Volk es in nur wenigen Staaten vermeidet, die anderen Volksgruppen völkisch, wirtschaftlich oder kulturell zu unterdrücken ...«

Das Gerede vom »Volk« in den »Vielvölkerstaaten«, darunter auch in Jugoslawien, machte deutlich, daß die »Volksgruppen« zu Hebeln künftiger Interventionen ausersehen waren. Die Grenzen der entsprechenden Staaten stellte Berlin – wegen der »einseitigen Überspannung des Souveränitätsgedankens« – zur Disposition. Wenn die von Deutschland gepäppelten »Volksteile«, »Volksgruppen« und Blutsminderheiten um Hilfe riefen, sollte das Staatsrecht nicht im Wege stehen, die Länder Ost- und Südosteuropas mußten offen sein. Berlin verfügte: »Es gibt keinen Ausweg als den Bruch mit überlebten Auffassungen von Staat und Volk«, um sodann den machtpolitischen Kern der ethischen Verkleidung zu enthüllen. Ost- und südosteuropäische Nationen mit starker »Völkermischung« hätten sich »Grenzänderungen« zu unterziehen, »wie sie für eine wahre Befriedung unvermeidlich sind«. Als »politisches Grundrecht« der »Völker« und Rasseminderheiten habe zu gelten: »für das geschlossene Siedlungsgebiet jedes Volkes das Recht auf einen eigenen Staat ...«

Ein Blick auf die Landkarte genügte, um zu offenbaren, daß diese Strategie zur Auflösung des gesamten europäischen Staatengefüges führen mußte: Jede Nation beherbergte Minderheiten, auf die das deutsche »Volks«-Modell zutraf. Wenn sämtliche »Völker«, »geschlossen« siedelnd und gegen andere Mitbürger abgeschirmt, zur Staatsgründung schritten, mußten insbesondere Ost- und Südosteuropa in Chaos und Bürgerkrieg versinken.

»Europa: Ethnisch nicht homogen«

Es dauerte nur wenige Jahre, bis das außenpolitische Konzept aus kaiserlichen und Weimarer Tagen realisiert werden konnte – im NS-Staat. Die rassische Desintegration ethischer Prägung wurde zur Spezialität des Staatssekretärs Richard v. Weizsäcker, der dabei mit den Separatisten ganz Europas zusammenarbeitete – von Konrad Henlein in der Tschechoslowakei bis zu Sepp Janko in Jugoslawien. Das taktische Vorgehen war einfallslos, aber stets erfolgreich: Um für eine »ethische« Intervention Stimmung zu machen, wurde die Öffentlichkeit mit Propagandaberichten hysterisiert, die den zu okkupierenden Staat des Unrechts an seinen »Minderheiten« zieh. Die mediale Inszenierung, die bis zur Herstellung von abendfüllenden Spielfilmen ging, sollte die Bevölkerung auf Qual und Leiden der unterdrückten »Volksgruppen« einstimmen und das Mitgefühl bis zum Bersten stimulieren.

Gleichzeitig belieferte der deutsche Auslandsgeheimdienst die vom Außenministerium betreuten Separatisten mit Sprengstoff und Waffen. In der Tschechoslowakei flogen Brücken in die Luft, in Jugoslawien kam es zu Schießereien. Die fortschreitende Destabilisierung der bedrohten Länder und ihre militärischen Reaktionen dienten dem NS-Reich als neue Belege für die Unhaltbarkeit der Lage. Am Ende der mutwilligen Eskalation ließ Reichskanzler Hitler deutsche Truppen einmarschieren.

Obwohl die nationalsozialistische Variante der ethisch verkleideten Überfälle ebenso scheiterte wie die kaiserliche Expansion, blieben ihre Grundzüge Bestandteil der deutschen Außenpolitik – auch nach 1945. Zahlreiche Vorfeldorganisationen, die aus dem Bundeshaushalt sowohl offen als auch verdeckt finanziert werden, insbesondere die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), schrieben das Hauptbuch der deutschen Auslandsverbrechen fort (siehe Walter von Goldendach u. Hans-Rüdiger Minow: *Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas.* Sonderausgabe für die Ausschüsse der Vereinten Nationen (UN) und die Mitglieder der europäischen Behörden, Berlin 1997, S. 59ff.). Als sich erweiterte Handlungsspielräume boten, unmittelbar nach der deutschen Vereinigung, wurden neue Werkzeuge geschmiedet, etwa das Europäische Zentrum für Menschheitsfragen (EZM) in Flensburg. Den Menschheitszielen des Prinzen von Baden verschrieben, hat es sowohl westliche wie östliche »Minderheiten« im Auge, vor allem die »Randvölker« Südosteuropas. »Die Bevölkerung der meisten Staaten Europas ist ethnisch nicht homogen«, formulierte Staatssekretär Kurt Schelter, ein Wiedergänger des Prinzen, bei der EZM-Eröffnung 1996. »In vielen Ländern Europas gibt es noch ethnische Spannungen, lange schwelende Nationalitäten- und Völkerkonflikte, die nach dem Zusammenbruch der alten Machtstrukturen in Ost- und Südosteuropa wieder aufgebrochen sind und mit Gewalt und Bürgerkrieg, Vertreibung und Terror gegeneinander ausgetragen werden. Hinzu kommen neue Auseinandersetzungen, die entstehen, weil sich Menschen in ihrer besonderen ethnischen Identität in ihrem Staat nicht genügend geachtet und beachtet fühlen ... In diesem Spannungsbogen ist die Idee eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen entstanden. Denn wenn wir helfen wollen, diese Probleme zu lösen, dann müssen wir mehr wissen um die ethnischen Zusammenhänge und die Konfliktursachen.«

»Recht auf Heimat der Albaner«

Helfen wollten auch Bündnis 90/Die Grünen und SPD, die das imperiale EZM-Programm bereits 1996 aus dem Schleswig-Holsteiner Landeshaushalt finanzierten und ihre Gelder inzwischen ebenso via Bundeskasse zahlen. Die Hilfsarbeit galt von Anfang an dem Balkan, wo sogar »souveräne Staaten das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft hinnehmen (müssen). In Fällen wie Kosovo kann die Eskalation der Spannungen zwischen den Volksgruppen nur auf diese Weise verhindert werden« (EZM-Direktor Stefan Troebst 1996). Im Auftrag der Bundesregierung war das alte Konzept der rassischen Desintegration ethischer Prägung erneut in Kraft gesetzt. Die »heute in Europa herrschende Staatsauffassung« sollte gekippt, Jugoslawien zum Exerzierfeld gemacht werden.

Weil im Kosovo auch andere Hilfsorganisationen tätig werden wollten, war ein einvernehmliches Zusammenwirken nützlich. 1997 schloß sich der EZM-Direktor mit Werner Weidenfeld kurz, der damals zum engsten Beraterkreis von Bundeskanzler Kohl gehörte und Leiter des Centrums für angewandte Politikforschung an der Universität Münschen/Forschungsgruppe Europa war, das seine Hilfsgelder u. a. von der Bundesregierung, vom Bertelsmann-Konzern und von der Deutschen Bank bezieht. Aus der Bertelsmann-Kasse fiel auch Spendengeld für die Grünen ab. Gemeinsames Ziel war »die Einführung neuer Elemente in das internationale Recht ... Elemente, welche der internationalen Gemeinschaft bei eskalierenden ethnischen Konflikten ein direktes Eingreifen erlauben werden«. Vor Euphemismen strotzend, zielte das Programm auf die Ausschaltung der Uno und auf gewalttätige Operationen im europäischen Gewand, also nicht unter amerikanischer, sondern unter deutscher Führung (WEU/OSZE). Ohne jede Scheu, vor allem aber ohne Widerhall in der deutschen Öffentlichkeit, war von »Friedenswahrung durch Intervention von außen« die Rede – eine Umschreibung konkreter Pläne, die die militärische Revision der europäischen Grenzen ankündigen (Arbeitsprogramm des Centrums für angewandte Politikforschung/Projektgruppe Europa 1995/

96). Wiederum war Jugoslawien ausersehen, um das Konzept zu erproben.

Im Januar 1997 setzten das EZM und die Bertelsmann-Wissenschaftsstiftung im Münchener Centrum eine sogenannte »Vermittlung« in Szene, um »zwischen Beratern des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic und den Vertretern der kosovoalbanischen Führung« Gespräche zu initiieren. Die eigentliche Vermittlungsleistung galt der Aufwertung ethnischer Kosovo-Separatisten, die den legitimen Repräsentanten des Sezessionsgebiets gleichgestellt wurden. Den uneigennützigen Vermittlern, zu denen sich auch das Außenministerium gesellte, lag bei Beginn des Treffens eine Studie vor, in der es heißt: »Der akuteste Krisenherd, der mit Hilfe der bereits deutlich genug demonstrierten Handlungsunwilligkeit des Westens bald zur Explosion kommen wird, ist der Kosovo, dessen albanische Mehrheitsbevölkerung ... ihren Willen zur Sezession und einem eventuellen späteren Anschluß an Albanien eindeutig zum Ausdruck gebracht hat. Die historischen Gebietsansprüche der Serben müssen dem Recht auf Heimat der Albaner unzweifelhaft weichen ... Die geschlossenen albanischen Siedlungsgebiete im Kosovo grenzen unmittelbar an albanisches Staatsgebiet, so daß ein Anschluß ohne größere Schwierigkeit möglich ist. Dies gilt im Prinzip auch für die albanischen Siedlungsgebiete in Mazedonien, im Süden Serbiens und in Montenegro.«

»Grenzrevisionen allemal gerechtfertigt«

Bei dem Versuch, sich über das in Europa entstehende Chaos zum Hegemon aufzuschwingen und »Protektorate« zu erobern, macht die deutsche Außenpolitik nicht in Jugoslawien halt. Ihre Planungen zielen auf Umsturz in ganz Ost- und Südosteuropa, das einer »Neuordnung« durch »progressive Internationalisierung« ausgesetzt werden soll. So entwirft die bereits zitierte Vorfeldstudie des Außenministeriums detaillierte Sezessionsszenarien für Rumänien, Ungarn, Lettland, Estland, Weißrußland, die Ukraine, Aserbaidschan und den Kaukasus. Zu welchen Optionen geraten wird, zeigt der folgende Auszug, der sich ausdrücklich auf Grenzrevisionen bezieht, um die *»ungarischen Minderheiten* in ihren Nationalstaat zurückzuführen«. Gemeint sind rumänische, jugoslawische und slowakische Bürger, deren Sezession präventiv gerechtfertigt, also nahegelegt wird: »Sollte sich ... die repressive Minderheitenpolitik Rumäniens, Serbiens und der Slowakei weiter verschärfen, so könnten die Autonomieforderungen in Sezessionsbestrebungen umschlagen ... Vom Selbstbestimmungsrecht her wären Grenzrevisionen allemal gerechtfertigt ... Ein großer Teil der kompakt ungarisch besiedelten Gebiete grenzt an das Mutterland (!), so daß ein Anschluß insofern möglich wäre. Dies gilt für die Südslowakei, die Karpaten-Ukraine ... das geographisch eher zur ungarischen Tiefebene gehörende Partium ... sowie die nördliche Vojvodina ...«

Über »die Probleme einer Grenzrevision im Zusammenhang mit einem möglichen Anschluß der *Moldau-Republik* an Rumänien« heißt es in dem irrlichternden Text: »Denkbar wäre ein Anschluß Bessarabiens zwischen Pruth und Dnjestr sowie der eigentlichen Nordbukowina an Rumänien ... Dies würde bedeuten, daß die Ukraine das südliche Bessarabien und die Nordbukowina an Rumänien abtreten müßte. Die ethnischen Folgen wären zu prüfen. Im Gegenzug könnte die Ukraine Transistrien erhalten.« Autor der Empfehlungen ist Georg Brunner, Direktor des Instituts für Ostrecht an der Kölner Universität. Brunners Tätigkeit im Vertriebenen-Milieu führte ihn an die Seite von Antisemiten. In Brunners Minderheiten-Statistiken für Ost- und Südosteuropa tauchen »Sondergruppen« auf, die als »Juden« und »Zigeuner« bezeichnet werden.

Die rassistische Konstruktion der »Zigeuner« stattet Brunner mit Eigenschaften der Minderwertigkeit aus. Bei den »Juden« handelt es sich laut Brunner um eine »Problemgruppe«.

Von Jugoslawien bis Rumänien, von der Ukraine bis Bessarabien – traumwandlerisch hat das vereinigte Deutschland seine Bestimmung wiederentdeckt: Befreier des Ostens, Hüter der »Völker«, Maschine im Krieg zu sein.

Hans-Rüdiger Minow schrieb in KONKRET 3/99 über den nationalistischen Terror in Nordirland

Konkret 05/99, S. 58

Otto Köhler

Gelebte Tradition

Die Nazi-Offiziere, die einst die Bundeswehr aufbauten, können stolz sein auf ihr Werk – endlich dürfen deutsche Soldaten wieder Serben töten

Der Bertelsmann-Konzern schaffte die Buchpremiere nicht. Unter der bewährten Leitung von Jürgen Engert (ARD) sollte eine »hochkarätige Diskussionsrunde« mit Hans Modrow, Lothar de Maizière, Günter Schabowski, Egon Bahr, Rolf Hochhuth und Wolfgang Schäuble im großen Foyer des Hamburger Hanse-Merkur-Hotels den Band vorstellen. Der für den 31. März angesetzte »Prominenten-Talk« unter dem Motto »50 Jahre Frieden in Deutschland« mußte ausfallen. Eine Woche zuvor hatte das Trio Schröder-Fischer-Scharping seinen Krieg ausgebrochen. Und nun liegt das Buch *Deutschland, Deutschland – fünfzig Jahre Frieden* begraben als Bertelsmann-Lüge in allen Buchhandlungen. Am 23. Mai, der Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik wären die fünfzig Jahre äußeren Friedens endlich voll gewesen. Doch die rotgrüne Kriegsgeilheit hat diese 60 Tage bis zum Friedensendtermin nicht mehr ausgehalten.

Das geschichtliche Ereignis ist endlich da: »Zum erstenmal feuern Soldaten der Bundeswehr todbringende Raketen auf einen fremden Staat. Ein Krieg, der das Morden im Kosovo beenden soll. Doch Belgrad reagiert fanatisch.« So verkündet es die ARD am 8.April auf ihrem großen Spendenabend für Nichtserben (»Alle haben super mitgemacht«). Es läßt sich nicht leugnen: Obwohl die deutschen Anti-Mordraketen seine Städte in Schutt und Asche legen, bleibt der Serbe starrsinnig und unbelehrbar wie schon 1941, als die deutsche Luftwaffe erstmals den Frieden auf dem Balkan herstellte.

Ja, es ist Krieg, endlich wieder ein deutscher, und die »Zeit« kündigt ihr Dossier zum Sterben bei der Bundeswehr an: »Eine neue Generation von Soldaten bereitet sich auf Krieg, Verwundung und Tod vor.« Der eigene Tod, süß und ehrenvoll – ein erstrebenswertes Berufsziel für Deutsche, die immer noch oder wieder Soldat werden wollen oder sich dem Kriegsdienst nicht entziehen. Daß es gerade auch für Verführte kein Erbarmen gibt, war in der Kriegs-»Taz« unter der hämischen Überschrift »Bodenaufprall der Friedenstauben« nachzulesen. »Aber Ihr Sohn will doch gar nicht da unten weg«, entgegnete Schröders außenpolitischer Bürobote Michael Steiner der entsetzten Ilona Rothe von den Soldaten-»Müttern für den Frieden«, die im Kanzleramt vorsprachen und ansonsten psychiatrischen Rat in Anspruch nehmen, weil ihre Söhne freiwillig in den Krieg gezogen sind. Doch der uniformierte Filius beschwört am Telefon seine Mutter, sie solle sich nicht weiter für seine Rückkehr einsetzen – er werde von den Kameraden schon als »Verräter« beschimpft. Das Pack mit seinem gesunden Volksempfinden hat verdient, was es sich erdient hat.

»Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen«, hatte Franz Josef Strauß für geboten erklärt, bevor er der zweite Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland wurde. Andere waren nicht so pflichtvergessen. Kurz vor der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 hatte sich Hitlers Spionagechef Ost Reinhard Gehlen mit seinen Offizieren und Nachrichtenhelferinnen auf die idyllische Elendsalm zu einem erholsamen Dreiwochenurlaub zurückgezogen und war danach mit den Mikrofilmen all seiner Spionageunterlagen über die Sowjetunion zur US-Army marschiert. Es gelang ihm, den US-Geheimdienst von etwas zu überzeugen, was selbst die Sowjets nicht wußten, daß sie nämlich mit frischen Divisionen bereitstünden, bis zum Atlantik durchzustoßen und zugleich im Nahen und Fernen Osten eine Offensive zu beginnen. Der Kalte Krieg war geboren, die »Organisation Gehlen« wurde in den Dienst der US-Spionage gestellt und lebt heute als Bundesnachrichtendienst weiter.

Das alles war nach dem Geschmack jener Kräfte in den USA, die schon am 15.April 1945 auf einer Konferenz im US-State-Department beschlossen hatten, Deutschland wieder aufzubauen und dann zu remilitarisieren. Der spätere US-Außenminister John Foster Dulles, einer der Väter des Kalten Krieges, war dabei. US-Präsident Franklin Delano Roosevelt, der solch einen Beschluß kaum je gebilligt hätte, war drei Tage zuvor gestorben – zur Freude nicht nur von Hitler und Goebbels.

Doch von so viel Glück ahnten die meisten Deutschen noch nichts, als vor 50 Jahren Alleindeutschland neu begründet wurde. Gewiß, der erste Kanzler, Konrad Adenauer, Zivilist, war scharf auf deutsches Militär. Rolf Pauls, der spätere deutsche Botschafter in Israel, erinnert sich, wie er 1949 mit ihm an der Villa Hammerschmidt vorbeilief, in der damals noch der Belgische Regierende General residierte. Davor ein Doppelposten mit Gewehr. Pauls: »Als wir ihn passierten, deutete Adenauer auf die Soldaten und sagte: ›Das wollen wir auch wieder haben.‹ Ich hatte das Gefühl, daß er das mehr zu sich als zu mir sagte.« Als Pauls den außenpolitischen Berater Adenauers Herbert Blankenhorn (vier Jahre zuvor noch als NSDAP-Mitglied Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt) dazu befragte, war der überhaupt nicht erstaunt: »Das wird auf uns zukommen.«

Dabei legten die drei Westalliierten die Bundesregierung noch im November des Jahres 1949 die Bundesregierung im Petersberger Abkommen darauf fest, »die Entmilitarisierung aufrecht zu erhalten und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern«. Sie bekräftigten diese Politik der Entmilitarisierung

durch die Gesetze Nr. 16 zur »Ausschaltung des Militarismus« vom 16. Dezember 1949 und Nr. 24 zur Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung vom 8. Mai 1950. Sie müssen vertrauensselig gewesen sein, denn Adenauer hatte sich schon am 3.Dezember 1949 – ohne dafür festgenommen zu werden – öffentlich in einem Interview mit dem »Cleveland Plain Dealer« für eine Wiederbewaffnung der Deutschen – vorerst innerhalb einer »europäischen« Armee – ausgesprochen. Siebzehn Tage zuvor hatte US-Präsident Truman auf einer Pressekonferenz zu Meldungen über die Wiedererrichtung einer westdeutschen Armee erklärt, sie enthielten »kein Körnchen Wahrheit«. Zugleich behauptete der französische Außenminister Schumann, die »Wiederherstellung eines deutschen Militarismus« stehe »außerhalb jeder möglichen Diskussion«. Doch Adenauer war längst über jede Diskussion hinaus. Nachdem er sich am 17. August 1950 in der »New York Times« erneut für eine »europäische« Armee mit deutschen Divisionen ausgesprochen hatte, überreichte er zwei Tage später den verblüfften Alliierten ein Memorandum »zur Neuordnung der Beziehungen der Bundesrepublik«.

Als die Mönche des Klosters Vicovaro im sechsten Jahrhundert nach Christus den heiligen Einsiedler Benedikt zum Abt gewählt hatten, ihm aber bald ein Glas mit Gift gemischten Weines reichten, weil sie mit seinem sittenstrengen Regime nicht einverstanden waren, da geschah ein Wunder: Das Glas zersprang unter dem Kreuzeszeichen, das der Heilige Benedikt machte. Fünfzehn Jahrhunderte später, am 5. Oktober 1950, mußte im Eifelkloster Himmerod des Ordens der Benediktiner kein Glas zerspringen, die Gäste hatten nicht einmal ein Hakenkreuz zu schlagen, der hervorragende Wein und die vorzüglichen Speisen, mit denen die Mönche ihre hohen Gäste traktierten, waren völlig unvergiftet. Im abgelegenen Kloster der gottvergessenen Benediktiner wurde die westdeutsche Wiederaufrüstung vorbereitet. Ehemalige Offiziere und Generäle der Nazi-Wehrmacht waren – von aller Öffentlichkeit abgeschlossen – Gäste des Klosters, um über die Wiederaufstellung einer deutschen Armee zu beraten.

Heute kuschen Fernsehmoderatoren, wenn ihnen Scharpings Staatssekretär Walter Stützle vor laufender Kamera befiehlt, sie sollten Nato-Bombardierungen nicht Nato-Bombardierungen nennen. Prompt nannte Otto Schily die Bombardierungen »ein Schachspiel«, und der Goebbels-Ersatz Stützle gab zusätzlich die Parole aus: »Dies ist kein Krieg der Nato gegen Jugoslawien, dies ist ein Krieg, den Milosevic gegen das eigene Volk führt.« Eine Sprachregelung, die eine Stunde später Tagesthemen-Moderator Ulrich Wickert fast wortgenau als eigene Einsicht präsentierte.

Auf soviel freiwillige Unterwerfung freuten sich schon die Hitler-Generäle im Kloster Himmerod, als sie »Maßnahmen zur Umstellung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland« verlangten – dies sei nämlich eine besonders wichtige Voraussetzung für die Remilitarisierung. Die Herren, die keine fünf Jahre zuvor ihre Soldaten für Hitler in den Tod geschickt hatten, verlangten nunmehr die »Rehabilitierung des deutschen Soldaten durch eine Erklärung von Regierungsvertretern der Westmächte«. Sie forderten die »Freilassung der als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen, soweit sie nur auf Befehl gehandelt haben. Einstellung noch schwebender Verfahren«. Den Herren war klar: »Dieses Ziel wird nur schrittweise zu erreichen sein; es muß aber vor Beginn der Aufstellung ein sichtbarer Anfang gemacht werden.« Kriegsverbrecher wie Hitlers Nachfolger Admiral Karl Dönitz und dessen Kollege Erich Raeder, die in Spandau einsaßen, sollten freikommen. Und so weiter: »Einstellung jeder Diffamierung des deutschen Soldaten (einschließlich der im Rahmen der Wehrmacht seinerzeit eingesetzten Waffen-SS)«.

Einer der Teilnehmer der Himmeroder Konspiration zeigte ein – den Aktivismus der Generäle nicht weiter störendes – Unrechtsbewußtsein: »Die gesamte Tätigkeit des Ausschusses stellt heute noch einen klaren Verstoß gegen das Gesetz Nr. 16 der Hohen Kommission vom 19. Dezember 1949, Artikel 1, Absatz a, dar und kann gemäß Artikel 3 mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft werden. Es ist daher notwendig, sie in irgendeiner Form zu legalisieren. Hierfür wäre zu denken an eine offizielle, wenn auch geheime Genehmigung der Hohen Kommission und an den geheimen Beschluß eines Bundestagsausschusses einschließlich der Opposition.« Doch das waren Erwägungen eines Einzelnen, die den Mitverschwörern von Himmerod völlig fremd waren. Legal? Illegal? Egal, unter Adenauer und Blankenhorn wie heute bei Schröder und Fischer. Hauptsache, man konnte deutsche Truppen ins Feld bringen.

Die Nazi-Offiziere von Himmerod, die, als hätten sie den Krieg gewonnen, ihre Forderungen aufstellten, machten bald große Karriere. Eine Untersuchung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Freiburg von 1977 stellt fest: »Aus dem Himmeroder Expertenkreis gingen insgesamt sieben Generäle für die Bundeswehr hervor. Sie stiegen zu den höchsten Dienststellungen auf, die in den Streitkräften zu besetzten waren.«

Richtig: Erster Generalinspekteur der Bundeswehr wurde Adolf Heusinger. Er hatte uralte Erfahrungen mit der Illegalität zu Zeiten der Demokratie. In der Weimarer Republik gehörte er dem verbotenen Generalstab der Reichswehr an, der als »Führungsstab der Heeresleitung« getarnt wurde. Deutscherseits völlig legal bereitete er im Oktober 1939 den Überfall auf Holland und Belgien vor. Seine Truppen marschierten ohne Kriegserklärung ein, so legal wie heute deutsche Tornados Jugoslawien bombardieren. Schade, daß der bereits 1982 Verstorbene das nicht mehr mitgestalten kann. Damals, als bereits der Führer entschlossen war, »ohne mögliche Loyalitätserklärungen ... alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen«, war Heusinger bei der Lagebesprechung dabei. Er war als verantwortlicher Heerestaktiker beteiligt, als Hitler am 27. März 1941, knapp 58 Jahre vor dem 24. März 1999, festlegte:

»Politisch ist es besonders wichtig, daß der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt und die militärische Zerschlagung in einem Blitzunternehmen durchgeführt wird.«

Der erste Generalinspekteur der Bundeswehr nahm regen Anteil an dem damals vielfach mißverstandenen Friedenseinsatz der deutschen Truppen in Jugoslawien. Als Chef der Operationsabteilung des Oberkommandos des Heeres meldete er dem Oberkommando der Wehrmacht am 20. Feburar 1943: »Bei Pozarevac zur Vergeltung für den Überfall auf Kdr. J.R. 734 400 Festgenommene erschossen.« Jugoslawische Partisanen hatten den in ihr Land eingedrungenen Oberst Hensel im Kampf erschossen – vierhundert Zivilisten mußten dafür büßen.

Als Stauffenberg am 20. Juli in der Wolfsschanze seine Bombe gegen den Führer explodieren ließ, war Heusinger als Generalstabschef des Heeres auch dabei. An Hitlers Seite erlitt er leichte Verletzungen. Er geriet zwar, wie viele, in Verdacht, wurde vorübergehend von der Gestapo festgenommen, konnte aber den Nachweis seiner Unschuld erbringen. Hitler bedankte sich persönlich für eine Denkschrift, mit der Heusinger aus der Haft heraus die Mobilisierung der 15- und 16jährigen sowie aller älteren Männer unter 60 Jahren empfahl: den Volkssturm zur Rettung des Nazireiches. Adenauer holte diesen bewährten Mann 1948 aus alliiertem Gewahrsam an seine Seite als militärischen Berater. Schließlich gehörte Heusinger irgendwie zum Widerstand gegen Hitler – dessen stümperhafte Kriegführung hatte er ihm schließlich doch sehr verargt. Die Hälfte der Himmeroder Nazi-Offiziere – mit wenigen Ausnahmen Leute vom Format Heusingers – besetzten schließlich Schlüsselpositionen in der Bundeswehr.

Am 9. Januar 1999 erklärte während einer Diskussion anläßlich der Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung in Kiel der Bundeswehr-Vizeadmiral a. D. Hein-Peter Weyher: »Ich bin im Januar 1956 Soldat geworden. Und in der damals wenige Tage alten Bundeswehr gab es nicht einen einzigen Offizier, der nicht Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges gewesen wäre.« Er meinte: Es gab nicht einen, der nicht für Hitler gekämpft hätte. »Die damals höheren Dienstgrade haben neben den Festlegungen, die für die deutschen Streitkräfte durch das Grundgesetz getroffen werden, all die Grundsätze entwickelt, nach denen wir Jungen zu militärischen Führern erzogen und ausgebildet werden sollten. Und diese Grundsätze sind so wie sie sind: Sie gelten auch heute noch, weil es in dieser Generation die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und des Dritten Reiches gab. Nur so waren sie überhaupt zu erklären. Und vor diesem Hintergrund weigere ich mich zu akzeptieren, daß all diese Offiziere aus der Anfangszeit der Bundeswehr schon deshalb auch nur in die Nähe von Verbrechen gerückt werden, weil sie der Wehrmacht angehörten.«

Die Bundeswehr ist der legitime Sproß der Wehrmacht, sie ruht auf dem Ruhm der Hitler-Armee. Das ist auch die Meinung von Gerd Schultze-Rhonhof, dem 1996 in den Ruhestand getretenen Generalmajor der Bundeswehr. Schultze-Rhonhof in seinem Buch *Wo □ u noch tapfer sein?* (1997): »Die Bundeswehr hat in den 50er und 60er Jahren von den Aufbauleistungen vieler tausend ehemaliger Wehrmachtsoffiziere und Feldwebel gelebt, in den 70er und 80er Jahren vom internationalen Ansehen der Wehrmacht gezehrt und wird in den 90ern von der Abrechnung der Nachwachsenden mit der Wehrmacht in Mitleidenschaft gezogen.« Hitlers Verbrecherarmee wurde nach dem Eingeständnis des Generals das Modell für die Bundeswehr: »Bei der Aufstellung der Nachkriegsstreitkräfte brachten Offiziere und Feldwebel der ehemaligen Wehrmacht ihre Kriegserfahrungen, taktischen und operativen Auffassungen, bestimmte Werthaltungen, ihr Führungsverhalten, die Fachsprache und vielerlei berufliche Eigentümlichkeiten mit in die junge Bundeswehr.«

Unter Verteidungsminister Rühe und Bundeskanzler Kohl wurde die Bundeswehr in perfekter Salamitaktik von der im Gelöbnis festgelegten »Verteidigung des Vaterlandes« zum weltweiten Einsatz umfunktioniert. Rühes Verteidigungspolitische Richtlinien erlegten der Bundeswehr sogar die Sicherung der deutschen Rohstoffquellen in aller Welt auf. Damit war alles vorbereitet. Nur den eigentlichen Schritt zum Angriffskrieg hatten Kohl und Rühe nie gewagt. Frage eines Phoenix-Reporters an Rudolf Scharping: »Die Bundesregierung hat in den vergangenen Tagen und Wochen eine dramatische Wende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vollzogen. Das hat die Öffentlichkeit mit bemerkenswerter Ruhe hingenommen. Liegt das an der politischen Konstellation? Konnte so etwas nur einer rotgrünen Koalition glücken?« Antwort des neuen Kriegsministers: »Ich nehme das wahr als einen Quantensprung ... Was das im einzelnen bedeutet, darüber sollten wir im einzelnen mal in zwei, drei Jahren reden ... Was mir gut gefällt, was ich beeindruckend finde, ist die ernsthafte und gelassene Nachdenklichkeit, mit der in Deutschland über diese Fragen diskutiert wird.«

Das ist wahr. Es regt die Leute auch nicht auf, daß Scharping für die Rückkehr seiner Jungs vom Balkan nicht einmal Zinksärge, sondern nur Plastiksäcke vorgesehen hat. Dagegen läßt sich kaum etwas einwenden – sie sind ja dann zu nichts mehr nütze. Ärger aber wird es geben, wenn die Tornado-Bomber – das sollte man ihnen gönnen – herunterkommen und ihre Besatzungen überleben. Dafür gibt es nämlich – wenn das der Schröder wüßte! – eine klare Anweisung der Bundesluftwaffe. Die Herrschaften sollen »im Unglücksfall« einen Zettel aus der Tasche ziehen und in der Landessprache folgenden Text ablesen: »Ich bin ein deutscher Flugzeugführer. Ich bin wegen eines Notfalls aus meiner Maschine ausgestiegen, und ich bitte um ihre Hilfe: Meine Regierung wird Ihnen alle Kosten ersetzen.«

Alle Kosten – für die zerstörten Krankenhäuser, Schulen, Fabriken – und, pardon, auch für die von den Soldaten dabei umgebrachten Menschen (sei es auch nur zum halben Tarif eines weißen US-Bürgers). Wenn, was zu wünschen ist,

möglichst alle runterkommen und überleben, wenn für die so entstehenden Riesenkosten eine Steuererhöhung kommt, dann wird es Ärger geben, dann ist es mit der ernsthaften und gelassenen Nachdenklichkeit, mit der die Deutschen ihren dritten Angriffskrieg gegen Jugoslawien führen, vorbei.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 4/99 über die Kriegsvorbereitungen der rotgrünen Regierung

Konkret 05/99, S. 61

Rayk Wieland

Dichter ran!

»Ich mache Ihnen mein Kompliment. Sie schreiben ja famos! Ich danke Ihnen sehr! Sie leisten vorzügliches. Ich lese Ihre Artikel sehr gern, sie haben einen hohen patriotischen Schwung. Das ist auch für unsere Leute im Schützengraben von hohem Wert, wenn wir ihnen solche Sachen schicken können.«
Wilhelm II., 1915, anläßlich seines Geburtstags im großen Hauptquartier gegenüber den dort anwesenden Kriegsberichterstattern

Das waren noch Worte damals, das waren noch Kriegsberichterstatter, welche die Dinge bei ihrem Namen nannten. Heute arbeitet die Branche zäh, umständlich, schwunglos. »Patriotismus« kommt kaum vor, Krieg heißt nicht Krieg, Angriff nicht Angriff, Bombardierung nicht Bombardierung – es ist ein pedantisches, skrupulöses Gewürge. Allenthalben wird auf »Gewissen« gepocht und gehämmert, auf »Gewissensnotstand«, auf »Schuld«, mit der sich jeder belade, und, natürlich, auf »Verantwortung«. Ein widerlicher, unerhört selbstgerechter Protestantismus psalmodiert auf allen Kanälen, während doch gleichzeitig richtige Flugzeuge richtige Raketen abfeuern über Jugoslawien, die richtig einschlagen, und richtige Todesanzeigen in den Zeitungen stehen. Für die Zerstörung von Fabriken, Straßen, Brücken, Wohnvierteln wird die Truppe weder belobigt noch ausgezeichnet, alles ganz normal, Dienst ist Dienst, wat mut, dat mut. Zwar sind die allermeisten der deutschen Preß- und Fernsehkasper für den deutschen Kriegseintritt, doch die rechte Freude über die kolossalen Erfolge unserer Flieger will nicht aufkommen.

Statt dessen wird gedruckst, daß sich der Balkan biegt. Schriftsteller, Künstler werden befragt, ergreifen das Wort – ein sicheres Anzeichen dafür, daß die öffentliche Kommunikation gestört, das Bedürfnis nach Stellvertreter-Statements gewachsen ist, die von oben nach unten, von den Wissenden und Kompetenten an die Gefolgschaft verabreicht gehören. Sie alle empfinden bei der vorgelegten Alternative – Einmarsch: ja oder nein / Bodentruppen oder nur Bomben: ja oder nein usw. – durchaus kein Unbehagen, sondern betrachten diese ominöse Option als eine ihnen quasi natürlich zugewachsene und kraft ihres Deutschseins zustehende. Und es stört sie auch nicht, daß ihre Gewalt- und Herrschaftsphantasmen den bereits erfolgten politischen und militärischen Entscheidungen nicht nur in zeitlichen Belangen nachgeordnet sind. Daher rührt die oftmals zutage tretende Albernheit, Hilflosigkeit und närrisch in die eigene Würde und Ernsthaftigkeit verliebte Attitüde von dergleichen Umfrage-Stellungnahmen. Der Starlyriker Durs Grünbein zum Beispiel, vom »Spiegel« zu seiner Lyrikermeinung zum Nato-Bombardement befragt, erklärte u. a., per Foto mit einem Schoppen Wein im Café »Größenwahn II« posierend: »Man muß kein Idealist sein, um einzusehen, daß die Bombe ein Erziehungsmittel sein kann, wie wir aus Deutschland wissen. Dort wurde einer sagenhaft starrsinnigen Bevölkerung der Nationalismus wie ein fauler Zahn gezogen.« Ein steiler, rätselhafter und gleichwohl selten blöder Ausspruch, denn das Gegenteil ist wahr und überliefert: Die Bomben brachen den deutschen »Durchhalte-Willen« keineswegs und den Nationalismus schon gar nicht, welchletzterer in Gestalt eines faulen Zahns auch schlecht hätte gezogen werden können. Lyrischer Top-Unfug ist natürlich die Rede vom sagenhaften Starrsinn, der den fanatischen Rassismus und Antisemitismus der »Bevölkerung« in ein mildes, fast jenseitiges Licht rückt – aber im Vergleich mit den Verbrechen der »Serben« sind die der Deutschen auch praktisch nicht mehr wahr.

Die Bombe als Erziehungsmittel: Nicht nur für den politisch erschreckend ungebildeten Poeta doctus Grünbein ist der Krieg die Fortsetzung der Pädagogik mit anderen Mitteln. Milosevic muß, »die Serben« müssen, so die allgemeine Sprachregelung, zur Vernunft gebracht, d. h. gebombt werden, und die deutschen Schriftsteller, von alters her Schulmeister nicht nur ihrer Nation, verweigern den Dienst in der Mehrzahl nicht eben. Günter Grass tadelt den Westen sogar für sein »spätes Eingreifen« und meint nicht die Tageszeit.

Der deutsche PEN brachte zwar keine gemeinsame Erklärung zuwege, doch sein Vorsitzender, Christoph Hein, der als Wortkünstler den Krieg »Friedenseinsatz« nennt, bemäkelt an ihm, anders als Grünbein, lediglich, daß »der mörderische Nationalismus unter dem Bombenhagel der westlichen Alliierten nicht getroffen wird, sondern vielmehr ins Unermeßliche wächst.« Er frägt: »Was wir tun können?« und gibt die Antwort: »Ohnmächtig, wie wir sind, müssen wir uns um die Opfer kümmern, sollten wir solidarisch mit den Vertriebenen und Verfolgten sein, können wir den Heimat- und Wohnungslosen einen Platz geben.« Die Heimat der Toten ist der Friedhof, der Platz der Ausgebombten hingegen bestimmt nicht die Wohnung von Freund Hein.

Auch Prof. Hilmar Hoffmann, »Präsident« der Goethe-Institute, sprachmeistert sich die Chose zurecht: »Es handelt sich nicht primär um eine Kriegsaktion, sondern um eine Friedensmission, um einen Völkermord zu verhindern.« Schön, daß von deutschem Boden wenigstens primär Frieden ausgeht. Einen »seltsamen Krieg« macht Hans Magnus Enzensberger aus, weil »die klassischen Kriegsgründe« – »Eroberung, geostrategische Interessen, Kampf um Handelsrouten,

Absatzmärkte und Rohstoffvorräte« – nicht vorlägen, sondern edle Motive die Militärs bestimmen. Der Ignorant ist stets zur Hand. Der Vorsitzende des Schriftstellerverbands (VS) Fred Breinersdorfer ist cum grano salis gegen den Krieg, der keiner ist, »sieht jedoch, es gibt keinen Ausweg. Deswegen muß man den Krieg bejahen. Und das tut richtig weh.« Ja, sie leiden schlimmer wie das liebe Vieh. Das erste Opfer des Krieges ist immer der Schriftsteller.

»Ich fühle stark«, bekennt die nicht wg. ihrer Gefühlsstärke zu Rate gezogene Christa Wolf, »ihnen helfen die Bomben nicht, so groß meine Abscheu gegen die serbische Soldateska ist, die diese Menschen auf Befehl und mit kalter Berechnung verfolgt und vertreibt. Ich war in dieser Sekunde auf seiten der Opfer auf beiden Seiten, und ich bin es bis heute.« Sie lügt wie gedruckt. Der einzige der deutschen Schriftsteller, der sich zumindest mal auf einer Seite blicken ließ und nicht nur Gratis-Redensarten servierte, war bekanntermaßen Peter Handke. Allein sein furioser Auftritt als Wahlserbe vermochte den hiesigen Betrugsbetrieb einmal zu kaltem Geifer und zu Forderungen nach psychiatrischer Zwangseinweisung zu animieren. Nur hier war der patriotische Schwung der deutschen Dichterkrieger einmal auf Weltkriegs-I-Niveau und hatte Anschluß an die vorherrschende Volksverhetzung gefunden.

Jedoch, es reicht nicht hin, um wirklich zu überzeugen. Humanitätsduselei, Zweifel, Hängebacken sind unübersehbar, Skeptiker, Zauderer, beherrschen die Szene. Anders als im Ersten Weltkrieg, dessen Revival die neuerliche Attacke gegen »Serbien« in manchen Einzelheiten tatsächlich sein könnte – Neuaufteilung der Welt, imperialistische Konkurrenz, Deutschlands Aufstieg als Großmacht, Verrat der Sozialdemokratie – , haben die Schriftsteller heute, trotz redlichem Bemühen, auf ganzer vaterländischer Linie versagt. Und so gebührt der Friedenspreis des deutschen Buchhandels in diesem Jahr keinem anderen als Rudolf Scharping, und zwar für seine *Anekdoten aus dem Kriege*, die in nüchterner und gleichwie plastischer Schprache die Gepflogenheiten des serbischen Volkes nachzeichnen. In den wohlgesetzten Texten des Pfälzers wimmelt es nur so von schrägen Typen mit ungewöhnlichen, auf den ersten Blick abstoßenden Freizeitbeschäftigungen: Manche spielen »mit abgeschlagenen Köpfen Fußball«, manche »schlagen mit Baseballschlägern auf Leichen«, andere schneiden Föten aus schwangeren Frauen, grillen diese und legen sie dann aber – überraschende Pointe – wieder zurück in den Leib. Die Lektüre dieses friedenstiftenden Werks ersetzt z. Z. ganze Bibliotheken.

Konkret 05/99, S. 62

Kay Sokolowsky

Mobilmachung

Wer hat den »gerechten Krieg« erfunden: das Kino oder die Nato? Ein Rückblick auf zehn Jahre Neue Weltordnung im Hollywoodfilm

»Guten Morgen! In weniger als einer Stunde werden sich unsere Flugzeuge mit anderen aus der ganzen Welt vereinen, und sie bereiten sich darauf vor, die größte Luftschlacht in der Geschichte der Menschheit zu schlagen. ›Menschheit‹ – dieses Wort sollte von heute an für uns alle eine neue Bedeutung haben. Wir können nicht mehr zulassen, daß unsere kleinlichen Konflikte uns aufzehren. Unser gemeinsames Interesse verbindet uns. Vielleicht ist es Schicksal, daß heute der 4. Juli ist und daß Sie einmal mehr für unsere Freiheit kämpfen werden. Nicht etwa gegen Tyrannei, Verfolgung oder Unterdrückung, sondern gegen unsere Vernichtung. Wir kämpfen für unser Recht zu leben, zu existieren; und sollten wir diesen Tag überstehen, wird der 4. Juli nicht mehr länger nur ein amerikanischer Feiertag sein. Sondern der Tag, an dem die Welt mit einer Stimme erklärt: ›Wir werden nicht schweigend in der Nacht untergehen! Wir werden nicht, ohne zu kämpfen, vergehen! Wir werden überleben! Wir werden weiterleben! Heute feiern wir gemeinsam unseren Unabhängigkeitstag!‹« Präsident Thomas J. Whitmore in »Independence Day«

Manchmal sind es gerade die schlechtesten, banalsten, dümmsten Filme, in denen sich der Geist der Zeit manifestiert. Von wenigen Nuancen abgesehen – könnten jene Sätze nicht auch von Bill Clinton gesagt worden sein? Hat er sie vielleicht schon gesagt? Hat er sie womöglich gesagt, weil er sie zuvor im Kino gehört hat? Der Weg der USA und ihrer Allied forces in den ersten Angriffskrieg, den die Nato je geführt hat, ist von Hollywood so aufmerksam verfolgt und aufgezeichnet, bisweilen geahnt worden, daß es durchaus lohnt, am populären Film zu untersuchen, wie die westlichen Gesellschaften lernten, ihre Angst vor dem Krieg zu überwinden und die Laserbombe zu lieben.

Die neue Ordnung der Welt, die eine Unordnung, ja die exzessive Produktion von Chaos gewesen ist seit ihrem ersten Tag, ein ebenso rasantes wie ermüdendes Verschieben von Staatsgrenzen, Hegemonien, Feind- und Freundbildern, stellte auch die Filmindustrie der USA vor erhebliche Probleme. Das Ende des Kalten Krieges, der neben gleichsam institutioneller Paranoia immerhin eine verläßliche Geographie garantierte, führte in den frühen 90ern zu einer Reihe ziemlich verwirrter und anachronistischer Produktionen, in denen entweder so getan wurde, als sei der Eiserne Vorhang gar nicht gefallen (»Jagd auf Roter Oktober«, 1990), oder hektisch nach Bösewichtern gesucht wurde, die es mit den Commies halbwegs aufnehmen konnten. Man probierte IRA-Terroristen aus (»Die Stunde der Patrioten«, 1992), Drogenbosse (»Das Kartell«, 1993), arabische Fundamentalisten (»True Lies«, 1994) – aber eigentlich traute keiner dieser Filme seinen Schurken dieselbe Größe im Bösen, das gleiche Potential an Bedrohlichkeit zu, das noch der boxenden Todesmaschine Ivan Drago in dem ansonsten nichts als lachhaften »Rocky IV« (1985) geeignet hatte. Selbst der Golfkrieg, der immerhin Pentagon und CIA die Budgets gerettet hatte, genügte den Produzenten nicht, einen akzeptablen Ersatz für die ausgedienten Klischees zu installieren: Saddam Hussein brachte es auf gerade mal einen Auftritt in einem US-Film, und dies auch nur als Witzfigur in »Hot Shots II« (1993).

Diese Skepsis gegen die staatliche Propaganda lag vor allem an der, behutsam gesprochen, ambivalenten Beziehung Hollywoods zur Politik und Geschichte des eigenen Landes. Den Weltmarkt stets im Blick, die Verheerungen noch gut im Gedächtnis, welche die Kollaboration mit dem McCarthyismus in der Filmindustrie angerichtet hatte, und lieber mit dem amerikanischen Publikum – das prinzipiell von keiner Regierung, ob republikanisch, ob demokratisch, viel Gutes erwartet – im Bunde als mit den Regenten, führen die herausragenden Stücke jener Jahre eine USA vor, die eben nicht ihren Triumph über den Ostblock auskostet. Sondern mit großem Schrecken die eigenen Sünden betrachtet: Den Sieg des militärisch-industriellen Komplexes über die Demokratie in »JFK« (1991), die Verbrechen bei der Kolonisierung des Westens in »Der mit dem Wolf tanzt« (1990), die Gewalt als konstitutives Element der amerikanischen Gesellschaft in »Erbarmungslos« (1992). Das Höchste, was der US-Film sich seinerzeit an Utopie leistete, war das Finale von »Terminator 2« (1991), in dem die Zukunft wie »das schwarze Band« der nächtlichen Autobahn vor den Protagonisten liegt, nicht unbedingt Glück, vielmehr überhaupt nichts verheißend – außer der vagen Hoffnung, es würde die eherne Logik des Kalten Krieges, an deren Ende allein der nukleare Winter stand, nun niemals weiterwirken können.

Das Jahrzehnt wurde älter und indes immer deutlicher, was der Hollywoodfilm längst geahnt hatte: daß nach Beseitigung des Realsozialismus alles eher schlimmer als besser werden würde. Dystopien begannen zu blühen: »Jurassic Park« (1993) erzählte, unter anderem, von der Qual, die die Verwertungslogik des Kapitals noch der unbewußten Natur antut, und freute sich auf einen Backlash, gegen den keine Technologie gefeit sein würde; und »Twelve Monkeys« (1995) machte ohne großes Bedauern der ganzen Menschheit den Garaus. Die gleichen Politiker, die einem immerhin den roten Spuk vom Halse geschafft hatten, erschienen, wenn sie denn erschienen, als sinistre Figuren, korrupt, publicitygeil und verlogen. Die parlamentarische Demokratie gilt dem Hollywoodfilm so wenig, daß er Politik nur mehr dort stattfinden läßt, wo man sie

ohne große Diskussion exekutiert, nicht »zerredet«, im Zentrum der Macht, dem Weißen Haus. Die zahlreichen Präsidenten-Dramen, die seit »JFK« und »Dave« (1993) inszeniert worden sind, eint nicht allein die Sehnsucht nach einem Ersten Mann, dem Moral und Ehrlichkeit endlich wieder etwas bedeuten – einig sind sie sich zumal in ihrem Wunsch nach einem Anführer, der nicht mal zum Schein mehr Rücksicht nimmt auf die Opportunisten und Schieber im Capitol und ihre sog. »Gesetze«. Die Verachtung der Amerikaner für »Washington«, zugleich aber die wachsende Angst vor der Anarchie, die der ungebremste Kapitalismus auch im eigenen Land erzeugt, haben gewiß nicht unwesentlich zum Erfolg von »Air Force One« (1997) beigetragen: Ein Präsident, der eigenhändig die bösen Jungs zur Strecke bringt, mochte vielleicht keine Visionen für die US-Gesellschaft zu bieten haben; leere Versprechen würde man von ihm allerdings auch nicht gewärtigen müssen.

Nicht zufällig stammt diese prototypische Inszenierung eines autoritären Wunschbildes von einem der wenigen Deutschen, die es in Hollywood zu etwas gebracht haben. Wolfgang Petersen, der seinen Landsleuten ehedem »Das Boot« (1981) und mit »Kaleu« Jürgen Prochnow endlich einen Wehrmachtssoldaten geschenkt hatte, dem auch der Rest der Welt abkaufte, unter Hitler und Dönitz integer geblieben zu sein – Petersen formulierte zu Ende, was sein jüngerer Kollege Roland Emmerich ein Jahr früher, noch erfolgreicher, vorgemacht hatte. In »Independence Day« besteigt der US-Präsident höchstselbst einen Düsenjäger, um attackierende Aliens vom Himmel zu radieren – die rasende Albernheit der Idee fiel auch im sagenhaft seichten Kontext des Films so unangenehm auf, daß Clint Eastwood ihr in »Absolute Power« (1997) prompt mit einem Präsidenten begegnete, der seine Macht ohne Zögern und Skrupel zum Vertuschen eines Mordes mißbraucht.

Der reale Herr des Weißen Hauses – der sich »Air Force One« gleich mehrfach im Privatkino vorführen ließ – hatte mit seinen peinlichen Affären und peinlicheren Lügen dafür gesorgt, daß vom *Amt*, einst größer und wichtiger als jeder mit ihm Betraute, nichts Erhabenes übriggeblieben war. Die infantilen Heroisierungen in Petersens und Emmerichs Filmen scheren sich denn auch nicht im geringsten um die Restaurierung der präsidialen »Würde«. Sie verwandeln den höchsten Staatsrepräsentanten lieber in den Ersten Soldaten: Die Militarisierung der Politik, mit der Clinton seit Beginn der Impeachment-Ermittlungen seine Haut zu retten versuchte, wird kurzerhand dem Politiker selber zuteil.

Darf man den einschlägigen US-Filmen der letzten Jahre glauben, dann gibt es nur noch eine staatliche Institution, der die Amerikaner vertrauen und für die sie Stolz empfinden: die Armee. Rituale, Hierarchie und Führungspersonal der Streitkräfte werden spätestens seit »Eine Frage der Ehre« (1992) mit einer Detailliebe und einem Respekt abgebildet, als habe es nie den Vietnamkrieg, nie auch die Filme gegeben, die sich an ihm und seinen gravierenden Folgen fürs amerikanische Selbstverständnis abmühten. Wie erfolgreich die »Trauma«-Bewältigung von »Apocalypse Now« bis »Rambo II« gewesen sein muß, zeigt genau dieses radikale Verschwinden von Vietnam aus dem neueren Unterhaltungskino. »Independence Day« – bei oder eben wegen aller Plumpheit und Tumbheit nichts weniger als die mächtigste Identitätsstiftungsmaschine, die Hollywood in letzter Zeit konstruiert hat – läßt einen versoffenen »Nam«-Veteranen, den sogar die eigenen Kinder verachten, als Kamikazeflieger jenes Ufo rammen, das die Reste der Freien Welt zu vernichten droht. Er stirbt als Held, der er – im Moment seines Todes begreifen es seine Blagen und wir – immer schon war; um aber ein Held zu sein, um den dreckigen Krieg, den er einst führte, reinwaschen zu können, hat er zu sterben. Dies konnte nicht nur kein anderer, das *mußte* ein Deutscher inszenieren.

Wer sich wundert, warum die US-Bürger so gelassen den Bodenkrieg im Kosovo abwarten und weshalb nur Senatoren aus dem Bible-belt sich mit der Bemerkung zu blamieren wagen, »unsere Jungs« hätten »da unten« nichts verloren, dem muß die Hollywood-Produktion der letzten Jahre komplett entgangen sein. Die wachsende Bereitschaft der Amerikaner zum »gerechten« Krieg war abzulesen in Actionfilmen wie »The Rock« (1996) – wo ein General, der aus Wut auf seine »verräterische« Regierung San Francisco mit Giftgasraketen bedroht, äußerst sympathisch gezeichnet ist (er meint es nämlich nicht so) – , in SF-Spektakeln wie »Starship Troopers« (1997) – wo ein zukünftiges Globalamerika nur jene Bürger an die Wahlurne läßt, die sich für zehn Jahre zum Dienst an der Waffe verpflichten – und in Pseudodramen wie »Die Akte Jane« (1997), wo Demi Moore erst nach Drill und Fronteinsatz lernt, was es heißt, eine emanzipierte Frau zu sein. »Wag the Dog« (1997) – in dem die Berater des Präsidenten, um das Verhältnis ihres Chefs zu einer Pfadfinderin (!) zu vertuschen, einen virtuellen Krieg gegen Albanien (!!) anzetteln – und der mißratene, aber vollauf popcornkinokompatible Streifen »Mars Attacks!« (1997) hingegen floppten hauptsächlich wegen des Hohns, den beide gegen das Militär bzw. die militarisierte Politik zu äußern sich erlauben.

Allerdings ist das amerikanische Kino viel weniger eine Anstalt zur moralischen Aufrüstung i. A. des Pentagon, als seine patriotischen Machinationen vermuten lassen. Kein Film der Welt war je so suggestiv, daß er eine Nation auf Linie bringen konnte; wäre es anders, es gäbe die Sowjetunion noch heute. Nicht die Anti-Nazi-Filme, die in den USA schon lange vor 1941 zu sehen waren, überredeten die Amerikaner, am Weltkrieg teilzunehmen; dazu brauchte es schon Pearl Harbor. Und nicht »Schindlers Liste« (1993) rüstete die Natoallierten und zumal die Deutschen moralisch auf zum Krieg gegen Milosevic, wie Gerhard Scheit in »Jungle World« (14.4.) behauptet; hätten sie diesen Film nicht gehabt, sie hätten, hierzulande, auch mit Vilsmaiers »Comedian Harmonists« (1998) vorlieb genommen. Die Bilder, die das Kino sich von der Welt und der Weltgeschichte macht, bestimmen unsere Vorstellung allein dort, wo wir noch keine eigenen Bilder hatten; ein

deutscher Revisionist wird daher in »Schindlers Liste« außer dem Titelhelden keinen einzigen Landsmann entdecken und nur ein Ignorant die Schreckensszenen, die Benignis »Das Leben ist schön« (1998) kaum andeutet, gleich für Auschwitz halten. (Es ist übrigens zu bedauern, daß Scheit die Geschmacklosigkeit besitzt, den Benigni-Film eine »KZ-Klamotte« zu nennen, was ansonsten den Schreibern der Deppenpresse vorbehalten blieb; aber der Ton war ihm, in der »Jungle World« vom 7.4., vorgegeben. Dort nahm Tobias Ofenbauer »Das Leben ist schön« zum Anlaß nicht einer Besprechung, sondern einer Denunziation und instrumentalisierte wie von Sinnen den Holocaust für eine ebenso filmfremde wie afterkritische Ästhetik.)

Wenn überhaupt ein Film gesucht werden muß, der die letzten Hemmungen zum Angriffskrieg beseitigen half, so findet man ihn am ehesten in »Der Soldat James Ryan« (1998) von Steven Spielberg. Die mythische Aura, die das Stück um die GIs des Zweiten Weltkriegs webt, um ihre Opferbereitschaft und ihren Altruismus, dürfte den Strategen im Pentagon nicht wenig gefallen haben. Dennoch hätte genauso recht, wer die Scheu der Nato vor Infanterieeinsätzen in Jugoslawien mit ebenjenem Film und seinem furchterregenden ersten Akt begründet. Freilich waren die Amerikaner ihrem Lieblingsregisseur dankbar für sein Heldengemälde – denn er hatte, wieder einmal, zur richtigen Zeit den richtigen Film gedreht – und belohnten ihn mit einem Regie-Oscar (wenige Stunden nach der Verleihung fielen die ersten Marschflugkörper auf Belgrad); dieweil sie Terrence Malick für »Der schmale Grat«, fast simultan entstanden, die besonders kalte Schulter zeigten, mochte er auch das kohärentere Kunstwerk geschaffen haben: Seinen Ledernacken fehlt einfach der rechte Geist, und seine Soldaten benehmen sich wie im richtigen Leben, nicht wie James Ryan.

Was aber, wenn die »Operationen« und »Kollateralschädigungen« sich demnächst doch zu jenem »zweiten Vietnam« auswachsen, vor dem die ausgemusterten Machthaber, die mitsamt dem »ersten Vietnam« ins kollektive Vergessen abgeschoben wurden, mit staunenswerter Bigotterie warnen? Blüht uns dann das »Balkankriegsfilmgenre« – Titel wie »Milosevic now«, »Rambo IV: Der humanitäre Auftrag« gar? Gäbe es nicht tausend bessere Gründe, gegen die Natoangriffe zu sein: Dies wäre kein schlechter.

Kay Sokolowsky gratulierte in KONKRET 4/99 Vladimir Nabokov zum Hundertsten

Konkret 05/99, S. 64

Gerhard Henschel

Kunst & Gewerbe

Der Feind intim (1)

Am 10. April 1942 hielt Adolf Hitler seinen Paladinen einen Vortrag über Propagandafragen: »Dem eigenen Volk gegenüber müsse man selbstverständlich in den Rundfunknachrichten nicht nur Tatsachen mitteilen, sondern im Sinne einer verständigen Aufklärung auch eine eindeutige Bewertung der Tatsachen nahebringen. Denn das eigene Volk könne man propagandistisch am besten durch eindeutige, treffende Werturteile zu Höchstleistungen emporreißen. Er empfehle daher, in unserem eigenen Nachrichtendienst immer wieder vom ›Säufer Churchill‹ und vom ›Verbrecher Roosevelt‹ zu sprechen« (Henry Picker: *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier.* Stuttgart 1983, S. 212).

Knapp 57 Jahre danach hielten sich die deutschen Kriegspropagandisten immer noch an den Führerbefehl aus der Wolfsschanze. Am 27. März 1999 veröffentlichte die »B.Z.« die »Psycho-Akte Milosevic« (»Der Feind intim« – »Alkoholiker, mißtraut jedem. Wie ihn Psychologen erklären – Seiten 2 bis 5«). Die »B.Z.«-Psychologen erklärten: »Meist sitzt er allein in einem dunklen Zimmer. Bis zu zwei Flaschen Schnaps trinkt er dort am Tag. Ganz allein.« Tags darauf teufelte auch »Bild am Sonntag« auf den Säufer Milosevic ein: »Der Serben-Führer trinkt auch gern während der Verhandlungen ein Gläschen Schnaps, erzählen Diplomaten. Und der ehemalige Präsident Jugoslawiens, Dobrica Cosic, berichtet: ›Milosevic leert Schnapsgläser sehr hastig. Spirituosen entspannen ihn und helfen ihm, Entscheidungen zu treffen.‹«

Es mutet seltsam an, daß von Alkoholikern für Alkoholiker gemachte Boulevardzeitungen Frontstimmung gegen einen Politiker machen können, indem sie ihn als Alkoholiker denunzieren. Aber vielleicht ist es der unerfüllte Traum des gemeinen »BamS«- und »B.Z.«-Lesers, ganz allein in einem dunklen Zimmer zu sitzen und in hastigen Zügen täglich zwei Flaschen Schnaps zu leeren? Und er ballt die Fäuste in der Tasche, weil er Milosevic um dieses Vergnügen beneidet?

Die ultimative Schlagzeile wartet noch im Stehsatz:

Gemein! Serben-Führer säuft deutschen Landsern Slibowitz weg!

Die rote Hexe

»Wie so oft steht auch hinter diesem ›starken Mann‹ eine vermeintlich noch stärkere Frau: Mira Markovic, eine Soziologieprofessorin, die als Parteichefin der Jugoslawischen Linken mit ›Slobo‹ nicht nur das Bett, sondern auch die Macht teilt«, berichtete am 24. März 1999 Peter Münch in der »Süddeutschen Zeitung«. »Wer die als machtbesessen geltende Ehefrau kennt, der kann auch schon zum guten Teil die Frage beantworten, was diesen Menschen treibt.«

Wenn eine machtbesessene Frau mit Deutschlands Kriegsgegner Slibowitz Milosevic Kartentisch und Bett teilt, muß es sich um eine Hexe handeln. »Das Volk nennt sie die ›rote Hexe‹«, meldete die »B.Z.« am 27. März. »Mira gilt als Überzeugungstäterin, soll gefährlicher sein als ihr Mann.« Darüber gab am 28. März auch die »BamS« Auskunft: »Was sie ihm ins Ohr flüstert, macht er: Milosevic und seine Frau Mirjiana, seit 40 Jahren ein Paar. Sie plante seine Karriere, machte ihn zum Serben-Führer.«

Milosevic ist ein Getriebener, und was ihn treibt, das ist, »wie so oft«, eine Hexe, deren Einflüsterungen er gehorcht. Während die Tarnkappenbomber starten, wird die Phantasie des Steuerzahlers mit Gruselbildern von Satanszauber und Saufgelagen hinter heruntergelassenen serbischen Jalousien beschäftigt. Daß in Deutschland auch ein halbes Jahrtausend nach dem Erscheinen des »Hexenhammers« noch mit der Angst vor der Frau als roter Hexe und ihren giftigen Einflüsterungen Propaganda betrieben werden kann, wirft kein gutes Licht auf die Zivilgesellschaft, die sich die Grünen erträumt hatten, bevor sie den Serben den Krieg erklärten.

Der Feind intim (2)

»Jugoslawiens Präsident Slobodan Milosevic: Während Zivilisten grausam sterben, zündet er sich einen Zigarillo an« (»Bild«, 27.3.99). Selbst Gerhard Schröder hat das demonstrative Zigarrengepaffe vorübergehend eingestellt. Nur der versoffene Serbe hat nicht mitbekommen, daß der konsumfreudige Citoyen seine Leitbildfunktion an ehrenfestere Idole abtreten mußte.

Seine Sippe

In abgelebten Jahrhunderten ritten die Feinde der Christenheit auf Reisigbesen zur Walpurgisnacht. Den Besen haben flottere Fortbewegungsmittel ersetzt: »Sohn Marko, 24, liebt schnelle Autos und schöne Frauen«, klagte die »B.Z.« am 27. März. »An dem Krieg, den sein Vater geschürt hat, muß er nicht teilnehmen. Marko fährt lieber Autorennen: ›Ich brauche ein Mädchen, Musik und eine Pistole, wenn ich im Auto sitze‹, sagte er einmal.«

Zahlreiche Korrespondenten haben darauf hingewiesen, daß die Tochter von Milosevic einen Nachtclub besitze und sein Sohn die größte Discothek auf dem Balkan. Spirituosen, Betten, Hexen, Mädchen, Macht, Musik, schnelle Autos, Pistolen und Petticoats: Hier tut sich ein Sündenpfuhl auf, in dem sich die lüstern und entrüstet davon Berichtenden und die verhinderten Lottokönige unter ihren Lesern nur zu gerne wälzen täten. Da sie es nicht können, wollen sie den Pfuhl bombardiert sehen. Die Nachricht, daß Milosevic jr. schnelle Autos und schöne Frauen liebe, hat der Kriegspolitik der Nato möglicherweise mehr Zustimmung verschafft als jedes Gerücht über Konzentrationslager im Kosovo.

Der Feind intim (3)

Milosevic habe in der Schule »nur wenige Freunde« gehabt, wußte eine anonyme, von »Bild« interviewte Mitschülerin zu berichten. »Er suchte vor allem zu Lehrern Kontakt zu halten, um mit ihnen sehr oft und lange zu diskutieren. Wir nannten ihn dann immer ›Schleimi‹!« Zur Psychopathologie des Serben-Führers gehört sein Strebertum ebenso wie sein *erotic drive*: »Weil er aber ziemlich gut aussah, kam er bei Frauen an.« So ist das Feindbild sexuell frustrierter Fünfenschreiber beschaffen.

Scharping sprischt (1)

»Frankfurter Rundschau«, 27. März 1999: »Wie lange hält Deutschland diese Kriegssituation aus?«

Rudolf Scharping: »Ich habe große Probleme mit dem Wort Krieg in diesem Zusammenhang. Aber ich sage: Wir sind entschlossen, unsere Ziele zu erreichen. Das ist nicht zuerst eine Frage der Zeitachse, sondern vor allem der Werte und Kriterien für das Erreichen eines Ziels.«

Probleme mit dem Wort Krieg hat Rudolf Scharping, weil er einmal die von Diether Dehm komponierte Parteihymne mitgesungen hat, in der es heißt, daß weisches Wasser den Stein bresche. Die Frage, wann Scharping die besungenen Werte und Kriterien aufgeben werde, war nur eine der Zeitachse.

Beck denkt (0)

Stell dir vor, es ist Krieg, und Ulrich Beck würde nicht hingehen und darüber nachdenken – nein, das ist unvorstellbar. Ulrich Beck hat angestrengt über den Krieg nachgedacht, und die Quintessenz seiner Gedanken hat er der Öffentlichkeit am 1. April 1999 in der »Süddeutschen Zeitung« mitgeteilt: »Mit den Vernunftbomben gegen Milosevic wird sozusagen der *militärische Euro* eingeführt.« Jawohl, so hat es in Ulrich Beck herumgedacht, als er in seinem Fernsehgerät die Vernunftbomber starten gesehen hat. Aus dem Nato-Headquarter lagen bis zum Redaktionsschluß leider keine Stellungnahmen zu Becks kennerdurstlöschendem kriegssoziologischen Analyse-Cocktail vor.

Scharping sprischt (2)

Um das Bombardement zu rechtfertigen, hat Rudolf Scharping mehrfach auf die Verbrechen verwiesen, die im Zweiten Weltkrieg »im deutschen Namen« begangen worden seien. Daß die Verbrechen der Serben in den Bulletins der deutschen Regierung niemals als »im serbischen Namen« verübte erscheinen, liegt vielleicht daran, daß der serbische Name in den Ohren deutscher Generäle nicht gar so feierlich tönt wie der deutsche.

Der Feind intim (4)

»Focus«, 29.3.99: »Unbestrittene Stärke des Altkommunisten: Chaos säen und gestärkt daraus hervorgehen. Eitel sei er, machtbesessen und sehr hartnäckig, sagen die, die ihn kennen. ›Einen kalten Narziß‹ nennt ihn ein Belgrader Psychologe.«

Daß der Penis des Teufels kalt sei, hatten ja auch schon mehrere Hexen unter der Folter gerne bestätigt. Für die süße Quellenangabe aber (»ein Belgrader Psychologe«) sollte Helmut »Fakten, Fakten, Fakten« Markwort möglichst bald in Kassel der Preis für groteske Literatur verliehen werden oder wahlweise im Reichstag das Goldene Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten zum Eisernen Kreuz.

Soldatenfrauen

Jahrelang hatten Bianca Illgner, Martina Effenberg, Angela Häßler, Lolita Matthäus und andere Spielerfrauen den Ton angegeben. Als aus Spiel Ernst wurde, traten Soldatenfrauen an die Stelle der Spielerfrauen und standen plötzlich im Zentrum sozialtherapeutischer Bemühungen, journalistischer Neugier und heuchlerischen Mitgefühls. »An die 50 Familienbetreuungszentren kümmern sich dieser Tage bundesweit um Sorgen und Nöte von etwa 12.000 Angehörigen«, berichteten Andreas Molitor, Sabine Rückert und Stefan Willeke nach einem »Truppenbesuch« Anfang April 1999 in der »Zeit«. »›Wie geht es meinem Mann? Ist er bedroht?‹ lautet die Standardfrage. Oder: ›Mein Freund hat seit drei Tagen nicht mehr angerufen. Warum?‹ Dann müssen die Familienbetreuer Ruhe und Höflichkeit verströmen und anschließend den ›Jungs in Bosnien oder Mazedonien‹ ausrichten lassen, sie möchten doch gefälligst öfter daheim anrufen ... Krisenzeiten sind auch die Abende zwischen neun und elf. Dann liegen die Kleinen im Bett, die Wohnung ist aufgeräumt, die Wäsche ist gebügelt. Ruhe kehrt ein. Dann setzt bei Soldatenfrauen die sogenannte ›heiße Heulphase‹ ein. Für diese Zeiten hat die Pädagogin Ulla Schürholz Selbsthilfegruppen aufgebaut. Erfahrene Soldatenfrauen sitzen dann am Telefon und versuchen zu beruhigen.«

Deutschland im Frühjahr 1999: Erfahrene Soldatenfrauen trösten unerfahrene in der heißen Heulphase nach dem Bügeln. Als noch kein einziger deutscher Soldat seiner Bestimmung, vor dem Feind zu bleiben, gefolgt war, flossen die unerfahrenen Soldatenfrauen bereits über vor Selbstmitleid. Sie hatten hauptberufliche Totmacher geheiratet, aber schon in der Luftschlagphase I gerieten sie in die Heulphase II. Was wird erst geschehen, wenn die abgeknipsten Hundemarken im Dutzend auf der Hardthöhe eintreffen werden? Es steht zu befürchten, daß wir uns auf einen trüben Stapel Soldatenfrauenliteratur gefaßt machen müssen (»Beim nächsten Hauptmann wird alles anders«, »Suche impotenten Stuffz fürs Leben«, »Ein Mann für jede Waffengattung«). Und der Rowohlt Verlag sollte schon einmal die Buchreihe »die neue soldatenfrau« konzipieren. Es wird fürchterlich.

Der Feind intim (5)

Rudolf Augstein im »Spiegel«, 29. März 1999: »Tot wäre Milosevic stärker als lebendig.« Das sieht ihm ähnlich, dem tückischen Serben-Führer.

Gerhard Henschel

Hamburger Anthologie*

Eigentlich
unglaublich,

daß ihnen das immer
wieder gelingt...

Deinem Urgroßvater
haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.
Und er hat das tatsächlich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
und Kopp
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:
Gegen die slawischen Horden.
Für die abendländische Kultur.

Er hat das wirklich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Bauchschuß und
einen verrückten Kopp
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:
Gegen die Völkermörder.
Für die Menschenrechte.
Für den Frieden.
Unglaublich – er glaubt's.
Was er wohl kriegt?
Und wo wird das sein –
diesmal?
Franz Josef Degenhardt

Gegen den Krieg zu sein ist leicht, das Verfassen von halbwegs passablen Antikriegsgedichten offenbar schwer. Die ewigen Ratschläge an die Männer, zur Kelle statt zum Messer zu greifen, sind weder sinnvoll noch besonders geistreich. Das klassische Antikriegsgedicht bezieht sein anklägerisches Pathos aus dem Tod der Kämpfer, der nicht hätte sein müssen. Franz Josef Degenhardt, mit dessen Versen auf der Titelseite die »junge Welt« den Kriegsbeginn anprangerte, geht einen Schritt weiter in die falsche Richtung. Ihm genügen schon Verwundung und Versehrtheit der Soldaten als Kriegsablehnungsgrund. Wenn sie gesund und munter heimkehren wie demnächst die Nato-Einsatzkräfte von ihren kolateralen Operationen, Degenhardts Gedicht hätte nichts einzuwenden.

Er stellt uns die Kriegshandwerker, und zwar audrücklich und ausgerechnet die Deutschen, als Opfer vor, als leichtgläubige, aber gutwillige Wesen, die generationsübergreifend auf Versprechen und Verlockungen hereingefallen und am Ende die Dummen sind. Er hat Mitleid mit denen, die für ein Verbrechen ihre Knochen hinhalten, doch um die gerechte Beute geprellt werden.

»Was hat er gekriegt?«, frägt FJD. Was Krieger in Kriegen kriegen: Krieg. 1 verückten Kopp hattense vorher schon. Eigentlich unglaublich, aber »Eigentlich unglaublich« ist eigentlich unglaublich.

* eigentlich unglaublicher Gedichte

Konkret 05/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der »Berliner Kurier« stellt den Verbrecher:

Irrer Serbe stürzt uns in den Krieg

Schröder ist Niedersachse, Fischer Donauschwabe. War es also Scharping, der Eifelserbe? Auf den Kopf gefallen ist er ja.

Ein furchtbar wütend Schrecknis ist der Krieg, sagt Schiller, und hat doch nicht geahnt, daß er dereinst zu Exzessen führen würde wie dem, in welchem ein Hosenschneider mit einem halben Alphabet unterm Scheitel einen Dichter zur Rede stellt. Der Berliner »Tagesspiegel« gab dem »Modeschöpfer« Wolfgang Joop Gelegenheit zu einem offenen Brief an Peter Handke:

... und nur Sie scheinen zu wissen, daß es »kein Volk gab, das in den letzten hundert Jahren mehr gelitten hat als die Serben«. Haben Sie etwa Mitleid empfunden oder gar »Leid« gesehen, als Sie dort Ihren Preis für Literatur empfingen? Ein Publikum kann unter »Kultur« leiden. Daran erinnerte ich mich, als Sie versuchten, es zu »beschimpfen«. Manchmal kann man einfach einschlafen über die eigene Langeweile, die entsteht, will man bedeutend sein. So haben Sie womöglich verschlafen, daß wir in Deutschland keine »grüne« Opposition mehr haben und Joschka Fischer Sie nicht mehr von Ihrem angekündigten Heldentod im Serbenland retten wird. Das ist jetzt vorbei. Bye-bye!

Mann von Mode viel intellent. Sehr lachen über Füße von Gans. Spannung gewartet auf nächstes Brief offen, kann sein für Hacks, von Kollegen Peek, Cloppenburg.

Ist Ihnen aufgefallen, daß das Personal, von dem die Nato der Öffentlichkeit ihren Krieg erklären läßt, einen seltsam halbseidenen Eindruck macht? Wie, zum Beispiel, der Quartalsflunkerer Jamie Shea, der keinen Gebrauchtwagen verkauft kriegte, oder der Generalsekretär selber, der in Dany Wischers Fischbratküche den perfekten Eintänzer abgäbe. Aber natürlich tritt er nicht dort auf, sondern in den »Tagesthemen«, wo der Wickert ihn fragt:

Können Sie bestätigen, daß einige der politischen Berater von Rugova exekutiert worden sind?

Und wo Xavier Solana antwortet*:*

Diese Informationen liegen uns auch vor. Ich kann Ihnen keine Einzelheiten, keine Namen angeben, aber es stimmt: Es handelt sich um das selektive Töten von Menschen, von Intellektuellen, von politischen Führern, sehr selektiv durchgeführt.

Daß »es stimmt« nicht stimmte, verriet, ehe noch die Toten sich im Leben zurückgemeldet hatten, ein Blick in das von sinnlosem Grinsen unterm Dreitagebart gezeichnete Gesicht des Redners. Zum Schutz der Kundschaft bringe man an den Informationen, die er verbreitet, eine Herkunftsbezeichnung an: Solana Selection – Denominazione di Origine Controllata e Garantita. Damit man weiß, wovon einem der Kopf brummt.

Karl Lehmann, der Vorsitzende der katholischen deutschen Bischofskonferenz, gibt seinen Segen:

Wir anerkennen die humanitären Ziele dieser Intervention.

Wie der Firmengründer zu sagen pflegte: Wer Bomben hat, zu bomben, der bombe.

Einen Ernstfall von Bibliophilie muß das »Hamburger Abendblatt« melden:

Serbische Leser wollen in einer Protestaktion alle in Jugoslawien gedruckten Bücher von Günter Grass sammeln und an den deutschen Autor zurückschicken. Erste Exemplare der »Blechtrommel«, der »Hundejahre« und anderer Übersetzungen seien schon einer Belgrader Buchhandlung übergeben worden, die den Weitertransport organisieren wolle. Grass hatte die Nato-Luftangriffe gebilligt.

Der Krieg ist der Vater aller Dinge (Heraklit), und nun auch der Literaturkritik.

Bei einem Benefizkonzert für Flüchtlinge aus dem Kosovo will Udo Lindenberg wieder einmal fragen: »Wozu sind Kriege da?« Die »Welt« weiß es schon:

Bundeskanzler Schröder und sein Kabinett haben bislang überwiegend Stärke gezeigt ... Durch die konsequente deutsche Beteiligung an den Operationen des Bündnisses ist der Stellenwert Deutschlands innerhalb der Nato gestiegen. Wer mitkämpft, kann auch mitreden.

Auch die »Süddeutsche Zeitung« weiß es:

Rudolf Scharping, der oft Belächelte, hat in den Tagen der Krise und des Krieges in einem kaum erwartbaren Maß an Statur gewonnen.

Und die »Frankfurter Allgemeine«:

Verteidigungsminister Scharping, der in diesen schwierigen Tagen große politische Statur zeigt ...

Die »Woche« aber, die ihren Chefredakteur an die Front schickt, weiß es am besten:

Dabei hat Schröder in den ersten drei Kriegswochen erheblich an Statur gewonnen.

Der Nation zu Bedeutung, einem Looser zum großen Los, einem Aufgetakelten zu Charakter und einem Abgetakelten zu einem Auftritt zu verhelfen, dazu, Udo, sind Kriege da.

(Bei dieser Gelegenheit eine Anregung: Ob eines der vielen Institute für Publizistik ermitteln könnte, wieviele der deutschen Tages- und Wochenzeitungen beobachtet haben, daß Schröder und/oder Scharping und/oder Fischer in diesem Krieg Statur gewonnen und/oder gezeigt haben? Ich wette auf 95 bis 98 Prozent. Die Dokumentation aller Fundstellen ergäbe ein Bild der freien Presse, vor dessen Vielfalt das serbische Staatsfernsehen in Neid erblassen würde.)

Die größte Zeitung der westlichen Welt übersetzt einen »Geheimbericht der Nato« in ihr geliebtes Deutsch:

Dann eröffneten sie nur sieben Meter hinter den albanischen Männern das Feuer ...

Im englischen Original hatte es geheißen:

... about 20 Yards behind the men

1 Yard mißt 0,914 Meter. »Bild« ist einfach näher dran.

Das »Hamburger Abendblatt« meldet:

Zugleich legte die Nato Luftaufnahmen frischer Erdbewegungen bei Orahovac vor, die auf ein Massengrab hindeuten könnten. Eine Bestätigung gebe es dafür allerdings nicht, sagte ein Sprecher. Die Bilder zeigen 96 frisch ausgehobene Gräber auf einem Friedhof.

Bei den Massen, für die 96 Einzelgräber ausgehoben wurden, handelte sich um die bekannten Einzelmassen.

Ludger Volmer, vom Parteilinken zum Staatsminister im Auswärtigen Amt befördert, steht erschüttert vor den Folgen dieser Entwicklung:

Erschüttert stehen wir Grünen vor einer Situation, die zu verhindern stets zu den obersten Zielen unserer Politik gehörte. Unversehens und für viele unbegreifbar sind wir in einen Krieg hineingeraten.

Das ist keine Schande, sogar Wilhelm dem Zweiten ist das schon einmal passiert. Und auch sonst besteht zur Erschütterung keinerlei Anlaß: Früher hatte die Partei der ökologischen Studienräte oberste Ziele, heute hat sie Ziele für die Obersten. Soviel Entwicklung darf sein. Die Treue, auch das sagt Schiller, ist doch kein Lehrerwahn.

Mitten im ersten deutschen Nachkriegs-Krieg veranstaltet das Hamburger Institut für Sozialforschung eine Podiumsdiskussion zum Thema »Aufgaben der Eliten«, über die es in der Einladung heißt:

Die Bundesrepublik war eine Elitegründung; gleichwohl traten ihre Eliten anfangs kaum in Erscheinung. Lautlos suchten und fanden sie ihren Platz und erfüllten ihre Funktionen. Erst in den Kontroversen um das »Establishment« in den 60er Jahren häuften sich mit der Kritik auch die Anfragen an die Eliten

undsoweiter. Vor dem jüngsten Krieg hatten Sozialforscher die Leute, die in den Chefetagen der Bundesrepublik nach dem letzten Krieg lautlos ihren Platz gefunden und ihre Funktionen erfüllt hatten, Nazis genannt.